

Stenographisches Protokoll

63. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 21. Jänner 1981

Tagesordnung

1. Debatte über die Mitteilung betreffend die Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung sowie eines Staatssekretärs
2. Änderung des Nationalbankgesetzes 1955
3. Postsparkassengesetznovelle 1980
4. Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses an das Land Burgenland aus Anlaß der 60jährigen Zugehörigkeit zu Österreich
5. Bundesgesetz betreffend entgeltliche Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen
6. Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen
7. Bundesgesetz über die Leistung eines sechsten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungorganisation (IDA)
8. Änderung des Gebührengegesetzes 1957
9. Bericht über den Antrag (51/A) betreffend Änderung des Gebührengegesetzes 1957

Redner:

Dr. Mock (S. 6242),
Dr. Fischer (S. 6249),
Dr. Steger (S. 6254),
Bundeskanzler Dr. Kreisky (S. 6263 und S. 6274),
Graf (S. 6266),
Czettel (S. 6271),
Mag. Minkowitsch (S. 6274) (tatsächliche Berichtigung),
Dkfm. Bauer (S. 6275),
Dr. Wiesinger (S. 6281),
Wille (S. 6285),
Steinbauer (S. 6289),
Mühlbacher (S. 6295),
Grabher-Meyer (S. 6296),
Dr. Keimel (S. 6301),
Dr. Jörg Haider (S. 6307) und
Vetter (S. 6312)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Beibehaltung der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehaltes (S. 6270) – Ablehnung (S. 6316)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Wille und Genossen betreffend Reform der Lohn- und Einkommensteuer und Milderung der Steuerprogression (S. 6288) – Annahme E 46 (S. 6316)

Gemeinsame Beratung über

- (2) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (474 d. B.): Änderung des Nationalbankgesetzes 1955 (589 d. B.)

Berichterstatter: Maderthaner (S. 6317)

- (3) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (475 d. B.): Postsparkassengesetznovelle 1980 (605 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Nowotny (S. 6317)

Redner:

Dkfm. Bauer (S. 6317),
Dr. Schüssel (S. 6318) und
Dr. Veselsky (S. 6319)

Annahme der beiden Gesetzentwürfe (S. 6321)

- (4) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (499 d. B.): Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses an das Land Burgenland aus Anlaß der 60jährigen Zugehörigkeit zu Österreich (591 d. B.)

Berichterstatter: Babanitz (S. 6322)

Redner:

Koller (S. 6322) und
Graf (S. 6324)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6325)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 6229)

Tatsächliche Berichtigung

Mag. Minkowitsch (S. 6274)

Fragestunde (41.)

Wissenschaft und Forschung (S. 6229)

Wille (323/M); Dkfm. DDr. König, Dr. Stix, Ing. Nedwed

Dr. Neisser (329/M); Dr. Frischenschlager, Dr. Ettmayer

Dr. Hafner (330/M); Probst, Dr. Ermacora

Soziale Verwaltung (S. 6236)

Dr. Jörg Haider (268/M); Neumann, Dr. Stix

Dr. Schwimmer (314/M); Dr. Jörg Haider, Kokail, Dr. Marga Hubinek

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 6241)

Verhandlungen

- (1) Debatte über die Mitteilung betreffend die Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung sowie eines Staatssekretärs

6228

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

- (5) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (437 d. B.): Bundesgesetz betreffend entgeltliche Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (588 d. B.)
Berichterstatter: Josef Schlager (S. 6325)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6325)
- (6) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (542 d. B.): Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (606 d. B.)
Berichterstatter: Hirscher (S. 6325)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6326)
- (7) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (434 d. B.): Bundesgesetz über die Leistung eines sechsten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) (607 d. B.)
Berichterstatter: Hirscher (S. 6326)
Annahme des Gesetzentwurfes (S. 6326)
- (8) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (549 d. B.): Änderung des Gebührentgesetzes 1957 (608 d. B.)
- (9) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag (51/A) der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen betreffend Änderung des Gebührentgesetzes 1957 (596 d. B.)
Berichterstatter: Pfeifer (S. 6326)
- Redner:
Koppensteiner (S. 6327),
Dr. Nowotny (S. 6328),
Dkfm. DDr. König (S. 6329) und
Dkfm. Bauer (S. 6330)
- Annahme des Gesetzentwurfes betreffend die Änderung des Gebührentgesetzes 1957 und Kenntnisnahme des Ausschußberichtes über den Antrag 51/A (S. 6331)

Eingebracht wurden**vom Rechnungshof**

Zu III-68: Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Verwaltungsjahr 1979 (S. 6241)

Anfragen der Abgeordneten

Ing. Murer, Peter, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Auswirkungen des EG-Beitritts Griechenlands - „Entschädigung“ (935/J)

Ing. Murer, Dkfm. Bauer, Probst und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend Verkehrerschließung ländlicher Gebiete (936/J)

Ing. Murer, Peter, Grabher-Meyer und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft betreffend besorgniserregende Entwicklung des Agraraußehandels (937/J)

Dr. Marga Hubinek, Dr. Wiesinger und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend die bedrohliche Expansion des Psychopharmakonsums (938/J)

Elmecker und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Dringlichkeitsreihung 1980 (939/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Paulitsch und Genossen (869/AB zu 897/J)

des Bundesministers für Finanzen auf die Anfrage der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen (870/AB zu 912/J)

des Bundeskanzlers auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Paulitsch und Genossen (871/AB zu 856/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Thalhammer.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Kammerhofer, Dkfm. Gorton, Hietl, Ing. Url, Ottolie Rochus, Treichl, Ing. Krenn und Ropert.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Wille (SPÖ) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

323/M

Welche Überlegungen stehen hinter der Errichtung eines Österreichisch-Maltesischen Sonnenenergie-Forschungszentrums?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Wie Sie sich noch erinnern werden, hat die UNO im August des Jahres 1979 in Wien die große Konferenz „Wissenschaft und Technik für Entwicklung“ abgehalten. Die Ergebnisse und Empfehlungen wurden im sogenannten Wiener Aktionsprogramm zusammengefaßt.

Es hat bei dieser Gelegenheit auch Österreich seine geplanten Maßnahmen in einem Sechs-Punkte-Maßnahmenpaket, zugeordnet dem Wiener Aktionsprogramm, deponiert. Als besonders wichtige Ziele im Wiener Aktionsprogramm wurden die Stärkung der wissenschaftlich-technologischen Kapazität der Entwicklungsländer und die Verstärkung der wissenschaftlich-technologischen Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern genannt.

Um nun die österreichische Erklärung zu konkretisieren, besonders der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Potentials der Entwicklungsländer Aufmerksamkeit zuzuwenden, wurde als einer der ersten konkreten Schritte die Gründung eines österreichisch-maltesischen Forschungszentrums für Sonnenenergie vorgesehen, dessen Forschungsarbeiten und -ergebnisse allen Entwicklungsländern zur Verfügung stehen sollen.

Die Errichtung dieses Zentrums gerade in Malta hat große Vorteile: Einerseits ist Malta ein Entwicklungsland, andererseits hat es sehr enge Kontakte mit dem afrikanischen Raum, und schließlich und endlich ist Malta bereit mit einer wissenschaftlich-technischen Infrastruktur ausgestattet. Malta ist also zweifellos ein geeigneter Ort für den Beginn einer solchen gemeinsamen Arbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Wille: Frau Bundesminister! Das Forschungszentrum wird also von zwei Staaten getragen.

Können Sie uns sagen, welchen Beitrag Malta und welchen Beitrag Österreich dazu leistet?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Es wurde im Vertrag mit Malta vereinbart, daß Österreich die Anlagen und das Know how beiträgt, also die Solaranlagen, die Kälteabsorptionsmaschinen, die für die erste Ausbauphase geplant sind, und für die spätere Ausbauphase die Meerwasserentsalzungsanlage und die Korrosionstechnologie. Es wird auch von Österreich das wissenschaftliche Personal gestellt. Malta hat Grund und Boden zur Verfügung gestellt — bereits zwei ausgezeichnete Gebäude —, es bringt das sonstige Personal bei und die Wissenschaftler der Universität Malta, die mitwirken werden, und — was vielleicht das wichtigste bei diesem Projekt ist — Malta wird die Sonne beibringen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Wille: Frau Bundesminister! Es ist ja anzunehmen, daß die beiden Staaten nicht direkt die Verträge abgeschlossen haben. Wer sind denn die Rechtsträger dieses Gemeinschaftsprojekts?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Es wurde bei meinem Treffen mit dem maltesischen Minister für Entwicklung und Energie, Abela, vereinbart, daß dieses Forschungszentrum errichtet wird. Laut Kooperationsvertrag wurde vereinbart, daß die beiden Partner, die Österreichische Gesellschaft für Sonnenenergie und Weltraumfragen und auf der maltesischen Seite das Gremium ENEMALTA, zusammenarbeiten. Es ist der Vertrag zwischen beiden Partnern bereits abgeschlossen. Es war ein

6230

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Besuch der betreffenden maltesischen Experten bereits in Wien. Das Forschungszentrum wird nach allen Plänen, die bereits vorliegen, vermutlich im Juni den Betrieb aufnehmen können.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Frau Bundesminister! Österreich ist ja im Rahmen der Internationalen Energieagentur, deren Mitglied wir sind, mit der Koordination und Federführung der Sonnenenergieforschung beauftragt worden. Sie haben es schon erwähnt: Es gibt in Österreich die ASSA, also die Gesellschaft für Sonnenenergieforschung.

Die Österreicher interessiert neben solchen Entwicklungsvorhaben vor allem, was man nun praktisch im Land daraus machen kann.

Meine Frage geht nun dahin: Gibt es bei der ASSA derzeit schon konkrete Ergebnisse hinsichtlich eines österreichischen Prüfungskennzeichens für Sonnenkollektoren und für Solaranlagen, ein Prüfungskennzeichen, das dann auch für die steuerliche Geltendmachung der Beträge für solche Einrichtungen Anerkennung finden könnte?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Die ASSA ist mit sehr vielen Projekten, die Solarenergie betreffend, befaßt. Sie schaltet sich insbesondere auf dem wichtigen Gebiete der Informationsweitergabe ein. Sie stellt sich auch zur Verfügung für Prüfungen. Sie ist aber sicherlich nicht in der Lage, für kommerzielle Prüfzeichen ausschlaggebend zu sein. Sie kann beratend wirken. (Abg. Dr. König: Richtlinien!) Natürlich. Sicherlich werden von der ASSA Richtlinien für alle Geräte und insbesondere für alle Tätigkeiten erarbeitet.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Das Projekt Malta ist zweifellos ein beachtlicher Markstein in der Entwicklung der Sonnenenergie. Sie, sehr verehrte Frau Bundesminister, waren ja die erste, die im Jahre 1973 unseren hier im Parlament vorgetragenen freiheitlichen Vorschlag aufgegriffen haben, Österreich möge sich in die Entwicklung der Sonnenenergie einschalten. Diese Entwicklung der Sonnenenergie ist ja nicht nur ein Beitrag zur Lösung der Energiefrage, sondern außerdem ein beachtlicher Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung. Auch unter diesem Gesichtswinkel sollte man alle diese Aktivitäten im Ausland in Verbindung mit österreichischen Firmen sehen.

Meine Frage — es gibt ja außer mit Malta auch andere Zusammenarbeitsvereinbarungen —: Wie entwickelt sich die schon früher begonnene Aktivität auf diesem Gebiet in Richtung Saudi-Arabien?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Wir haben mit Saudi-Arabien seit Jahren einen Kooperationsvertrag, der sich weniger auf die Fragen Sonnenenergie — auch daran ist man in Saudi-Arabien interessiert — bezieht. In Saudi-Arabien ist man aber in erster Linie an Fragen der Korrosionsforschung interessiert. Es besteht ein enger Zusammenhang zu all diesen Fragen. Es gibt eine permanente Zusammenarbeit und auch einen Wissenschafteraustausch und ein laufendes Forschungsvorhaben.

Für unsere Arbeiten auf dem Gebiet der Sonnenenergie ist von vielen Seiten her Interesse gezeigt worden. Ich glaube, daß wir — teilweise mindestens — einen Schritt voraus sind. Es wird insbesondere immer wieder von den verschiedensten Entwicklungsländern Interesse für unsere Bemühungen gezeigt. Auch Saudi-Arabien versucht eine engere Kooperation mit uns.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Nedwed.

Abgeordneter Ing. Nedwed (SPÖ): Frau Bundesminister! Die Sonnenenergie ist für Österreich als eine der Alternativenergien von großer Bedeutung. Werden Sie nach dem erfolgreichen Abschluß dieses Forschungsprojektes dann eine nächste Phase einschalten und eine eventuelle Ausweitung vornehmen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Es ist dieses Programm in Malta ein Zwei-Phasen-Programm. In der ersten Phase, in der ersten Ausbaustufe ist als gemeinsame Forschungsarbeit „Heizen — Kühlen — Messen“ vorgesehen. Es werden dabei Flachkollektoren und konzentrierende Kollektoren in ihrer Wirkung und in ihrer Effizienz überprüft werden.

Es wird Warmwassererzeugung und Kühlung dort praktiziert werden.

Ferner ist die Entwicklung und die Adaptierung des technischen Systems der Absorptionskühlmaschinen, angepaßt an die Bedingungen in Malta, und vor allem die Erprobung eines neu entwickelten Lösungskühlkreislaufes vorgesehen.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

In der zweiten Phase — und das wird, wie wir hoffen, in Kürze stattfinden — wird mit der Vorbereitung eines gemeinsamen Forschungsprojektes zur Entwicklung von Meerwasserentsalzungsanlagen begonnen werden. Und auch das soll durch dieses Forschungszentrum erarbeitet werden.

Wenn entsprechende Forschungsergebnisse vorliegen, ist daran gedacht, in diesem gemeinsamen Forschungszentrum in Zusammenarbeit mit der UNESCO, die gleichfalls an Malta in Verbindung mit Sonnenenergiefragen interessiert ist, auch Wissenschaftler und Techniker aus anderen Entwicklungsländern, insbesondere aus dem arabischen Raum, mit diesen neuesten Forschungsergebnissen — Meerwasserentsalzung, Sonnenenergie — vertraut zu machen und eine Art Wissenschaftszentrum für diesen ganzen Raum zu etablieren.

Es ist sicherlich eine enge Zusammenarbeit auch hier mit Saudi-Arabien vorgesehen, und es ist bereits jetzt daran gedacht, für die praktische Erprobung und Anwendung der gewonnenen Erkenntnisse dieses Forschungszentrums im Norden der Insel in einem touristisch genutzten Bungalow-Komplex diese Ergebnisse in Anwendung zu bringen. Gedacht ist Malta jedenfalls, was von beiden Ländern geplant ist, als ein erweitertes Zentrum für die Entwicklungsländer dieses Raumes.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Neisser (*ÖVP*) an die Frau Minister.

329/M

Bis wann werden Sie dem Parlament eine Regierungsvorlage betreffend Novellierung des Studienförderungsgesetzes vorlegen?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Ich habe gestern bei der Beantwortung der Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stippel bereits betont, daß der Gesetzentwurf einer weiteren Novelle zum Studienförderungsgesetz gegenwärtig im Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung bearbeitet und in Kürze fertiggestellt werden und sodann dem Begutachtungsverfahren zugeleitet wird.

Im Interesse einer ehestmöglichen Ausarbeitung der Regierungsvorlage wird getrachtet werden, mit einer Minimalfrist zur Begutachtung auszukommen, und dies ist deshalb möglich, weil ja ein Teil der wichtigen Begutachter über den Akademischen Rat und die Berichterstattung über die dortigen Vorgänge und Pläne informiert ist.

Wenn also die Begutachtungsfrist kurz gehalten sein wird, so ist das keine Verkürzung der Möglichkeiten der entsprechenden Körperschaften, sondern liegt im Interesse einer raschen Fertigstellung. Es wird im Anschluß daran die Regierungsvorlage ausgearbeitet, fertiggestellt und nachher dem Nationalrat vorgelegt werden.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Neisser: Frau Bundesminister! Ihrer gestrigen Antwort haben wir entnommen, daß Gegenstand der Novelle sein wird, eine gewisse Ungleichheit bei den Einkommen der Selbständigen und Unselbständigen zu beseitigen. Ich glaube, das ist nur ein Teil der Probleme, die im Rahmen einer Studienförderungsreform geregelt werden sollten.

Der Herr Bundeskanzler hat an sich die nette Gepflogenheit, hin und wieder die Studenten zu sich einzuladen und mit ihnen zu reden. Im Mai 1979 fand eine solche Aussprache statt, in der der Herr Bundeskanzler zugesagt hat, daß er sich dafür einsetzen wird, daß die jährliche Inflationsrate im Rahmen der Studienförderung zumindest berücksichtigt wird.

Das ist bis heute nicht geschehen, und bei aller Wertschätzung dieser Aussprache mit dem Herrn Bundeskanzler: Vom Reden allein haben die Studenten aber wenig.

Darf ich Sie fragen: Werden Sie im Rahmen der bevorstehenden Novelle auch das Problem berücksichtigen, wonach die Inflationsrate jährlich berücksichtigt wird?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Ich darf da die Berichterstattung der Studenten an Sie etwas berichten. Ich war bei diesem Gespräch anwesend.

Der Herr Bundeskanzler hat keineswegs versprochen, daß die Inflationsrate jährlich abgegolten wird, sondern er hat versprochen, mit den Studenten jährlich ein Gespräch über ihre Probleme zu pflegen. Das ist der wahre Sachverhalt.

Alljährlich wird dieses Ersuchen der Studenten sicherlich nicht erfüllt werden und ist auch niemals erfüllt worden, denn bisher ist eine Novellierung im Abstand von ungefähr zwei Jahren durchgeführt worden, wo immer auch die Inflationsrate abgegolten, aber voraussehend bereits einen Schritt im voraus die Abgeltung erhöht wurde.

So wurde zum Beispiel bei der letzten Novel-

6232

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

lierung des Studienförderungsgesetzes im November 1979 — ich habe daher den Studenten auch gesagt, die nächste Novellierung wird 1981 stattfinden — eine 11prozentige Erhöhung vorgenommen, die zum Teil eine Abgeltung, zum Teil ein Vorgriff war.

Es ist vorgesehen, für die jetzige Novelle — und das ist bereits berechnet worden — sowohl eine Erhöhung der Bernessungsgrundlage, angepaßt an die Inflationsrate und etwas darüber hinaus, als auch in gewissen Teilen eine Erhöhung der Studienförderungsabgeltung vorzunehmen. Dieser Wunsch der Studenten wird gleichzeitig mit dieser Novelle abgedeckt werden.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Neisser: Frau Minister! Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Zahl der Empfänger der Studienbeihilfen ganz erheblich zurückgegangen ist. Es waren im Jahr 1971 noch 22,5 Prozent, und jetzt, im Wintersemester 1978/79, waren es nur etwa 12 Prozent.

Im Zusammenhang mit dieser Novellierung gibt es ja eine Reihe von anderen Problemen, und ich darf sagen: Unsere Fraktion hat ja auch hier Abänderungsanträge bei der letzten Studienförderungsgesetznovelle gestellt, die allerdings von der Mehrheit niedergestimmt worden sind. Es geht vor allem um die Probleme einer Verbesserung bei der Anrechnung der zumutbaren elterlichen Unterhaltsleistung, es geht um eine Verbesserung bei den Absetzbeträgen. Es hängt damit auch das Problem der Studentenfreifahrten, das noch viele ungelöste Punkte hat, zusammen.

Darf ich Sie fragen: Welche von diesen offenen Fragen werden Sie bei dieser Novelle mit berücksichtigen?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Es wird im Zusammenhang mit der Novellierung und der Neuregulierung der Struktur der Studienförderungsbeträge auch die Frage der Absetzbeträge neu erörtert, und es sind schon Vorschläge ausgearbeitet.

Es wird, da wir im Jahr der Behinderten sind, für behinderte Studenten ein zusätzlicher Betrag vorgesehen werden.

Es wird insbesondere die mittlere Gruppe, jetzt etwa durch die irreguläre Aufstockung der Studienförderungsbeträge dadurch, daß noch ein Überbetrag dazugegeben wurde, ausgeglichen werden dadurch, daß dieser Überbetrag in die Struktur eingebaut wird.

Es werden also eine ganze Reihe von Wünschen zweifellos erfüllt oder nahe der Erfüllung gebracht werden.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Frau Bundesminister! Die Schwierigkeit bei den Stipendien wird immer die Einkommensgrenze sein und überhaupt das Abstellen der Studienbeihilfe auf die Einkommenssituation der gesamten Bevölkerung. Es wird immer Fälle geben, die Randbereiche betreffen, Fälle, die ganz knapp herausfallen.

Denken Sie im Zusammenhang mit der Novellierung als zweites Bein der Studienförderung für alle die Fälle, die mit der normalen Studienbeihilfe nicht abzudecken sind, an eine begleitende Maßnahme in Richtung Kreditsystem?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Es sind Erwägungen auch in dieser Richtung im Gange. Diese Frage wurde auch bereits dem Akademischen Rat vorgelegt, es ist die überwiegende Meinung, diese Frage eher nicht in ein Studienförderungssystem einzubauen.

Ich möchte im übrigen noch hinzufügen, daß es nicht zutrifft, daß die Zahl der Studienbeihilfenempfänger sinkt, sondern sie ist gleichgeblieben, es ist nur der Anteil durch die Explosion der Studentenschaft gestiegen.

Aber die Frage des Kreditsystems ist sehr schwierig, und ich weiß nicht, ob man das im Sinne einer Studienförderung lösen soll, ob man hier nicht eher den Weg gehen soll, den wir vorgeschlagen hätten, nämlich durch Verhandlungen mit Kreditgebern auf direktem Wege das zu erledigen.

Präsident: Eine weitere Frage: Herr Abgeordneter Ettmayer.

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Frau Bundesminister! In Ihrem Ministerium gibt es ja auch einen Härtefonds, offensichtlich für jene Studenten, die gerade kein Stipendium mehr bekommen. Die Mittel für diesen Fonds wurden in den letzten Jahren sogar erhöht. Ich glaube also, daß es sich an sich um eine positive Einrichtung handelt. Leider hört man immer wieder Klagen darüber, daß die Vergaben aus diesem Fonds offensichtlich eher willkürlich erfolgen.

Ich möchte Sie, Frau Bundesminister, daher

Dr. Ettmayer

fragen, nach welchen Kriterien die Mittel aus diesem Fonds vergeben werden.

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Dies ist ein Fonds für außerordentliche Studienunterstützungen, die die Studentenschaft und das Bundesministerium einem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler danken.

Wie der Titel dieses Fonds bereits sagt, ist er für außerordentliche Fälle gedacht, und es wurde damals ausdrücklich gesagt, daß er für jene Studierenden vorgesehen ist, denen ein weiteres Studium unmöglich gemacht würde, wenn sie nicht eine finanzielle Aushilfe bekämen. Das ist der eigentliche Sinn dieses Fonds.

Wir wenden also den Fonds für diese Fälle an, aber auch noch für eine ganze Reihe weiterer: wenn ein Student erkrankt war oder wenn irgendwelche besondere Unglücksfälle oder Schwierigkeiten ihn betroffen haben. Wir gelten auch die Auslagen für die Fahrtkosten in jenen Fällen ab, wenn sich Studierende, die über 27 Jahre alt sind, in einer besonders unangenehmen Situation befinden.

Daß die Studenten sich beschweren, daß das willkürlich geschieht, halte ich für unberechtigt, denn es wird der Vorschlag, wer von den Ansuchern einen Ausgleich aus diesem Fonds bekommen soll und in welcher Höhe dies erfolgen soll, durch eine Kommission durchgeführt, in der Studentenvertreter, sogar zur Hälfte Studentenvertreter, anwesend sind.

Ich werde Ihnen gerne gelegentlich einmal Beispiele geben von Ansuchen von Studierenden um Mittel aus diesem Fonds, die Ihnen zeigen werden, daß es nicht möglich ist, alle diese Ansuchen positiv zu beantworten. Aber wir sind dadurch, daß wir immerhin den Fonds aufstocken konnten, außerordentlich großzügig bei der Auslegung dessen, was eine Härte für Studenten bedeutet.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Hafner (ÖVP) an die Frau Minister.

330/M

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, daß die Universitätskliniken in Graz hinsichtlich der Bundesmittel den anderen Universitätskliniken gleichgestellt werden?

Präsident: Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Wie ich Ihnen bereits anlässlich einer schriftlichen Anfrage im Dezember des Vorjahrs antworten konnte, sind Verhandlun-

gen zwischen den Vertretern der Krankenanstaltenträger des Landes Steiermark und des Bundes, also des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung und des Bundesministeriums für Finanzen, im Gange. Beabsichtigt ist eine Neuordnung der Rechtsbeziehungen nach § 55 Krankenanstaltengesetz.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß derartige Verhandlungen über den sogenannten klinischen Mehraufwand vom Bund mit allen drei für Universitätskliniken in Betracht kommenden Krankenanstaltenträgern derzeit geführt werden, mit dem Ziel einer Überprüfung und eventuellen Neubewertung des klinischen Mehraufwandes.

Ich vertrete selbstverständlich im Rahmen dieser Verhandlungen den Standpunkt, daß alle Krankenanstaltenträger gleichermaßen sachgerecht behandelt werden.

Ich habe bereits in der schriftlichen parlamentarischen Anfragebeantwortung ausgeführt, daß grundsätzliches Einvernehmen darüber besteht, daß die mit Verordnung des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz in Kraft gesetzte Kostenstellenrechnung zur Präzisierung des vom Krankenanstaltengesetz verwendeten Begriffes „Mehraufwand aus wissenschaftlicher Lehre und Forschung“ hinzuzuziehen ist.

Die gegenwärtige Regelung mit dem Lande Steiermark beruht, wie mit den anderen Krankenanstaltenträgern auch, auf einer im Rahmen des Krankenanstaltengesetzes vorgesehenen vertraglichen Vereinbarung, die etwa aus den sechziger Jahren stammt. Sie wird — ich darf das betonen — von Seiten des Bundes anerkanntermaßen auch vollständig und pünktlich eingehalten. Hier sind keine Klagen.

Wir werden jetzt versuchen, durch diese Verhandlungen, die etwa auch angeregt sind zur Beschleunigung zumindest durch die vom Rechnungshof erstellten Materialien, eine Neuordnung zu treffen. Es war die letzte Verhandlung, soviel ich informiert bin, im Jänner dieses Jahres, in der vorigen Woche. Und die dort verhandelnden Beamten sind auf beiden Seiten zu dem Ergebnis gekommen, daß den zuständigen Stellen vorgeschlagen wird, einen neuen Vertrag zu schließen.

Was die Leistungen des Bundes gegenüber der Universitätsklinik Graz anlangt, so möchte ich nur sagen, daß wir keinen Grund haben zu erklären, daß die Grazer schlechter behandelt werden als alle anderen. Im Gegenteil. Es sind alle gestellten Anträge etwa auf außerordentliche Dotationsen weitestgehend erfüllt worden. Es ist eben so, daß hier eine gewisse differenzierte vertragliche Feststellung durchgeführt werden muß, weil die Situation der einzelnen

6234

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Kliniken, also der einzelnen Universitätskliniken, eine unterschiedliche ist, was die Ambulanzzahlen etwa betrifft oder auch andere Fakten.

Es ist, wie ich meine, bei den vom Rechnungshof erstellten Materialien nicht Vergleichbares verglichen worden; dies ist nicht der Weg festzustellen, daß die eine Stelle benachteiligt oder die andere bevorzugt worden ist. Nach unserer Meinung ist das nicht der Fall.

Präsident: Eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Hafner: Frau Bundesminister! Es ist richtig, daß Sie mir schon in der schriftlichen Anfragebeantwortung mitgeteilt haben, daß der Rechnungshof nicht Vergleichbares verglichen habe. Aber eines ist wohl eindeutig vergleichbar — das ist dem Bericht des Rechnungshofes auch zu entnehmen —, daß zum Beispiel pro klinisches Bett Wien 199 000 S im Jahre 1976 bekam, Graz aber nur 76 000 S. Das heißt, Wien bekam um 162 Prozent mehr.

Oder zum Beispiel, wie dem Rechnungshofbericht zu entnehmen ist, bekam als Ersatz für den Personalaufwand, Mehraufwand beim Personal, je Medizinstudent Wien 54 000 S, Graz 39 000 S im Jahre 1976. Das heißt, Wien um 38 Prozent mehr.

Das ist wohl eines der Fakten, die den ausgeschiedenen Rechnungshofpräsidenten Kandutsch seinerzeit am 1. Juli 1980 in den „Salzburger Nachrichten“ sagen ließen, daß er fassungslos sei über das Ungleichgewicht in der Behandlung der Bundesländer und der Bundesstadt bei der Mittelzuteilung für die Ausbildung der Medizinstudenten.

Nun wissen wir, daß zwischen der Ausbildung der Medizinstudenten und der ärztlichen Versorgung ja ein enger Zusammenhang besteht. Laut Rechnungshof sind zum Beispiel in den Jahren 1975 bis 1977 etwa 800 Millionen Schilling zu wenig nach Graz gekommen.

Frau Bundesminister! Ich möchte Sie daher fragen: Wie viele Mediziner mehr hätten in Graz ausgebildet werden können, wenn die Grazer Kliniken in den letzten fünf Jahren jene Mittel bekommen hätten, die ihnen laut Rechnungshof ungerechtfertigterweise vorenthalten wurden?

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Ich muß hier den Bericht des Herrn Rechnungshofpräsidenten als nicht ganz sachkundig bezeichnen, denn wie ich schon betont habe, vergleicht er nicht Vergleichbares und kommt daher zu

Ergebnissen, die von der Sache her zweifellos nicht gerechtfertigt sind. Das möchte ich hier wirklich nachdrücklich betonen.

Es sind Unterschiede zwischen den Wiener Kliniken und den Grazer Kliniken, zwischen der Wiener medizinischen Fakultät und der Grazer medizinischen Fakultät, auch in der Differenzierung der verschiedenen Forschungseinrichtungen, auch in der Zahl der Studierenden und der Belastung mit Studierenden. Ich glaube, daß man diese Frage überhaupt nicht so stellen kann: „Wieviel hätten mehr studieren können, wenn Graz mehr bekommen hätte?“

Wir können nur versuchen, jede der Universitätskliniken, ob es nun Graz, Innsbruck oder Wien ist, so auszustatten und so zu bedenken, daß sie ihre Aufgaben erfüllen können. Und das ist für die Wiener zweifellos außerordentlich schwierig, weil sie unter anderem nicht nur die Hauptlast der Lehre, sondern auch einen sehr erheblichen Teil der Forschung zu tragen haben.

Es kann aber nicht mehr getan werden, Herr Abgeordneter, als daß durch weitgehende Verhandlungen, durch genaue Analysen, wie das jetzt geschieht, versucht wird, einen neuen Vertrag abzustellen, nach möglichster Gerechtigkeit.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Hafner: Frau Bundesminister! Sowohl die steiermärkische Gebietskrankenkasse als auch der Steirische Landtag haben vor kurzem erst festgestellt, daß wir zum Beispiel bei den Zahnbehandlern in den letzten 20 Jahren um ein Drittel Zahnbehandler weniger haben, obwohl die Zahl der Versicherten um 20 Prozent angestiegen ist.

Sie wissen wahrscheinlich aus eigenen Erfahrungen, daß gerade bei der Zahnklinik in Graz große Probleme für Ausbildungsplätze bestanden haben.

Ich möchte Sie aber doch jetzt fragen, weil ich weiß, daß die letzten Verhandlungen am 16. Jänner sehr konstruktiv und positiv geläufen sind, was eine Neuregelung dieses Komplexes betrifft, ob Sie grundsätzlich bereit sind, daß der Ersatz des klinischen Mehraufwandes in Graz und Wien pro klinischem Studenten in Zukunft wenigstens annähernd gleich hoch sein wird.

Präsident: Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Ich bedaure, daß Sie meinen Ausführungen nicht entnommen haben, daß

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

ich mich nach möglichster sachgerechter Verteilung und nach möglichst sachgerechter Zuteilung orientieren werde. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.*) Nein, es sind nicht die Studenten allein ausschlaggebend. Vergessen Sie nicht, daß die medizinische Forschung auch ihre Rolle spielt! (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.*)

Präsident: Herr Kollege, bitte, Sie haben Ihre Frage schon gestellt!

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: In Graz wird nicht weniger geforscht, sondern in Graz wird anderes geforscht. Die Wiener Klinik ist eben eine größere Klinik, eine größere Fakultät als die Grazer mit einem Vielfachen an differenzierten Forschungsarbeiten. Auch das muß berücksichtigt werden. Ich kann nicht nach Gleichheit, sondern ich muß hier nach Sachgerechtigkeit vorgehen. Daß dies geschehen wird, dafür garantieren sicherlich schon die bisher laufenden Verhandlungen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter Probst (FPÖ): Verehrte Frau Bundesminister! Es wird für jeden Grazer Ordinarius an der Klinik, für jeden Grazer Arzt, für jeden steirischen und Kärntner Arzt, für jeden oberösterreichischen Arzt, der in Graz studiert hat, und vor allem für die Grazer Bevölkerung von außerordentlichem Interesse sein, wie sehr Sie von der Bundeshauptstadt aus einen Qualitätsunterschied in der ärztlichen Ausbildung und der Qualität der Lehre zwischen Graz und Wien herausstreichen. Die Bevölkerung wird das mit großem Interesse zur Kenntnis nehmen.

Denn eines lasse ich mir nicht sagen: Ich kenne den Betrieb in Wien und in Graz. Es ist ein minimaler Unterschied in einigen apparativen Einrichtungen. Es kann kein qualitativer Unterschied in Forschung und Lehre vorhanden sein, er dürfte nach Ihrer elfjährigen Ministerschaft auf gar keinen Fall vorhanden sein, denn das Ziel aller Bestrebungen ist immer die Gesunderhaltung und Sanierung des menschlichen Körpers.

Es wäre vielmehr sehr interessant, in Wien festzustellen, warum es den übrigen Universitätskliniken möglich war, mit einem so viel geringeren klinischen Aufwand derartig hervorragende Leistungen zu erbringen, die in Wien in der Zentrale nicht um so viel besser waren, als es der Finanzdotierung entsprechen würde. Da wäre ein wesentlicher Ansatzpunkt, einmal tief hineinzusteigen. (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*) Herr Präsident! Ich bitte, Ihre „Läutseligkeit“ ein wenig

mit Verständnis zu betätigen, denn ich möchte meine Frage stellen. (*Heiterkeit.*) Das wäre vielleicht ein weiterer Ansatz.

Ein Mangel ist weiters in dem Zusammenhang, daß es kein Verwaltungsübereinkommen zwischen dem Bund und dem Land gibt, was die Aufwendungen anbelangt. Das heißt, der Bund zahlt gewisse Apparate, von denen das Land nichts weiß, und umgekehrt. Es kommt dann zur Situation, daß zum Beispiel das Land einen Apparat auf Wunsch des Ordinarius anschafft, und der Bund soll dann das Personal dazu stellen. Also einer bringt den anderen in Zugzwang.

Sind Sie bereit, Frau Bundesminister, beziehungsweise in welcher Form wären Sie bereit, hier Abhilfe zu schaffen, damit es keine Doppelgleisigkeiten, keine Zugzwänge zum Nachteil der Finanzlage gibt?

Präsident: Frau Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident, aber ich muß mich zuerst einmal ganz energisch gegen die Aussage des Herrn Abgeordneten verwahren, daß ich Qualitätsunterschiede — Qualitätsunterschiede! — in der Lehre und der Forschung zwischen Wien und Graz festgestellt habe! Ganz im Gegenteil, das ist nicht der Fall. Wir vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung versuchen ja auch mitzuhelfen, daß eine optimale Ausbildung und eine optimale Forschungsmöglichkeit an jeder der medizinischen Fakultäten möglich ist. Von einem Qualitätsunterschied kann überhaupt keine Rede sein. Aber daß in Wien wesentlich mehr Studenten ausgebildet werden und daß in Wien wesentlich differenziertere Forschungseinrichtungen sein müssen, weil es ja auch die größte medizinische Fakultät ist, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Kosten können nicht einfach so berechnet werden, daß man pro Bett oder pro Studierenden einen fixen Satz setzt, sondern sie müssen, wenn sie gerecht sein sollen, differenziert berechnet werden. Das spricht nicht für Wien, sondern das spricht dafür, daß jede der medizinischen Fakultäten jene Möglichkeiten erhalten soll, die es ihr gestatten, optimal in Lehre und in Forschung zu arbeiten.

Dem, was Sie sagen, Herr Abgeordneter, nämlich daß hier Doppelgleisigkeiten sind, werde ich noch einmal nachgehen. Aber an sich ist das nicht möglich, weil ja genaue Überprüfungen und Koordinierungen zwischen Bund und Land auf diesem Gebiet stattfinden. Ich werde der Sache noch einmal nachgehen, aber es zeigt sich, daß meistens diese bösen Gerüchte, die über alle möglichen Mißstände

6236

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

verbreitet werden, nicht ganz so zutreffen, wie sie gelegentlich in der Presse oder anderswo ausgesagt werden. Aber ich werde zweifellos dieser Sache nachgehen.

Es wird ein Vertrag mit dem Land neu abgeschlossen werden. Das ist das Ergebnis der bisherigen Beratungen. Selbstverständlich wird in diesem Vertrag auch die koordinierte Anschaffung von Geräten und Forschungsinstrumentarien inkludiert werden, das kann ich Ihnen zusichern.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Frau Bundesminister! Wenn Sie dem Herrn Abgeordneten Dr. Hafner Sachkenntnis vorgeworfen haben, so sprechen die Zahlen des Rechnungshofes für sich. Ich würde auch behaupten, Frau Bundesminister, daß wohl Ihre Meinung richtig sein mag, daß nicht ungleich ausgebildet wird, aber die Zahlen sprechen für sich. Wenn in Wien auf einen Angehörigen des Ausbildungskörpers laut Rechnungshofbericht sieben Studenten entfallen, in Graz und in Innsbruck aber acht bis zehn Studenten und wenn der Kostenaufwand so unterschiedlich ist, dann muß ich hier doch ein gewisses Gefälle zum Ausdruck bringen. Das steht zumindest auf Seite 61 des Rechnungshofberichtes.

Frau Bundesminister, ich möchte nun fragen: Wenn Sie von einer Sachlichkeit sprechen, die gleichermaßen — so sagten Sie — herrschen soll, wo sind dann die Kriterien für diese Sachlichkeit in bezug auf die Ausbildung und in bezug auf den Personalaufwand je medizinischen Studenten?

Präsident: Frau Minister. Bitte.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Herr Abgeordneter! Ich habe niemandem Sachkenntnis vorgeworfen. Ich wollte mit meinen Ausführungen nur zum Ausdruck bringen, daß die Situation doch etwas komplizierter ist, als daß man durch einfache Berechnungen, die im Bereich der vier Grundrechnungsarten liegen, das Problem lösen kann. Es ist viel differenzierter.

Gerade das letzte Beispiel, das Sie angeführt haben, zeigt das. Sie rechnen mit der Zahl der Studenten pro Kopf eines akademischen Lehrers. Das kann in Wien nicht stimmen, weil in Wien sehr viele Sonderforschungen betrieben werden und Wissenschaftler mit Sondergebieten, die nicht ganz allgemein eingesetzt werden können für die Lehrgebiete, die die Studenten hauptsächlich brauchen, im Lehrkörper mit

beinhaltet sind. Diese Rechnung kann daher sachgerecht nicht stimmen, wenn sie auch rechnerisch richtig ist.

Aber Sie können versichert sein, daß niemand ein Interesse haben kann — die Verhandlungen, die jetzt geführt werden, zeigen das ja auch —, daß die eine oder andere medizinische Fakultät bevorzugt oder benachteiligt werden soll, sondern es wird, wie ich eingangs gesagt habe, mit möglichster Sachgerechtigkeit unter Beziehung von verschiedensten Experten die Entscheidung getroffen werden.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung.

268/M

Welche Maßnahmen sind beabsichtigt, um den einkommensschwachen Bevölkerungskreisen einen Ausgleich für die geplante Verteuerung der Energiekosten (Erhöhung der Umsatzsteuer) zu gewähren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Belastungen mit den Preissteigerungen bei den Energiekosten stellen für die Konsumenten und die Wirtschaft ein ernstes Problem dar. Im besonderen Maß gilt dies für die Bezieher niedriger Einkommen. Eine Maßnahme zur Abgeltung einer solchen Belastung dieses Kreises unserer Mitbürger stellt im Bereich der Sozialversicherung eine außertourliche Erhöhung der Ausgleichszulagenrichtsätze — also außerhalb der jährlichen Pensionsdynamik — dar.

Die Bundesregierung mißt dieser Frage auch im Zusammenhang mit ihrem Bestreben, die Lage der sozial Schwächen im Rahmen des Kampfes gegen die Armut zu verbessern, besondere Bedeutung bei. Aus diesem Grund wurden im Rahmen der 35. Novelle zum ASVG und der Parallelnovellen die Ausgleichszulagenrichtsätze außertourlich über die für 1981 im Zuge der laufenden Anpassung vorzunehmende Erhöhung von 5,1 Prozent hinaus erhöht, und zwar der Richtsatz für die Verheirateten um 6,4 Prozent und für alle übrigen Ausgleichszulagenbezieher um 6 Prozent.

Die Leistungen aus der Kriegsopfersversorgung, Heeresversorgung und Opferfürsorge werden jährlich mit dem für den Bereich des ASVG festgesetzten Anpassungsfaktor angehoben. Darüber hinaus wurden mit Wirkung vom 1. Jänner 1981 im Zusammenhang mit der

Bundesminister Dallinger

durch die 35. Novelle zum ASVG erfolgten Erhöhung der Richtsätze für die Bemessung der Ausgleichszulage über die normale Anpassung hinaus auch jene Versorgungsleistungen nach dem Kriegsopferversorgungsgesetz, dem Heeresversorgungsgesetz und dem Opferfürsorgegesetz, die wie die Ausgleichszulage der Deckung des Lebensunterhaltes dienen, im gleichen prozentuellen Ausmaß wie der Ausgleichszulagenrichtsatz erhöht.

Im Bereich der Arbeitslosenversicherung werden die Leistungen grundsätzlich nach der gemäß § 108a ASVG geltenden Richtzahl vervielfacht, sodaß für Bezieher von Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz auf diesem Wege Anpassungen an die Kaufkraftentwicklung erfolgen.

Präsident: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider: Herr Bundesminister! Es ist bekannt, daß im vergangenen Jahr die Preissteigerungsrate, wie man nun weiß, bei 6,4 Prozent im Jahresschnitt liegt. Das heißt, daß man bestenfalls bei den Ehepaaren im Ausgleichszulagenrichtsatz eine Abdeckung der Preissteigerungsrate erreicht hat. Bei allen anderen Gruppen — das sind normal die durchschnittlichen Pensionisten einschließlich aber auch der Ausgleichszulagenempfänger, die alleinstehend sind — ist die Preissteigerungsrate nicht einmal abgefangen worden. Das heißt, daß es einen erheblichen Reallohnverlust für diese schwächere Gruppe in unserem Lande gibt.

Ich frage Sie daher: Planen Sie Maßnahmen, insbesondere die sehr starke und harte Versteuerung auf dem Energiekostensektor für die Menschen abzugelenken?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Wir haben bereits im Rahmen der Budgetdebatte diese Frage vom Grundsatz her erörtert, und ich habe damals bereits darauf hingewiesen, daß bei der Festlegung des Anpassungsfaktors und der Richtzahl eine Phasenverschiebung eintritt. So war es zum Beispiel im Jahre 1980 so, daß die durchschnittliche Teuerungsrate im Jahre 1979 3,7 Prozent betragen hat, der Anpassungsfaktor aber per 1.1.1980 5,6 Prozent.

In den Jahren zuvor war das ebenfalls so; wenn ich hier zitieren darf:

1976: Richtsatz erhöhung 13,2 Prozent, Steigerung des Lebenshaltungskostenindex 8 Prozent.

1977: 9 Prozent Anpassungsfaktor, 6 Prozent Steigerungsrate bei der Teuerung.

1978: 8,1 zu 3,7 und so weiter.

Wir werden also den Zustand haben, daß in einer gewissen Phasenverschobenheit all das, was sich hier jetzt als Nachteil ergibt, zu einer Zeit bei sinkenden Inflationsraten sich als Vorteil — unter Anführungszeichen natürlich gesetzt — für den Pensionisten ergibt. Das war eben, wie erwähnt, 1980 der Fall, wo die Richtzahl um 5,6 Prozent erhöht worden ist und die Aktiveinkommen um etwa 4,9 bis 5,2 Prozent angewachsen sind. Die gleiche Entwicklung wird etwa in zwei Jahren wieder eintreten.

Im Hinblick auf die durchgeführten Erhöhungen — insgesamt zehn außertourliche Erhöhungen seit dem Jahr 1970 — glaube ich, daß man das System beibehalten soll, obgleich zu gewissen Zeitpunkten bestimmte Verzerrungen, wie Sie sie eben dargestellt haben, eintreten.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider: Herr Bundesminister! Auf dem Sektor der Lohnverhandlungen bei den Kollektivvertragslohnabschlüssen ist man nun dazu übergegangen, Mindestbeträge auszuhandeln, was eine Konsequenz aus der Einsicht darstellt, daß eben gerade die unteren Einkommensempfänger bei prozentuellen Abgeltungen letztlich auf der Verliererstraße bleiben.

Können Sie sich vorstellen, daß man auch im Bereich des Pensionssystems einen Weg einschlägt, daß die unteren Pensionsbezieher, also die mit sehr kleinen Pensionen, mit einem Mindestbetrag abgegolten werden, was die Preissteigerungsrate und die erhöhten Lebenshaltungskosten betrifft, sodaß ein ähnliches System, wie es im Bereich der Kollektivvertragsverhandlungen Platz gegriffen hat, auch dort Platz greifen könnte?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dallinger: Ich glaube, daß sich jetzt bei den Kollektivverträgen das vollzieht oder nachgeholt wird, was wir bei den Pensionen bereits haben, denn die außertourliche Erhöhung der Richtzahl ist ja die besondere Anhebung für die Klein- und Kleinstbezieher, und daher werden wir diesen Weg weiter fortsetzen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Neumann.

Abgeordneter Neumann (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie haben als Ausgleich für die so stark erhöhten Energiekosten, die Steuererhö-

6238

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Neumann

hungen bei den Energiekosten durch diese Regierung zum 1. Jänner, lediglich die Erhöhung der Ausgleichszulage erwähnt. Es ist Ihnen aber sicher bekannt, daß es auch viele andere einkommensschwache Bevölkerungsgruppen in Österreich gibt, die natürlich auch durch diese Steuererhöhungen zum Strompreis — Mehrwertsteuererhöhung um 65 Prozent zum 1. Jänner — mehr als stark betroffen sind.

Herr Bundesminister! Eine der Möglichkeiten, diesen oder einem Teil dieser einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen bei diesen stark erhöhten Energiekosten zu helfen, wäre die gewesen, einen Teil der Mehrwertsteuereinnahmen für die Verbilligung der sehr aktuellen, aber sehr teuren Fernwärme zu verwenden.

Gerade in unserer Region, im Bezirk Voitsberg, ist jetzt im Zusammenhang mit Voitsberg III ein Fernwärmeprojekt im Gange, wo die Anschlußkosten trotz einer starken Verbilligung durch die Stromgesellschaften pro Haushalt 35 000 S betragen. Meinen wiederholten Forderungen gegenüber dem Energieminister, durch die Gewährung von Budgetmitteln, wie das in anderen Staaten üblich ist, diese Anschlußkosten herabzusetzen, wurde leider bis zur Stunde nicht entsprochen.

Meine Frage, Herr Bundesminister: Werden Sie innerhalb der Bundesregierung dafür eingetreten, daß ein Teil der 65prozentigen Mehrwertsteuererhöhung auf den Strompreis für die Verbilligung der so wichtigen Fernwärme verwendet wird und damit wenigstens einem Teil der einkommensschwachen Bevölkerungskreise geholfen wird?

Präsident: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dallinger: Die neue Festsetzung der Mehrwertsteuer bei Energie war eine budgetwirksame Maßnahme im Zusammenhang mit der Erhaltung der Vollbeschäftigung und der Bestreitung der Staatsausgaben auf den anderen Gebieten. Wir haben bei den Energiesparten eine so differenzierte Entwicklung, Herr Abgeordneter, daß ich im Rahmen der Bundesregierung jetzt nicht immer jeweils eine besondere Sparte ansprechen kann. Unser Bestreben ist es, durch wirksame Verträge die Energiekosten so niedrig wie möglich zu halten.

Ich darf aber darauf verweisen, daß zum Beispiel im Jahre 1980 der Aufwand für Energieimporte rund 48 Milliarden Schilling betragen hat. Für die gleiche Menge Energie hatten wir im Jahre 1979 33 Milliarden Schilling zu bezahlen gehabt, sodaß also innerhalb eines Jahres die gleiche Energiemenge, vom Import, von der Kostenseite her gesehen, um fast 50 Prozent gestiegen ist. (Zwischenruf bei der ÖVP.) Im

Rahmen der gesamten Staatsausgaben und im Rahmen der Maßnahmen, die wir zu setzen haben, um die Budgetbedeckung zu haben, war das eine der Maßnahmen. Sie wissen, daß hier zunächst andere Überlegungen vorhanden gewesen sind. Im Hinblick aber auf die besondere Situation der Einkommensschwachen haben wir den Satz in einer Weise festgelegt, daß wir glauben, daß er noch im Bereich des Erträglichen liegt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Bundesminister! In Ihren Darlegungen haben Sie immer Vergleiche angestellt zwischen den Anpassungsfaktoren und der allgemeinen Entwicklung der Lebenshaltungskosten. Nun glaube ich, daß es ein Unterschied ist, ob ein Grundbedürfnis, wie Heizen, teurer wird oder beispielsweise die Autokosten teurer werden. Beides geht in den Lebenshaltungskostenindex ein. Es ist gar keine Frage, daß schwächere Einkommensbezieher durch die exorbitante Verteuerung eines solchen Grundbedürfnisses getroffen werden.

Da wir weiterhin mit massiv steigenden Energiepreisen rechnen müssen, Herr Bundesminister, die Frage an Sie: Werden Sie in Zukunft wenigstens bereit sein, von dieser generalisierenden Vergleichung wegzukommen und differenzierte Betrachtungen anzustellen, wie man eben das Sehr-teuer-Werden des Heizens für die einkommensschwachen Bevölkerungsteile gezielt abgelten kann?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben im Rahmen der Indizes — des Normal-Lebenshaltungskostenindex und zum Beispiel des besonderen Pensionistenindex — ja die Verschiebungen bei den Ausgaben ein wenig berücksichtigt. Ich gebe aber zu, daß die gesamte Indexentwicklung und die Schau auf den Index ja nur einen Trend wiedergeben kann, wodurch individuelle Konsumgewohnheiten und durch individuelle besondere Situationen eben auch unterschiedliche Ausgabengrößen vorhanden sind.

Was wir vorhaben, das ist, daß wir bestrebt sind, im Rahmen der Maßnahmen, die uns möglich sind, auch Verbesserungen für die kleineren Pensionsbezieher herbeizuführen, wobei ich allerdings zu berücksichtigen bitte, daß die normale Erhöhung der Pensionen per 1. Jänner 1981 für das Jahr einen Kostenaufwand von etwa 4,5 Milliarden Schilling erfordern wird und daß die Zusatzmaßnahmen, die wir durch die außertourliche Erhöhung der Richtsätze

Bundesminister Dallinger

durchgeführt haben, etwa 142 Millionen Schilling kosten.

Wir werden bei den Überlegungen im Hinblick auf die Verteuerungen im besonderen für die kleinen Pensionsempfänger diese Fragen mit überlegen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Abgeordneter Schwimmer (ÖVP) an den Herrn Minister.

314/M

Bis wann werden Sie einen Gesetzentwurf zur Einführung der Witwerpensionen zur Begutachtung versenden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich habe schon wiederholt im Hohen Hause erklärt, daß ich beabsichtige, im Monat Februar noch einen Gesetzentwurf zur Begutachtung auszusenden, um das Problem, das uns vom Verfassungsgerichtshof zur Lösung auferlegt wurde, auch tatsächlich zu lösen.

Die Vorbereitungen in meinem Ministerium sind im Gange. Ich habe auch vor, noch vor der endgültigen Redigierung auch mit den Vertretern der Oppositionsparteien Gespräche aufzunehmen, um über diesen Fragenkomplex eine möglichst offene Diskussion führen zu können. Ich möchte auch heute noch einmal wiederholen, was ich schon mehrmals gesagt habe, daß ich Sie einlade, bei der Lösung dieses Problems positiv mitzuwirken.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schwimmer: Herr Bundesminister! Sie haben seinerzeit noch als Abgeordneter eine Begrenzung der Hinterbliebenenleistung zusammen mit der Eigenpension von 60 Prozent beider Pensionen vorgeschlagen. Als Minister haben Sie dann einmal die Witwerpension analog der Witwenpension vorgeschlagen. Sie haben jetzt in Ihrer Antwort nur von einem Gesetzentwurf ohne nähere Definition gesprochen.

Wird dieser im Februar von Ihnen zur Begutachtung versendete Gesetzentwurf die Einführung der Witwerpension analog der Witwenpension beinhalten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Darf ich nur replizieren, Herr Abgeordneter: Ihre Frage hat gelautet, wann ich einen Gesetzentwurf vorlegen werde (Abg. Dr. Schwimmer: Zur Ein-

führung der Witwerpension!), und ich habe gesagt, daß ich diese Hinterbliebenenpensionsregelung für die Männer und die Novelle dazu im Februar vorlegen werde.

Ich habe auch keinen konkreten Vorschlag in der Richtung gemacht, daß ich meinte, daß dieser eine Vorschlag die Lösung des Problems darstellen würde, sondern ich habe die möglichen Varianten um eine bereichert beziehungsweise eine wieder mehr in Erinnerung gebracht.

Ich möchte Ihnen sagen, daß nach dem jetzigen Stand der Diskussion etwa drei bis vier, sogar fünf Lösungsvarianten existent sind, die allerdings alle Mängel haben, und zwar verschiedene, je nachdem, wie der Vorschlag erstellt ist.

Was mir besonders am Herzen liegt, das ist, daß ich die derzeit berufstätigen Frauen nicht diskriminieren möchte und ich als selbstverständlich voraussetze, daß einmal bereits zuerkannte Leistungen nicht abgeändert werden, sondern daß sie im jetzigen Ausmaß beibehalten werden und auch der künftigen Pensionsanpassung unterliegen.

Dieses Element, daß die berufstätigen Frauen nicht diskriminiert werden sollen, ist eben ein Hemmungsfaktor, wenn ich irgendwelche Prozentsätze festlege, auf die eine Pension dann gekürzt werden soll, wenn zwei Pensionsansprüche, also ein eigener Pensionsanspruch und ein Witwer- oder Witwenpensionsanspruch, zusammenfallen. Das ist das Problem.

Ich weiß auch, daß die Kostenseite eine entscheidende Rolle spielt. Ich darf in diesem Zusammenhang erwähnen, daß wir noch per Mitte dieses Jahres den Gesetzentwurf über die Schwerst-, Schicht- und Nachschichtarbeiter in Kraft setzen wollen, wo ja wahrscheinlich eine vorzeitige Pensionsregelung beinhaltet ist, die sicher einige hundert Millionen Schilling noch für das Jahr 1981 kosten wird, sodaß die Gesamtaufwände erheblich steigen werden und ich in der Klassifizierung, was notwendiger ist, das eine oder das andere, die Präferenz habe, jetzt zunächst einmal eine umfassende Lösung für die Schicht-, Schwerst- und Nachschichtarbeiter zu treffen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schwimmer: Herr Bundesminister! Darf ich gleich unmittelbar an die Erwähnung der Kostenfrage anschließen. Meiner Ansicht nach sind nicht nur zuerkannte Ansprüche, sondern auch berechtigte Erwartungen zu schützen.

Wenn man diesem Grundsatz folgt, werden

6240

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Schwimmer

bei allen Varianten doch gewisse Mehrkosten entstehen.

Welche Zusagen innerhalb der Bundesregierung für die Bedeckung der Mehrkosten einer gerechten Regelung der Hinterbliebenenversorgung gibt es bereits?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Zusagen über Mehrkosten können erst dann erfolgen, wenn bekannt ist, welche Mehrkosten entstehen. Da das endgültige Lösungsmodell zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht fertig ist, kann ich auch über die Kosten keine Aussagen machen.

Es wird aber jedenfalls so sein, daß die Bundesregierung beziehungsweise das Hohe Haus in einem Gesetz dann zu beschließen hat, daß das, was vom Verfassungsgerichtshof als Lösungsmöglichkeit noch angesehen wird, auch hier beschlossen und auch finanziell bedeckt werden wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben von der Diskriminierung gesprochen, es dürfe keine Regelung herauskommen, die irgendeine Gruppe diskriminiere. Ich glaube, es gibt ja bereits jetzt, wenn man das gegenwärtige System betrachtet, eine Menge Diskriminierung, weil wir ja Privilegierungen durch kumulative Ansprüche und ähnliches in der gegenwärtigen Gesetzeslage haben.

Was aber mich interessieren würde, ist Ihre Äußerung, die Sie im Zusammenhang mit der Diskussion um die Einführung einer Witwepension gemacht haben. Sie sprachen im Hinblick auf die Finanzierbarkeit davon, daß es notwendig wäre, einen Stufenplan bei der Einführung der Witwepension Platz greifen zu lassen, das heißt, daß eben nur ein gewisser Prozentsatz, der jährlich ansteigt, an die anspruchsberechtigten Witwer ausbezahlt wird.

Halten Sie einen solchen Plan nicht wiederum für eine Form der Diskriminierung, da es sich ja, anders als bei der Arbeiterabfertigung, nicht um eine neue soziale Institution handelt, sondern eine vom Verfassungsgerichtshof aufgezwungene Nachziehung wegen Gleichheitsverletzung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich glaube, daß wir hier unterscheiden müssen: Der Verfas-

sungsgerichtshof hat den Gleichheitsgrundsatz als verletzt betrachtet, wenn es keine Witwepension gibt. Damit ist aber noch nichts über die soziale Komponente dieser Witwepension ausgesagt. Es wäre einer Diskussion wert, jetzt vom sozialen Gesichtspunkt her zu prüfen, ob die Witwepension überhaupt gerechtfertigt ist. Da wird es sicherlich verschiedene Auffassungen geben, und man kann mit Fug und Recht behaupten, daß jeder, der zumindest in der Vergangenheit als Mann in den Ruhestand getreten ist und der Witwer war, nicht damit rechnen konnte, daß er überhaupt einen zusätzlichen Leistungsanspruch erhält.

Daher ist jetzt die Frage, wie wir eine zukünftige Regelung treffen, sicherlich auch von dem Gesichtspunkt aus zu betrachten, daß man Übergangslösungen schafft.

Im übrigen hat der Verfassungsgerichtshof selber eine solche Lösungsmöglichkeit eröffnet, indem er gesagt hat, daß man es auch in mehreren Etappen machen kann.

Wenn es zu einer Witwepension auf der Basis der Witwenpension kommt, dann rechne ich sicher damit, daß wir eine solche Lösung nur in Übergangsetappen in Kraft setzen können, und ich halte das auch sozial für durchaus gerechtfertigt.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kokail.

Abgeordneter Kokail (SPÖ): Herr Bundesminister! Auf Grund des Verfassungsgerichtshofurteiles wurde ja schon sehr eingehend über die Hinterbliebenenpension diskutiert. Die Diskussion ging eigentlich im Vorjahr mehr in die Richtung einer Partnerschaftspension.

Es ist in den letzten Monaten um diese Partnerschaftspension relativ ruhig geworden, und anscheinend geht jetzt eher die Meinung in Richtung der Einführung einer Witwepension.

Sie haben gerade meinem Vorräder zur Antwort gegeben, daß man sich das unter Umständen in Etappen vorstellen könnte. In wieviel Etappen könnten Sie sich die Einführung einer Witwepension vorstellen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Die Überlegung könnte sein, daß man das mit fünf Zweijahresetappen in Kraft setzen könnte, sodaß die endgültige Regelung und Lösung etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen könnte.

Aber das ist eine Hypothese, die ich jetzt gar nicht als Faktum darstellen möchte, sondern es

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

6241

Bundesminister Dallinger

ist nur eine der Überlegungen, die man anstellen kann, wenn man den Kostenaufwand minimieren möchte.

Da ich vorhin erwähnt habe, daß die soziale Notwendigkeit ja zumindest zu diskutieren wäre, glaube ich, daß man eine solche Lösung auch treffen könnte. Unter Umständen wird man überlegen müssen, ob man besonders bei geringeren Pensionsansprüchen des Witwerts vielleicht noch eine andere Lösung treffen kann.

Aber insgesamt möchte ich sagen, daß durch das Zusammentreffen verschiedener Absichten jeweils die eine Absicht die andere irgendwie derogiert oder zumindest erschwert. Das ist also eine der vielen Schwierigkeiten, die uns bei der Lösung des Problems entgegenstehen.

Ich glaube jedenfalls, daß es der gemeinsame Wille des Hohen Hauses sein sollte, allfällige Kosten für eine solche Regelung, deren soziale Notwendigkeit jedenfalls zu diskutieren wäre, so gering wie möglich zu halten, wenn man Vergleiche anstellt zu notwendigen Vorhaben, die aus anderen Gründen und insbesondere aus sozialen Gründen gesetzt werden müssen.

Hier möchte ich die Konkurrenzsituation eindeutig herausstreichen: Lösung für die Nachschichtarbeiter und die Schwerstarbeiter im Verhältnis zu der Witerpension.

Wenn wir über Geld verfügen, dann sollten wir es primär für den einen Zweck, für den sozial begründeten Zweck, einsetzen und uns vielleicht doch zurückhaltender zeigen bei der Witerpension, deren soziale Rechtfertigung jedenfalls zumindest gegenüber dem anderen Problem geringer ist.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Hubinek.

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Meine Sorge gilt den berufstätigen Frauen, die nicht die Zechen einer Neuregelung bezahlen sollen. Sie haben heute gesagt, Sie wollen zuerkannte Rechte respektieren. Meinen Sie damit die bescheidmäßigen Rechte oder auch die Rechte, die die heute berufstätigen Frauen in Anspruch nehmen wollen, jene Frauen, die vielleicht noch einige Jahre brauchen, bis sie in die Pension eintreten? Also werden Sie auch die Erwartungslage der heute berufstätigen Frauen respektieren?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Von den vielen aufgezählten Schwierigkeiten, sehr geehrte Frau Abgeordnete, ist das eine der hauptsächlichen.

Ich habe erwähnt, daß die allfällige Einführung einer Witerpension auf der Basis der Witwenpension ja genau diese Situation, die Sie jetzt angesprochen haben, treffen würde. Wenn ich also auf dem Sektor der Witwen keine Änderung vornehme gegenüber dem geltenden Recht und „nur“ neues Recht — „nur“ unter Anführungszeichen — für die Witwer einführe, dann würde genau das getroffen werden, was Sie eben angesprochen haben.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragenbeantwortungen 869/AB bis 871/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Antrag 91/A der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Verbesserungen in der gewerblichen Krankenversicherung,

Antrag 92/A der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Verbesserung der bäuerlichen Krankenversicherung,

Antrag 94/A der Abgeordneten Vetter und Genossen betreffend konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Behinderten in Österreich;

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Antrag 93/A der Abgeordneten Wille, Dr. Neisser, Dr. Stix und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Studienrichtung Medizin geändert wird.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung eingelangten Regierungsvorlagen zu wie folgt:

dem Verfassungsausschuß:

Bundesverfassungsgesetz über eine weitere Änderung der Landesgrenze zwischen dem Land Oberösterreich und dem Land Salzburg im Bereich der Moosache (597 der Beilagen);

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Rechtsanwaltstarif geändert wird (598 der Beilagen);

dem Rechnungshofausschuß

weise ich den Nachtrag zum Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Verwaltungsjahr 1979 (Zu III-68 der Beilagen) zu.

6242

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Es ist vorgeschlagen, die Debatte über die Punkte 2 und 3 wie auch über die Punkte 8 und 9 der heutigen Tagesordnung jeweils zusammenzufassen.

Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über die jeweils zusammengefaßten Punkte unter einem durchgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? — Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Debatte über die Mitteilung betreffend die Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung sowie eines Staatssekretärs

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Debatte über die Mitteilung betreffend die Ernennung von Mitgliedern der Bundesregierung sowie eines Staatssekretärs.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Bevor ich auf den ersten Punkt unserer heutigen Tagesordnung eingehe, möchte ich doch eine kurze Bemerkung zu der Befreiung der amerikanischen Geiseln im Iran machen.

Die Geiselnahme der 52 Diplomaten der Vereinigten Staaten war für die Österreichische Volkspartei immer ein besonders widerlicher Akt der Barbarei.

Ich betone dies umso mehr, als wir, meine Damen und Herren, in diesem Parlament hier in Wien diskutieren, in einer Stadt, die vor mehr als einem Jahrzehnt der Ort war, wo die letzte Konvention der Vereinten Nationen über die diplomatischen Immunitäten und Rechte beschlossen und unterzeichnet worden ist.

Ich betone dies umso mehr, als die Respektierung fremder Gesandter fast seit menschlichen Vorzeiten eines der wenigen international unbestrittenen kulturellen Güter und ein allgemein anerkannter Rechtsgrundsatz war. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es sollten uns diese Vorgänge auch eine Warnung sein.

Ein französischer Autor, der sich am Beginn

dieses Jahrhunderts mit möglichen zukünftigen Entwicklungen und gesellschaftspolitischen Problemen beschäftigt hat, Charles Peguy, hat einmal gemeint:

„Die Teilchen der Kultur und der Freiheit, die sich die Menschheit sehr mühselig erworben hat, sind immer wieder von neuen Wogen der Barbarei bedroht.“

Und das war eine solche Woge der Barbarei. Wir sollten daher die internationale Szene und ihre Gefahren mit Realismus und gelegentlich mit weniger Wunschdenken betrachten und auch bei unserer eigenen nationalen Entwicklung wissen, daß auch dieses Land jedes Jahr von äußeren Risiken und äußeren Gefahren bedroht ist und, wenn es darauf ankommt, die eigene Stärke, Stabilität und Verhaltensweise zählen und weniger die internationale Solidarität, die sich auch im Falle der amerikanischen Geiseln als sehr schwach erwiesen hat.

Die Österreichische Volkspartei, meine Damen und Herren, hat im Zeitpunkt der Geiselnahme, hat im Zeitpunkt der Demütigung der amerikanischen Nation, als der Befreiungsversuch mißlungen ist, immer mit dem amerikanischen Volk Solidarität gezeigt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch in dieser Stunde der Freude des amerikanischen Volkes unserer Solidarität und Verbundenheit mit dieser großen Nation Ausdruck verleihen (*neuerlicher Beifall bei der ÖVP*), erstens weil in unserem Land persönliche Freiheit ein wesentliches Grundrecht ist und weil wir Bürger eines Landes sind, die auch dem amerikanischen Volk in einem hohen Ausmaß die Selbständigkeit unseres Staates und die Sicherheit unseres parlamentarisch-demokratischen Gesellschaftssystems verdanken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Damit komme ich zum eigentlichen Anlaß unserer Diskussion. Bei diesem Tagesordnungspunkt, Herr Bundeskanzler, geht es mir — bei allem persönlichen Respekt auch am Vorabend Ihres 70. Geburtstages — darum, mit aller Klarheit aufzuzeigen, was zu dieser Regierungsumbildung geführt hat, warum dadurch die Lösung wichtiger Fragen Wochen, Monate, ja eigentlich Jahre hindurch aufgeschoben wurde, ja die Regierungstätigkeit teilweise lahmgelegt war, und nach welchem Dringlichkeitskatalog unserer Auffassung nach wichtige Fragen in Angriff genommen werden sollen.

Nach den Artikeln 69 und 70 unserer Bundesverfassung trägt der Bundeskanzler die Verantwortung dafür, wer dem Bundespräsidenten als Mitglied einer Bundesregierung vorgeschlagen wird. Er kann — er trägt auch hiefür die Verantwortung — dem Bundespräsidenten auch

Dr. Mock

die Entlassung von Mitgliedern der Bundesregierung vorschlagen.

Das heißt, Herr Bundeskanzler, Sie trifft in dieser Funktion die Culpa in eligendo, die Verantwortung beziehungsweise zutreffendenfalls auch die Schuld für die Auswahl der Mitglieder der Bundesregierung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nach der Bundesverfassung und dem Bundesministeriengesetz, Herr Bundeskanzler, tragen Sie die Verantwortung für die Gesamtkoordination der Arbeit der Bundesregierung und damit auch die Verantwortung für den globalen Arbeitserfolg der Bundesregierung.

Wenn daher gestern Vizekanzler Androsch aus der Bundesregierung entlassen wurde, so gilt es nicht nur zu analysieren, was zu seiner Entlassung geführt hat — das ist in den letzten Monaten ausführlichst geschehen —, sondern es gilt auch die Frage zu stellen, warum Sie, Herr Bundeskanzler, aus der jahrelangen Kritik der breiten Öffentlichkeit, aus der Kritik der Opposition, aber auch aus Ihrer eigenen kritischen Einstellung zum Vizekanzler nicht früher die Konsequenzen gezogen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist daher, Herr Bundeskanzler, Ihre Verantwortung, wenn durch diese Konfliktsituation in der Bundesregierung die Regierungsarbeit immer weniger ergiebig und die Probleme immer häufiger ungelöst blieben.

Sie haben im September 1978 zum erstenmal für die breite Öffentlichkeit erkennbar Ihrem Finanzminister im Zusammenhang mit der Tätigkeit seiner Steuerberatungsfirma vorgeworfen, daß er „sich's richten“ kann. An und für sich, Herr Bundeskanzler, ein monströser Vorwurf an den zweiten Mann in der Regierung, an Ihren Stellvertreter. Warum haben Sie keine Konsequenzen daraus gezogen? Weil Ihnen die Optik, das Gesicht Ihrer Partei, wichtiger war als die Arbeitsfähigkeit der Regierung, als die Interessen dieses Landes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und so könnte man, meine Damen und Herren, Zitat um Zitat, Konflikt um Konflikt aneinanderreihen, die die Arbeit in der Bundesregierung immer schwieriger haben werden lassen.

Herr Bundeskanzler! Man hört gelegentlich, die Scheu vor der Verantwortung ist eine Krankheit unserer Zeit. Das mag schon sein, sie hat sich in diesem Fall sehr stark an der Spitze unserer Regierungshierarchie gezeigt. Genau auf den Tag vor fünf Monaten, am 21. August 1980, haben wir in einer außerordentlichen Sitzung breit und ausführlich im Nationalrat die Frage der politischen Verantwortung des Finanzministers für den Millionen- und Milliardenskandal rund um das Allgemeine Krankenhaus diskutiert.

Sie sind aufgestanden, haben das Mißtrauensvotum der Opposition abgelehnt und haben einen Tag später der Zeitung auf die Frage, warum Sie den Finanzminister nicht oder nicht einmal eine Minute lang verteidigt haben, erklärt: Weil er mich nicht überzeugt hat.

Wo blieb Ihre Verantwortung, Herr Bundeskanzler, aus diesem Ihrem persönlichen Mißtrauen die Konsequenzen zu ziehen? Diese Verantwortung blieb einmal mehr auf der Strecke des Vorrangs Ihrer Partei vor den Interessen dieses Landes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und dann, Herr Bundeskanzler, hat der frühere Finanzminister in einer sehr offenen Weise am 9. September 1980 in einem Zeitungsinterview erklärt, es gäbe keine gemeinsame Vertrauensbasis mit Ihnen.

Herr Bundeskanzler! Wieder blieben die Konsequenzen auf der Strecke des Vorrangs der Partei vor den Interessen dieses Landes.

In den Monaten seit diesem 21. August und 9. September hat sich die öffentliche Diskussion, haben Sie sich auch in Ihrer Arbeitszeit als Bundeskanzler vornehmlich und immer wieder mit den Fragen beschäftigt: Wie geht es weiter? Wann wird der Finanzminister entlassen? Bleibt er? Wohin wird er entlassen? Womit wird er versorgt?

Es waren anfangs nur einzelne Beobachter, meine Damen und Herren, die aufzeigten, daß die praktische Arbeit auf der Strecke blieb. In den letzten sechs Monaten wurde das immer klarer.

Alte Kommissionen blieben ohne Arbeitsergebnisse, neue Kommissionen wurden eingesetzt, um Entscheidungen zu vermeiden. Ein makabrer Tanz nicht der Derwische, sondern der Kommissionen.

Wir hatten eine Budgetsanierungskommission, Herr Bundeskanzler. Kein einziges Mal wurde uns ein Ergebnis vorgelegt; weder der Öffentlichkeit noch dem Nationalrat. Aber wir haben heute ein Budgetdefizit von 50 Milliarden und sicherlich ein Budgetdefizit von über 50 Milliarden, wenn der Rechnungsabschluß kommt.

Wir hatten eine Steuerreformkommission, eine sogenannte große Steuerreformkommission, die nicht nur die Lohn- und Einkommensteueranpassung vorbereiten sollte, sondern auch das Steuerrecht reformieren sollte. Sie haben vor wenigen Wochen gemeint, daß diese Kommission ja nicht sehr viel an überzeugenden Vorschlägen anzubieten hatte. Das haben Sie erst gesagt, nachdem der Herr Finanzminister seinen Rücktritt erklärt hatte.

6244

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Mock

Wir hatten eine Sparbuchkommission. Herr Bundeskanzler, Sie haben gemeint — ich zitiere —: „Ihre Arbeit haben sie deswegen nicht aufgenommen, weil es für dieses Budget sowieso zu spät wäre.“

Herr Bundeskanzler! Ist es nicht verständlich, wenn wir bei aller kritischen, aber auch sachlichen Auseinandersetzung mit der Konstituierung einer Wirtschaftskommission, die Sie vorige Woche proklamiert haben, sehr skeptisch sind? Wenn allein die Arbeitsaufnahme Ihrer Wirtschaftskommission, die im Jänner 1980 verkündet wurde, ein Jahr lang gedauert hat — ja wann können wir da mit Arbeitsergebnissen rechnen?

Und so könnte man den Tanz der Kommissionen fortsetzen. Die seinerzeitige Industriekommission, die Medienkommission, die beständig angekündigt wird, aber immer wieder beständig nur als „demnächst einberufen“ angekündigt wird.

Herr Bundeskanzler! Die Einsetzung von Kommissionen allein genügt nicht, um die Zukunft dieses Landes zu sichern. (*Beifall bei der ÖVP.*) Regieren heißt handeln und entscheiden.

Das gilt auch bezüglich der Koordination wichtiger politischer Fragen.

Am 15. November sprach der Herr Sozialminister von der 35-Stunden-Woche, der Abgeordnete Wille sogar von der 30-Stunden-Woche. Später sagten Sie, daß wir uns das nicht leisten können, und kurz darauf setzte der Sozialminister das muntere Spiel mit diesen in der Gegenwart sicherlich unverwirklichbaren Vorschlägen fort.

Wo blieb die Koordinationskraft des Bundeskanzlers? Sie wurde investiert in den Parteiauftrag zur Versorgung des Finanzministers. Da haben Sie Schlagkraft gefunden als Partei, als es darum ging, mit Methoden, die der politischen Kultur unseres Landes widersprochen haben, den Finanzminister mit dem Topposten unseres Kreditwesens zu versorgen.

Sie dürfen Sich daher nicht wundern, Herr Bundeskanzler, wenn — ich habe das vorhin schon einmal zitiert — am Vorabend Ihres 70. Geburtstages — bei allem Respekt und aller Anerkennung Ihrer langen Regierungstätigkeit — die Medien — auch repräsentative Medien — von der bitteren Ernte Ihrer Politik reden. Dieser Politik, so heißt es in einem bekannten Kommentar, fehle es an jeglicher Energie und Dynamik, aber vor allem auch an einer langfristigen Perspektive.

Sie erklären, Sie werden nicht mehr kandi-

dieren, Herr Bundeskanzler, und sofort kommen Ihre Parteifreunde und bitten Sie inständig auf den Knien, ja doch zu kandidieren. Ich habe Verständnis... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.*)

Herr Abgeordneter Schranz! Je höher Sie auf der Leiter der Überheblichkeit steigen, umso tiefer werden Sie eines Tages herunterfallen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte mich hier nicht vertiefen. Nur, Herr Bundeskanzler, durch alle diese Personalkonflikte und Machtmanöver — und, Herr Bundeskanzler, durch das ständige Betonen, Sie werden nicht mehr kandidieren, wo sich natürlich zu Recht in Ihrer Partei viele die Frage stellen angesichts des Kronprinzensterbens: Ja wer denn sonst als Dr. Kreisky? — zwingen Sie ja die innerparteiliche Opposition, wieder auf den Knien zu Ihnen zu kommen, und zwingen Sie zumindest zu äußerer Gefolgsbereitschaft. (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*) Diese Sorge werden Sie nie haben, Herr Abgeordneter Mondl, die werden Sie sicherlich nie haben! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das alles, Herr Bundeskanzler, würde jedem und auch Ihnen Kraft nehmen, Kraft, die der Lösung konkreter und schwieriger Probleme unseres Landes dienen soll.

Josef Schumpeter hat einmal gemeint, der Regierungschef in einer Demokratie ist immer gefährdet, in die Situation eines Reiters zu geraten, der durch den Versuch, sich im Sattel zu halten, so völlig in Anspruch genommen wird, daß er keine Pläne mehr aufstellen kann, wohin sein Ritt geht, oder an die Lage eines Generals, der voll damit beschäftigt ist, sich zu vergewissern, daß seine Armee seinen Befehlen — ich erinnere Sie an die gegensätzlichen Aussagen, ich habe nur den Herrn Bundesminister Dallinger zitiert — gehorcht, sodaß er eigentlich nicht mehr weiß, wohin der Weg geht.

Herr Bundeskanzler! Es wird für Personalfragen und für den Vorrang der Partei zu viel investiert, und die Interessen des Landes kamen gerade in den letzten sechs Monaten zu kurz. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und da gibt es noch ein sehr ernstes Problem: Für diese Machtausweitung nehmen Sie in Kauf, daß ein in Österreich aufgebautes und seit langem praktiziertes Modell zur Lösung unserer politischen, wenn Sie wollen auch sozialen Konflikte stufenweise aufgehoben wird.

Herr Bundeskanzler! Konflikte, Wettbewerb sind Bestandteile einer pluralistischen Demokratie. Ich teile zwar nicht die Auffassung jener Autoren, die den Konflikt allein zum

Dr. Mock

bewegenden und positiven Element der Geschichte machen, aber sie sind vorhanden, und wir haben die Aufgabe, sie zu lösen, partnerschaftlich zu lösen. Es kann daher nicht die Frage sein, ob Konflikte wünschenswert sind, ja oder nein, sondern nur allein die Frage, in welcher Weise wir Konflikte austragen.

Und ich glaube, wir können alle darauf stolz sein, daß hier in Österreich in den 35 Jahren, seit 1945, ein Modell entwickelt wurde. Ein wesentlicher Bestandteil davon ist sicherlich auch die Sozialpartnerschaft, die auch im Ausland gerne kopiert wird oder zumindest der Wunsch besteht, es den Österreichern nachzumachen.

Das heißt, wir haben in vielen Bereichen unseres Gemeinwesens eine Wertgemeinschaft, auch über die politischen Gegensätze hinweg, wie Konflikte auszutragen sind. Und mit diesem System ist dieses Land gut gefahren, das möchte ich auch heute hier unterstreichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und jetzt sind wir, Herr Bundeskanzler, mit der Tatsache konfrontiert, daß für Ihre Partei und für Sie die rechtlich nirgendwo festgelegten Verfahrensgrundsätze dieses Konfliktmodells — sie sind weder in einer Verfassung noch in einem Gesetz —, daß diese Verfahrensweise, diese Verhaltensweise schrittweise reduziert und aufgehoben wird.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte hier nicht mißverstanden werden, aber in aller Deutlichkeit sagen: Sie haben heute die absolute Mehrheit und können diesen Weg der ständigen Konfrontation vorgehen. Sie können versichert sein, die Österreichische Volkspartei wird sich auch darauf einstellen. Ich halte jedoch diesen Weg für unser Land für falsch! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, das Wesentliche daran ist, daß die Qualität der Gesellschaft eben nicht nur oder nur zu einem geringen Teil bestimmt wird von Rechten und Ansprüchen, durch die Verantwortlichkeiten und Pflichten gesetzlich festgelegt sind, sondern die Qualität einer Gesellschaft, glaube ich, meine Damen und Herren, ist oft viel mehr beeinflußt und bestimmt von den ungeschriebenen Regeln, Erwartungen und Verhaltensweisen, die das Zusammenspiel und das Zusammenwirken der sozialen politischen Gruppen bestimmen.

Überhaupt kein Anlaß, daß wir uns gegenseitig Belehrungen erteilen, meine Damen und Herren, aber ich glaube, es ist Zeit, daß man sich das eine oder andere zur Überlegung durchaus gegenseitig sagt. Ich glaube nun, daß hier das Prinzip der Toleranz eine der wichtigsten dieser Erwartungen, dieser ungeschriebenen Regeln ist.

Ich gebe zu, Herr Bundeskanzler, es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen Toleranz und der Verpflichtung der Opposition zu Kontrolle und Kritik. Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen Toleranz und dem Recht der Mehrheit, zu entscheiden. Aber wie dieses Spannungsverhältnis gelöst wird, das ist die entscheidende Frage. Da sind wir gut gefahren in der Vergangenheit, und daher sollten wir dieses spezifische Modell der österreichischen politischen Kultur auch an die Zukunft und an andere Generationen weitergeben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das Wesentliche daran ist eben, daß Toleranz erst beginnt, wo es die gesetzlich festgelegten Garantien nicht mehr gibt. Herr Bundeskanzler, Toleranz beginnt dort, auch gegenüber der parlamentarischen Opposition, wo die parlamentarische Opposition kein Anrecht mehr hat nach dem formellen Buchstaben der Verfassung, der Gesetze auf Mitbestimmung und Mitsprache. Und gerade diese Toleranz, glaube ich, macht das politische Leben verkraftbar, die politischen Gegensätze verkraftbar und tragbar. Ohne diese Toleranzgrenze, diese Elastizität, würden Freiheitsräume, die allein gesetzlich fixiert sind und nebeneinanderstehen, jeder mit dem maximalen Anspruch, zu Reibungen, zu ständigen Konflikten und könnten auch — dafür gibt es historische Beispiele — zum Verlust garantierter Freiheiten und demokratischer Rechte führen.

Es gilt in keiner Weise, meine Damen und Herren, die letzten 35 Jahre zu beschönigen. Da hat es heftige Auseinandersetzungen gegeben, eine Reihe wichtiger politischer Konflikte. Nur, Herr Bundeskanzler, dieses grundsätzliche Gesprächs- und Konsensklima, das aufgebaut worden ist, lag weit über dem, was international in anderen parlamentarischen Demokratien üblich war, hat diesem Lande genutzt, und darin bestand die besondere Leistung der vor mir tätig gewesenen Generation, der Sie ja selbst auch angehört haben.

Ohne Überheblichkeit, Herr Bundeskanzler, möchte ich hier folgendes feststellen: 1970 hat die Österreichische Volkspartei, was die Regierungsmacht anbelangt, ein Land übergeben mit einer hohen Konsens- und Gesprächsfähigkeit. Ein Land, wirtschaftlich stark, daher auch sozial leistungsfähig und daher auch politisch stabil. Herr Bundeskanzler! Der Zeitpunkt, von dem Sie das über Ihre Regierungsperiode sagen können, liegt in der Zukunft. Dieser Nachweis muß für Ihre Regierungsperiode erst erbracht werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich wehre mich, Herr Bundeskanzler, schon aus weltanschaulichen Gründen gegen einen

6246

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Mock

zwangsweisen Weg der Geschichte aus einer Gesetzmäßigkeit allenfalls des Materialismus. Ich glaube, daß natürlich Umweltfaktoren unser Verhalten beeinflussen, daß wir aber einen freien Willen haben und ein hohes Maß an Verantwortung dafür, wohin dieser Weg geht. Gerade weil Sie Manes Sperber sehr gut kennen und ich hier vor kurzem gelesen habe, wie er sich mit der österreichischen Geschichte zwischen den beiden Weltkriegen beschäftigt und auch analysiert, warum das eine so und nicht anders gekommen ist, und er die Frage gestellt hat, warum es nicht anders gekommen ist, und dann auch schreibt von der Gefahr der mangelnden Selbsterkenntnis, von der Gefahr der Selbstverblendung, die in jeder politischen Gruppe auftauchen kann.

Ich glaube, auch wir müssen uns immer wieder die Frage stellen, ob wir die Kraft zur Selbsterkenntnis haben, über den eigenen persönlichen Standpunkt, über den Standpunkt der eigenen Partei hinaus die Frage zu stellen: Wo liegen die langfristigen Interessen unseres Landes?

Und da, Herr Bundeskanzler, waren die Vorgänge der letzten Monate eine neue Zäsur. Die liberale Luft ist dünner geworden, das Klima der Toleranz kälter geworden. Sie haben, oder Ihre Regierung, Ihre Partei, die Öffentlichkeit, die Opposition, die Bevölkerung spüren lassen, was man mit dem rücksichtslosen Einsatz der Mehrheit machen kann. Und Sie haben die Versorgungsansprüche eines Ministers, der in Ihrer Regierung nicht mehr tragbar war, über die Interessen der Wahrung dieser politischen Kultur gestellt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nur ein Nebensatz, meine Damen und Herren: Was wir beschließen, das setzen wir durch, hat Präsident Benya am 19. Jänner gemeint.

Ich gebe schon zu, daß man das verschieden interpretieren kann, je nachdem, zu welcher Partei man gehört. Aber ich erlaube mir doch die Anmerkung, daß eine Mir-san-mir-Mentalität diesem Land noch nie gut getan hat, ganz gleich, wo eine solche Haltung praktiziert worden ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Nun, meine Damen und Herren, der äußere Anlaß für die heutige Debatte ist ja der Wechsel und die Erweiterung der Bundesregierung. Sicher ist die quantitative Ausweitung; ob das eine qualitative Erhöhung war, wird erst die Arbeit zeigen.

Nur, Herr Bundeskanzler — ohne allzu spitz zu sein —, mir wäre es lieb gewesen, wenn Sie die anstehenden Postenwechsel in der Regierung unter einem und gründlich vollzogen hätten, sodaß wir nicht über kurz oder lang wieder mit einer Regierungsumbildung beschäftigt sind.

Namen haben Sie ja oft genug genannt, und ich glaube, es wäre schlecht, wenn wir einmal feststellen im Rückblick auf das Jahr 1980, 1981, 1982, jedes Jahr hat eine Ausweitung oder Umbesetzung der Regierungsposten gebracht. Und jedes Jahr sind Wochen oder Monate verlorengegangen, weil man vor einer solchen Umbildung der Regierung stand.

Was die neuen Regierungsmitglieder oder die, die das Ressort gewechselt haben, anbelangt, möchte ich hier kurz folgendes sagen:

Sicherlich, Finanzminister Salcher übernimmt ein sehr schweres Erbe, Milliardendefizite, große Staatsschuld, man könnte hier die Liste sehr verbreitern, sie ist ja der Öffentlichkeit bekannt.

Herr Bundesminister! Ich darf Ihnen von vornherein immer mit der Ausgangsposition sagen: Jeder hat das Recht auf die Chance, sich in einem neuen Arbeitsgebiet zu bewähren. Aber auch Sie werden diese Entwicklung der Staatsfinanzen, der wachsenden Budgetdefizite nicht in den Griff bekommen, wenn Sie glauben, Staatsschulden und Budgetsanierungen nur mit neuen und noch höheren Steuern bewältigen zu können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich habe doch gelegentlich den Eindruck gehabt, vor allem als Sie als Landeshauptmann-Stellvertreter in Tirol tätig waren, daß Sie auch unkonventionellen Überlegungen Aufmerksamkeit schenken. Dieses Rezept wurde doch jetzt schon in zweijährigem Abstand immer wieder angewandt, und wir sind heute in einer schwierigeren Situation, als wir es je zu einem Zeitpunkt des letzten Jahrzehnts gewesen sind.

Ich bin überzeugt, wir werden die Leistungen der Menschen auch im Steuerrecht wieder mehr anerkennen und berücksichtigen müssen. Und wir werden auch vor entsprechenden Eingriffen auf der Ausgabenseite ...

Wir haben im Herbst des vergangenen Jahres Anträge gestellt, die abgelehnt wurden.

Ich muß anerkennen, Bundesminister Sekanna ist jetzt auf einen Antrag eingegangen, doch Millionen von Geldern, die für ein neues Konferenzzentrum bei der UNO-City bestimmt waren, umzuwidmen — er wird sich zumindest verwenden, man wird sehen, ob er durchkommt —, umzuwidmen für die Strukturpolitik im Bereich der Wirtschaft, vor allem auch für die Strukturpolitik im Bereich der verstaatlichten Wirtschaft. Aber ohne ausgabenseitige Maßnahmen, Herr Minister, werden auch Sie an der Frage der Sanierung des Budgets und der Eindämmung der Staatsverschuldung scheitern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dr. Mock

Wir werden daher die Arbeit des neuen Finanzministers vor allem daran messen, wie weit die längst fällige und schon mehrmals besprochene Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer den Österreichern weitere Belastungen erspart. Denn wir glauben, daß durch Ermunterung und Anerkennung der Arbeitsleistung der Unternehmen, des einzelnen Wirtschaftssubjekts, es letztlich auch Sie wieder sein werden, der davon profitiert, und durch das Andrehen der Steuerschraube, wie es bisher praktiziert wurde, auch Sie darunter leiden und in eine immer größere Schulden-Einnahmen- und Ausgabenschere kommen werden.

Ein Antrag von uns, Herr Minister, liegt seit sechs Monaten im Parlament. Wir werden überhaupt Ihre politischen und finanziellen Maßnahmen vom Gesichtspunkt der sozialen Marktwirtschaft her beurteilen, das heißt, eines Systems, das bestrebt ist, einen optimalen wirtschaftlichen Ertrag durch Anerkennung der Leistung des einzelnen Bürgers und auch der Betriebe sicherzustellen und unter Sicherung der Lebensqualität den Menschen dieses Landes dienstbar zu machen. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Wir müssen weg vom Improvisieren und müssen den Mut haben, wieder nach globalen, verlässlichen Rahmenbedingungen unsere politischen Entscheidungen zu fällen.

Herr Staatssekretär! Wir werden Sie bei Anerkennung Ihrer fachlichen Qualität daran messen, wieweit es Ihnen gelingt, Ihre Ideen, Ihre Aufsätze der letzten 30 Jahre, Ihre wirtschaftspolitischen Überzeugungen auch im Rahmen einer sozialistischen Alleinregierung zum Tragen zu bringen.

Ich muß nur mit Nachdruck bedauern, daß Sie sich so rasch — ich glaube, noch vor Ihrer Bestellung — mit der seit langem im Rahmen der Sozialistischen Partei vorbereiteten erhöhten Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts identifiziert haben.

Herr Staatssekretär! Ich habe vor 14 Tagen gesagt: Professor Seidel war für uns als Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts ein anerkannter Fachmann. Er verliert deswegen, weil er in die sozialistische Regierung geht, diese Eigenschaft nicht. Nur wenn Sie Ihre Glaubwürdigkeit so strapazieren, dann dürfen Sie sich nicht wundern, wenn man schon am ersten Tag sehr zweifelnde Feststellungen trifft, ob Sie überhaupt die Absicht haben, Ihr Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft im Rahmen Ihres neuen Tätigkeitsbereiches durchzusetzen. (*Zustimmung bei der ÖVP*)

Außerdem, Herr Staatssekretär, wie soll man das machen? Sie verkünden noch einmal, was

Sie immer gesagt haben: Die Grenze der steuerlichen Belastung ist erreicht, und gleichzeitig bekennen Sie sich zu einer massiven Steuererhöhung. Bitte, wie Sie das unter einen Hut bringen, die Steuergrenze zumindest zu halten, weil schon die Belastungsgrenze erreicht ist, aber neuerliche Steuerbelastungen zu realisieren, auf dieses Wunder, auf eine solche Erklärung warten wir erst.

Herr Bundesminister Dr. Steyrer! Ich habe gesagt, bei allen politischen Gegensätzen bin ich als Abgeordneter Ihren Ausführungen als Abgeordneter immer mit beachtlichem Interesse gefolgt. Ich habe immer den Eindruck gehabt, auch aus den politischen Problemen, die im Bereich des Gesundheitsressorts, aber zwischen den Fraktionen besprochen wurden, daß hier eine qualifizierte Bereitschaft zum Dialog gegeben ist.

Wir werden Sie vor allem daran messen, welches gesundheitspolitische Konzept Sie für das Allgemeine Krankenhaus vertreten, welchen Beitrag Sie zur Sanierung und Finanzierung des Spitalswesens leisten. Dieses neue moderne Finanzierungssystem, das Ihr Vorgänger schon für Tirol angekündigt hat, dann nicht verwirklichen konnte — die Opposition hat im Dezember eine Gesetzesvorlage vorgelegt —, ist jetzt Ihre Aufgabe und eine entscheidende Frage nicht nur zur finanziellen Existenzsicherung unserer Krankenhäuser, sondern, wenn ich an Bettennot und andere Dinge denke, auch für die Qualität der Betreuung unserer kranken Mitbürger.

Welche Unterstützung Sie den Ländern und Gemeinden geben bei der Lösung der Umweltprobleme, wieweit es Ihnen gelingt, Herr Bundesminister, das Rätsel um das beleglose 100-Millionen-Ding zweifelsfrei aufzuklären und jene dubiose Auftragsvergabe, die bis heute trotz intensiver Beschäftigung des Rechnungshofes nicht aufgeklärt wurde, daran werden wir Sie messen und an nichts anderem.

Was die zukünftigen politischen Perspektiven anbelangt, Herr Bundeskanzler, möchte ich hier nur eines zu Ihren sehr pessimistischen Aussagen bemerken: Sie widerspiegeln eine kleinmütige defensive politische Haltung. Jemand, der den Stillstand proklamiert, macht zumindest den Eindruck, als ob er in einem hohen Ausmaß die Ideen und den Elan seiner Partei verbraucht habe.

Die Situation ist sicherlich schwieriger geworden. Es gibt äußere Gründe, Herr Bundeskanzler, es gibt aber auch Gründe in Ihrer Politik der letzten zehn Jahre. Ich habe den Schuldenberg der Republik zitiert, in zehn Jahren auf das Fünffache angewachsen.

Dr. Salcher hat erklärt, er möchte weiter

6248

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Mock

Schulden machen. Der Steuerdruck ist in den letzten zehn Jahren auf nahezu 42 Prozent gestiegen. Der Staatssekretär, wie ich erwähnt habe, hat die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts angekündigt. Im OECD-Raum weist Österreich nach Dänemark das zweithöchste Leistungsbilanzdefizit auf. Das Betriebskapital der österreichischen Unternehmen ist so niedrig wie noch nie in unserer Geschichte, und daher, Herr Bundeskanzler, hat auch die Kraft dieser Unternehmen, schwierige Zeiten durchzustehen, gelitten. Das ist eine entscheidende Verantwortung Ihrer Politik der letzten zehn Jahre.

Die Zahl der Insolvenzen steigt. Ihre Strukturpolitik hat sich auf Prestigeprojekte, auf die privilegierte Förderung multinationaler Gesellschaften und ihrer Investitionen konzentriert. Die Energiepolitik hat sich darauf beschränkt, von Zeit zu Zeit eine Diskussion über Zwettendorf loszutreten, anstatt ein umfassendes und schlüssiges Energiekonzept vorzulegen.

Für junge Familien, Herr Bundeskanzler, wird die Wohnungbeschaffung zu einem unlösbar Problem. In Wien allein, meine Damen und Herren, sind unter dringlich 30 000 Wohnungsansuchen vorgemerkt. Bei einer gesamtösterreichischen Wohnbauquote von 40 000 kann man sich ausrechnen, wie lange hier Menschen, die unter dringlich vorgemerkt sind, auf die Lösung ihres Problems warten müssen, von dem so oft der optimistische oder der pessimistische Lebensbeginn im Rahmen einer eigenverantwortlichen beruflichen oder privaten Karriere abhängt.

Wir haben Probleme in der Schule, wir haben mehr und größere Schulen. Aber, Herr Bundeskanzler, wo ist die Entrümpelung der Lehrpläne? Wo ist die Motivation im Verhältnis Lehrer, Schüler, Eltern? Wo ist die Entbürokratisierung des Schulbetriebes? Was hören wir von den Wissenschaftlern, von den Hochschulen? Ich glaube, wir müssen den Qualitätsbegriff im Bildungswesen wieder zum Tragen bringen.

Man könnte die Liste fortsetzen. Die Probleme sind schwieriger geworden.

Herr Bundeskanzler, ich teile nicht Ihre Lobpreisungen für die siebziger Jahre, ich teile aber auch nicht Ihren tiefen Pessimismus für die achtziger Jahre. Ich bin überzeugt, auch wenn sie schwieriger sind: Wir haben die Chance, wenn wir gelegentlich den Mut haben, zu einer neuen Politik zu finden, auch diese Probleme erfolgreich zu bewältigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir brauchen eben den Mut zu einem Dringlichkeitskatalog, Herr Bundeskanzler. Wo sollen wir ansetzen? In der Strukturpolitik, in der Regionalpolitik und in der Investitionspolitik.

Die Sicherung der Arbeitsplätze, meine Damen und Herren, ist ein Anliegen jeder Partei. Nur wie man es sichert, darüber sind wir unterschiedlicher Meinung. Wir glauben, daß neue Initiativen in der Strukturpolitik, nicht konzentriert auf internationale Prestigeprojekte, neue Initiativen im Bereich der regionalen Strukturpolitik uns hier sehr helfen würden.

Wir haben Vorschläge gemacht in Form eines Mittelstandsgesetzes, eines Jungunternehmerförderungsgesetzes. Wir müssen wegkommen, Herr Bundeskanzler, von der Feuerwehrmentalität, gerade dort zu löschen, wo es am stärksten und sichtbarsten brennt.

Viele Arbeitsplätze sind gefährdet, das wissen Sie auch. Aber wenn ein Betrieb mit 30 Arbeitsplätzen zusperrt, ist das keine Sensation. Aber hundert Betriebe mit 30 Arbeitsplätzen betreffen schon eine sehr große Anzahl von Menschen.

Daher kann man sich in der Politik nicht nur auf die Großbetriebe konzentrieren, sondern wir müssen wissen, daß gerade der mittlere industrielle und gewerbliche Betrieb der stärkste Betrieb auch in der Krisensituation ist und daher auch die beste Garantie zur Sicherung der Arbeitsplätze bietet. (Beifall bei der ÖVP.)

Neue Wege in der Finanz- und Budgetpolitik, eine mittelfristige Budget- und Finanzplanung, die Milderung des Steuerdrucks, von der ich vorhin gesprochen habe, vor allem die Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer, eine Budgetausgabenpolitik, die auch das Wort Sparsamkeit kennt, ein Verschwendungsstopp und, Herr Bundeskanzler, auch der Kampf, so mühselig er ist, gegen Bürokratismus und Verwaltungsaufblähung.

Eine neue Politik im Bereich der Sozialpolitik, eine gruppenorientierte Sozialpolitik, nicht mit der Gießkanne. So wie wir uns für die Schwerst- und Schichtarbeiter eingesetzt haben, wo Sie unseren Antrag niedergestimmt haben, glaube ich, daß wir trotz der schwierigen Situation, wenn wir Prioritäten setzen, meine Damen und Herren, für die kinderreichen Familien, für die Mindestrentner, für die Pendler, auch für die Schwerst- und Schichtarbeiter, für die behinderten Menschen etwas machen können. (Beifall bei der ÖVP.) Nur müssen wir eben auf die Gießkannenpolitik verzichten. Aber dazu wird uns ja ohnehin die leere Staatskasse zwingen.

Wie steht es mit der Sicherstellung unseres Sozialversicherungssystems, wo ein großes Institut nach dem anderen in die roten Zahlen kommt?

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

6249

Dr. Mock

Für eine neue Wohnungspolitik, Herr Bundeskanzler, haben wir Vorschläge gemacht. Es gibt hier ein erstes Eigentumsbildungsgesetz, das eine ganze Reihe, einen Berg Geld dem Wohnbau zur Verfügung stellen würde, wenn Sie den Mut haben mitzugehen und Genossenschafts- und Gemeindewohnungen als Eigentumswohnungen angeboten werden.

Wir haben Vorschläge gemacht zum Wohn- und Mietrecht, damit nicht leere Wohnungen in wachsender Anzahl vorhanden sind, aber immer weniger Menschen eine Wohnung bekommen. Ein ganzes Paket zu dieser dringlichen Frage. Wir müssen vermeiden, Herr Bundeskanzler, daß wir in der Wohnbaupolitik in eine ähnliche Situation kommen, wie sie heute schon die Bundesrepublik vorfindet.

Eine konsequente Energiepolitik: Herr Bundeskanzler, wenn Sie mit der Lösung der Zwentendorffrage in der Sackgasse sind, ist das kein Dispens, uns mit anderen wichtigen Fragen zu beschäftigen. Wo bleibt das Energieversorgungskonzept für die achtziger Jahre, das die industrielle Abwärme nützt? Wir wissen doch, daß wir 12 Prozent unseres derzeitigen Energieverbrauches abdecken könnten, wenn wir die industrielle Abwärme nützen.

Wo bleibt der forcierte Ausbau der heimischen Energiequellen, vor allem der Wasserkräfte? Eine ganze Prioritätenliste, wo wir glauben, daß wir mit der Arbeit beginnen sollen, mit dem Tun beginnen sollen und nicht mit dem Prüfen und wieder mit neuen Kommissionen. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundeskanzler! Die Menschen dieses Landes haben vor 30 Jahren eine viel schwierigere Situation bewältigt, als wir sie heute vor uns haben. Ich bin fest davon überzeugt, wir können auch die Situation der achtziger Jahre bewältigen, wenn wir das aus der Vergangenheit behalten, was sich bewährt hat, was ich vorhin als spezifische österreichische politische Kultur bezeichnet habe, mit einem hohen Maß an Gesprächs- und Konsensfähigkeit, mit einem positiven innenpolitischen Klima, und wenn wir gleichzeitig den Mut haben, dort eine neue Politik zu praktizieren, wo sich die bisherigen Wege nicht bewährt haben.

Nur auf diese Weise wird eines Tages auch über das Jahrzehnt der achtziger Jahre ein positives Urteil von der Geschichtsschreibung gefällt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Fischer.

Abgeordneter Dr. Fischer (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe vor einigen Wochen

einmal öffentlich den Wunsch oder die Bitte geäußert, vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse im Iran, in Polen und in anderen Ländern doch in Österreich den Sinn für die Proportionen nicht zu verlieren und nicht so zu tun, als wären manche Probleme, die in den Vordergrund gerückt wurden, die einzigen Probleme, die es wert sind, unsere Aufmerksamkeit zu finden.

Ich schließe mich daher gerne den Worten meines Vorredners an, der Freude und Genugtuung über die Tatsache ausgedrückt hat, daß eine 445 Tage dauernde inhumane und völkerrechtswidrige Zurückhaltung von amerikanischen Bürgern als Geiseln in einem fremden Land auf dem Verhandlungswege beendet werden konnte; und vielleicht ist es auch schon ein Anzeichen für ein richtiges Erkennen von Proportionen, wenn mein Vorredner das an die Spitze seiner Ausführungen gestellt hat.

Meine Damen und Herren! Eine Regierungsumbildung, um mich gleich dem Thema des heutigen Tages zuzuwenden, ist in einem demokratischen System nichts Dramatisches, schon gar nicht in einem Land mit so hoher politischer Stabilität, wie dies in Österreich der Fall ist. Eine Regierungsumbildung ist gewissermaßen ein Stafettenwechsel, aber kein Kurswechsel. Es ist die Übergabe von Aufgaben an neue Männer und Frauen und unter Umständen auch das Ausscheiden von Persönlichkeiten, die viele Jahre lang ein bestimmtes Amt wahrgenommen haben.

Aber zu dieser Regierungsumbildung und vor allem zu vielen Diskussionen, die um diese Regierungsumbildung geführt wurden, sind doch einige zusätzliche Feststellungen notwendig.

Was mir am Herzen liegt, Hohes Haus, wäre zunächst einmal eine deutliche Absage an politische Methoden, die niemandem etwas nutzen, aber der Demokratie und ihren Institutionen nur allzu leicht Schaden zufügen können. Und um zu verhindern, daß diese Feststellung mißverstanden wird und daß sie in dieser pauschalen Form bleibt, möchte ich das gerne präzisieren.

Meine Damen und Herren! In der politischen Auseinandersetzung muß es selbstverständlich erlaubt sein und bleiben, jedermann zu kritisieren, seine politische Konzeption zu attackieren, gegen ihn sprechende Tatsachen vorzubringen. Aber was in der politischen Auseinandersetzung nicht erlaubt sein darf, ist, die Ehre von Menschen, nur weil sie politische Gegner sind, mit Füßen zu treten. (Zustimmung bei der SPÖ.) Darüber, meine Damen und Herren,

6250

Nationalrat XV. GP – 63. Sitzung – 21. Jänner 1981

Dr. Fischer

müßte doch Übereinstimmung herrschen. (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.*)

Vielleicht ist es auch nützlich, Frau Kollegin Hubinek, uns wenigstens für die Zukunft vorzunehmen, daß man Unbewiesenes und allzuoft nur frei Erfundenes nicht als bewiesene Tatsache hinstellt. Das widerspricht ebenso unseren rechtsstaatlichen und sonstigen Grundsätzen, meine Damen und Herren! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Als Jurist hätte ich eigentlich auch den Wunsch, daß es nicht üblich wird, politische Polemik nicht ehrlich als solche zu deklarieren, sondern in die Rechtsform eines anwaltlichen Schriftsatzes zu kleiden und auf diese Art nicht nur die Funktion des parteipolitischen Angreifers mit der des öffentlichen Anklägers zu vermengen, was nicht statthaft ist, sondern in einem weiteren Schritt auch noch die Funktion des Anklägers mit der des Richters zu verwechseln. Am Ende fühlen sich dann nämlich diejenigen, die jemanden aus politischen Gründen bekämpfen — was ihnen zusteht, wenn sie sich rechtsstaatlicher Methoden bedienen —, als seine Richter und glauben, mit ihren Anschuldigungen auch gleich das Urteil letzter Instanz mitzuliefern zu dürfen.

Ein Symbol für mich war die Sitzung eines Untersuchungsausschusses, wo jene, die zweifellos den Inbegriff der Parteilichkeit in dieser Auseinandersetzung darstellen — es bedarf ja nicht der Nennung irgendwelcher Namen —, sich legitimiert gefühlt haben, dann eine sogenannte „objektive Sachverhaltsdarstellung“ zu liefern. Meine Damen und Herren, so leichtfertig darf man mit dem Wort „Objektivität“ nicht umgehen! Das heißt, Schindluder mit einem wichtigen Wort zu betreiben. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es erfüllt mich andererseits mit einer gewissen Genugtuung, daß es offenbar in allen politischen Lagern Leute gibt und daß sich die Stimmen mehren, die sich von dieser Art der politischen Auseinandersetzung distanzieren. Daher will ich mich darüber hier nicht weiter auseinandersetzen.

Aber der Adressat dieser kritischen Feststellungen ist nicht irgendein Rechtsanwalt, der glaubt, auf diese Art seinen Bekanntheitsgrad zu erhöhen; der Adressat dieser Feststellungen ist auch nicht derjenige, der den Auftrag bekommen hat, eine Broschüre zu schreiben, und sich dabei hinter der Anonymität versteckt; meine Feststellungen richten sich natürlich schon an die Adresse der Führung jener Partei, die das alles zumindest duldet und verteidigt, ja sogar — wie ich zumindest bis zu

einer anderslautenden Stellungnahme glauben muß — ausdrücklich gewollt und forciert hat.

Ich sage das deshalb in aller Deutlichkeit, aber auch in aller Ruhe, weil es innerhalb und außerhalb dieses Hauses Menschen gibt — innerhalb dieses Hauses zum Beispiel mein unmittelbarer Vorredner —, die sich in letzter Zeit verstärkt die Frage nach dem politischen Klima in Österreich, nach der Zumutbarkeit von Entscheidungen für den politischen Gegner oder Partner, nach der Belastbarkeit des politischen Gegners gestellt haben, insbesondere seit von Seiten der SPÖ der Vorschlag gemacht wurde, den langjährigen Finanzminister Dr. Androsch mit Führungsaufgaben in der Creditanstalt zu betrauen.

In der Debatte über das Budgetkapitel Finanzen im Dezember vergangenen Jahres, wenn ich mich nicht täusche, hat Kollege Taus in einer interessanten Rede davor gewarnt, die Grenzen der politischen Zumutbarkeit für den politischen Gegner zu überschreiten. Und mein Vorredner hat sich heute zum Toleranzprinzip bekannt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß dieser Gedanke nur dann wertvoll sein kann, wenn er umfassende Gültigkeit hat und wenn hier nicht mit zweierlei Maß gemessen wird. (*Abg. Staudinger: Darf man vielleicht überhaupt nichts mehr sagen?*) Herr Kollege Staudinger! Das Nichtsmehr sagen ist etwas, was überhaupt niemand fordert. Die Diskussion führen wir, aber es kommt eben auch darauf an, mit welchen Methoden Sie Dinge sagen, als Tatsachen in die Welt stellen und so das tun, womit ich mich eingangs sehr vorsichtig, aber sehr deutlich auseinandergesetzt habe. Haben Sie nie überlegt, daß diese Prinzipien, die Sie heute beschwören, umfassende Gültigkeit haben müssen? Glauben Sie nicht, daß dieser Gedanke auch einmal hätte geäußert werden müssen, wenn Sie gegen einzelne Regierungsmitglieder Angriffe richten, die jene Grenzen überschreiten, die bisher ungeschriebene Gesetze in unserem Land waren? Glauben Sie nicht, daß es hier auch eine Grenze der Zumutbarkeit gibt?

Meine Damen und Herren! Es ist für mich sehr wahrscheinlich — obwohl die Frage: was wäre, wenn? in der Politik meist eine müßige ist —, daß unter anderen Voraussetzungen, in einem anderen politischen Klima personelle Entscheidungen in jenem Bereich, den Sie heute angezogen haben, vielleicht auch anders abgelaufen wären, anders behandelt worden wären, nämlich so, wie in der Vergangenheit Dutzende heikle personelle Entscheidungen in Österreich gefallen sind, wie viele Entscheidungen an der Spitze anderer Kreditinstitute oder verstaatlichter Betriebe, zum Beispiel perso-

Dr. Fischer

nelle Entscheidungen an der Spitze der Nationalbank, gefallen sind.

Aber die Einhaltung gewisser ungeschriebener Regeln der Konkordanzdemokratie beginnt doch spätestens dann schwierig zu werden, wenn wir sehen müssen, daß nicht einmal die geschriebenen Grundsätze unseres Rechtsstaates, wonach man niemanden nur an Hand von Verdächtigungen und oft nur konstruierten Verdächtigungen schuldig sprechen darf, eingehalten werden, daß selbst diese geschriebenen Grundsätze verletzt werden. Meine Damen und Herren, halten wir zunächst einmal die geschriebenen Grundsätze unseres Rechtsstaates ein, dann werden wir uns viel leichter tun bei allen ungeschriebenen Regeln, zu denen ich mich gerne bekenne! (*Beifall bei der SPÖ*.) Diese Überlegung ist der Rahmen, in dem wir die heutige Diskussion führen wollen. Es darf nicht so sein, daß man nur die Einhaltung ungeschriebener Regeln einklagt und sich selbst über sehr wesentliche explizite Regeln des menschlichen Zusammenlebens und des Rechtsstaates hinwegsetzt.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, möchte ich auch einige konkrete Fragen behandeln, die hier heute im Vordergrund stehen.

Einmal: Ich halte die Betrauung von Dr. Androsch mit Führungsfunktionen in der CA sachlich deshalb für gerechtfertigt, weil ihm kein vernünftiger Mensch die fachliche und sachliche Qualifikation absprechen kann.

Die Tatsache, daß Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, mit der Wirtschaftspolitik von Dr. Androsch nicht einverstanden waren, die spricht — so könnte ich als Sozialist sagen — weniger gegen Dr. Androsch, sondern eher gegen die ÖVP. (*Beifall bei der SPÖ*.) Denn die Resultate dieser Wirtschaftspolitik liegen ja vor, und, auch wenn wir heute keine Wirtschaftsdebatte im einzelnen führen wollen, über gewisse Grundtatsachen sowie Grundergebnisse der Politik der siebziger Jahre kann sich doch wohl niemand hinwegsetzen.

Aber ich könnte es auch noch etwas konzilianter formulieren: Sowenig wir die Tatsache sachlicher Meinungsverschiedenheiten etwa mit einem Dr. Koren, die es ja auch gegeben hat, sowenig wir diese sachlichen Meinungsverschiedenheiten zum Anlaß genommen haben, ihm die Qualifikation für eine Spitzenfunktion in einer Bank, in der er ja auch nie vorher Dienst gemacht hat, abzusprechen, sowenig kann man sachliche Meinungsverschiedenheiten mit Finanzminister Dr. Androsch benutzen, um ihm die Qualifikation abzusprechen. Und ich sagte schon: Die Fakten sprechen deshalb für Androsch und gegen Sie,

weil sie nicht nur an Hand der Statistik, sondern auch vom Souverän, dessen Urteil wir zu akzeptieren haben, in eindeutiger Weise bestätigt worden sind. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Meine Damen und Herren! Es gibt dann einige unter Ihnen, die etwas vorsichtiger sind und sich nicht auf die fachliche Seite, sondern auf andere Ebenen der Diskussion begeben. Jedermann in Österreich — jedermann! — steht unter der Kontrolle der Gerichte, jedermann hat Konsequenzen zu tragen, wenn er etwas getan haben sollte. Das ist eine Sache, die für jeden in Österreich gilt. Nur: Den Schulterspruch per dringlicher Anfrage, den Schulterspruch per gezielter Indiskretion aus einem Ausschuß, den Schulterspruch per Pressekonferenz überlassen wir jenen, die sich hier offensichtlich betroffen fühlen. Das ist nicht die Methode, mit der in Österreich Rechtspolitik gemacht werden kann. (*Zustimmung bei der SPÖ*)

Noch ein Argument muß analysiert werden, nämlich das auf den ersten Blick so plausible Argument: Jemand, der für eine Regierungsfunktion untragbar geworden ist, kann auch keine anderen Funktionen mehr übernehmen.

Nicht jeder, der aus einer Regierungsfunktion oder aus einer anderen Funktion ausscheidet, ist deshalb in dieser Funktion untragbar. Es kann ein ganzes Bündel von Ursachen, Argumenten und Motiven geben, warum jemand aus einer Funktion ausscheidet. Das gilt es im einzelnen zu untersuchen. Was hätten denn Sie gemacht, wenn man zu den sehr zahlreichen Finanzministern der ÖVP, die früher ja auch aus Regierungsfunktionen ausgeschieden sind, und zwar einer nach dem anderen, gesagt hätte: Einer, der aus dieser Regierungsfunktion ausscheidet, ist jetzt untragbar geworden! Da muß man eben im einzelnen die Motive oder, wie ich schon sagte, das Bündel an Motiven untersuchen, und erst dann kann man gewisse Schlüssefolgerungen ziehen. So einfach, wie Sie es sich machen, ist es eben nicht, sondern es gibt eben in der Tat ein ganzes Bündel an Motiven.

Hohes Haus! Da die Lernfähigkeit, wie die Naturwissenschaftler sagen, das Charakteristikum des Homo sapiens ist, können vielleicht auch aus diesen Affären und aus diesen Diskussionen einige Schlüssefolgerungen gezogen werden. Vielleicht kann auf allen Seiten dieses Hauses das eine oder andere daraus gelernt werden.

Eines, das wir meines Erachtens lernen müssen, ist sicher die Tatsache, daß den Vereinbarkeiten und Unvereinbarkeiten in der Politik größere Bedeutung zukommen kann, daß dieser Bereich sensibler sein kann, als man annimmt, wenn man nur die Paragraphen des

6252

Nationalrat XV. GP – 63. Sitzung – 21. Jänner 1981

Dr. Fischer

Unvereinbarkeitsgesetzes studiert. Es gibt wirklich neben den geschriebenen Gesetzen in diesem Bereich auch ungeschriebene, die beachtet werden müssen. Da die Öffentlichkeit an Politiker besonders strenge Maßstäbe anlegt, was durchaus begrüßenswert ist, müssen wir eben diese Maßstäbe auch an uns selbst anlegen, und zwar in allen Bereichen und in allen Parteien.

Das zweite, was wir lernen können, meine Damen und Herren, ist — ich wiederhole es —, daß die persönliche Ehre eines Menschen ein sehr sensibles Gut ist und der leichtfertige, verletzende, unredliche Umgang mit der Ehre anderer Menschen eben heftige Reaktionen und Emotionen hervorrufen kann. Dann darf man nicht zimperlich sein und mit zweierlei Maß messen.

Das dritte, was ich gerne hätte, das gelernt würde, ist, daß man die Wahrung eines angemessenen politischen Klimas, an dem eine Regierungspartei sicher gleich viel, wenn nicht noch mehr Interesse hat als die Opposition, nicht immer nur vom anderen einfordern, ja geradezu einklagen kann, wenn man nicht auch selbst bereit ist, einen entsprechenden Beitrag zu leisten. Ich will nicht die Kausalität so eng knüpfen, daß ich das bekannte Sprichwort zitiere: Wie man in den Wald hineinruft, so tönt es heraus. Die Dinge sind sicherlich difiziler und differenzierter. Aber glauben Sie nicht auch, meine Damen und Herren von der Opposition, daß Sie selbst Wesentliches dazu beigetragen haben, wenn Sie das Gefühl haben, daß das politische Klima nicht so ist, wie Sie es gerne hätten und wie es natürlich auch wir gerne hätten?

Vielleicht sollte man sich vor diesem Hintergrund auch für die Zukunft das eine oder andere überlegen, wenn man wirklich lernfähig sein will. Wir haben jetzt bis April Zeit, die weiteren, in der Creditanstalt notwendigen Entscheidungen in Ruhe zu überdenken. Es ist ja dort bekanntlich nicht nur eine Entscheidung, sondern es sind mehrere Entscheidungen zu treffen. Es ist ein ganzer Vorstand neu zu besetzen, es sind Verträge zu verlängern, und das alles kann man natürlich in einer vernünftigen Weise besprechen und verhandeln. Man kann Konsenslösungen anstreben, man kann natürlich auch Konsenslösungen von vornherein ausschließen. Aber das muß man sich eben rechtzeitig überlegen und kann nicht nur hinterher dann die Dinge kritisieren.

Ich möchte auch, was die zukünftige Vorgangsweise betrifft, ausdrücklich feststellen, daß wir für neue und gute Vorschläge betreffend die Objektivierung von Personalentscheidungen gerne gesprächsbereit sind. Denn es ist ja naheliegenderweise in erster Linie die

Regierungspartei, die verantwortlich gemacht wird, wenn es in irgendeinem Bereich unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens nicht so funktioniert, wie es funktionieren soll.

Glauben Sie nicht, daß wir mit großer Sorge den Rechnungshofbericht über die CA gelesen haben? Glauben Sie nicht, wenn Sie ihn studiert haben, daß in diesem Rechnungshofbericht eigentlich einige Formulierungen enthalten sind, die an Härte der Kritik keinen Vergleich mit der Kritik des Rechnungshofes etwa am AKH zu scheuen brauchen? Legen Sie sich die beiden Dokumente zusammen und schauen Sie sie sich einmal an. Nur kann man halt auf ein solch kritisches Dokument so reagieren, daß man das groß aufbläst, noch übertreibt und jede Schädigung für die betreffende Institution in Kauf nimmt, oder man kann so reagieren, wie es in bezug auf die CA geschehen ist. Beide Vorgangsweisen sind möglich. Welche zweckmäßiger und sinnvoller für die österreichische Wirtschaft ist, muß jeder für sich entscheiden.

Aber um diesen Gedanken noch einmal aufzugreifen: Wir sind interessiert daran, die Personalrekrutierung und die Personalentscheidungen nach einem optimalen System durchzuführen, weil es letzten Endes dann dieser Institution dient, in der ein solch optimales System angewendet wird, und weil der Nutzen für diese Institution letzten Endes ein Nutzen für die ganze Gesellschaft ist. Und der Gesellschaft fühlen wir uns als Regierungspartei verpflichtet.

Vielleicht, meine Damen und Herren, könnte man auch, wenn man will — man muß natürlich nicht —, nach etwas mehr als der Halbzeit, nach zwei Dritteln Tätigkeit, die Rolle eines Untersuchungsausschusses einmal überdenken, ob er wirklich ein Gremium ist, dessen Aufgabe so gestellt ist, wie manche das praktizieren und spielen wollen, oder ob ein Untersuchungsausschuß nicht ein Instrument ist, das den Auftrag vom Parlament bekommen hat, bestimmte Fakten in einem gewissen genau umgrenzten Bereich offenzulegen, Verantwortlichkeiten zu untersuchen und Schlußfolgerungen zu ziehen.

Aber der Untersuchungsausschuß als parlamentarische Institution wird an Prestige nicht gewinnen, wenn er von manchen nur als parteipolitische Steinzeitkeule oder als Morgenstern gewissermaßen verwendet wird; so haben, glaube ich, diese mittelalterlichen Instrumente der Auseinandersetzungen auf einem nicht sehr hohen Niveau geheißen. (Abg. Dr. Kohlmaier: Haben Sie wahrscheinlich die falschen Leute . . .?)

Und noch etwas, meine Damen und Herren: Mein Vorredner hat die Meinung geäußert —

Dr. Fischer

und das ist oft gesagt worden auch in den letzten Wochen —, daß sich die österreichische Politik weniger mit Personalentscheidungen, sondern mehr mit den anstehenden Sachfragen befassen sollte.

Wenn das eine Mahnung Außenstehender an uns alle, an das Parlament, ist, dann muß man sie vielleicht gelten lassen.

Aber wenn das die ÖVP an unsere Adresse sagen will, dann klingt das Ganze ein bißchen merkwürdig, denn es war ja in erster Linie die ÖVP selbst, die sich vornehmlich und — fast wäre es nicht ungerecht zu sagen — ausschließlich in letzter Zeit für bestimmte Personalfragen und für den Angriff auf bestimmte Personen interessiert hat.

Zählen Sie doch einmal ehrlich zusammen, wie viele Ihrer dringlichen Anfragen im letzten halben Jahr sich mit Sachproblemen beschäftigt haben und wie viele sich mit Personalfragen beschäftigt haben! Und dann, meine Damen und Herren, werden Sie sehen, wohin Sie das Schwergewicht Ihrer Angriffe und Energien gerichtet haben. (Abg. Dr. Kohlmaier: Wie viele Gesetzesanträge haben wir gestellt?)

Ich glaube, daß das Hauptaugenmerk der ÖVP auf personelle Auseinandersetzungen gerichtet war, und daß es daher merkwürdig ist, wenn man sich von dem Vorwurf leiten läßt, daß zu wenig Sachpolitik gemacht wird.

Aber wie immer das sei: Mit dieser Regierungsumbildung, mit dieser abgeschlossenen Regierungsumbildung, die heute zur Diskussion steht, ist jedenfalls aus unserer Sicht endgültig die Weiche für einen Vorrang der Sachpolitik gestellt. Und wenn einige Damen und Herren der Opposition das nicht zur Kenntnis nehmen sollten, wenn Sie glauben, in dem Stil wie in der Zeit zwischen 21. August und 31. Dezember oder wie immer Sie das Datum setzen wollen, fortsetzen zu können, dann wird sich das Publikum bald verlaufen.

Und in diesem Sinne glaube ich, Hohes Haus, daß wir uns jetzt mit ganzer Kraft den wirtschaftlichen Aufgaben, den strukturpolitischen Aufgaben, der in dieser Legislaturperiode sicher fälligen und notwendig werdenden Steuerreform, den sozialpolitischen Aufgaben, der Mietrechtsreform und all den Vorhaben zuwenden werden, die im Vordergrund der Regierungsarbeit stehen.

Ich bin auch nicht der Meinung, daß wir uns mutwillig Probleme einwirtschaften sollen, und das, was sich in den letzten Tagen in der Steiermark abgespielt hat, um nach der Mandatsniederlegung von Bundesrat Hofmann-Wellenhof das Nachrücken des vom Landtag einstimmig

gewählten Ersatzmannes in den Bundesrat im Sinne der Bundesverfassung zu verhindern, meine Damen und Herren, das ist ein mutwilliges Problem. Das ist etwas, was mich sehr nachdenklich stimmt. Denn seit dem Schock des März 1933, Hohes Haus, hat es in Österreich das ungeschriebene Gesetz gegeben, daß niemand auch nur das geringste Risiko hinsichtlich einer vielleicht verfassungswidrigen Zusammensetzung einer gesetzgebenden Körperschaft in Kauf nimmt. (Abg. Dr. Ettmayr: ... Olah verhindert seinerzeit! — Gegenrufe bei der SPÖ.)

Wenn jetzt eine Entscheidung getroffen wird, die dieses Risiko in Kauf nimmt, meine Damen und Herren — ich sage: dieses Risiko —, dann möchte ich in aller Ruhe davor warnen, das so zu spielen, denn da geht es nicht um den Herrn Maier oder Müller, Huber oder sonstwen — die sind uns, wie Sie uns glauben können, ziemlich egal —, sondern da geht es darum, ob mit etwas gezündelt werden soll, was bisher niemand in Österreich getan hat.

Meine Damen und Herren! In aller Ruhe und mit allem Ernst daher die Warnung, hier nicht leichtfertig zu sein.

Mir ist schon bewußt, daß in diesen Tagen, daß in einer Zeit, zu der Gott sei Dank die Geiseln freigelassen werden und ein neuer Präsident angelobt wird und eine Regierung umgebildet wird, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit anderen Dingen gilt. Aber es gibt auch Dinge, die sensibel sind, obwohl sie nicht im Vordergrund der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stehen. Und ich würde Sie bitten, ernsthaft nachzudenken, ob wir hier nicht einen Weg gehen, auf dem man schleunigst umkehren sollte.

Ich möchte nicht abschließen, meine Damen und Herren, ohne noch einmal kurz auf die Regierungsumbildung selbst zurückzukommen und zunächst einmal im Namen unserer Fraktion dem aus der Regierung ausgeschiedenen Finanzminister Dr. Androsch, der immerhin mehr als ein Jahrzehnt dieses schwierige Amt geleitet hat und der auch sicher seinen wesentlichen Anteil an dem gehabt hat, was den österreichischen Weg im Bereich der Wirtschaftspolitik charakterisiert hat, den herzlichsten Dank auszusprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und was die neuen Regierungsmitglieder betrifft, gibt es sicher weit über die Reihen der SPÖ hinaus Zustimmung, daß eine so liebenswürdige und anerkannte Persönlichkeit wie Dr. Sinowatz eine besonders verantwortungsvolle Funktion in der Regierung übernommen hat. Vielleicht darf ich die Tatsache, daß sich Kollege Mock mit allen Regierungsmitgliedern auseinandergesetzt hat, aber nicht mit Dr.

6254

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Fischer

Sinowatz, so interpretieren, daß selbst er sich dem Charme unseres Fred Sinowatz nicht entziehen kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Von Minister Salcher und seinem Staatssekretär Professor Seidel erwarten wir, hoffen wir, glauben wir aber auch, daß sie entscheidende Impulse und wichtige Entscheidungen für eine Fortsetzung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik geben werden, einer Finanzpolitik, an der die ÖVP zwar immer genagt hat, aber, wie wir beruhigt feststellen, nach dem Motto: Es sind nicht die schlechtesten Früchte, an denen die bösen Wespen nagen. (*Beifall bei der SPÖ.* — *Abg. Graf:* Dafür haben Sie ihn ausgetauscht!)

Und schließlich möchte ich Dr. Steyrer, der sich schon als Parlamentarier großes Ansehen erworben hat, zu seinem Eintritt in die Regierung gratulieren, allerdings mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Das weinende Auge resultiert daher, daß der Fraktion der Regierungspartei ein wichtiger und wertvoller Mitarbeiter auf diese Art abhanden gekommen ist, wie das der Bundeskanzler formulieren würde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Viele Aufgaben stehen vor uns, wir werden sie meistern; das ist unsere Zuversicht. Der Kollege Mock hat ja fast einen Slogan, der auf sozialistischen Plakaten lesbar ist, abgewandelt oder zitiert, wenn er gesagt hat: Die Aufgaben der achtziger Jahre sind schwierig, aber sie sind machbar und lösbar.

Sie sind nicht nur machbar und lösbar, sondern sie werden auch gelöst werden, darauf können Sie sich und darauf kann sich die österreichische Bevölkerung verlassen! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch (der die Leitung der Verhandlungen übernommen hat): Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Steger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Steger (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer Freude an der Statistik hat, für den mag es lohnend sein, sich auch unter einem statistischen Gesichtswinkel mit dem Phänomen der heutigen Regierungsumbildung auseinanderzusetzen; mit jener Regierungsumbildung, die derzeit die letzte in diesem Kabinett Kreisky ist.

Da aus der Statistik immer sehr viel herausgelesen werden könnte, möchte ich gleich sagen, daß ich mich zunächst auf einen besonderen Aspekt stützen werde. Es ist dies der Aspekt, daß diese Regierungsumbildung bei Anwendung einer Zahl vor allem eine Neuheit gebracht hat, das ist die Erhöhung der Zahl der Staatssekretäre.

Es gibt im Leben selbstverständlich einen Luxus, den man sich leisten kann. Es gibt einen Luxus, den man sich nicht leisten kann, und sehr viele in der österreichischen Bevölkerung kommen zu dem Ergebnis, daß das, was ihnen in der Werbung immer als erreichbarer Luxus vorgegaukelt wird, in den letzten Jahren durch Steuerprogression, durch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen — vor allem in schlechteren Randlagen, in schlechteren, nicht so gut erschlossenen Gegenden — für sie nicht erreichbar ist.

Hohes Haus! So wie es diese beiden Qualitäten des Luxus gibt — den erreichbaren und den nicht erreichbaren Luxus —, so gibt es jenen Luxus, den der einfache Staatsbürger, wenn er ihm vorgegaukelt und vorgestellt wird, eigentlich nur als Provokation empfinden kann.

Eine derartige Provokation stellt es dar, wenn zu einem Zeitpunkt, in dem allen Beteiligten klar gelegt wird, wie schwierig die wirtschaftliche Situation in den nächsten Jahren werden wird, das allein schon dadurch gelöst werden kann, daß die Zahl der vorhandenen Staatssekretäre wieder etwas erhöht wird. Ich glaube, daß diese Vorgangsweise ein nicht zu verantwortender, ein provoziertender Luxus ist. Wir Freiheitlichen sagen Ihnen gleich, für diese Erhöhung der Zahl der Staatssekretäre haben wir kein Verständnis! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Unterstellen wir einmal, wozu man angehts der fachlichen Unbeschwertheit des neuen Finanzministers unter Umständen bereit sein könnte, daß die Bestellung eines Wirtschaftsfachmannes zum Staatssekretär im Finanzministerium eine echte Notwendigkeit war. Doch selbst wenn man dies unterstellt, so wird man diese echte fachliche Notwendigkeit mit Sicherheit einigen anderen Staatssekretären nicht bescheinigen können, und man wird nicht davon ausgehen können, daß auch deren Unabkömmlichkeit im Amte gegeben sei.

Es hätte daher nach freiheitlicher Auffassung die Tatsache, daß zu acht Staatssekretären jetzt ein neunter ernannt wurde, mit Sicherheit bedeuten müssen, daß man nachgedacht hätte, ob alle anderen acht in gleicher Form notwendig sind.

Ohne jetzt Namensnennungen im einzelnen durchzuführen, möchte ich eines aber auf jeden Fall festhalten. Wenn mit Rücksicht auf den neuen Ressortchef — sicher auch mit dessen Wissen und auf dessen Wunsch — jemand im Finanzressort beigegeben wird, so ist es jedenfalls mit Sicherheit nicht notwendig, daß dort jetzt bereits zwei Staatssekretäre vorhanden sind. Und alle, die wissen, wovon ich hier rede, wissen daher auch schon, was ich meine mit

Dr. Steger

dem Luxus, den sich die neue Regierung mit dem neunten Staatssekretär bereits geleistet hat. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es wäre, um alle Sparsamkeitsfloskeln nicht zur Farce werden zu lassen, selbstverständlich möglich gewesen, im Rahmen dieser Regierungsumbildung zumindest zu erreichen, daß die Regierung nicht so groß wird, daß nicht mehr alle — wenn sie nebeneinander auf Sesseln hier oben sitzen sollen — überhaupt Platz haben auf der Regierungsbank. Ich darf sagen, daß sich der Zustand, wie er jetzt schon vorhanden ist, fast in die Richtung abzeichnet, wie das sonst bei großen Koalitionen üblich ist, daß man eigentlich nachdenkt, ob man nicht in zwei Reihen die Regierung hierher setzen kann; man könnte dann dieses Oval des Parlaments sehr gering gestalten, weil ja dann nur mehr bei großer Koalition eine kleine Partei mit einigen wenigen Mandataren dieses Forum benützt, um wirklich parlamentarische Arbeit und Kritik zu leisten.

Ich darf Sie jedenfalls hier bitten: Überlegen Sie, ob es wirklich notwendig ist, daß Sie ständig dann, wenn Sie selbst nach Ihren Entscheidungen meinen, ein weiterer Fachmann sei in der Regierung notwendig, nur daran denken, wieder einen dazu zu setzen, aber noch nie darüber nachgedacht haben, ob nicht der eine oder andere allenfalls auch entbehrlich sein könnte. Ich kann nur sagen, mir wären einige mit Sicherheit entbehrlich erschienen.

Damit zu den eigentlichen Ressortumbildungen. Es gibt Regierungsumbildungen, deren Endergebnis darin besteht, daß die Zentralfigur der Regierungsumbildung hier auf der Regierungsbank landet. Es gibt auch Regierungsumbildungen, wo die Zentralfigur der Regierungsumbildung von der Regierungsbank weg muß.

Man merkt bei dieser heutigen Regierungsumbildung, daß sie eigentlich dadurch ausgelöst wurde, daß eine Person von der Regierungsbank weg mußte. Diese Art der Regierungsumbildung um die Zentralfigur Dr. Hannes Androsch steht heute zur Debatte, und es sind, ohne daß ich das abwertend sagen will, alle davon Betroffenen, die heute hier erstmals oder zum Teil auch nur in neuer Funktion erstmals auf der Regierungsbank sitzen, so etwas wie Androsch-Erben, sie sind aber gleichzeitig — wenn das eine die Zentralfigur der Handlung ist — in anderem Sinne eigentlich Nebenfiguren der Handlung. Ich bitte daher zu verstehen, daß ich zunächst zur Zentralfigur der Handlung — (*Zwischenruf des Abg. Dr. Kohlmaier*) Herr Dr. Kohlmaier, zu Ihrer Art der Zentralfigur-Beobachtung werde ich dann noch einiges ausführen —, zum Ausscheiden Dr. Androschs einiges zu sagen habe.

Es ist, ohne hier lang Tiefenpsychologie betreiben zu müssen, sicherlich nur vordergründig so, daß die massiven Angriffe der Opposition bewirkt haben, daß die Zentralfigur Dr. Androsch heute nicht mehr auf der Regierungsbank sitzt.

Ich möchte dabei gar nicht sehr lange auf die Vorgänge innerhalb der Regierungspartei eingehen, möchte aber eines trotzdem festhalten. Es ist nicht die Frage, die uns als freiheitliche Opposition sehr lang bewegt, ob der Bundeskanzler und der Vizekanzler miteinander auskommen konnten, und es ist ebensowenig eine Frage, die uns bewegt, ob sich eine andere Oppositionspartei immer mit der Wirtschaftspolitik des Finanzministers auseinandergesetzt hat oder am Schluß Neben- und Randbedingungen zur Zentralfrage der politischen Auseinandersetzung in diesem Hohen Haus gemacht hat.

Wenn wir aber davon ausgehen, daß die freiheitliche Opposition, daß die von mir zu vertretende Politik davon ausgegangen ist, mit allen parlamentarisch zur Verfügung stehenden Mitteln und, wo immer es geht, parlamentarisch die Politik des Finanzministers zu bekämpfen und zweitens, was an sachlichen Vorwürfen erhoben wird, Sorge dafür zu tragen, daß es dort untersucht wird, wo es untersucht werden muß — bei Gericht, bei einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß —, dann liegt bis hierher, bis zu dieser Marke sicherlich noch ein gemeinsames Vorgehen der beiden Oppositionsparteien vor.

Ab dieser Marke, über diese Marke hinausgehend beginnt dann eine Unterscheidung der Linien der beiden Oppositionsparteien, und ich möchte hier sagen — Herr Bundesparteiobermann Dr. Mock, ich bitte das in aller Deutlichkeit sagen zu dürfen —, wir haben nicht die Absicht, die Volkspartei zu belehren, wie weit ihre Linie die richtige ist, aber ich muß Ihnen doch sagen, wir sind auch nicht gewohnt, uns direkt oder indirekt über Ihnen nahestehende Medien belehren zu lassen, wie weit unsere Linie die richtige ist.

Wir gönnen es Ihnen durchaus, wenn Sie sich heute als am Ziel Ihrer Wünsche sehen, daß Herr Finanzminister Dr. Androsch nicht mehr in der Regierung sitzt. Ich darf Ihnen sagen, wir Freiheitlichen sind damit noch längst nicht am Ziel unserer Wünsche, denn wir haben hier immer erklärt, es ist die Regierung als Ganzes, die für eine Fülle von Unzukämmlichkeiten die Verantwortung trägt, und es ist die Regierung als Ganzes, die nach unserer Vorstellung zurücktreten sollte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ein Wechsel im Bereich des Finanzressorts allein kann dafür nicht ausreichen, daß wir

6256

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Steger

Freiheitlichen uns damit zufriedengeben. Es kann auch dann nicht ausreichend sein, wenn ich mir in Erinnerung rufe, was Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. 9. 1980 zu den zehn Punkten, die er genannt hat, geäußert hat. Er meinte zunächst in derselben Zeitung mit Datum — das ist etwas später gesagt worden — vom 20. 12. 1980 — ich zitiere —:

„Jeder neue Finanzminister wird selbstverständlich unter der Prämisse antreten, daß das 10-Punkte-Programm gilt.“

Er meinte seinerzeit unter den zehn Punkten — jetzt zitiere ich, einen Punkt herausgreifend —:

„Zur Vermeidung von Unvereinbarkeiten und Unzukämmlichkeiten müssen Budgeterstellung und Vollzug des Budgets, wie sie im Finanzministerium besorgt werden, von der Beteiligungsverwaltung des Bundes getrennt werden. Die Beteiligungen des Bundes sollen einer anderen besonderen Verwaltung unterstellt werden, sie sollen einen anderen, besonderen Ressortbereich darstellen, ähnlich der verstaatlichten Industrie.“

Dieser Punkt soll aus freiheitlicher Sicht gleich am Beginn und am ersten Tag der Regierungsumbildung mit einer Pünzung versehen werden, damit klar ist, wie wir unsere Rolle als konstruktive Opposition auch in diesen Lebensfragen der österreichischen Bevölkerung sehen.

Unsere Rolle sehen wir so, daß wir im Sinne dessen, was ich den Wortmeldungen der beiden Vorredner, vor allem auch den Andeutungen des Herrn Klubobmannes Dr. Fischer entnommen habe, selbstverständlich bereit sind, über alle Parteidgrenzen hinweg an Gesprächen mitzuwirken, wo man versucht, Lösungsvorschläge, die im Interesse aller Österreicher liegen, für diese wesentlichen Wirtschaftsbereiche zu finden, damit „Arbeitsplatzsicherung“ nicht ein leeres Schlagwort bleibt, sondern damit Vollbeschäftigung das Ziel aller drei Parteien im Parlament ist, das eben nicht darin besteht, daß bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen die Beschäftigung nur irgendeines ganz bestimmten Partefunktionärs abgesichert werden soll.

Wir Freiheitlichen sind konsensbereit, wir erwarten uns aber auch, daß über die Frage der Konstruktion der Beteiligungsverhältnisse genauso wie über die Frage, welche Wirtschaftspolitik und welche Kreditpolitik in jenen Firmen und mit jenen Firmen gemacht wird, die direkt als verstaatlichte Banken oder indirekt als indirekt verstaatlichte Betriebe im Wege der Konzernbeteiligungen vorhanden sind, daß ein Konsens über diese wirtschafts-

politischen Maßnahmen von einer Regierungs- partei überhaupt versucht wird. Zu messen sind Sie nicht nur an der Frage, ob Sie da oder dort mehr als 50 Prozent haben und daher Personalfragen durchsetzen können, sondern zu messen sind Sie an der Frage — ich schreibe das dieser Regierung am heutigen Tage ins Stammbuch —, ob Sie nach zehn Jahren Alleinherrschaft überhaupt noch die Kraft aufbringen, zur Kenntnis zu nehmen, daß es selbstverständlich nicht eine Frage der Quantität, der Menge der Abgeordneten ist, ob man immer, in jedem Zeitpunkt, die richtigste und alleinseligmachende Lösung für diesen Wirtschaftsbereich vorlegen kann.

Wir Freiheitlichen reichen unsere Hand beim Versuch, derartige Gespräche zu führen, wir behaupten auch nicht, daß solche Gespräche das Ziel haben, ausschließlich unseren Standpunkt umzusetzen, wir sind dabei aber der Auffassung, daß es jedenfalls nicht dazu kommen sollte, daß ein Diktat der Mehrheitspartei zur Selbstverständlichkeit wird.

Ich darf noch deutlicher zur Zentralfigur Dr. Androsch etwas sagen: Ein Finanzminister, der im letzten Jahrzehnt eine Vielzahl von milliardenschweren Belastungslawinen losgetreten hat, ein Finanzminister, der ein Steuersystem in Österreich zu verantworten hat, das Leistung vielfach unter Strafandrohung stellt, ein Finanzminister, der einen Finanzschuldenberg von mehr als 250 Milliarden Schilling hinterläßt — 250 000 Millionen Schilling; wer weiß schon, was 1 Milliarde ist, auch wenn man einen Bausparvertrag hat, muß man lange weitersparen, bis man auf eine derartige Summe kommt (*Abg. Graf: Ein riesiger Vergleich! Gigantisch!*), aber wenn man das umsetzt in 250 000 Millionen Schilling, dann ist einem vielleicht etwas logischer und klarer, welche Menge das eigentlich ist —, ein Finanzminister, der einen derartigen Finanzschuldenberg hinterläßt, ist jedenfalls ein Finanzminister, dessen Regierungstätigkeit wir keine Träne nachweinen, wenn er zurückgetreten ist.

Aber all das, was jetzt diskutiert wurde, nämlich der Wechsel von einer Regierungstätigkeit in eine Bank unter der Überschrift, daß sehr wohl oft jemand gelernt hat, unter den neuen Voraussetzungen, wofür er jetzt verantwortlich ist, zu arbeiten, wobei er dann noch so die Gesetzmäßigkeiten des Kreditapparates mitbedenken muß, all das heißt ja, daß man trotzdem davon ausgehen kann, daß auch dieser Finanzminister in derartigen Kreditfragen, wo er sich natürlich vom Formalen her auskennt, von einem Saulus in einen Paulus verwandelt werden wird, denn jetzt muß er ja dafür Sorge tragen, daß das Geld, das der neue Finanzminister allenfalls zur Anhebung des Finanzschul-

Bundeskanzler Dr. Kreisky

denberges ausgeben will, im Wege des Kreditapparates dort, wo es sich um Deficit-spending handelt, überhaupt erst hereinkommt. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger*) Herr Kollege! Ich habe mich bisher noch nicht so mit der Rolle der Volkspartei beschäftigt, aber wenn Sie wollen, können wir es gerne dann noch länger machen, zu Ihrer Freude offensichtlich.

Ich gehe davon aus, daß wir Freiheitlichen mit Befriedigung erfüllt sind, daß dieser Finanzminister in dieser Funktion nicht mehr vorhanden ist. Wir machen aber darunter schon einen Punkt, Herr Dr. Kohlmaier, weil uns die Rolle des Würgeengels, den manche in diesem Parlamentarismus spielen wollen, jedenfalls nicht liegt und weil persönliche Rachefeldzüge nicht das sein können, was unter Konfrontationspolitik in Österreich wirklich verstanden wird. (*Beifall der FPÖ*. — *Abg. Graf: In diesen heiligen Hallen kann die Rache nicht existieren!*)

Herr Abgeordneter Dr. Graf! (*Abg. Graf: Ohne „Doktor“!*) Ich weiß, daß es hier Fragen gibt, wo wir uns wahrscheinlich ebenfalls, wenn wir den Versuch eines Konsenses unternehmen, schneller finden könnten, als das manchmal in der Öffentlichkeit den Anschein hat. (*Abg. Graf: Sie müssen sich mit dem jeweiligen Obmann abfinden! Obmann ist Mock!*) Ich darf Ihnen aber trotzdem sagen, Herr Abgeordneter Dr. Graf (*Abg. Graf: Kein Doktor!*) oder Herr Präsident Dr. Graf, hören Sie sich das zuerst an und machen Sie dann Ihren Zwischenruf! Herr Präsident! Sie haben so viele wirklich erworbene Ehrentitel (*Abg. Graf: Nein!*), die ich alle hier natürlich nennen kann. Ich hätte Ihnen auch gerne den anderen noch dazu gegeben. Er kommt schon noch, denn das „h.c.“ wird Ihnen angesichts Ihrer Leistungen sicher mit Recht gegeben, ich sage, mit Recht, Herr Präsident Dr. Graf. (*Heiterkeit.*)

Ich darf Ihnen nur sagen, Herr Abgeordneter Graf, ich habe heute hier von Ihrem Parteiobmann wieder gehört, daß der Konsens beschworen wird, daß die Zusammenarbeit beschworen wird. Ich möchte nur warnend den Finger heben, daß man als große Oppositionspartei immer von Konsens, von Zusammenarbeit im Interesse aller Österreicher spricht, daß man aber immer dann, wenn die andere Partei verhandeln geht, sofort von „Packelei“, „Postenjägerei“ und „Postenschacherei“ und ähnlichen Dingen spricht und die ganze Vorgangsweise, im Interesse der Staatsbürger, die nicht sozialistisch sind, einen wirtschaftspolitischen Konsens zu versuchen, verteufelt, nur weil vielleicht irgendein bisheriger ÖVP-Posten gefährdet ist. Das ist nicht Konsenspolitik aus freiheitlicher Sicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn Sie es noch deutlicher hören wollen, meine Damen und Herren hier im Hohen Haus und insbesondere Sie von der Volkspartei, damit Sie nicht glauben, die Freiheitliche Partei ist da ausschließlich in einer Situation, wo sie meint, daß möglicherweise bei diesem Zielschießen, das in den letzten eineinhalb Jahren veranstaltet wurde, Orientierungslosigkeit bei der Zielvorgabe entstanden ist, darf ich aus der „Süddeutschen Zeitung“ vom 14. Jänner 1981 zitieren. Selbstverständlich bin ich jetzt, wo Sie knapp davor sind, den „Dr. h. c.“ zu bekommen, ganz sicher, daß Sie dieses Blatt regelmäßig lesen. (*Abg. Graf: Was ist mit Ihnen los? Ich verstehe Sie nicht mehr!*) Hier heißt es wörtlich:

„Über zwei Jahre lang hatte es den Anschein, als gebe es für die ÖVP kein anderes politisches Thema mehr als den Kampf gegen Androsch, dessen Zugriff auf die Kreisky-Nachfolge sie unbedingt verhindern wollte. Dies wollte allerdings seit einiger Zeit Kreisky selbst auch. Die Volkspartei und die ihnen nahestehenden Zeitungen haben in ihrer blinden Wut auf das rote Tuch, das ihnen Kreisky mit Androsch hinhieß, nicht gemerkt, daß sie mit ihrem Dauerbeschuß gegen die Privatgeschäfte des Finanzministers nur Kreisky eine Menge unangenehme Arbeit abgenommen haben. Bei diesem langanhaltenden und nicht immer sauber geführten Kampf gegen den Finanzminister steht das von der ÖVP verschossene Pulver und der damit erzeugte Krach in keinem Verhältnis zu den tatsächlich erzielten Treffern.“ (*Abg. Dr. Kohlmaier: Haben Sie das im Parteivorstand auch vorgelesen?*)

Herr Dr. Kohlmaier! Ich zitiere weiter:

„Immerhin kam Androschs Wirtschaftspolitik den Vorstellungen des ÖVP-Wirtschaftsbundes“ — Herr Dr. Kohlmaier, nicht den Linksüberholern, die zwischen Leitschiene und linken Fahrbahnrand nicht den Abgrund sehen und dort immer noch vom ÖAAB aus überholen wollen (*Beifall bei der FPÖ*) —, erheblich näher als jenen des linken Flügels in der SPÖ.“ Ich füge auch gleich an: Auch des linken Flügels in der ÖVP. „Außerdem hat die ÖVP kaum eine andere“ echte „Chance, wieder an die Macht zu kommen, als in eine Koalitionsregierung einzutreten und dadurch einige ihrer kaum bekannten Führungskräfte durch ein Ministeramt aufzuwerten. Die beste Chance für eine neue große Koalition hätte für die Volkspartei jedoch in einem Arrangement mit einem Kanzlerkandidaten Androsch bestanden.“

Das ganze unter der Überschrift:

„Jetzt stehen die Jäger der ÖVP ohne Beute da.“

6258

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Beim Abschuß des früheren Finanzministers Androsch verliert Österreichs Volkspartei Posten und Perspektiven.“

Wissen Sie, meine Damen und Herren, ich habe sehr genau zugehört und habe registriert, Herr Parteiobmann Dr. Mock, daß Sie auch kein Anhänger einer Politik der verbrannten Erde sind.

Ich habe deutlich hier gehört, daß Sie nach allem, was gewesen ist, so etwas wie eine Handreichung auch gemacht haben zu dem Versuch, Gespräche zu führen, noch nicht das Endergebnis vorwegzunehmen. Und ich habe heute hier auch gehört, daß Herr Klubobmann Dr. Fischer bei all dem, was kritisch über die Vergangenheit gesagt wurde, Bereitschaft gezeigt hat, derartige Gespräche zu führen.

Ich darf Ihnen aus freiheitlicher Sicht sagen: Wenn drei Bedingungen jetzt als Gesprächspunkte aufgenommen werden, was darin besteht, daß die Bedingungen erfüllt werden, dann werden wir es selbstverständlich im Interesse Österreichs für sinnvoll halten, wenn das nicht heute als eine symbolische Handreichung hier im Raum steht mit einem Lippenbekenntnis, wo man gleichzeitig jene Partei, die sachliche Gespräche — bei denen einige Änderungen für Österreich erzielt werden könnten, die nicht hoch genug veranschlagt werden können für alle Österreicher —, daß derartige symbolische Handreichungen nicht Lippenbekenntnisse bleiben mit Verteufelung der Freiheitlichen Partei, sondern daß sie zu echten Maßnahmen und Gesprächen führen müssen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Es sind eben die — wenn Sie so wollen — Standardpunkte eines Österreichers, dem es zu Herzen geht, was alles in Österreich an Lippenbekenntnissen abgegeben wird. Ich hoffe, daß das heute kein Lippenbekenntnis war, und was dann wirklich die Folgerungen sind.

Das Standardbekenntnis, die Standardforderung von uns lautet: Es muß 35 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, 35 Jahre nach Beginn jenes Zeitraumes, von dem wir selbst davon ausgehen, daß er die Demokratie schrittweise wieder nach Österreich gebracht hat, es muß 35 Jahre nach diesem Zeitpunkt doch endlich mit einem verfassungswidrigen Zustand aufgeräumt werden, wo in manchen Bereichen — ich behaupte nicht überall, aber in manchen Bereichen — von der Putzfrau über den Portier bis zum Direktor zunächst das Parteibüchtl relevant ist, bevor sich die Aufnahme überhaupt ergibt. Und es ist eine ganz lächerliche Schönfärberei, wenn man dann immer sagt, man hat ja nur nach sachlichen Kriterien die Besetzung des Direktorpostens entschieden, wenn man

schon vorher rechtzeitig das Sieb eingezogen hat, wo gar keiner hoch genug hinaufkommen oder möglicherweise gar nicht aufgenommen werden konnte in einen Betrieb, sodaß hier vielleicht auch ein anders Eingefärbter etwas werden kann.

Es kann doch auch einen Sozialisten oder einen Volksparteiler, wenn er nicht gerade der persönlich Begünstigte ist, wenn er ein glaubhafter und ehrlicher Demokrat ist, nur mit Stolz erfüllen, daß schrittweise jetzt diese Relikte einer undemokratischen Vergangenheit entfernt werden.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Es war für uns ein wesentliches Ergebnis, daß bei der Tatsache, daß ein Vorstandsdirektor durch einen anderen ersetzt wird, ein Vorstandsdirektor, der neu eingezogen ist, an dessen fachlichen Qualifikationen wir nicht gezweifelt haben, bei dessen sonstigen Sachen wir der Meinung sind, daß es immer noch rechtsstaatlich zu entscheiden ist und nicht durch einen ernannten — selbsternannten — Höchstrichter in Österreich, der mit Medienjustiz vorgeht, es war für uns keine Frage, daß wir dem zugestimmt haben unter sachlichen Voraussetzungen, die vor allem geheißen haben, daß wieder in einem Bereich, so wie man halt in der Politik nur Stück für Stück vorgehen kann, noch dazu als Sechs-Prozent-Partei, die in Österreich nicht diktieren kann, was geschieht, sondern die das Gespräch zu suchen hat, daß wieder in einem Bereich derart undemokratische Methoden zertrümmert werden könnten, wie uns das jetzt gelungen ist mit der Entscheidung in der Creditanstalt, wo endlich klargelegt wurde, daß im gesamten verstaatlichten Bankenbereich bis hin zur Nationalbank jetzt gemeinsam überlegt wird, wie in Zukunft ein Ernennungswesen stattfinden soll.

Das betrachte ich weit über freiheitliche Parteidistanzen hinaus als einen großen Sieg für die österreichische Demokratie, als einen Sieg, wo endlich nicht nur Rote, Schwarze und allenfalls mit einem neuen Proporz dann auch Blaue etwas werden können, sondern wo endlich einmal auch die Gelben mit lila Tupfen, die überhaupt kein Parteibuch haben wollen, halt auch, ihren Qualifikationen entsprechend, gerade in einer schwierigen Zeit befördert werden sollen, weil es, wenn man nicht die Leistungsfähigsten befördert, nicht möglich ist, zu erreichen, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten gebannt werden. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und wenn dann das Ergebnis in der Parteizeitung Ihrer Partei, Herr Dr. Mock, der „Wochenpresse“ — sie ist es ja geworden durch die Vorgangsweise in den letzten Jahren; nach all dem, was sie schreibt, ist sie für mich die Parteizeitung der ÖVP, und ich werde das auch

Bundeskanzler Dr. Kreisky

laut und deutlich genug sagen —, sofort unter die Überschrift „Blaue Basargeschäfte“ gestellt wird, dann wäre ich die ... (*Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer*)

Lieber Herr Kollege Dr. Ettmayer! Hör erst zu, du wirst nämlich sehr nachdenklich werden bei dem, was ich dir jetzt sage. Hör zuerst zu! Du wirst sehr nachdenklich werden. Ich bin nämlich überzeugt: Nachdem ich das ausgeführt haben werde, wird kein Abgeordneter hier in diesem Hohen Haus nicht nachdenklich sein, egal welcher Partei er angehört.

Wenn zweispaltig an den Beginn gestellt wird, gleich mit der Unterüberschrift, und ich sage das jetzt so deutlich, obwohl es eigentlich fast unter der Würde des Hohen Hauses ist, darüber zu reden, weil es mich persönlich betrifft. Ich sage es aber trotzdem hier, damit einmal klargestellt wird, wie hier vorgegangen wird. Und es ist niemand davor gefeit, daß nicht er der nächste ist, der in dieser Art und Weise behandelt wird.

Wenn hier dann steht: „Privat steht dem Advokaten bei der Rechtsanwaltskammer ein Disziplinarverfahren ins Haus.“

Und dann zitiere ich weiter:

„Norbert Steger hat auch“ — „auch“ gleich — „in seinem Zivilberuf als Advokat ein Verhalten zu verantworten, das Rechtsanwälte vor schnell als ‚unvorstellbar‘ bezeichnen, weil es massiv gegen den Ehrenkodex dieses Standes verstößt: ‚Leider-nein-Saubermann‘ Steger“ — ich zitiere noch immer — „hat eine Berufung als ‚Armenverteidiger‘, die Rechtsanwälte etwa monatlich erhalten, einfach nicht wahrgenommen.“

Und ich zitiere später:

„Nach dem Urteil des Disziplinarrates der Rechtsanwälte werden die Spitzengremien der FPÖ zu entscheiden haben, welche Konsequenzen ... aus dieser Affäre zu ziehen sind.“

Und jetzt sage ich Ihnen ganz kurz, was es wirklich ist, damit Sie sehen, wie Journalisten, nicht alle, ich möchte als Beifügung gleich sagen, ich weiß um die große Funktion der freien Presse und daß vieles, was an Skandalen aufgedeckt wurde, nicht hätte aufgedeckt werden können, wenn es nicht eine freie Presse in Österreich gäbe, aber ich zeige Ihnen jetzt auch, wie Journalisten etwas machen können, daß ein ganz anderer Eindruck ohne die Berücksichtigung des Prinzips Audiatur et altera pars entsteht, das eben auch zur freien Presse dazugehört, daß Journalisten hier plötzlich ein Verfahren konstruieren, einen großen Papierstiger aufstellen und dann sagen: Jetzt muß es Konsequenzen geben, der Disziplinarrat wird da urteilen, die Spitzengremien der

FPÖ müssen entscheiden, was aus dieser Affäre noch gemacht wird.

Wissen Sie, was dem wirklich als Sachverhalt zugrunde liegt?

Rechtsanwalt Dr. Norbert Steger wurde erstens einmal schon nicht als Armenverteidiger, sondern als Amtsverteidiger bestellt, das ist ein ganz wesentlicher Unterschied, denn der Amtsverteidiger kriegt genauso bezahlt wie jeder andere, weil der Klient eben nicht ein Armer ist, sondern jemand, der es sich leisten kann.

Der Rechtsanwalt Norbert Steger war, wie damals an diesem Tag aus dem Fernsehen zu entnehmen war, erkrankt. Und die Sekretärin des Rechtsanwalts hat vor dem Wochenende dem Rechtsanwalt Norbert Steger den Akt auf dessen Sessel gelegt, weil sie wußte und weiß, daß der Rechtsanwalt Norbert Steger jedes Wochenende am Sonntag in die Kanzlei kommt, um dort zu arbeiten.

Wenn nämlich ein Politiker kein freigestellter Beamter ist, meine Damen und Herren, und noch einen Beruf hat, dann ist er halt leider genötigt, auch noch nachzudenken, wann er seine sonstige Arbeit macht.

Durch die Erkrankung hat er den Akt nicht gefunden, die Verhandlung war in der Früh, noch vor Dienstbeginn in der Kanzlei, daher hat es niemand gewußt. Und daher war die Verhandlung versäumt.

Das ist alles. Das führt zu keinem Disziplinarverfahren, das ist sachlich mitzuteilen an die Kammer, dann wird es eine neue Verhandlung geben bei Gericht, und das Ganze ist erleidigt.

Aber was wird hier gemacht — und deswegen habe ich es so deutlich zelebriert —?

Hier wird, nachdem vor wenigen Wochen noch klargelegt wurde, daß, wenn ein Verfahren auch nur anhängig ist, jemand sofort keine Funktion mehr haben darf, hier wird in einer ganz ähnlichen Art und Weise jetzt plötzlich gesagt: Auch der Steger hat ein Verfahren anhängig. Disziplinarverfahren sogar! Das klingt doch noch viel schrecklicher. Und daher muß der Parteivorstand der FPÖ prüfen, ob er überhaupt weiter arbeiten darf. Am besten soll er die Funktion vielleicht als Abgeordneter gleich niederlegen. Ich erinnere mich an das Wort, das unser Gustav Zeillinger vor kurzem bei uns innerparteilich gesagt hat: Hütet euch, liebe Freunde, hat er gesagt, hütet euch davor zu glauben, wenn ihr nur einmal das Rechtsstaatsprinzip mit Füßen tretet, daß jemand nur dann, wenn er verurteilt ist, für eine Funktion nicht mehr geeignet ist. Hütet euch! Denn ab diesem Tag macht ihr die Türe weit auf, daß

6260

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Graf

immer dann, wenn eine andere Partei personell etwas will, derjenige eine Anzeige bekommt, laut und deutlich diskutiert wird darüber und er jedenfalls die Unschuld beweisen muß.

Und ich sage Ihnen jetzt, so unpopulär das derzeit in Österreich sein mag: Wir Freiheitlichen haben uns in einer nicht leichten Situation, denn wir wissen, daß die große Oppositionspartei propagandistisch wesentlich größere Möglichkeiten hat als wir, gesagt — und da war noch gar nicht bekannt, daß wenige Tage später ein fast ähnlicher Versuch in einer Zeitung, die jetzt dauernd so vorgegangen ist, wenn auch nicht die Zeitung als Ganzes am Pranger stehen soll, sondern dann doch nur der Redakteur, der diese freien Journalistenprinzipien mit Füßen getreten hat.

Wir haben gesagt: Das Gut des Rechtsstaates bei allen Verdachtsmomenten, bei allen Überlegungen, bei allem schlechten Gefühl, das vielleicht da und dort sogar berechtigt in der Öffentlichkeit vorhanden ist, das Gut des Rechtsstaates — wenn Sie wollen, des liberalen Rechtsstaates — muß wesentlich höher stehen als irgendwelche kurzfristigen Vorteilsüberlegungen.

Deshalb habe ich zu dir, lieber Freund — ich weiß, daß wir befreundet sind, auch wenn du in einer anderen Fraktion bist —, gesagt, du wirst nachdenklich sein, wenn ich dir das sage — ich bin überzeugt, du bist jetzt nachdenklich —, denn das stellst du dir unter politischer Gegnerschaft sicherlich auch nicht vor, daß man mit derartigen Mitteln versucht, jemanden mundtot zu machen und in eine Verteidigungsposition hineinzuzwingen. Es sollte eigentlich vom Parlamentarismus als Ganzes gemeinsam abgelehnt werden, daß in dieser Form in Österreich im 20. Jahrhundert, in den achtziger Jahren, Menschenjagd überhaupt noch betrieben werden kann. (*Lebhafte Zustimmung bei FPÖ und SPÖ*.)

Doch damit zur Regierungsumbildung zurück. In der Presse wurde Ihnen, Herr Finanzminister Dr. Salcher, prophezeit, daß Sie einigen Sektionschefs noch einiges zum Auflösen geben werden. Ich sage Ihnen gleich, ich hoffe, daß das nicht nur darin bestehen wird, daß Sie jetzt Ihrem Ziel, an das Sie heranzutreten haben, ohne Illusionen näherkommen, indem Sie das Anti-Raucher-Charisma dadurch austauschen, daß Sie sich jetzt als mitrauchender Finanzminister still über jeden Zug freuen, der die Kassa zum Klingeln bringt.

Ich hoffe vielmehr, daß Sie Ihren Sektionschefs vor allem deswegen Sorgen bereiten und ihnen einiges aufzulösen geben werden, weil Sie die bedrohlichen Krankheitssymptome, die in den Staatsfinanzen entstanden sind, einer

echten Kur und nicht nur einer Symptomkur unterziehen werden.

Ich habe hier kritisch, Herr Bundeskanzler, den Satz im Ohr, den Sie gesagt haben, der neue Finanzminister muß kein Fachmann sein, er muß nur ein eminent politischer Kopf sein. Ich hoffe aber auch im Interesse aller Staatsbürger, daß sich in einigen Monaten nach Ablauf einer gewissen Schonfrist herausstellen wird, daß es doch kein unbedingter Widerspruch sein muß, wenn jemand ein eminent politischer Kopf ist und trotzdem etwas von seinem Fachressort versteht.

Wir Freiheitlichen glauben und hoffen, daß trotz dieses Ausspruches, Herr Bundeskanzler, Sie aus Ihrer Sicht einen eminent politischen Kopf genommen haben und sich aus Oppositionssicht herausstellen wird, daß auch die fachlichen Qualifikationen ausreichend sind, um dieses schwierig steuerbare Wirtschaftsschiff in den achtziger Jahren wirklich auf einem Kurs zu halten, der da und dort korrigiert werden mußte, aber jedenfalls ein Ziel nicht aus den Augen verliert: eine Wirtschaftspolitik zu machen, bei der alle Österreicher, auch im mittelständischen Bereich, nicht um ihre Zukunft bangen müssen.

Meine Damen und Herren! Wenn Kreditzinsen — und damit noch einmal in einen Bereich zurück — bereits 14 oder 16 Prozent ausmachen, wenn die Probleme im ganzen Konzernbereich so gelöst sind, daß das mangelnde Eigenkapital in diesen Bereichen ersetzt wird durch zinsengünstigere Kredite, die allenfalls dann eine Zinsenstreichung und überhaupt eine Entlastung dadurch erfahren, daß eine Entschuldungsaktion gemacht wird, dann wird ständig eine derartige Marktverzerrung betrieben, die ausschließlich und immer wieder zu Lasten des marktwirtschaftlichen, aber vor allem des mittelständischen Prinzips geht.

Wir dürfen Ihnen aus unserer Sicht sagen, Herr Finanzminister: Wir teilen durchaus all das, was Ihnen von Zeitungen bereits entgegengebracht wurde, nämlich die Hoffnung, daß Herr Bundesminister Salcher ein ehrlicher Makler ist. Wir gehen aber davon aus, ob dieser ehrliche Makler Dr. Salcher bei seiner Tätigkeit angesichts derartiger kreditpolitischer Vorgangsweisen, wie sie bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sind, nämlich ständig jene mit Eigenkapital schwächer ausgestatteten Betriebe weiter zu belasten, jene Betriebe nicht nur mit erhöhten Zinsen viel, viel stärker zu belasten, sondern auch mit erhöhten Steuerleistungen viel, viel stärker zu belasten, ob Dr. Salcher bereit ist mitzudenken, wie ein Instrumentarium verstärkt wird, bei dem die Arbeitsplatzsicherung dort betrieben werden kann, wo sie wirklich erfolgreich ist: In der mit-

Graf

telständischen klein- und mittelgewerblichen und industriellen Struktur Österreichs und nicht nur dort, wo ein paar Großbetriebe, allenfalls überwiegend mit türkischen oder jugoslawischen Gastarbeitern ausgestattet, zusätzlich irgendwo mit überholten Technologien neu im Weichbild Wiens gegründet werden sollen.

Wenn Sie diese alternative Wirtschaftspolitik als ehrlicher Makler, Herr Dr. Salcher, vertreten und wenn Sie dazu endlich den budgetpolitischen Offenbarungseid ablegen, den wir vom Vorgänger in diesem Ressort leider nicht erlangen konnten, dann bin ich sicher, daß Weichen für eine andere, erneuerte Wirtschaftspolitik in absehbarer Zeit gemeinsam gestellt werden können.

Und eines bitte ins Stammbuch dieser Bundesregierung noch zur Wirtschaftspolitik. Der Herr Bundeskanzler hat schon wiederholt Wert auf die Feststellung gelegt, daß er selbst wesentlich pessimistischer sei als die Wirtschaftsforscher.

Herr Bundeskanzler! Überlegen Sie bitte einmal, ob hier nicht vielleicht mit ins Kalkül zu ziehen ist, daß eben die Wirtschaftsforscher bei ihren Einschätzungen noch nicht wußten, daß Ihre Entschlossenheit, in der Wirtschaftspolitik persönlich mitzuwirken, keine leere Worthülse ist, sondern daß Sie wirklich beabsichtigen, persönlich diese Wirtschaftspolitik zu gestalten. Und bedenken Sie dann auch, daß die Wirtschaftsforscher bei der Abgabe der Prognosen noch nicht gewußt haben, daß in Zukunft lautes Denken in Fragen der Währungspolitik zum Instrumentarium dieser erneuerten Wirtschaftspolitik werden könnte.

Dieses laute Denken hat einmal bereits bewirkt — deswegen meine ich eben, daß sich der Herr Bundeskanzler zwar Sorgen um die Wirtschaftspolitik machen sollte, sich aber nach Möglichkeit nicht zu stark in die konkrete Wirtschaftspolitik einmischen sollte —, daß es Devisenabflüsse in Milliardenhöhe gegeben hat. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Alles schon zurück, Herr Doktor!*)

Herr Bundeskanzler! Ich darf Sie bitten, im Zusammenhang mit diesen grundsätzlichen Überlegungen und diesen Sorgen, die Sie sich bei der Wirtschaftspolitik machen, vielleicht drei weitere Dinge aus freiheitlicher Sicht auch mit zu überlegen:

Erstens, ob ein Neubeginn dieses Versuches einer Konsensbildung, wie er sich heute — so scheint es mir zumindest — bei dieser parlamentarischen Debatte abzeichnet, nicht schon damit einen ersten Schritt erfahren könnte, daß Sie, Herr Bundeskanzler, die bereits ausgeschriebene Hauptversammlung in der Creditanstalt mit dem bereits beantragten Tagesord-

nungspunkt, die Mehrheitsverhältnisse dort zugunstender Regierungspartei zu ändern, allenfalls zurückstellen und sagen, Sie wissen sehr wohl, daß Sie gesetzlich jederzeit in der Lage sind, eine Hauptversammlung zu machen, daß Sie gesetzlich jederzeit jeden Aufsichtsrat dort abberufen können, aber Sie werden trotz dieses Wissens die Versuche der Konsenspolitik dadurch erleichtern, daß Sie in einem Gremium, wo dann die Konsenspolitik umzusetzen ist, auch schon signalisieren, daß Sie dort bei diesen wirtschafts- und auch personalpolitischen Maßnahmen zu weiteren Konsensschritten bereit sind.

Herr Bundeskanzler! Ich halte es natürlich auch aus freiheitlicher Sicht durchaus für einen Erfolg, daß es uns möglich geworden ist, gemeinsam mit der Regierungspartei wichtige wirtschafts- und personalpolitische Maßnahmen im Bereich der verstaatlichten Banken zu erörtern und dann auch durchzuführen.

Ich halte es aber für genauso wichtig, daß jene Partei, die bisher nicht bereit war, hier mitzuwirken, dann, wenn heutige Konsensualversprechen nicht nur leere Worthülsen gewesen sein sollten, nicht von vornherein vor den Kopf gestoßen wird, sondern daß die Gesprächsführung aufgenommen und rasch versucht wird — wir haben ja bis zum Sommer Zeit —, die gesamte Vorstandsregelung, die gesamte Wirtschaftspolitik in diesem Bereich, die Konzernpolitik und die Zinsenpolitik gemeinsam zu besprechen und vielleicht auch gemeinsam durchzuführen zu lassen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Wenn ich in aller Kürze zu den weiteren Ressorts, die hier betroffen sind, noch einiges wenig sagen darf. Herr Gesundheitsminister Dr. Steyrer! Es hat nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern selbstverständlich auch die Freiheitliche Partei mit einer gewissen Sympathie erfüllt, daß Sie mit großer Bescheidenheit an Ihre Aufgabe herangegangen sind. Sie selbst haben diese Bescheidenheit zum Ausdruck gebracht, indem Sie gesagt haben, daß der Eintritt des neuen Gesundheitsministers in die Regierung eine echte Nebenerscheinung ist — ein wörtliches Zitat von Ihnen. Die Opposition hätte gar nicht gewagt, Ihnen so etwas am ersten Tag bereits entgegenzuhalten.

Ich bitte aber schon, dabei auch zu überlegen, daß diese Nebenerscheinung, wie Sie sagen, immerhin Auswirkungen in einem ganz wesentlichen politischen Bereich, nämlich in der Gesundheitsvorsorge, in der Gesundheitspolitik, aber vor allem auch in der Atomenergiepolitik hat.

Wenn heute Vorredner bereits darüber gesprochen haben, daß hier die Regierung end-

6262

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Steger

lich handeln sollte, so darf ich Ihnen aus freiheitlicher Sicht sagen: Ihr Satz, daß Sie fast so etwas wie ein Grüner in der österreichischen politischen Landschaft seien, kann doch nicht stimmen, wenn Sie sich gleichzeitig für die Atomenergie aussprechen. Wir Freiheitlichen werden Ihre Bereitschaft, sich als ein fast Grüner zu bezeichnen, als jemand, der ein grünes Anliegen vertritt, daran messen, ob Sie in dieser Zentralfrage bereit sind, das deutliche Abstimmungsergebnis bei der Volksabstimmung mitzuvollziehen und aufzuhören, ständig daran zu rütteln. Das sei Ihnen mitgegeben. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn Sie Zwentendorf in Betrieb nehmen, dann sind Sie bestenfalls ein Roter mit einem grünen Tupfen, aber keinesfalls fast ein Grüner. Das möchte ich schon auch noch sagen. Wo der grüne Tupfen dann angebracht ist, möge jenen Untersuchern der Volkspartei überlassen bleiben, die diese Details immer so genau wissen wollen.

Meine Damen und Herren! Die Entscheidung, Herrn Bundesminister Dr. Sinowatz zum Vizekanzler zu machen, ist aus freiheitlicher Sicht eine Entscheidung, die man leicht nachvollziehen kann.

Daß die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung nicht ernsthaft in Erwähnung gezogen wurde, erscheint uns aber zumindest bemerkenswert.

Herr Bundeskanzler! Sicher ist es nicht unsere Sache, uns den Kopf zu zerbrechen, wer nach Ihrer Auffassung am meisten die Würde des Vizekanzlers verdient. Wir glauben aber, daß diese Alibiaktion der vielen weiblichen Staatssekretärinnen ganz leicht dadurch einen anderen, echten Akzent hätte erfahren können, indem Frau Bundesminister Dr. Firnberg diese höchste Auszeichnung erhalten hätte, die ja laut Meinung von Dr. Sinowatz nicht bedeutet, daß man eines Tages wirklich Bundeskanzler in Österreich wird. Er hat selbst gesagt, er fühlt sich von der Sorge befreit, etwas zu werden, was er nach seiner eigenen Aussage nie werden wollte, nämlich Bundeskanzler, denn der neuernannte Vizekanzler hat in diesem Zusammenhang feststellen können, daß in Österreich noch nie ein Vizekanzler Bundeskanzler geworden ist.

Wir wollen hier gar nicht der Auffassung sein, daß Sie deswegen, weil Sie sicher ein guter Burgenländer, ein guter Österreicher sind, deswegen auch ausschließlich alte Traditionen übernehmen müßten.

Wir müssen hier festhalten: Auch dann, wenn es noch keinen Präzedenzfall gegeben haben sollte, sollten Sie Ihre Berufung selbstverständlich auch unter der Überschrift sehen,

daß auch die sozialistische Regierung von sozialistischen Spielregeln schon manchmal Ausnahmen gemacht hat, Gott sei Dank sage ich dazu im Interesse aller nichtsozialistischen Österreicher.

Wenn ich mir dann noch die Frage stellen darf, wann die nächste Regierungsumbildung kommt, weil Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky am 15. Jänner gesagt hat, eine weitere sei im heurigen Jahr nicht wahrscheinlich, im nächsten Jahr sei aber eine solche immerhin möglich, dann möchte ich sagen, daß ich aus freiheitlicher Sicht nicht meine, daß wir uns jetzt beständig mit Personalfragen herumschlagen sollten.

Mögen auch einzelne Köpfe ausgewechselt werden, die Linie dieser Regierung bleibt sicherlich die alte, und das ist, wenn man mit einem alten Wiener Poeten sprechen darf, so ungefähr die gefährlichste Drohung, die man von diesem Pult aus als oppositioneller Abgeordneter überhaupt äußern kann. Die Regierung bleibt die alte, das ist fast so stark wie für manche Nichtwiener die Drohung: Wien bleibt Wien.

Meine Damen und Herren! Ich als Wiener, der ich auch gar nichts anderes sein will — wieder als gefährliche Drohung für alle anderen acht Bundesländer —, möchte nur sagen: Die Drohung, Wien bleibt Wien, verkrafte ich, weil ich dieses Wien liebe. Aber die Drohung, daß diese Bundesregierung bei ihrer alten Linie bleibt, ist für einen freiheitlichen Parteiobmann nur sehr schwer zu verkraften. (Beifall bei der FPÖ.)

Denn eine Politik verfehlter wirtschaftspolitischer Weichenstellungen unterwegs zu dem sozialistischen Ziel, das marktwirtschaftliche Prinzip immer mehr zugunsten staatlicher Bevormundung zu verdrängen, eine Politik weitestgehender Ineffizienz auf so wichtigen Gebieten, wie es die innere und äußere Sicherheit unseres Landes ist, wie Dr. Ofner gestern nachgewiesen hat, eine Politik, die gerade in jenen Bereichen, die uns Freiheitlichen besonders am Herzen liegen, wie der Umweltschutz oder die Europapolitik, überhaupt keine neuen Perspektiven aufzuweisen hat, eine Politik, die alles in allem sehr vieles, aber eines bestimmt nicht ist, nämlich eine Politik für alle Österreicher, eine derartige Politik ist sicherlich nicht das, was wir gemeinsam mit gewissen Parteizeitungen der sozialistischen und der Volksparteireichshälfte heute bejubeln können.

Köpfe haben gewechselt, die Linie ist die alte geblieben. Daher wird die Volkspartei eine neue Linie finden müssen, weil ihr Hauptziel, Androsch wegzubekommen, ja wirklich nichts Wesentliches für alle Österreicher verändert

Dr. Steger

hat. Daher wird die Sozialistische Partei nachdenken müssen, ob sie nicht endlich zur echten wirtschaftspolitischen Sicherung auch der schwächsten sozialen Gruppen andere Linien mit aufzunehmen bereit ist. Daher wird aber vor allem die freiheitliche Linie ihren Kurs beibehalten können, der die ganze Regierung gemeinsam und als Ganzes für das Fehlverhalten in Österreich für verantwortlich erklärt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Redner in der heutigen Debatte haben zu Beginn ihrer Ausführungen das Ereignis der Befreiung der amerikanischen Geiseln gewürdigt. Ich möchte namens der Bundesregierung und von dieser Stelle aus, von der aus die wichtigsten Erklärungen einer Bundesregierung erfolgen, sagen, daß wir die amerikanische Nation zu diesem Ereignis beglückwünschen und wie sehr wir in der Vergangenheit immer wieder verstanden haben, wie sehr sie diese Geiselnahme als Demütigung empfunden hat. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich möchte auch von dieser Stelle sagen, daß ich dieses Ereignis, das von der früheren Administration und dem früheren Präsidenten vorbereitet wurde, sich aber am ersten Tag der Amtsführung des neuen Präsidenten vollzogen hat, als ein gutes Omen für die Politik der nächsten Jahre betrachte.

Ich glaube auch, daß es die Pflicht der österreichischen Bundesregierung ist, dem algerischen Präsidenten und der algerischen Regierung zu danken, daß sie sich in einer so klugen und umsichtigen Weise hier als Vermittler zur Verfügung gestellt haben und diese schwierige Frage nun einem guten Ende zuführen konnten. (*Neuerlicher allgemeiner Beifall.*)

Dieses Ereignis hat seine große Bedeutung; denn wer einmal seiner Freiheit aus politischen Gründen beraubt war, weiß, was diese lange *De facto*-Freiheitsberaubung und Haft für die Menschen, die sie zu erleiden hatten, bedeutet haben muß.

Darüber hinaus aber glaube ich, daß es eines der wenigen positiven Ereignisse ist, die es in den letzten Monaten gegeben hat, und daß die Hoffnung begründet ist, daß ihm weitere Folgen werden. Wir werden jedenfalls seitens der Bundesregierung alles tun, um weiterhin einer Politik der Verständigung unsere guten Dienste zu leihen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Des weiteren möchte ich auch gerne sagen, daß wir uns ferngehalten haben von jeglicher

Kritik an den Ereignissen, die im Zusammenhang mit der Umwälzung im Iran stehen. Nicht, weil wir uns damit zu identifizieren beabsichtigen, sondern weil wir der Meinung sind, daß es das unerschütterliche Recht jeder Nation, jedes Volkes ist, zum Herrn seines eigenen politischen Schicksals zu werden.

Aber bei Anerkennung dieses Prinzips wollen wir doch ausdrücklich betonen, daß wir glauben, daß dieser gestern erfolgte Schritt ein nicht unbedeutendes Mittel zur Beseitigung jener Isolation seitens der europäischen Demokratien sein wird, die die Geiselnahme zwangsläufig bringen mußte. Wir glauben, daß auf diese Art auch ein großer Schritt in Richtung einer neuen Zusammenarbeit mit dem neuen Regime im Iran getan werden kann.

Herr Präsident! Hohes Haus! Vor allem auf die österreichischen Ereignisse eingehend, möchte ich hier auch im Hohen Hause dem ehemaligen Finanzminister und Vizekanzler für all das danken, was er vollbracht hat, und zwar hier in diesem Hohen Hause in unzähligen großen, heftigen und substantiellen Debatten, indem er durch seinen Beitrag in entscheidender Weise mitgewirkt hat, die Politik der Bundesregierung zu vertreten. (*Beifall bei der SPÖ.*) Seine Bedeutung als Ressortminister, habe ich mir erlaubt, gestern im Ministerrat zu würdigen.

Darf ich mich jetzt aus verschiedenen Gründen einem Kapitel zuwenden, das mir in den letzten Monaten große Sorgen bereitet hat. Ich glaube, daß ich die Pflicht habe, heute und hier zu sagen, daß man in den letzten Monaten den österreichischen Politikern ohne Unterschied der Partei großes und schweres Unrecht zugefügt hat.

Jemandem, der aus beruflichen Gründen und aus Interesse, wie viele andere in diesem Hause auch, die politischen Ereignisse in anderen Ländern verfolgt, ist doch klar, daß es wenige Demokratien gibt, in denen es die Politiker so ernst mit ihren Verpflichtungen meinen, wie das in Österreich der Fall ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir haben in Österreich glücklicherweise viele der Erscheinungen nicht, die es in manchen Demokratien gibt, und wir sollten uns, und das ist ein Appell, den ich an die Zeitungen richte, vor generalisierenden und herabsetzenden Feststellungen über die Politiker hüten.

Die österreichischen Politiker leisten eine sehr, sehr schwere Arbeit, sie haben, ganz gleichgültig auf welcher Seite dieses Hauses sie wirken, fast keine freie Zeit zur Verfügung. Die Zahl derer, die Opfer ihres Berufes werden, ist prozentuell wahrscheinlich so hoch wie die anderer gefährlicher Berufe. Die österreichischen Politiker stehen ununterbrochen nicht

6264

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Bundeskanzler Dr. Kreisky

nur ihren Wählern, sondern auch dem Parlament zur Verfügung, und sie erfüllen diese Aufgabe — und ich sage das aus einem großen inneren Bedürfnis heraus — mit einem wachen Bewußtsein für die großen moralischen Aufgaben, die ihnen ihre Funktion auferlegt.

Ich sage das deshalb, weil zu meinem Leidwesen immer wieder hier Unterscheidungen gemacht werden. Und so möchte ich das Ansehen, das ich in diesen Jahren gewonnen habe, maximal einsetzen zur Ehre der österreichischen Politik und der in ihr Wirkenden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und so lassen Sie mich zu einer anderen Frage Stellung nehmen, die in der Debatte eine Rolle gespielt hat. Man wirft mir meinen großen Pessimismus bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt vor. Es stimmt, daß ich auch im Jahre 1973 oder 1974, einige sind ja Zeugen dieses Pessimismus hier auf der Regierungsbank, aus dem Erlebnis der großen Not und des großen Elends der dreißiger Jahre, das ich um mich feststellen konnte, ein bestimmtes politisches Sensorium entwickelt habe. Ich versuche nämlich immer wieder, mir Klarheit zu verschaffen über mögliche Entwicklungen, um im geeigneten und richtigen Zeitpunkt diesen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

Wenn es also richtig ist, daß ich die kommende Entwicklung mit einem gewissen Pessimismus betrachte, weil ich glaube, aus dem weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhang dazu berechtigt und verpflichtet zu sein, so möchte ich keinen Zweifel daran lassen, daß ich fest davon überzeugt bin, daß es uns gelingen wird, in Österreich dieser Probleme auch diesmal wieder Herr zu werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nur sollen die Menschen wissen und verstehen, daß sich all diese Fragen eben stellen, daß auf sie eine Antwort gefunden werden muß, und daß hierüber die Meinungen zwischen der Regierung und der Regierungspartei einerseits und der Opposition auseinandergehen, das ist selbstverständlich und gehört mit zum Wesen der Demokratie.

Man wirft mir gelegentlich vor, daß ich die Tendenz hätte, für alles und jedes eine Kommission zu bestellen. Es wäre eine Verlockung festzustellen, ob es jetzt mehr Kommissionen gibt als früher. (*Abg. Graf: Eine Kommission dafür, würde ich vorschlagen, um das festzustellen!*)

Ich würde das bestreiten. Vor allem einmal gibt es auf diesem Gebiet sicherlich nicht die schlechtesten Erfahrungen. Aber eines muß ich doch dem Hohen Hause sagen: Daß ich ein solcher Anhänger solcher Arbeitsgemeinschaften,

die man „Kommissionen“ nennen kann, bin, ist zutiefst in meiner demokratischen Überzeugung begründet, daß man schwierige Fragen nicht allein der österreichischen Bürokratie zur Lösung überlassen darf. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Es muß auch in der österreichischen Demokratie jene Lehre Berücksichtigung finden, die man in großen und alten Demokratien seit jeher praktiziert. Es gibt nichts Wichtigeres in Großbritannien, das doch wahrlich eine alte Demokratie ist, als eine Royal Commission, und es gibt nichts Wichtigeres in den Vereinigten Staaten als Gemischte Kommissionen, die aus amerikanischen Politikern und Fachleuten zusammengesetzt werden, wobei die Beamten natürlich eine unentbehrliche Hilfsstellung einzunehmen haben. Es ist das ein Stück verstärkte Demokratie, ein Stück permanenter Demokratisierung der Gesellschaft.

Sie selber können doch, meine Herren, nicht umhin, die Tätigkeit der Sozialpartner zu würdigen, die sich ja in sehr vielen Beiräten und Kommissionen immer wieder manifestiert, um hier nur ein Beispiel zu nennen für viele. Und so bekenne ich mich zur Arbeit in Form der Kommissionen, weil in diesen Kommissionen eben Parlamentarier-Politiker mit Fachleuten und Beamten zusammenwirken.

Der Herr Bundesparteiobmann Dr. Mock hat Schumpeter zitiert. Wenn ich ihn zitiere, wirft man mir vor, daß er ein Sozialist, ein Antikapitalist gewesen wäre. Wenn ihn andere zitieren, kommt es darauf an, ob es einem paßt. Nun hat der Herr Bundesparteiobmann ... (*Abg. Graf: Das ist immer bei Zitaten so, Herr Bundeskanzler!*) Jawohl, daran habe ich nie Zweifel gelassen.

Ein Zitat wird dann verwendet, wenn es etwas zum Ausdruck bringt, was man so besser formuliert findet, als man es selber vermag. (*Abg. Graf: In den Kram muß es passen!*) So ist es, und da glaube ich eben, da sind wir genau bei dem Punkt angelangt, den ich meine.

Der Herr Bundesparteiobmann hat mich mit einem General verglichen, dessen Befehlen man gehorchen muß. Ich stelle hier in aller Form fest, daß ich diesen Vergleich für unangebracht halte, ich habe mich nie als General in meiner Partei gefühlt, und ich habe es vorgezogen, mit meinen Freunden zu diskutieren anstatt Befehle zu erteilen. (*Abg. Dr. Mock: Aber eine Generalvollmacht haben Sie! Firmberg hat das damals verkündet!*) Ich kann mich überhaupt nicht daran erinnern, daß ich jemals Befehle erteilt hätte, auch nicht in anderen Aufgabenbereichen. (*Abg. A. Schläger: Wie ist das mit der Generalvollmacht?*)

Ich weiß nicht, was Sie mit „Generalvollmacht“ meinen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Bundeskanzler Dr. Kreisky

Von mir haben Sie jedenfalls das Wort „Generalvollmacht“ in dem Sinne, daß ich sie hätte, nicht gehört.

Ich sage noch einmal, Herr Bundesparteiobmann: Es gibt meiner Meinung nach bei Schumpeter so viel Besseres und Richtigeres, Adäquateres zu zitieren, und ich bin gerne bereit, hier mich zu einer Zusammenarbeit mit Ihnen zusammenzufinden. (Abg. Dr. Mock: Ich werde mich bemühen!)

Ich habe überhaupt keine Absicht, sehr polemisch zu sein, aber an eines muß ich schon erinnern: Ich bin seit dem Jahre 1967 Parteiobmann der Sozialistischen Partei, habe also von den vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung drei Jahre als Parteivorsitzender erlebt. Ich bin in diesen drei Jahren sehr viel weniger mit dem Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei zur Beratung politischer Fragen zusammengekommen, als das in Österreich in den letzten elf Jahren in einem Jahr passiert ist.

Ich erinnere mich, daß mich der Herr Parteiobmann der ÖVP anlässlich der tschechoslowakischen Ereignisse relativ spät gerufen hat, um mir mitzuteilen, was passiert ist. Das wußte ich, das habe ich auf andere Art auch erfahren. Ich bin dann später eigentlich niemals zu substantiellen Beratungen gerufen worden, außer zur Frage eines Kulturinstitutes, das ein bißchen die Zusammensetzung der verblichenen Vaterländischen Front hatte. (Heiterkeit.) Substantielle Fragen wurden in diesen vier Jahren mit der großen Oppositionspartei nie besprochen. Es war sogar so, daß wir immer wieder vom Fallbeil „Schluß der Debatte!“ bedroht waren, daß man uns mitgeteilt hat, daß man nicht einmal mit dem „Ohrwaschl wackeln“ wird... (Abg. Dr. Mock: Erzählen Sie doch nicht solche Sachen!) Sie haben ja den Antrag sogar bei einer sehr wichtigen Frage gestellt. (Abg. A. Schläger: Fragen wir Tull!)

Sie haben jedenfalls diesen Antrag gestellt. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, daß diese Regierungspartei jemals einen solchen gestellt hätte. Sie haben auch nicht mit dem „Ohrwaschl gezuckt“, wenn es wichtige Einwände der Oppositionspartei gegeben hat, um zu zitieren. Also so sehr haben Sie die Konsenspolitik damals nicht gepflegt. Das stimmt nicht! Ich kann den Nachweis erbringen, daß das nicht der Fall war. (Abg. Dr. Schüssel: Mehr als Sie!) Aber bitte: Wenn es Ihnen zu wenig Konsens ist: Sie können sich in der Zukunft immer aufs neue von unserer Konsensbereitschaft überzeugen.

Was nun die personelle Zusammensetzung der Regierung betrifft, so glaube ich, daß es niemals vorher elf Jahre mit einem so hohen Maß an personeller Stabilität in einer Regie-

rung gegeben hat. Ich glaube sagen zu können — soweit man das einem Regierungschef hält glaubt —, daß Österreich eine gute, ja fast möchte ich sagen, sehr gute Regierung hat. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Steger: Aber nur „fast“!) „Fast“ ist nur der Ausdruck der relativen Bescheidenheit, die ich hier an den Tag zu legen habe. Die Entscheidung darüber liegt ja beim Parlament. (Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.) Herr Abgeordneter! Die Politik ist der einzige Bereich, wo das Eigenlob legitim ist. Mehr ist nicht dazu zu sagen.

Wir haben in der Vergangenheit mit großer Behutsamkeit unsere Regierungsaufgaben behandelt. Das können Sie daran erkennen — das ist nicht abzustreiten —, daß die meisten der wichtigsten und herausgehobenen Positionen mit Persönlichkeiten besetzt sind, deren Qualifikation außer jedem Zeifel stehen.

An der Spitze der höchsten Gerichtshöfe stehen Männer, die allesamt der Sozialistischen Partei nicht nahestehen. Dort, wo es vielleicht der Fall ist, sind sie über Rat des Gerichtshofes bestellt worden. (Abg. Dr. Mock: Da haben sich schon die Mehrheiten verschoben!) Es gibt keine Mehrheiten in den höchsten Gerichtshöfen. Die Präsidenten der Gerichtshöfe sind alle aus den Gerichtshöfen heraus in Vorschlag gebracht worden, wie das für den Verwaltungsgerichtshof gilt; dort hat mir der scheidende Präsident seine Meinung gesagt; und die anderen kennen Sie alle sehr genau. Es hat früher andere Entscheidungen bezüglich dieser hohen Ämter gegeben. Ich will da hier jetzt nicht allzu weitgehende Reminiszenzen anklingen lassen.

An der Spitze des obersten Kontrollorgans der Republik steht ein Mann, der sich des allgemeinen Ansehens ob seiner Ehrenhaftigkeit erfreut. Er ist von der Sozialistischen Partei vorgeschlagen worden und in entscheidendster Weise durch die Position seiner Partei im Parlament auch zu diesem Amt berufen worden.

An der Spitze der obersten Währungsinstitution unseres Landes steht der Mann, der jahrelang hier im Hause Ihre wirtschaftspolitischen Auffassungen nicht mit, sagen wir, besonderem Einfühlungsvermögen in die Regierungspartei vertreten hat und sich dadurch eventuell emeritiert haben könnte.

Die höchsten Offiziere des Bundesheeres schließlich werden nach ihrem Können, nach ihrer Qualifikation ausgesucht; auch hier können Sie doch nicht klagen.

Schließlich möchte ich sagen, daß nach elf Jahren sozialdemokratischer Regierungstätigkeit — Herr Dr. Mock, Sie huldigen einem

6266

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Bundeskanzler Dr. Kreisky

gewissen Antibürokratismus, der mir persönlich eigentlich nicht unsympathisch ist — die Spitzen der Behörden in Österreich und der größte Teil der Verwaltung Österreichs aus politischen Kreisen kommen, die uns nicht nahestehen. Sie haben große Schwierigkeiten hier im Haus, uns etwa vorzuwerfen, daß wir nicht die Männer und Frauen an die Spitze der Verwaltung gestellt hätten, die hierfür im höchsten Maße qualifiziert sind. Aber eines muß ich Ihnen sagen: Der Umstand, daß sich jemand zur sozialdemokratischen Idee bekennt, disqualifiziert ihn nicht für ein hohes Amt in dieser Republik. (*Beifall bei der SPÖ*)

Und schließlich, Hohes Haus, hat diese Regierung ohne Not in ihrem eigenen Gremium ein Korrektiv eingebaut, das nicht unterschätzt werden soll. Drei Mitglieder dieser Regierung gehören der Regierungspartei nicht an, haben mit ihr überhaupt nichts zu tun und sind innerhalb der Regierung — es gibt keine Geheimgremien innerhalb der Regierung — gleichberechtigte Mitarbeiter und repräsentieren als — wie ich schon sagte — ein wertvolles Korrektiv eine Sinnesart und eine Geistigkeit, die eben, wie wir glauben, identisch ist mit dem, was man den österreichischen Liberalismus nennen könnte. (*Abg. Dr. Steger: Könnte!*)

Ich will nicht sagen: ausschließlich, es gibt sicherlich auch andere, die dies für sich in Anspruch nehmen können. Es ist in Österreich eine wunderbare und sympathische Erscheinung — es gibt ja nicht immer solche guten Urteile über alles, was es bei uns gibt —: Alle drängen sich, wie ich einmal sagte, zur Mitte, jeder will in der Mitte sein, nur ist halt der Platz in der Mitte relativ eng, und man muß immer wieder auch den Beweis erbringen, daß man sich dort befindet.

So komme ich zur Frage der Staatssekretäre. Staatssekretäre sind nach der Verfassung zur Unterstützung der Minister da. Staatssekretäre haben in Österreich das Recht, den Minister im Parlament zu vertreten. Es gibt kaum eine Regierung in Europa, in der es weniger Staatssekretäre als in Österreich gibt. (*Widerspruch bei der ÖVP*)

Wir haben gute Erfahrungen mit den Staatssekretären gemacht, eine sehr gute, und Sie sollten eigentlich damit zufrieden sein, denn das verstärkt den Kontakt zwischen der Regierung und dem Parlament. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP*) Denn nach unserer Geschäftsordnung ist es nämlich so, daß man sich auch von einem hohen Beamten vertreten lassen könnte. Wir ziehen es aber vor, das durch politisch verantwortliche Mitglieder oder Angehörige der Bundesregierung zu tun. Wir sind damit sehr zufrieden.

Wenn Sie zum Beispiel, Herr Abgeordneter Dr. Steger, den ersten oder zweiten Staatssekretär im Finanzministerium kritisieren, so handelt es sich um jenen Staatssekretär, dem die wichtigen Aufgaben der Familienpolitik anvertraut sind; Aufgaben, die in anderen Ländern durch einen Minister wahrgenommen werden. Die Familienverbände wollten sogar zeitweilig einen eigenen Minister haben.

Jedenfalls möchte ich sagen, daß sich ausnahmslos alle Staatssekretäre in der Vergangenheit in hervorragendster Weise bewährt haben. (*Abg. Dr. Mock: Um das Geld der Steuerzahler ist nichts zu teuer! — Ruf bei der ÖVP: Sauna!*) Die Opposition hat natürlich nicht dieselbe Auffassung wie die Mehrheit, aber die Staatssekretäre haben sich hervorragend bewährt. (*Zwischenruf bei der ÖVP*) Ja aber Sie haben doch auch Staatssekretäre gehabt, die wieder aus dem Amt geschieden sind. Das kommt vor. (*Ruf bei der ÖVP: Auch Veselsky? Da tun Sie sich aber schwer!*)

Nein, da tue ich mir gar nicht schwer, im Gegenteil. Der Herr Staatssekretär Veselsky hat Wertvolles und Wesentliches in der Regierung und im Bundeskanzleramt geleistet. Wenn es heute zum Beispiel einen sehr entwickelten Datenschutz in Österreich gibt, so ist das nicht zuletzt auf sein Wirken im Bundeskanzleramt zurückzuführen.

Ich darf zum Schluß sagen: Ich habe mir die Aufgabe, die mir auf Grund der Verfassung übertragen ist, nicht leicht gemacht. Ich habe die Persönlichkeiten gesucht, von denen ich glaube, daß sie für die schweren Aufgaben, die sie nun zu erfüllen haben, am geeignetsten sind. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Regierungspartei sie auch gefunden hat. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich bin direkt beglückt, daß ich ein privates Anliegen habe, um einen Übergang von Ihren Ausführungen zu finden, Herr Bundeskanzler. Wäre ich kein hartgesottener Oppositioneller, würde ich ergriffen sein.

Aber bevor ich das sage, was ich als Oppositioneller zu sagen habe, lassen Sie mich mit einem Zitat von Gorbach beginnen, einem Diktat meines Herzens folgend. Es wurde durch diese Regierungsumbildung mit der Bestellung von Dr. Fred Sinowatz zum Vizekanzler der erste Burgenländer Vizekanzler einer Regierung. Unbeschadet seiner Parteizugehörigkeit glaube ich sagen zu sollen — ich gehöre zu

Graf

jenen, die jetzt zitieren —: Ich bin überzeugt, Herr Minister Sinowatz, Herr Vizekanzler, daß die Mehrheit der Burgenländer unbeschadet der Parteidistanz nicht wegen Ihrer Parteizugehörigkeit, aber sicherlich wegen der Bestellung zum Vizekanzler Stoltz empfindet. Ich im übrigen auch.

Ich möchte dazu noch zwei Sätze sagen dürfen. Natürlich habe ich mich 25 Jahre lang redlich bemüht, Ihre Politik zu bekämpfen. Sie taten dasselbe. So wird es sicherlich bleiben. Natürlich — und dazu bekenne ich mich auch; ich habe das nicht ausgeschlossen — hat sich auch eine sehr ehrengreiche Freundschaft entwickelt. Auch das sollte so bleiben.

Aber ich wäre kein Oppositioneller — ich weiß, daß Sie es nicht einmal erwarten, aber ich sage es trotzdem —, würde ich Ihnen politischen Erfolg wünschen. Aber wir haben einen gemeinsamen Freund, einen Wahlburgenländer, nämlich den Publizisten Sebestyén, der eine sehr blumige Aussprache hat. Lassen Sie mich Ihnen vielleicht mit dessen Ton sagen, was ich empfinde. Dann hat es sich sicher. Sebestyén würde mich sagen lassen: Für mich als Burgenländer Graf ist Ihre Bestellung ein pannonisches Ereignis. Ich wollte es Ihnen gerne sagen. (*Beifall bei der ÖVP und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Nun, meine Damen und Herren, ein paar Bemerkungen über meine Herren Vorredner. Wenn man dem Herrn Klubobmann Dr. Fischer zugehört hat, ihn nicht kennen würde und nicht die Untertöne gehört hat, dann würde man glauben, daß der allgemeine Konsens ausgebrochen wäre, daß die Österreichische Volkspartei eigentlich froh sein könnte über den Inhalt Ihrer Rede. (*Abg. Dr. Fischer nimmt im Sitzungssaal Platz.*) Von Ihnen ist die Rede, Herr Klubobmann. Ich möchte nur drei Bemerkungen zitieren, um etwas ins Lot zu bringen.

Wir alle teilen natürlich die Äußerungen der Herren Parteiobmänner und des Kanzlers über die Geiselfrage. Selbstverständlich. Daß das gelöst ist, ist eine Erleichterung. Aber wenn ich Ihren letzten Satz in dieser von uns akklamierten Geiselfrage richtig deute — und ich glaube, Sie genug zu kennen —, dann meinten Sie, daß auch Ihr Vorredner, mein Parteiobmann Mock, damit wieder Dimensionen erkennt. Herr Dr. Fischer! Dieser Unterton ist ein echter „Fischer“ und wird von uns nicht hingenommen.

Es herrscht Einigkeit in der Freude über die Befreiung der Geiseln, aber absolute Uneinigkeit in der Wertung des Vorgangs um die Besetzung der CA und alles, was darum herum ist. Ich darf das in gebotener Deutlichkeit sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn Sie, Herr Klubobmann Dr. Fischer, in Ihrer zweiten Passage an das Parlament appelliert haben, daß wir alle aus diesen Vorgängen etwas lernen könnten und daß der allgemeine parlamentarische Ton zu Besorgnis Anlaß gibt, dann haben Sie uns als Ihre Begleiter. Wenn ich Sie aber genau analysiere, dann glauben Sie an unsere Adresse wohlmeinende Bemerkungen in belehrender Form richten zu sollen. Hier werden wir Sie nicht begleiten.

Herr Dr. Fischer! Sie sollten an alle appellieren. Das unterstützen ich. Sie haben wirklich keinen Grund zur historischen Zimperlichkeit in Behandlung irgendwelcher Fakten. Sie haben uns einiges anschauen lassen. Wenn Sie das nicht mehr gegenwärtig haben sollten, was ich aber nicht glaube, dann lesen Sie es nach in den Protokollen aus den vier Jahren, als wir regieren konnten und Sie die Minderheit waren. Da war einiges drinnen an Brisanz, und zwar auch an verbaler Brisanz. Ich möchte das gerne sagen.

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht, aber das gilt nicht für uns allein. Das gilt vielleicht mehr für die Mehrheit. Ich maße mir überhaupt nicht an, Sie zu belehren. Wir Parlamentarier Österreichs sollten uns gemeinsam bemühen, daß die Tonlage, die außerhalb des Parlaments durchaus möglich ist — und ich habe mich damit nicht zu beschäftigen —, nicht zur parlamentarischen Tonlage wird. Hier, glaube ich, sollten wir vielleicht alle Bedenken haben.

Zum dritten, Herr Dr. Fischer: Das hat mich fast aufgeregt, obwohl ich mich kaum mehr aufrege, denn das zahlt sich nicht aus. Ihr Vergleich, Herr Dr. Fischer, der Causa Koren mit der Causa Dr. Androsch ist von der Entwicklung her unstatthaft. Ich möchte nicht mehr dazu sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundesparteiobmann der FPÖ — ich darf nur ganz kurz einige Sätze dazu sagen — hat mir aus unerfindlichen Gründen einen Titel verliehen wollen, den ich nicht haben möchte. Aber darum geht es mir gar nicht. Er hat mehrfach Dr. Mock apostrophiert, obwohl Dr. Mock in seiner heutigen Rede die FPÖ nicht betrachtet hat. Das schließt nicht aus, daß irgendeiner meiner Nachredner das noch tun möchte und tun wird. Ich werde es vielleicht auch nicht tun, ich möchte nur einen Satz sagen, aber zuerst ein Korrektiv:

Die Vermutung oder die Feststellung, daß die „Wochenpresse“ ein ÖVP-Organ sei, ist vielleicht ehrend, aber es gereicht ihm nicht zur Ehre, denn es ist eine phantastische Erfindung. (*Abg. Grabher-Meyer: Sie ist der ÖVP zu teuer!*) Sie wären uns vielleicht auch zu teuer,

6268

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Graf

wenn Sie in unserer Partei wären. Ich weiß das nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Erstens gehört die Zeitung nicht uns. Ich hätte, Herr Grabher-Meyer, vielleicht dem Herrn Steger sogar applaudiert, denn von der Vorgangsweise von Zeitungen könnte ich ihm hier einiges Applauswürdige abgewinnen. Aber wenn man etwas beklagt, was nicht sein soll, und gleichzeitig eine andere Partei bezichtigt, das getan zu haben, dann kann ich die Empörung nicht teilen, sondern empfinde scheinheilige Gefühle für den Redner. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir alle werden eines Tages das Bedürfnis haben, im parlamentarischen Abstand die Vorgänge, die zur Umbildung der Regierung geführt haben, zu betrachten. Vielleicht habe auch ich eines Tages diesen Wunsch.

Aber ich möchte nur einen Satz zum Herrn Parteiobmann der FPÖ sagen, ohne qualifizierend zu sein; ich maße es mir nicht an.

Von vielen Bemerkungen, die er im Zusammenhang mit Androsch machte — heute, früher —, ist mir eine momentan haftengeblieben, und die ist für mich Grund, mich momentan nicht damit zu beschäftigen. Undementiert sagte Dr. Steger irgendwann in den letzten Wochen, man müsse den Dr. Androsch dorthin bringen — in die CA nämlich —, damit er seine Immunität verlöre oder nicht mehr habe, um dann gezielter untersuchen zu können.

Meine Damen und Herren! Diese Feststellung allein lässt mich auf eine Klassifikation der Haltung Ihrer Partei verzichten. Niemand, auch Mock, wünscht Sie nicht zu belehren. Wir wollten auch Sie nicht belehren. Es ist Ihr Recht, uns zu sagen, was Ihnen an uns nicht paßt. Das tun Sie ja. Und es paßt uns einiges an Ihnen nicht. Das ist durchaus keine Tragik. Zusammenfassend werden wir das einmal betrachten.

Aber gestatten Sie mir, daß ich es mindestens für eigentümlich finde, daß der Obmann des parlamentarischen Untersuchungsausschusses — auf den gemeinsamen Bericht bin ich ja noch neugierig, aber ich kann ja warten — nichts anderes zu tun hat, als das als Begründung anzuführen. Wenn es das wirklich war, dann kann ich nur sagen: Helm ab zum Gebet, meine Herren von der FPÖ! — Lassen Sie mich das gern sagen, gern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich werde, meine Damen und Herren, nunmehr nicht auf die Ursachen der Regierungsumbildung zu sprechen kommen, sondern nur in gebotener Kürze zu dem Ist-Zustand.

Natürlich ist es, Herr Bundeskanzler, Ihr

unbestrittenes Recht, das Kabinett umzubilden. Sicher sind die Zeiträume bemerkenswert. Sie haben uns das jetzt sehr eindrucksvoll gesagt. Sicher, Sie hatten einen Minister elf Jahre. Sie haben uns geflissentlich nicht erzählt, daß Sie einen anderen hatten, der nur 31 Tage in Ihrem Besitz war und Oellinger hieß. Also das Spektrum ist durchaus sehenswert.

Rein als Wirtschaftspolitiker möchte auch ich eine Rechnung anstellen. Die personelle Zuwachsrate Ihrer Regierung ist beachtlich. Natürlich haben die Italiener noch mehr Staatssekretäre als wir; das ist uns allen bekannt. Die ÖVP fand das Auslangen mit 17 Personen. Sie haben es jetzt auf 23 gebracht; es ist Ihr gutes Recht im übrigen. Das ist ein reales Wachstum von 35,3 Prozent, Herr Bundeskanzler. Schneller wuchs in Ihrer Regierungszeit nur der Berg der ungelösten Probleme. Das muß ich schon sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

In der Form einer Auflistung lassen Sie mich doch einiges aufzählen, was heute nicht erklärt wurde, nicht einmal angeschnitten wurde, zumindest bis jetzt noch nicht, auch nicht von Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler. Es ist eine lange Liste ungeheuer großer Probleme. Wir stellen heute nur Fragen. Wir erwarten keine Antworten.

Ich bin einigermaßen überrascht, daß man zur Sicherung der Arbeitsplätze, zur Steuerbelastung, zum Budgetdefizit, zur Staatsverschuldung, zur AKH-Fertigstellung und der Bewältigung ihrer Folgekosten, zum Leistungsbilanzdefizit, zur Lohn- und Einkommensteueranpassung nichts sagte, und, wenn Sie wollen, zum für mich größten gesellschaftspolitischen Problem Österreichs für junge Leute: Auch die Unmöglichkeit, sich eine Wohnung zu leisten, wenn Leute heiraten und eine Familie gründen wollen — ich glaube, meine Damen und Herren, das ist einer der Hauptpunkte —, wurde nicht berührt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich nenne des weiteren die Energieprobleme und letztlich die Strukturprobleme, nur um eine Liste zu entwerfen. Ich reiche sie Ihnen weiter.

Herr Bundeskanzler und meine Herren neuen und schon dagewesenen Regierungsmitglieder! Wir werden ununterbrochen bei Ihnen passenden, aber auch unpassenden Gelegenheiten hiezu Fragen stellen.

Sie, meine sehr geehrten Herren, die neu sind oder in neuen Funktionen, werden selbstverständlich von uns weder Vorschußkritik noch Vorschußlob bekommen. Sie haben ein Anrecht auf Einarbeitung. Wir haben ein Anrecht, auf Fragen Auskunft zu bekommen.

Graf

Ich möchte zu dieser Liste vielleicht noch substantielle Zusatzfragen ganz kurz in den Raum stellen. Herr Bundeskanzler — Sie sind der Hauptträger der Verantwortung, Sie haben es im übrigen nie negiert —: Ist Ihnen die Gleichwertigkeit der Sicherheit der Arbeitsplätze geläufig? Wird ein Kleinbetrieb, wenn er in Schwierigkeiten kommt, auch so behandelt werden, unter den gleichen Auspizien — denn nur dann kann ich Sie verstehen —, wie die Arbeitnehmer der Papierfabrik Brigi & Bergmeister? Wobei ich Ihnen positiv, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, zuordne: Es ist nicht die Aufgabe eines Arbeitnehmers, volkswirtschaftliche oder betriebswirtschaftliche Überlegungen anzustellen. Ich weiß es schon. Den interessiert, der Herr Bundeskanzler hat mir gesagt: Ich kann drei Jahre arbeiten! Ich sehe das ein, ich verstehe es.

Werden Sie dasselbe, wo nur 15 Mann gefährdet sind, sagen: Die können nicht auf die Straße gehen, sind zur Blockade zu wenig!

Was will ich damit sagen? Wird nur Struktur dort konserviert, wo es politisch opportun ist in Richtung kommender Wahl? Das ist durchaus nichts Verwerfliches. Wir wollen es nur wissen, denn dann ist die Gleichheit der Sicherung und der Behandlung nicht gegeben.

Für uns ist ja im übrigen schon jetzt — ich bin neugierig, Sie sagten, die neue Regierung wird es endlich angehen, Probleme zu lösen; so sagten Sie ungefähr, verehrter Herr Klubobmann Fischer — die gleiche Betrachtung von Unternehmen debalanciert. Also sie muß erst wieder ins Gleichgewicht kommen.

Die Steuerbelastung: Unser nicht nur politisches oppositionelles Mißvergnügen, unser Mißtrauen — daß die Steuerbelastung unerträglich ist, das haben nicht nur wir gesagt, sondern auch prominente Wissenschaftler, die jetzt die Regierungsbank verzieren; ich komme darauf —, unser Mißtrauen wächst.

Wenn der neue Finanzminister erklärt: möglicherweise geringfügige Belastungen. In einem überbordenden Belastungspegel kann es nichts Geringfügiges mehr geben! Wenn es zuviel ist, ist es einfach zuviel, und es kann nicht ein bissel noch mehr zuviel sein!

Lohn- und Einkommensteueranpassung — und das ist, wenn Sie wollen, eine Unterstellung, aber vielleicht eine beweisbare.

Wollen Sie wirklich diese Papierzettel herausbringen? Wissen Sie, was ich Ihnen dann unterstelle? In aller Freundlichkeit, aber historisch beweisbar.

Wir haben bei jeder Wahl erlebt, bevor Sie die Mehrheit schufen natürlich, daß Ver-

trausleute, eifrige Briefträger, sicher im Sinne ihrer Gesinnung, ist gar kein Fehler, alten und jüngeren Mutterln und Rentnern gesagt haben: Wenn die Schwarzen gewinnen, wird das mit der Rente öha werden!

Ich kenne sogar Leute, die sich davon beeindrucken ließen, ich litt sogar darunter.

Wenn es zu diesen „Friedenskriegsanleihen“ kommen sollte, dann bin ich schon überzeugt, daß bei der nächsten Wahl Ihre Herolde marschieren und sagen werden. Nur unsere Partei wählen, die Schwarzen schaffen das Papierl ab!

Das unterstelle ich Ihnen, wenn Sie das machen, und es bringt im übrigen nichts, denn ein Papier, das der Bürger nicht wieder zur Mobilisierung seiner Kaufkraft und zur Wiederaufpäppelung der geschwundenen — na, wie soll ich Ihnen sagen? —, der geschwundenen gesellschaftlichen Möglichkeiten brauchen kann, ist nur ein Papierl und kann im besten Fall ein Wahlschlager sein.

Diese Fragen — sie sind, na ja, sehr kurisorisch und nicht vollständig —, meine Damen und Herren, bedürfen einer dringenden Lösung.

Wenn es umgekehrt wäre, hätten Sie von uns ein komplettes Paket verlangt. Sie waren ja immer sehr eifrig. Ich verlange nicht einmal eine komplette Beantwortung dieser Fragen heute. Aber ich muß Ihnen schon sagen: Nicht nur oppositionell, sondern auch als Wirtschaftspolitiker bin ich verwundert, daß all das bis jetzt nicht berührt wurde. Daß man ehrsame Leute in die Regierung nimmt und sie vorstellt, Sie, das ist das mindeste. Aber hier erwarten wir baldmöglich Antworten.

Und ist die Regierungsumbildung tatsächlich ein Ansatz zur Lösung? Ich weiß es nicht.

Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky, Sie erinnern sich, Sie haben 1971 einen Slogan gebären lassen: „Laßt Kreisky und sein Team arbeiten!“ Heißt es zehn Jahre später: „Laßt Kreisky sein Team umbilden?“ Ist das der neue Schlager? Steckt dahinter nicht mehr?

Diese Fragen stehen im Raum.

Herr Bundeskanzler, Sie haben es in Ihren sicherlich beeindruckenden Ausführungen — nur mich haben Sie nur stellenweise beeindruckt, aber es macht Ihnen auch nichts — so anklingen lassen, als wir uns erheitern durften an einer Passage, die auch Sie heiter fanden, Herr Bundeskanzler. Dann sagten Sie: Das ist jetzt ein ernstes Problem. Also es sollte dann aufgehört werden, sich zu erheitern. Na schön.

Ist die Umbildung der Regierung jetzt ein ernstes Problem, oder ist es mehr oder minder ein Instanzenzug von der Entfernung einiger Personen und nicht mehr?

6270

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Graf

Wir werden, Herr Bundeskanzler, Ihre Verantwortung immer wieder relevieren.

Erklärungen vom Konsens: Ich fürchte, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, Dr. Mock wurde von Ihrem Herrn Bundesparteiobmann zu weitgehend interpretiert, wenn Mock historisierend meinte, daß Konsenspolitik in den letzten Jahrzehnten dieses Land so weit gebracht hat. Wenn Sie daraufhin etwa heraushören könnten, daß im allgemeinen und im besonderen Fall damit Friedensglocken zu hören waren, dann war Herr Dr. Steger sicherlich nicht richtig informiert. (*Beifall bei der ÖVP*)

... ohne dem vorzugreifen, was meine Parteiführung entscheiden wird — ich bin ja nur ein kleiner Schwarzer und nicht der Herold des Parteiobmannes, ich bin sein Wirtschaftssprecher. (*Zwischenruf bei der SPÖ*) Ja, beruhigen Sie sich. Ich kenne meine Grenzen. Ich empfehle Ihnen, Ihre zu studieren, wenn Sie wollen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP*)

Aber, meine Damen und Herren und Sie — außer meinem Landsmann Sinowatz —, meine Herren, die Sie schon im Parlament sind, Sie werden verstehen, daß ich mich heute Ihnen aus dem eingangs Erwähnten nicht zuwende, Vorschuß weder im Negativen noch im Positiven gebe.

Aber Herr Professor Dkfm. Seidel, Sie sind ja ein neuer Mann. Ich entnahm der nicht uns gehörenden „Wochenpresse“ — es handelt sich um dieselbe Ausgabe, und sie gehört trotzdem nicht uns —, daß Sie in einem Interview meinten, Sie seien ein „Nuller“, Sie seien es immer gewesen und würden es bleiben. Das gefällt mir an sich. Auch Sie verdienen natürlich unseren Respekt als Fachmann.

Es ist für Sie sicherlich keine Überraschung, wenn ich Ihnen sage, daß ich viele Ihrer Äußerungen der letzten Jahre schon ausdokumentiert habe. Bei den meisten habe ich applaudiert. Ich werde jetzt nur kritisch verfolgen, ob Sie zur selben Sache dasselbe sagen. Denn obwohl Sie ein „Nuller“ sind, werden Sie sehr bald draufkommen — das ist keine Belehrung; ich würde mich nie unterstellen, Sie zu belehren —, daß ein „Nuller“ in der Bundesregierung, die sozialistisch geprägt ist, nur eine sozialistische Politik wird machen können — Sie werden an mich denken —, und daran werden wir Sie messen.

Mein Gott und Herr — und das ist ohne Schadenfreude zu sagen —, wenn Sie sich als unabhängiger Fachmann einen etwas rauhen Einstieg eingewirtschaftet haben, dann werden Sie halt sehr schnell erkennen, daß es vielleicht

zwei Paar Schuhe sind: der Fachmann, den man gerne hört und der das sagt, und die Theorie des Fachmannes im rauen Wind des Parlaments, egal, wie Sie es gemeint und verstanden haben. Ich unterstelle Ihnen hier persönlich noch nichts. Die Geschichte mit dem 13. und 14. Monatsgehalt wird Ihnen lange nachhängen. Und mehr als wir Ihnen sagen können, werden Ihnen Ihre neuen sozialistischen Freunde dazu sagen, das prophezeie ich Ihnen. (*Heiterkeit bei der ÖVP*) Vielleicht in einem rüderen Ton.

Die ÖVP — Sie sind nicht der erste, und wahrscheinlich haben Sie andere Gründe, das zu relevieren, wie wir schon gehört haben — glaubt, daß hier kein Spaß zu machen ist. Es wäre tatsächlich eine Bankrotterklärung der Regierung, die „fast sehr gut“ ist, wie Sie, Herr Bundeskanzler, sagten. Denn das ist im krasen Widerspruch zu Wahlversprechungen unüberhörbar gemacht.

Ich bin mißtrauisch — nicht Ihretwegen, Herr unabhängiger Fachmann, Herr Professor Seidel, ich schätze Sie —, wenn ich Herrn Dallinger höre. Er war nie ein „Nuller“. Er wollte es auch nicht sein. Er hat immer offen gesagt, was er sich vorstellt, daher hat er sich unsere besondere kritische Aufmerksamkeit eingewirtschaftet. In seiner jetzigen Funktion verdient er diese Betrachtung verstärkt.

Wenn ich heute im „Morgenjournal“ hören mußte, daß auch Herr Dallinger glauben könnte, daß man ab einer gewissen Grenze hier etwas tun kann, dann entdecke ich schon wieder sozialistische Gesellschaftspolitik, und dann entdecke ich schon Umschichtungswünsche, die Sie sich, Herr Professor Seidel, sicherlich nicht vorgestellt haben.

Ich möchte daher für die Österreichische Volkspartei — nicht als Präventivmaßnahme, sondern als echte Erklärung sagen —, daß Sie sich hier etwas einwirtschaften werden, wovon wir nicht heruntergehen werden. Ich würde mich sehr wundern, wenn Sie das mit Mehrheit einführen. Ich möchte diesen Entschließungsantrag hier verlesen, wenn Sie gestatten.

> Entschließungsantrag

der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Beibehaltung der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehaltes

Nachdem am vergangenen Sonntag der neue Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Professor Seidel — ebenso wie andere sozialistische Spitzenpolitiker zuvor —, neuerlich die steuerliche Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehaltes in Frage

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

6271

Graf

gestellt hat, stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu unterlassen, die zu einer Verschärfung der Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes führen.

Darüber hinaus wird der Bundesminister für Finanzen aufgefordert, jede weitere Verunsicherung der Bevölkerung in dieser Frage zu vermeiden.

Soweit der Antrag. Ich ersuche den Herrn Präsidenten höflichst, diesen Antrag der Behandlung zuzuführen.

Nun zum Schluß, meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei möchte Ihnen heute sagen und wird Sie mehrfach daraufhin ansprechen: Wenn Sie unter Zusammenarbeit verstehen, daß sie lebensnotwendige Bereiche jener Gruppen, die wir vertreten, mitbetrachten, wenn Ihre Einladung zur Zusammenarbeit nicht immer nach einer besonderen Phase der Demütigung durch die Mehrheitspartei erfolgt — und wir empfinden verschiedene Dinge als eine nicht hinnehmbare Demütigung —, dann werden Sie unsere Mitarbeit haben.

Sie, meine Herren in neuen Positionen, wir werden Sie wirklich sehr loyal, aber sehr kritisch an Ihren Taten messen. Wir sind sicherlich bereit, Ihnen jene Chance zu geben. Und Sie, Herr Bundeskanzler, werden wir daran erinnern, daß Ihr Klubobmann heute sagte, mit dem heutigen Tag und mit der Vorstellung neuer Herren werde eine neue Phase der Wirtschaftspolitik beginnen.

Wir haben begierig darauf gewartet, weil es nicht nur Österreicher gibt, die nicht verstehen konnten, daß trotz aller Wertigkeit des Problems dieses Problem geeignet war, sämtliche wirtschaftspolitischen Bewegungen in Österreich in Tatsache monatlang zu lähmen. Es geschah sonst gar nichts.

Und nun glaube ich, daß es Zeit ist, daß etwas geschieht. Wir möchten nur wissen, in welchem Sinne es geschieht. Geht es so weiter, wird die Belastung nicht gestoppt, wird man Lohn- und Einkommensteueranpassungen nicht machen, wird man Strukturpolitik nicht verwechseln mit tagespolitischen Maßnahmen? Wenn Sie das alles ausschließen, dann werden Sie sicherlich unsere wirtschaftspolitische konstruktive Mitarbeit finden.

Unseren schärfsten Widerstand aber, wenn Sie glauben, daß Sie uns mit der Vorstellung neuer Leute monatlang einlullen und das Alte weiterbetreiben können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Czettel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Czettel (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wenn in der ersten Phase dieser Diskussion der Eindruck entstanden ist, daß man nach Monaten der heftigen Auseinandersetzung um Personen doch irgendwie zu einer besseren Harmonie kommen könnte, dann zeigen die letzten Ausführungen des Herrn Abgeordneten Graf, daß das eben eine Illusion war.

Wenn Graf zum Schluß gesagt hat, daß die Regierung nicht in der Lage war, sich mit Sachproblemen zu beschäftigen, sondern daß sie von den personellen Problemen zugedeckt war, dann unterliegt er einem heftigen Irrtum, denn die Probleme wurden gelöst. Wenn man die Situation in Österreich, speziell die wirtschaftliche Situation in Österreich, betrachtet und vergleicht mit der Situation in vergleichbaren Staaten, dann sieht man, daß gleichgelagerte Probleme — wenn Sie wollen —, die Frage der Sicherung der Arbeitsplätze, die Frage der Stabilisierung der Werte und der Preise, die Frage der Strukturpolitik und — wenn Sie wollen — Fragen des Budgetdefizits, der Staatsschulden, auch in diesen Staaten vorhanden sind und viel schlechter gelöst sind als in Österreich. Das ist der Beweis dafür, daß die Bundesregierung die Situation auch in dieser sehr kritischen Zeit im Griff gehabt hat und daß sie in der Lage war, die Interessen der Österreicher in der schwierigen Entwicklung, die es weltweit gibt, auch ohne weiteres zu wahren. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wenn hier der Herr Parteiobmann Mock gesagt hat, man müßte wieder zu dem Konsens zurückkehren, den es früher einmal gegeben habe, und wenn das nicht geschehe, dann seien viele typisch österreichische Einrichtungen gefährdet, unter anderem auch die Sozialpartnerschaft, die so viel zu der guten Entwicklung in Österreich beigetragen habe, dann muß ich sagen: Strapazieren Sie bitte diese Einrichtung nicht über Gebühr!

In der Sozialpartnerschaft gibt es Gott sei Dank eine wesentlich andere Atmosphäre als etwa hier im Parlament oder in der österreichischen Öffentlichkeit. Dort können wir noch miteinander reden. Wir lösen die Probleme dort nicht immer in der besten Harmonie, aber doch mit dem Bemühen, eben miteinander zu reden und dem anderen eben nichts Unzumutbares auf den Tisch zu legen.

6272

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

i/b

Czettel

Das, meine Damen und Herren, ist eine Substanz, eine politische Substanz, die wir in Österreich haben, die wir auch brauchen, und ich würde Sie bitten, diese Substanz nicht zu gefährden, denn gerade in der kritischen Zeit ist eine solche Einrichtung notwendig und sie muß sich nach wie vor und weiterhin bewähren. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß, daß eine Regierungsumbildung Anlaß zur Diskussion über Personen gibt, aber sie soll auch Anlaß zur Diskussion über Sachgebiete geben.

Da Herr Abgeordneter Graf gemeint hat, er habe heute nichts von den großen Problemen gehört, möchte ich daran erinnern, daß in den letzten Monaten im Rahmen der Budgetdebatte über alle Probleme der österreichischen Wirtschaft, über alle Probleme der sozialen Entwicklung und der gesellschaftspolitischen Entwicklung diskutiert wurde und die Bundesregierung ihren Standpunkt in jedem dieser Bereiche hier klar definiert hat und daß sich an diesen Dingen nichts ändern wird.

Natürlich muß man heute sagen, daß die Probleme, die es vor Monaten gegeben hat und die im Rahmen der Budgetdebatte eben zur Diskussion standen, heute die gleichen sind, weil die weltweite Entwicklung nicht besser, sondern schlechter geworden ist.

Wenn es jetzt die Diskussion um die Arbeitsplatzsicherung gibt, dann kann ich von der Bundesregierung in der neuen Zusammensetzung nur erwarten, daß sie mit gleicher Intensität bemüht sein wird, in Österreich die Vollbeschäftigung und damit die Arbeitsplätze zu sichern.

Wenn ich als Vertreter einer Arbeitnehmerinteressenvertretung nicht hier rede, aber immerhin doch auch diese Interessen mit ins Spiel bringen kann, dann ist die erste Aufforderung an den neuen Herrn Finanzminister, die Politik zur Sicherung der Arbeitsplätze, wie sie in den vergangenen Jahren, eben seit 1970, betrieben wurde, weiterzubetreiben und damit die Arbeitsplätze zu sichern, und wenn er das tut, wird er die volle Unterstützung auch der Arbeitnehmerinteressenvertretungen haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber es soll nicht übersehen werden, daß der ausgeschiedene Finanzminister, so wie es der Herr Bundeskanzler gesagt hat, an der positiven Entwicklung der letzten zehn Jahre seinen großen Anteil gehabt hat.

Wenn es von 1970 bis 1980 möglich war, die Vollbeschäftigung nicht nur zu sichern, sondern zusätzlich mehr als 400 000 Arbeitsplätze zu schaffen, wenn es möglich war, zu verhindern, daß die immer wieder zitierte und ange-

drohte Jugendarbeitslosigkeit kommt, wenn es in den ersten siebziger Jahren, etwa bis 1975, möglich war, die österreichische Wirtschaft erheblich zu modernisieren, wenn es möglich war, die Reputation Österreichs und die Kreditwürdigkeit Österreichs in der Welt wesentlich zu steigern, und wenn es ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, einen großen Zuwachs an dieser sozialen Sicherheit in diesen zehn Jahren gegeben hat, dann ist das natürlich die Zielsetzung der Bundesregierung gewesen, und alle Minister haben das Ihre dazu beigetragen. Aber heute muß hier gesagt werden, daß der aus dem Amt geschiedene Finanzminister Dr. Androsch erheblich dazu beigetragen und mit seiner Finanzpolitik, die er immer wieder mit voller Vehemenz vertreten hat, die finanziellen Grundlagen für diese positive Entwicklung geschaffen hat. (Beifall bei der SPÖ.) Für dieses Engagement und für den Erfolg dieser Arbeit muß ihm auch hier — der Herr Bundeskanzler hat das gesagt und getan — Dank und Anerkennung gesagt werden.

Meine Damen und Herren! Wenn wir nun die neuen Mitglieder der Bundesregierung betrachten, dann kann ich auch meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Herr Minister Sinowatz nun Vizekanzler ist.

Aber natürlich sind die anderen Mitglieder der Bundesregierung ein bißchen interessanter, deswegen, weil Sinowatz, ein bewährter Minister, ein bewährter Funktionär in dieser Bundesregierung, ja über viele Jahre bewiesen hat, wie sehr er engagiert ist und wie sehr leistungsfähig er ist.

Unser neuer Finanzminister kommt natürlich in diese Funktion in einer Zeit, die kritisch ist, und er hat all die großen Probleme nun mitzulösen, die es da gibt. Im Laufe der heutigen Diskussion sind ja all diese Probleme von den Oppositionssprechern mit skizziert worden.

Im Vordergrund standen auch jetzt beim Debattenbeitrag des Herrn Abgeordneten Graf die Steuerpolitik und eine Äußerung des nunmehrigen Herrn Staatssekretärs Professor Seidel. Eine Äußerung, die in der Öffentlichkeit Unmut erregt hat, die auch mißverstanden wurde, und ich traue mir das zu sagen, weil ich Herrn Professor Seidel aus einer anderen Funktion seit langer Zeit kenne und ebenso seine Meinungen in dieser Frage ganz genau kenne.

Aber ich möchte, damit es keine Mißverständnisse gibt, hier klar und deutlich sagen, daß die sozialistischen Gewerkschafter feststellen, daß es in diesem Steuersystem unter den Voraussetzungen, die es jetzt gibt, zu keiner Änderung in der Besteuerung der Sonderzahlungen kommen kann, ganz einfach deswegen,

Czettel

weil, worüber schon sehr oft diskutiert wurde, die Steuerleistungen der Arbeitnehmer, die die wichtigsten Steuerleistungen, die verlässlichsten Steuerleistungen in Österreich sind, von den Arbeitnehmern selbst nicht gesteuert werden können; sie können sich nicht so wie die Unternehmer Steuerfreiheiten verschaffen, hier ist das Recht sehr eindeutig, und die wenigen Privilegien, die es da gibt, müssen erhalten bleiben, und hier kann nicht gerüttelt werden. Ich möchte das dem Herrn Staatssekretär mit aller Deutlichkeit sagen und feststellen, daß wir natürlich bereit sind, über ein neues umfassend verändertes Steuersystem zu diskutieren, und auch bereit sind, dann über die einzelnen Privilegien, die jede Gruppe hat, zu reden, daß wir aber nicht bereit sind, unter diesen Voraussetzungen jetzt von diesem Recht hier abzurücken.

Über ein neues Steuersystem, das mehr Steuergerechtigkeit bringt, das die soziale Symmetrie in der Steuerpolitik wiederherstellt, kann diskutiert werden, wir sind bereit, darüber zu reden. Aber zurzeit gibt es für uns hier keinen Diskussionsstoff.

Meine Damen und Herren! Ich habe wiederholt gesagt — das ist die allgemeine Auffassung auch dieses Hauses —, daß wir uns in einer kritischen Situation befinden und daß es sicher sehr schwierig sein wird, all die Probleme, die hier anstehen, zu lösen. Aber ich möchte die Bitte — ich wiederhole mich jetzt — dem neuen Herrn Finanzminister mit auf den Weg geben, zu beachten, daß unsere Forderung Nummer 1, das ist die Sicherung der Arbeitsplätze und die Sicherung der Vollbeschäftigung, die Forderung Nummer 1 bleibt. Wir hoffen, daß auch in der zukünftigen Politik der Bundesregierung diese Forderung in Vordergrund steht und daß dieses Anliegen die Grundlage der Wirtschaftspolitik sein muß.

Ferner: Die Frage der Stabilisierung der Werte und Preise ist eine wichtige Frage.

Die Fragen der Strukturpolitik müssen gelöst werden.

Die Probleme der Zahlungsbilanz und die Probleme des Budgetdefizits stehen nach wie vor im Mittelpunkt unserer Diskussion.

Natürlich hat für uns Gewerkschafter die Frage der Steuerreform 1982 eine besondere Dimension. Wir werden bereits in den nächsten Monaten in Gespräche eintreten, um zu dem Termin, den wir seit langer Zeit besprochen und auch in der Öffentlichkeit vertreten haben, mit 1. 1. 1982, eben zu einer Steuerreform zu kommen, von der wir uns erwarten, daß sie, wie gesagt, mehr Steuergerechtigkeit bringt, daß sie die soziale Symmetrie der Steuerpolitik wiederherstellt, jene Symmetrie, die in den

letzten Jahren eben verlorengegangen ist. Wir sind eben bereit, diese Gespräche zu führen.

Meine Damen und Herren! Ein neuer Gesundheitsminister ist nun in dieser Regierung. Wir alle kennen Dr. Kurt Steyrer sehr gut, und wenn wir Gewerkschafter besonders erfreut sind, daß er in die Bundesregierung aufgenommen wurde, dann deswegen, weil er sich seit langer Zeit mit Arbeitsmedizin beschäftigt, weil er einer ist, der viele Jahre lang, Jahrzehnte lang, als Betriebsarzt, als Mediziner direkt im Betrieb beschäftigt war und die Arbeit und alle ihre Belastungen kennt und weil wir gerade für diese Zeit — Sie kennen ja auch die Forderungen des Gewerkschaftsbundes und die Programme des Bundeskongresses des Gewerkschaftsbundes — uns vorgenommen haben, Fortschritte im Bereich der Arbeitsmedizin zu machen, weil wir glauben, daß die medizinische Betreuung der Arbeitnehmer in den Betrieben eine wichtige Sache ist. (Abg. Dr. Wiesinger: Es ist eh schon höchste Zeit!)

Herr Dr. Wiesinger! Sie haben sich um diese Dinge erst in den letzten Jahren gekümmert, Sie hätten das schon viel früher tun können. Ich möchte nicht sagen, daß Sie vielleicht berufen gewesen wären, weil Sie auch Einrichtungen dazu haben. Sie haben das nicht getan. Jetzt ist es politisch opportun, jetzt reden Sie darüber.

Wir haben das schon seit Jahren verlangt, auch schon in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung, und es war nicht möglich, hier weiterzukommen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Wiesinger) Seit 15 oder 20 Jahren, Herr Primar, reden wir über die Probleme der Arbeitsmedizin. Immer wieder war der große Widerstand (Abg. Dr. Wiesinger: Zehn Jahre haben Sie Zeit gehabt!) von Ihrer Seite, von der Unternehmerseite da, weil es ja Kosten verursacht.

Aber jetzt sind wir auf dem Weg, dieses Problem zu lösen. Die neuen Arbeitsschutzbestimmungen werden die Grundlage dafür sichern, und der neue Sozialminister hat ja auch seine Bereitschaft erklärt, in den nächsten Jahren große Schritte zu machen.

Ich möchte auch hier sagen, es wird im Bereich der Sozialpartnerschaft zu diskutieren sein und mit den Arbeitnehmern zu vereinbaren sein, bevor es zu diesem Gesetz kommt, weil wir eine wirkungsvolle Maßnahme treffen wollen. Nicht eine Maßnahme, die auf dem Papier steht, sondern eine Maßnahme, die auch ihre Wirkung auf den Arbeitnehmer speziell hat.

Gerade jetzt reden wir über die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Schwerstarbeiter. Wir werden auch in diesem Bereich in den

6274

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Czettel

nächsten Monaten zu gesetzlichen Bestimmungen kommen müssen. Hier spielt die Arbeitsmedizin stark hinein, und deswegen bin ich sehr froh darüber, daß Dr. Kurt Steyrer nun in diesem Ressort als absoluter Fachmann in einem großen und engen Konsens mit uns die gesetzlichen Grundlagen schaffen wird und das zu echten zusätzlichen sozialen Leistungen führen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

So gesehen, meine Damen und Herren, ist die Chance vorhanden, daß wir nun alle miteinander zu einer sachlichen Diskussion über Sachfragen kommen können. Aber es geht nicht so, daß man unbedingt die österreichische Situation und die österreichische Entwicklung als negative Entwicklung darstellt, weil es politisch in den Kram paßt, darauf verzichtet, internationale Vergleiche anzustellen, die Regierungspartei beschuldigt, sich nicht um die Sachfragen zu kümmern, selbst die Atmosphäre vergiftet und dann zu bedauern, daß man mit niemandem reden kann. Die Zeit ist kritisch genug, daß wir in einer guten Atmosphäre versuchen müssen, die Probleme zu lösen. Daß wir alle bereit sind, hier mitzutun, das liegt auf der Hand, aber da muß die Bereitwilligkeit auf allen Seiten vorhanden sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! So gesehen ist die Umbildung der Bundesregierung nicht nur eine formelle Sache, sondern sie gibt die Chance, daß wir zu Beginn der achtziger Jahre jetzt auch in der Lage sind, die Probleme der achtziger Jahre, die wir erkannt haben, zu lösen. In diesem Sinne begrüßen wir und begrüße ich die Umbildung der Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Thalhammer (der die Verhandlungsleitung übernommen hat): Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Minkowitsch. Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter Mag. Minkowitsch (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Da ich das einzige Mitglied des Hohen Hauses bin, das in den fraglichen Morgenstunden des 21. August im Kanzleramt als erstes Kabinettsmitglied, als Staatssekretär im Bundesministerium für Inneres anwesend war, muß ich dem Eindruck widersprechen und gehe von der Annahme aus, daß der Herr Bundeskanzler diese Details gar nicht wissen kann, der durch die Äußerung entstehen könnte, daß Bundeskanzler Klaus sich damals nicht bemüht hätte, sofort Verbindung mit den damaligen Oppositionsparteien und sofort auch Verbindung mit den Parteiführern aufzunehmen.

Ich sehe mich im besonderen Ausmaße legitimiert, es zu sagen, weil ich, gerade ich, derjenige war, der den Bundeskanzler sofort nach

meinem Eintreffen — etwa 5 Uhr früh — gefragt hat, ob es ihm schon möglich gewesen wäre, Kontakte mit den Parteiführern aufzunehmen. Denn man muß sich ja vorstellen, es war August, die Sekretariate waren ja alle nicht besetzt.

Es ist uns nicht gelungen, einen Kontakt herzustellen, es war — ich sage das hier — mit mein Verdienst, daß wir sofort zum Flughafen Schwechat telefoniert haben, weil wir erfahren haben, daß der Herr Abgeordnete Czettel, der damals meines Wissens Klubobmann war, und der Kollege Probst, die damals hätten nach Dänemark fliegen sollen, noch am Flughafen waren. Sie wurden gebeten, sofort ins Kanzleramt zu kommen.

Von der Freiheitlichen Partei ist damals Zeilinger sofort in das Kanzleramt gebeten worden, und dann wurde eine Art Landesverteidigungsrat mit allen verfügbaren demokratischen Kräften einberufen einschließlich des nachmaligen Verteidigungsministers Freihsler, der uns sehr besorgnisregende Einzelheiten mitgeteilt hat. Es war das Bestreben, in einer ernsten Stunde vernünftige, schwere Beschlüsse gemeinsam zu fassen. Es war damals nicht möglich, den Kontakt mit dem jetzigen Herrn Bundeskanzler sofort herzustellen, weil er nach meiner Information damals nicht in Österreich gewesen ist.

Ich sehe mich aus Loyalität auch dem damaligen Bundeskanzler Dr. Klaus gegenüber verpflichtet, hier festzustellen, daß das Bemühen ernsthaft vorhanden war. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Bitte, Herr Bundeskanzler.

Bundeskanzler Dr. Kreisky: Hohes Haus! Herr Präsident! Ich verstehe eigentlich nicht, was der Herr Abgeordnete Minkowitsch hier feststellen will.

Ich habe nicht bestritten, daß ich nach meiner Rückkehr, die innerhalb weniger Stunden ohne jegliche Transporthilfe seitens der Bundesregierung, sondern auf Grund des Entgegenkommens gewisser jugoslawischer Stellen erfolgt ist — von all dem rede ich aber nicht —, zu einem Gespräch gerufen worden bin, das in seinem Inhalt unsubstantiell war.

Und jetzt möchte ich Ihnen etwas sagen: Ein so wichtiges Detail etwa, wie es die „Kleine Zeitung“ zwei Tage später veröffentlicht hat, wonach im Rahmen oder im Schoße der Bundesregierung Überlegungen angestellt wurden, die Tätigkeit der Bundesregierung oder einzelner Stellen nach Aussee zu verlegen, ein so wichtiger Umstand ist nie mit uns besprochen

Bundeskanzler Dr. Kreisky

worden, sodaß ich nicht einmal weiß, ob es tatsächlich diese Diskussion gegeben hat. Die Zeitung hat es mitgeteilt.

Das Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler Dr. Klaus war so unsubstantiell, daß ich einige Tage später bei einer großen Konferenz der Wiener SPÖ sogar die Feststellung getroffen habe, daß nichts in diesem Gespräch behandelt wurde, was etwa die Mitwirkung der Sozialistischen Partei bei irgendwelchen Maßnahmen verlangt hätte.

Das ist das, was ich behauptet habe, nur um festzustellen, nicht daß es Gespräche gegeben hätte, sondern um festzustellen, daß es niemals in den vier Jahren echte Konsensbereitschaft auf Seiten der ÖVP-Regierung gegeben hat. Was das betrifft, kann ich mich auf zahlreiche Beispiele berufen. Das ist eine Feststellung, die halt leider nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Es hat diese Zusammenkunft gegeben zum frühestmöglichen Zeitpunkt und dann überdies im Landesverteidigungsrat eine längere Aussprache, die sich durch eine totale Überschätzung und Falscheinschätzung der Situation ausgezeichnet hat. Aber das zu berichten, habe ich hier nicht das Recht. Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe: Es hat keine besondere Neigung, den Konsens herbeizuführen, in den vier Jahren der ÖVP-Regierung gegeben. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Bergmann: Das ist eine eigenartige Geschichtsbetrachtung!*)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist Herr Dkfm. Bauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dkfm. Bauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Ich kann natürlich zu den historischen Reminiszenzen des Herrn Bundeskanzlers beziehungsweise des Herrn Präsidenten Minkowitsch nichts beitragen.

Ich kann mich allerdings mit den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Graf ein bißchen auseinandersetzen, soweit sie die Ausführungen meines Bundesparteiobmannes Dr. Steger betroffen haben bezüglich seiner Hinweise auf den Artikel in der „Wochenpresse“.

Herr Kollege Graf, es ist richtig, daß Bundesparteiobmann Dr. Steger hier ausdrücklich festgestellt hat, das sei damit eine Zeitung der Österreichischen Volkspartei. Ich stehe nicht an, hier festzustellen, daß ich, im Zivilberuf selbst Journalist, hier vielleicht formuliert hätte: Mit einer derartigen Schreibweise oder wenn sich diese Linie in dieser Zeitung fortsetzt, dann wird sie unweigerlich zur Parteizeitung der Österreichischen Volkspartei. (*Abg. Bergmann: Ich habe immer geglaubt, das*

sind Eigentumsfragen!

Ich komme schon noch darauf, Sie haben mir das Stichwort geliefert, Herr Kollege Bergmann.

Herr Abgeordneter Graf, ich halte Sie für einen wohlinformierten Politiker. Ich nehme daher auch an, daß Sie wissen, in welchem Männerbund der Verfasser dieses Artikels tätig ist, und daß dieser Männerbund dem Vernehmen nach der Österreichischen Volkspartei an sich nicht fernsteht. (*Abg. Graf: Ich gehöre dem Bund nicht an, daher überschätzen Sie meine Informationen!*) Was noch keine Rückschlüsse darauf zuläßt, daß man dann automatisch im Sinne der Österreichischen Volkspartei schreiben muß.

Und jetzt zu den Eigentumsverhältnissen, die Herr Kollege Bergmann glaubte, relevieren zu müssen.

Herr Kollege Graf! Ich halte Sie darüber hinaus auch für einen wohlinformierten Repräsentanten der Bundeswirtschaftskammer, und ich nehme daher an, Sie wissen, in wessen Eigentum die zur Diskussion stehende „Wochenpresse“ steht. Sie werden mir nicht abstreiten, daß hier über die Bundeswirtschaftskammer zumindest ein gewisses Naheverhältnis indirekter Art bestehen könnte.

Da der Verfasser des Artikels, um den es hier geht, nicht das erstmal in dieser Art und Weise über die Freiheitliche Partei und Ihre Repräsentanten geschrieben hat, liegt der Verdacht nahe, daß dieser, zumindest dieser eine Journalist in der „Wochenpresse“ — ich unterstreiche: dieser eine Journalist — parteipolitisch gefärbte Artikel zum besten gibt.

Ich weiß darüber hinaus, daß es in der Redaktion der „Wochenpresse“ darüber Diskussionen gibt, ob das richtig ist, ob man so vorgehen soll. Ich unterstreiche daher, daß es richtig ist, wenn man feststellt: Sollte sich diese Linie weiter fortsetzen, dann würde die „Wochenpresse“ eindeutig zu einem Organ der Österreichischen Volkspartei werden. (*Abg. Wille: Ist das schlecht, fragt der Herr Graf! — Abg. Graf: Ich habe überhaupt nichts gesagt!*) Er hat nichts gesagt.

Ich möchte es damit für meine Seite sein Bewenden haben lassen und mich eingangs auch noch mit einigen wenigen Sätzen mit den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers auseinandersetzen, was seinen von ihm heute relevanten Wirtschaftspessimismus betrifft.

Herr Bundeskanzler! Ich spreche Ihnen natürlich die diesbezügliche Erfahrung in keiner Weise ab. Ich erlaube mir nur anzumerken, daß so ein immer wieder vorgetragener Wirtschaftspessimismus natürlich auch System sein kann.

6276

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dkfm. Bauer

Entwickeln sich die Dinge wirklich so düster, wie Sie es feststellen, dann werden Sie sich hinstellen und werden sagen: Sehen Sie, auf Grund meiner großen Erfahrung habe ich recht gehabt. Entwickeln Sie sich weniger schlecht, dann werden Sie sich vor die Bevölkerung hinstellen und sagen: Sehen Sie, meine lieben Landsleute, kraft unserer Bemühungen und der Bemühungen der österreichischen Bundesregierung konnten wir das meiste verhindern, haben wir das Übel gemeistert.

Das meine ich damit, wenn ich sage, dieser Wirtschaftspessimismus, wie er von Ihnen immer wieder zum besten gegeben wird, hat System.

Ich erlaube mir allerdings in dem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, daß dabei eine Gefahr besteht. Man kann nämlich auch etwas krankjammern. Und gerade in der Wirtschaft kommt es sehr stark auch auf die politische Atmosphäre, auf die Erwartung der Wirtschaftstreibenden an, was denn die Zukunft bringen könnte. Die Wirtschaft ist ja sehr sensibel, und es könnte sein, daß Sie hier aus den dargelegten Gründen einem System huldigen um den Preis, daß Sie damit die Wirtschaft erst recht krankjammern.

Ich glaube daher, man sollte hier eher illusionslos, aber guten Mutes in die Zukunft sehen und in der Wirtschaft nicht von vornherein allzu düster schwarzmalen wollen.

Mit dem Stichwort Illusion ist mir auch der Übergang zu meinen eigentlichen Ausführungen möglich.

Ich habe gelesen, daß der neue Finanzminister einem Arbeitsstil ohne Illusionen huldigt. Ich glaube, das ist gut und richtig so, denn Illusionen, Herr Finanzminister, über die Erbschaft, die Ihnen Ihr Vorgänger hinterlassen hat, sollen Sie sich nicht hingeben.

Ich habe diese Ihre Feststellung als gegebene Tatsache hingenommen bis heute früh, diese Ihre Selbsteinschätzung, daß Sie einem Arbeitsstil ohne Illusionen anhängen. Bis heute in der Früh deswegen, weil ich da die „Arbeiter-Zeitung“ gelesen habe, in der Sie in einem sehr ausführlichen Interview unter anderem darauf hinweisen und meinen, Sie würden keinesfalls nur so etwas wie der Oberbuchhalter der Nation, der Republik sein, denn so einen Finanzminister soll und braucht es nicht zu geben.

Wenn ich mir allerdings das vergegenwärtige, was der Herr Bundeskanzler an Abmagerungskuren mit Ihrem Ministerium bis vor nicht allzulanger Zeit vorhatte, besteht die Gefahr, daß Sie wirklich nur der Oberbuchhalter der Republik sein werden, wenn Sie sich nicht sehr kräftig auf die Füße stellen.

Ich darf Ihnen darüber hinaus in Erinnerung rufen, daß der Herr Bundeskanzler ja angekündigt hat, daß er sich nunmehr selbst verstärkt um die Wirtschaftspolitik kümmern, sich ihrer annehmen wird.

Er hat, wie Sie ja wissen, eine Wirtschaftskommission ins Leben gerufen, in der er selber und der Präsident des Gewerkschaftsbundes Benya, Arbeiterkammerrepräsentanten und Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes den Hauptpart übernehmen sollen.

Also wie gesagt, bitte keine allzu großen Illusionen, was Ihren Stellenwert und Ihr Gewicht in der Bundesregierung als Wirtschaftsminister betrifft.

Es tut mir leid, sehr geehrter Herr Dr. Salcher, daß ich Sie auch bezüglich Ihres Ihnen wohl in jedem Fall verbleibenden Arbeitsbereiches, der Finanz- und Budgetpolitik, nicht mit allzu freundlichen und aufmunternden Worten begrüßen kann, denn auch in diesem Bereich ist das Erbe, das Ihnen Ihr Vorgänger hinterlassen hat, alles andere als erfreulich. Sie sind Jurist und wissen daher genau, was ich meine, wenn ich sage: Es besteht besonders hier die Gefahr, daß es zu einem Nachlaßkonkurs kommen könnte. Sie wissen ja, daß der Staatshaushalt, den Ihnen Dr. Androsch hinterläßt, alles andere denn konsolidiert ist und entgegen den diesbezüglichen Sonntagsreden in keiner Weise für die wirtschaftspolitischen Probleme der achtziger Jahre gerüstet ist.

Sie wissen, Herr Dr. Salcher, daß Ihr Vorgänger Budgetdefizit auf Budgetdefizit gehäuft hat, und zwar unbeschadet der jeweiligen konjunkturpolitischen Phase, den jeweils gegebenen konjunkturpolitischen Voraussetzungen. Sie wissen, daß diese sozialistische Bundesregierung mit einem Defizit von 9,8 Milliarden begonnen hat und daß es im Jahre 1981 laut Voranschlag 49,7 Milliarden betragen wird. Sie wissen, so nehme ich an, Herr Dr. Salcher, daß die Staatsverschuldung im laufenden Jahr laut der Budgetvorschau des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen 296,5 Milliarden Schilling betragen wird. Sie wissen zum vierten, so nehme ich an, Herr Dr. Salcher, daß mehr als 90 Prozent der Kreditaufnahmen des laufenden Jahres für die Rückzahlung von Krediten vergangener Jahre aufgewendet werden muß. Sie wissen natürlich, daß davon keinerlei konjunkturpolitische Belebungen ausgehen können, die aber gerade angesichts der — vom Herrn Bundeskanzler heute wiederum erwähnten — sich anbahnen Rezession notwendig wären. Sie wissen, daß wir im Jahre 1981 mit einem Nullwachstum, wie das so schön heißt, beziehungsweise mit einem Rückgang des Bruttonational-

Dkfm. Bauer

produktes um 0,3 Prozent zu rechnen haben und daß daher angesichts dieses Umstandes sehr wohl entsprechende konjunkturbelebende Maßnahmen notwendig sind, die ihren Ausgang vom Budget nehmen müßten, was aber auf Grund des erwähnten Defizites ja wohl nicht in wünschenswertem Umfang möglich sein wird.

Sie wissen schließlich und endlich, sehr geehrter Herr Finanzminister, daß das Handelsbilanzdefizit im vergangenen Jahr sprunghaft um mehr als 40 Prozent gestiegen ist und daß auf der anderen Seite die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr immer weniger unser Zahlungsbilanzdefizit zu decken imstande sind.

Ich darf mich damit und unter diesen Voraussetzungen mit einer Aussage auseinandersetzen, die Sie laut „Arbeiter-Zeitung“ gemacht haben. Sie haben ausgeführt — ich zitiere —:

„Oberstes Ziel werde es weiterhin sein, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Dann gelte es, die Zahlungsbilanz zu verbessern, das Budgetdefizit zu senken und sich mit den steigenden Energiepreisen auseinanderzusetzen.“

Ich stimme diesen Ihren Ausführungen vollinhaltlich zu. Ich habe auch Ihre sonstigen Erklärungen, die Sie seit Ihrer Berufung zum Finanzminister gemacht haben, sehr genau verfolgt. Ich habe allerdings nirgends gehört oder gelesen, wie Sie diese von Ihnen angeführten Ziele, die wir unterstreichen und für richtig halten, verwirklichen wollen. Ich habe auch volles Verständnis dafür, wenn Sie das nicht gleich sozusagen in den ersten paar Tagen Ihres Amtes gesagt haben, wenn Sie sich zuerst einmal ein wenig in Ihrem neuen Aufgabenbereich umsehen möchten, sich erst ein wenig einarbeiten wollen.

Ich stimme sogar dem zu, was Sie heute in dem von mir bereits erwähnten Interview in der „Arbeiter-Zeitung“ gesagt haben, als Sie ausführten: „Ich beteilige mich an öffentlichen Diskussionen solange nicht, solange die Untergruppe Steuern der Wirtschaftskommission arbeitet.“

Ich stimme dem zu, was Sie zum zweiten gesagt haben: „Politische Verantwortung trägt man nicht dadurch am besten, daß man vorzeitige Äußerungen von sich gibt.“

Ich stimme Ihnen drittens zu, wenn Sie in diesem Interview ausgeführt haben: „Ich werde über die Währung öffentlich nicht reden, denn sonst kommt sie ins Gerede.“ Auch das ist richtig, auch das unterstreiche ich vollinhaltlich.

Allerdings, Herr Finanzminister, sollten Sie das vielleicht auch dem Herrn Bundeskanzler bei Gelegenheit sagen, dessen währungspoliti-

sche Plaudereien über Nacht einen Devisenabfluß von 2,8 Milliarden Schilling verursacht haben. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Das ist längst zurück!*)

Herr Bundeskanzler! Ich habe diesen Einwurf erwartet und habe mir daher die „Arbeiter-Zeitung“ mitgenommen, in der Ihre diesbezüglichen Ausführungen unter Anführungszeichen wiedergegeben werden. Ich weiß schon, daß man immer wieder mißverständlich interpretiert werden kann. Allerdings haben Sie dann auch Ihre Freunde, Ihre Parteigenossen in der „Arbeiter-Zeitung“, so wie alle anderen Journalisten, mißverstanden. (*Bundeskanzler Dr. Kreisky: Nein!*) Es liegt daher der Umkehrschluß nahe, daß Sie sich vielleicht mißverständlich ausgedrückt haben.

Laut „Arbeiter-Zeitung“ haben Sie jedenfalls damals gesagt — der Bericht ist vom 20. 12., Sie werden diese Äußerungen daher am 19. oder am 18. gemacht haben —:

„Er sei nicht für die Aufweichung der Hartwährungspolitik, könne sich aber vorstellen, daß ein leichtes Abschleifen am Rande nützlich wäre.“

Herr Bundeskanzler! Gerade Sie mit Ihrer großen Erfahrung müßten wissen, daß solche Äußerungen besonders in diesem sensiblen Bereich der Währungspolitik schon geeignet sind, das zu provozieren, was dann auch tatsächlich eingetreten ist, nämlich zu Devisenabflüssen in diesem Ausmaß zu führen.

Herr Finanzminister! Aber viel mehr noch als dem Herrn Bundeskanzler sollten Sie diese Ihre Sätze Ihrem neuen Staatssekretarius einbläuen, wenn ich das so sagen darf, denn der weiß im Gegensatz zu Ihnen offensichtlich schon alles ganz genau. Der hat das schon ganz genau gewußt, bevor er überhaupt noch Staatssekretär gewesen ist, und hat sich mit wirtschaftlichen Aussagen im Fernsehen produziert.

Ihr Staatssekretär weiß — offensichtlich im Gegensatz zu Ihnen, Herr Finanzminister — schon ganz genau, daß das Budget umgebaut werden muß. Ich weiß nicht, ob Sie es auch schon wissen, daß es umgebaut werden muß, vor allem ob Sie wissen, wie und in welcher Richtung es umgebaut werden muß.

Der Herr Dkfm. Seidel weiß auch schon ganz genau, daß die Freigabe des Konjunkturausgleichsbudgets bis auf weiteres nicht in Frage kommt. Er steht damit bis zu einem gewissen Grad im Widerspruch zum Finanzminister, der laut einem „profil“-Interview gemeint hat, daß man dieses Konjunkturausgleichsbudget sehr bald aktivieren wird müssen.

Der Herr Professor kann sich auch, wie jetzt

6278

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dkfm. Bauer

bereits mehrfach erwähnt, die volle Besteuerung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes vorstellen. Ich frage Sie, sehr geehrter Herr Finanzminister: Können Sie sich das auch vorstellen? Ihre oberösterreichischen Genossen jedenfalls können sich das offensichtlich nicht vorstellen, habe ich einer diesbezüglichen Aussendung des oberösterreichischen Landesparteiobmannes und Landeshauptmann-Stellvertreters Hartl entnommen.

Ihrem Staatssekretarius, Herr Dr. Salcher, scheinen auch die Möglichkeiten der direkten Besteuerung noch nicht ausreichend ausgeschöpft zu sein, und er spricht sich vorsichtig, aber doch — ganz wie der Herr Bundeskanzler übrigens — für eine Sparbuchbesteuerung aus.

Ich muß daher an Sie die Frage richten, nachdem diese Diskussion in der Öffentlichkeit und von Ihrem Staatssekretär geführt wird, ob Sie das auch schon alles wissen und ob Sie sich damit einverstanden erklären. Und ich frage Sie ganz gezielt und insbesondere, welche Steuern und Abgaben Sie im Lichte der Erklärung Ihres Staatssekretärs, daß die Möglichkeiten der direkten Besteuerung noch nicht hinreichend ausgeschöpft sind, in absehbarer Zeit zu erhöhen beabsichtigen.

Ich muß Sie das fragen, Herr Finanzminister, zumal in dem jetzt zum dritten Mal erwähnten Interview in der „Arbeiter-Zeitung“ von heute schon ansatzweise auch bei Ihnen erkennbar wird, wohin die Reise unter dem neuen Finanzminister gehen soll.

Bemerkenswert war für mich in diesem Zusammenhang Ihre Antwort auf die Frage nach einer allfälligen Erhöhung des Spitzesteuersatzes. Der Herr Finanzminister hat darauf laut „Arbeiter-Zeitung“ wörtlich geantwortet: Fiskalisch wird das nichts bringen, das ist ganz klar, aber in der Diskussion wird unter Umständen ein Kompromiß herauskommen.

Ja, bitte sehr, Herr Finanzminister und meine Damen und Herren von der sozialistischen Bundesregierung, was heißt denn das? Fiskalisch wird es zwar nichts bringen, aber durch die Diskussion, die es innerhalb unserer Partei, innerhalb der Bundesregierung über diese Frage gibt, wird es unter Umständen einen Kompromiß geben. Was heißt das?

Sie wissen zwar, daß es nichts bringt, Sie wollen aber aus rein ideologischen Überlegungen heraus — man könnte auch sagen, aus klassenkämpferischen Überlegungen heraus — eine steuerliche Maßnahme setzen, die nichts bringt außer dem Beifall Ihrer Parteilinken, weil man die Besserverdienenden erleichtern kann, weil man den Besserverdienenden eins auswischen kann.

Und jetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite dieses Hauses, erst jetzt gewinnen auch die Äußerungen Ihrer Jusos einiges an Bedeutung. Der Chef der jungen Sozialisten Edlinger hat in einem Presseinterview unter anderem vom 14. 1. — es ist nicht sehr lange her — erklärt, für uns ist Androsch das Symbol einer Clique, die sich nicht nach den Prinzipien der Partei orientiert hat und orientiert.

Jetzt wittert man offensichtlich eine Chance, daß man sich wieder mehr nach den Prinzipien Ihrer Partei so, wie sie die Jusos sehen, orientiert, und der Herr Edlinger läßt erfreulicherweise ja auch die Katze gleich aus dem Sack, wohin die Reise gehen soll.

Er sagt: Es ist nun an der Zeit — also offensichtlich unter dem neuen Finanzminister —, es ist nun an der Zeit, die Einkommenspolitik und Umverteilungsfragen wieder aufs Tapet zu bringen, die jahrelang auf taube Ohren gestoßen sind.

Und ich fahre fort in der Zitierung: Bei der Steuerreform muß besonders die Einkommensteuer überdacht werden. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, paßt interessanterweise nahtlos zu dem, was auch der Herr Finanzminister Salcher in dem heutigen „AZ“-Artikel dazu gesagt hat.

Er sagt — und ich zitiere wieder —: Ich sage gerne, daß ich schon im besonderen auf die Arbeitnehmerinteressen Rücksicht zu nehmen beabsichtige, und zwar sagt er das im Zusammenhang mit der geplanten Einkommensteuerreform. Das ist soweit gut und klingt sicher auch populär, denn mehr als 80 Prozent der österreichischen Erwerbstätigen sind eben einmal Arbeitnehmer.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Finanzminister, was bedeutet denn das auf der anderen Seite? Was bedeutet denn das, wenn man das dann von der anderen Seite her betrachtet? Das heißt, wenn man besonders auf die eine Art der Einkommensbezieher Rücksicht nehmen will, daß man die anderen weniger berücksichtigt. Das heißt weiter, daß man also letztlich zwei Arten von Einkommensbeziehern schaffen will. Auf der einen Seite die Bezieher von Einkommen aus unselbständiger Arbeit und auf der anderen Seite die Einkommensbezieher aus selbständiger Arbeit, selbständig Erwerbstätige.

Ich bitte, mir das einmal zu erklären, aus welchen sachlichen Gründen man zu solchen Überlegungen kommt, — wenn man einmal von klassenkämpferischen Überlegungen Abstand nehmen will, die ich Ihnen fürs erste gar nicht unterstellen will, aber die Tendenz ist

Dkfm. Bauer

deutlich zu erkennen. Herr Kollege Wille, daß es Ihnen gefällt, könnte ich mir vorstellen, wenn ich Ihre Interviews lese. Aber das ist ja Ihr Kaffee, nicht meiner.

Herr Kollege Wille, erklären Sie mir einmal, welchen Unterschied es ausmacht, ob man im Monat, nehmen wir an, 15 000 S als Angestellter, als Arbeiter oder als gewerbetreibender Tischler, als gewerbetreibender Installateur oder als Bauer verdient. Erklären Sie mir einmal das, worin fiskalisch der Unterschied besteht? (Abg. Wille: Es sollen die Gestaltungsfreiheit oder die Gestaltungsmöglichkeiten in einem beschränkten Umfang ...) Ja, die müssen Sie mir einmal genauer erklären, worin die besteht, diese angebliche Gestaltungsfreiheit. Das müssen Sie mir hier vom Pult aus ganz genau nachweisen. Die besteht ja nur in Ihrer Phantasie.

Nach freiheitlicher Ansicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann die unterschiedliche fiskalische Behandlung einer Einkunftsart ja doch nur bei der Höhe des Einkommens ansetzen und nicht etwa aus welchem Titel dieses Einkommen — nehmen wir die 15 000 S noch einmal her — erworben worden ist.

Sollte das, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß Sie zwei Gruppen, zwei Klassen von Einkommensbeziehern schaffen wollen, sollte das die Art Ihrer von sozialistischen Grundsätzen ausgehenden Steuergerechtigkeit sein, von denen der Herr Finanzminister gesprochen hat und auch mein Vorredner Czettel, dann kann ich Ihnen nur den härtesten Widerstand der freiheitlichen Fraktion zu diesem Ihrem Vorhaben ankündigen. (Beifall bei der FPÖ.)

Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite des Hauses und von der Bundesregierung, der in der Verfassung verankerte Gleichheitsgrundsatz muß unserer Ansicht nach natürlich auch in der Steuergesetzgebung und in der Steuervollziehung Anwendung finden. Das heißt, daß jede Einkunftsart steuerlich gleich zu behandeln ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Sehr geehrter Herr Finanzminister! Die freiheitliche Fraktion und auch ich persönlich hätten Ihnen gerne den schon erwähnten Zeitraum zum Einarbeiten in Ihr neues Ressort gewährt. Aber nachdem Sie sich jetzt selbst nicht an die von Ihnen aufgestellte Maxime gehalten haben, daß politische Verantwortung nicht darin am besten zum Ausdruck kommt, indem man vorzeitig Erklärungen in der Öffentlichkeit abgibt — ich nehme an, Sie haben damit Ihren Staatssekretär gemeint —, und offensichtlich nicht hinter diesem publici-

tyfreudigen Mitarbeiter zurückstehen wollten und selbst mit diesbezüglichen Erklärungen in die Öffentlichkeit gegangen sind, muß ich Sie auch hier und heute um eine Erklärung Ihrer diesbezüglichen Aussagen ersuchen.

Ich darf Sie fragen, sehr geehrter Herr Finanzminister — ich nehme an, Sie horchen irgendwo zu —, wollen Sie, um die von Ihnen postulierte Arbeitsplatzsicherung sicherzustellen, das gigantische Defizit des Budgets weiter erhöhen, von dem übrigens Ihr Sekretarius meint, daß es an der Grenze des Verantwortbaren liegt, während Sie, Herr Finanzminister, ja eher der Meinung zuneigen, daß man es noch weiter erhöhen könne, oder — das wäre die andere Möglichkeit, um zu zusätzlichen Einnahmen zu gelangen — wollen Sie die Steuerschraube weiter anziehen, wobei, wie bereits erwähnt, Herr Staatssekretär Seidel auch gleich die Richtung vorgegeben hat, wo Sie sie anziehen sollen, nämlich bei den direkten Steuern.

Wollen Sie das tun, obwohl Ihnen eine Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts bekannt sein müßte, zumindest muß es dem Herrn Dkfm. Seidel bekannt sein, in der ausgeführt wird, daß das österreichische Steuersystem an die Grenzen der Ergiebigkeit angelangt ist? Wollen Sie die Steuerschraube weiter erhöhen, obwohl Ihnen Ihre eigenen Experten, wie etwa der Herr Ostleitner, gesagt haben, daß gerade unter konjunktur- und beschäftigungspolitischen Aspekten eine weitere Steigerung der Steuerquoten mehr als problematisch ist? Wollen Sie das tun?

Sie müssen darauf hier und heute eine Antwort finden, weil es eben diesbezüglich völlig unterschiedliche Auffassungen innerhalb der Bundesregierung zu geben scheint. Ich schließe mich für die freiheitliche Fraktion in diesem Fall jedenfalls den Ausführungen des Herrn Ostleitner an und widerspreche aufs heftigste dem Herrn Staatssekretär Seidel. Für uns Freiheitliche ist gerade in der derzeitigen Situation eine Verstärkung der direkten Besteuerung untragbar. (Zustimmung bei der FPÖ.)

Wir glauben, daß man den österreichischen Arbeitnehmern, den österreichischen Gewerbetreibenden, Bauern, Freiberuflern, der österreichischen Wirtschaft insgesamt nicht noch mehr ihres hart Erarbeiteten durch direkte Steuern wegsteuern, wegnehmen kann. Wir glauben und sind überzeugt, daß dies ein falscher Weg ist, weil wir damit den Menschen den Leistungsanreiz nehmen, den wir gerade am Beginn einer neuen Rezession so dringend notwendig haben. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir glauben, daß dieser Weg falsch ist, weil dadurch natürlich der Wirtschaft Investitions-

6280

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dkfm. Bauer

möglichkeiten und damit die konjunkturellen Impulse entzogen werden, und weil wir wissen, daß wir durch ein zu rigoroses Anziehen der Steuerschraube bei den direkten Steuern die Menschen, die Wirtschaft, die Wirtschaftstreibenden in den Steuerwiderstand treiben. Das wollen Sie nicht und das wollen wir nicht.

Und Sie wissen folgendes ganz genau, Herr Finanzminister — ich hoffe, daß Sie es wissen —, wenn man sich mit der Steuerpsychologie ein bißchen auseinandersetzt, dann zeigt sich, daß die Menschen bei Erhöhung der direkten Steuern, wenn es zu einem Überdrehen der Steuerschraube in diesem Bereich kommt, sehr sensibel im aufgezeigten Sinn reagieren.

Dies liegt an sich auf der Hand, meine sehr geehrten Damen und Herren, weil der Besteuerter bei den direkten Steuern diesem Vorgang, wenn ich das so sagen kann, hilflos ausgeliefert ist, weil ihm ein Teil seines Einkommens weggenommen wird, ohne daß er in irgendeiner Form entsprechende Maßnahmen dagegen setzen kann, während etwa bei der indirekten Besteuerung eine gewisse individuelle Gestaltungsmöglichkeit gegeben ist, indem er mit dem ihm zur Verfügung stehenden Einkommen entweder investieren kann, wenn es sich um einen Wirtschaftstreibenden handelt, sparen kann, sein Geld der Wirtschaft zur Verfügung stellen kann oder letztlich natürlich auch verbrauchen kann.

Ich glaube daher, daß gerade in einer Zeit der knapper werdenden Ressourcen die Zukunft in einer wohlüberlegten und differenzierten indirekten Besteuerung, in der Verbrauchsbesteuerung im Rahmen einer Gesamtreform des österreichischen Steuerwesens liegt und nicht etwa, so wie der Herr Staatssekretär meint, in einer weiteren Ausschöpfung der Gestaltungsmöglichkeiten der direkten Besteuerung. (Beifall bei der FPÖ.)

In diesem Zusammenhang darf ich von den beiden Herren des Finanzministeriums fürs erste auch ein Konzept urgieren, wie Sie beabsichtigen, die Handels-, Leistungs- und Zahlungsbilanz wieder in Ordnung zu bringen.

Ich darf von den beiden Herren ein Konzept urgieren, wie sie das Zinsniveau in Österreich wieder in den Griff zu bekommen beabsichtigen.

Es ist allgemein bekannt, daß durch die hohen Kreditkosten die dringend notwendige Investitionstätigkeit der Wirtschaft behindert ist.

Ich darf des weiteren ein Konzept urgieren zur Sanierung der zerrütteten Staatsfinanzen. Das liegt ja auf der Hand, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus den Zahlen und Ziffern, die ich Ihnen eingangs genannt habe.

Ich darf namens der freiheitlichen Fraktion ein neues Haushaltrecht und eine Schillingseröffnungsbilanz urgieren.

Schließlich und endlich verlangen wir von dem neuen Gespann Salcher — Seidel ehebaldest Vorstellungen zu einer umfassenden Steuerreform.

Die Vorstellungen der Freiheitlichen zu diesem Kapitel liegen in Form eines Konzepts auf dem Tisch. Ich will und kann hier von diesem Pult in keine Details eingehen, ich kann nur ausführen, daß unserer Meinung nach die Steuerreform von einem umfassenden Generalplan ausgehen müßte, der folgende drei Schwerpunkte zu umfassen hätte: a) eine Reform der Ertragsbesteuerung, b) eine Reform der Einkommen- beziehungsweise Lohnsteuergesetzgebung in Richtung der Einführung von breiten Proportionalbändern anstelle der kleinen derzeitigen Progressionsstufen und c) Reform der Verbrauchsbesteuerung.

Wir gehen weiters davon aus, daß die gesamte Steuergesetzgebung im Zuge dieser Gesamtreform gerechter und einfacher gestaltet werden müßte, das heißt, für den Steuerzahler übersichtlicher und verständlicher sowie verwaltungskostensparender angelegt werden müßte, als dies derzeit der Fall ist.

Schließlich und endlich ist in diesem Zusammenhang eine unserer Generalforderungen jene, daß die Steuergesetzgebung nicht leistungshemmend wirken darf.

Auf dieser Basis, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion dieses Hauses und von der Bundesregierung, sind wir jederzeit zu Gesprächen und zur Mitarbeit an dieser Steuerreform bereit.

Ich darf damit zum Schluß kommen. Ich beneide den neuen Herrn Finanzminister wirklich nicht um sein Amt, um die Aufgabe, die er zu bewältigen hat. Es liegen offene Fragen über offene Fragen vor ihm. Die Widersprüche innerhalb der Bundesregierung wie die Probleme, die auf dem Tisch liegen, gelöst werden sollen, sind Legion. Und die Lösung der offenen Fragen kommt in manchen Bereichen — ich stehe nicht an, das hier festzuhalten — wahrlich an die Quadratur des Kreises heran.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und Herr Finanzminister! Diese Bundesregierung, der Sie angehören, hat diese Probleme zum Teil selber geschaffen und zum Teil hat sie sie verschleppt. Daher ist sie verantwortlich, daß sie auch gelöst werden.

Ich habe schon ausgeführt, daß Ihnen die

Dkfm. Bauer

freiheitliche Fraktion gerne mehr Zeit zum Einarbeiten und zum Überdenken Ihrer finanz- und budgetpolitischen Strategie gelassen hätte. Aber nachdem Sie selbst, vor allem Ihr Herr Staatssekretär, die diesbezügliche Diskussion in der Öffentlichkeit eröffnet und angeheizt haben, dürfen wir und müssen wir von Ihnen erwarten, daß Sie auch hier und heute dem Parlament zu den aufgeworfenen Fragen Rede und Antwort stehen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wiesinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Wiesinger (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Bundeskanzler! Sie haben in Ihrer zweiten Wortmeldung eine sehr kritische Situation der Nachkriegszeit beschrieben und auch qualifiziert. Ich habe nicht die Möglichkeit, und es steht mir auch gar nicht zu, eine eigene Einschätzung der Lage vorzunehmen beziehungsweise Ihre Einschätzung zu kritisieren.

Ich glaube, es ist nur vielleicht nicht ganz fair, es so einseitig darzustellen, denn als Staatsbürger habe ich das Gefühl: Eine Regierung, die eine Lage eher ernster einschätzt, ist mir lieber als eine, die die Dinge auf die leichte Schulter nimmt.

Und letztlich waren ja die Grundlagen für die politische Einschätzung Unterlagen des Herrn General Freihsler, den Sie ja selbst als Experten so hoch geschätzt haben und ihn ja dann auch in die Regierung berufen haben.

Aber nun zur Regierungsumbildung selbst.

Als Gesundheitspolitiker sehe ich den Wechsel im Gesundheitsministerium mit einem lachenden und mit einem weinenden Auge: mit einem lachenden Auge deshalb, weil ich es absolut begrüße, daß ein praktizierender Arzt wieder ins Ministerium einzieht, daß ein langjähriger Standespolitiker ins Ministerium einzieht und nicht zuletzt ein engagierter Parlamentarier eine Regierungsfunktion übernimmt. Mit weinendem Auge deshalb, weil der bisherige Gesundheitsminister Dr. Salcher zweifellos eine große Anlaufzeit brauchte, um gewisse Dinge im Ministerium in den Griff zu bekommen, und, wo man eigentlich auf die Ergebnisse seiner Vorbereitungsarbeit wartet und die Erwartung haben kann, daß hier etwas Konkretes geschieht, jetzt wieder ein Wechsel eintritt. Zweifellos bringt jeder Wechsel in einer großen Betriebsorganisation, wie es ein Ministerium darstellt, einen gewissen Stillstand, gewisse Schwierigkeiten in der weiteren Entwicklung.

Trotzdem ist es für uns von der Gesundheits-

politik aus gesehen sicher sehr positiv zu bewerten, daß der neue Finanzminister nicht fremd den Problemen der Gesundheitspolitik gegenübersteht, sondern aus eigener Erfahrung weiß, welche Probleme in der Spitalsfinanzierung und auch letztlich in der Frage AKH sich vor uns auftürmen.

Der neuerliche Wechsel im Gesundheitsministerium — wir haben jetzt schon den dritten Minister — gibt Gelegenheit und verpflichtet uns von der Opposition her, einen kurzen Rückblick über die letzten zehn Jahre Gesundheitspolitik der SPÖ zu machen. Ich muß ehrlich sagen — ich sage das nicht gern, ich bedauere es fast —: Wenn man zehn Jahre sozialistische Gesundheitspolitik betrachtet, so bleibt eigentlich nur ein konkretes Ereignis übrig, und das war die Einführung des Mutter-Kind-Passes, nicht eine Erfindung der Sozialisten, aber darauf kommt es ja letztlich nicht an, aber doch etwas, was positiv seinen Niederschlag in der Senkung der Säuglingssterblichkeit gefunden hat.

Nur alle anderen Fragen der Gesundheitspolitik — derer gibt es sehr viele — haben Sie in den letzten zehn Jahren eigentlich nur vor sich hergeschoben. Ich bedauere, Herr Bundeskanzler, Ihnen heute kein besseres Geburtstagsgeschenk machen zu können, aber ich glaube, es ist wichtig, Ihnen das zu sagen. (*Abg. Dr. Kreisky: Ich hab erst morgen Geburtstag!*) Überlegen Sie sich folgende Situation: Die Gesundheitspolitik ist ein Subsystem unserer gesamten gesellschaftspolitischen Aktivitäten. In diesem Bereich wird in den letzten zehn Jahren vermehrt Geld zugeführt. Es ist unbestritten, daß in den letzten zehn Jahren überdurchschnittlich große finanzielle Mittel in dieses System eingeflossen sind. Also auf der einen Seite überdurchschnittliche Leistungen auf der materiellen Seite und auf der anderen Seite das für die Betroffenen unbefriedigende Ergebnis. Die Kritik, die in der Bevölkerung am Gesundheitswesen geäußert wird, wird nicht geringer, sie steigt eher an. Konkrete Ergebnisse, sei es in der Mortalitätsstatistik oder Morbiditätsstatistik, sind ebenfalls nicht feststellbar.

Es ergibt sich doch jetzt die konkrete Frage: Woran liegt es, wenn ich in ein System vermehrte öffentliche Mittel zuführe, das heißt damit verbundene Belastungen über Sozialversicherungsbeiträge und Steuern, und trotzdem das Ergebnis, das ich mit der Zuführung dieser Mittel erreichen will, nicht bekomme? Diese Frage zu beantworten, ist sicher eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit.

Ich glaube, dazu müßten intensive Systemanalysen, intensive Untersuchungen vorgenommen werden. An den im Gesundheitswesen Tätigen liegt es sicher nicht, denn die Einsatz-

6282

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Wiesinger

bereitschaft der Krankenschwestern, der Ärzte und aller Mithelfer in diesem Bereich ist nach wie vor intensiv. Es gibt keinen Bereich, wo so viel Überstunden geleistet werden, wo so viel Arbeitszeit investiert wird wie im Bereich des Gesundheitswesens. Trotzdem hat die Bevölkerung den Eindruck, daß es nicht besser, sondern eher schlechter wird.

Das Zweite: Wenn wir von der rein medizinischen Seite aus die Sache betrachten, so sehen wir einen überdurchschnittlich hohen Anstieg der psychosomatischen Erkrankungen. Psychosomatische Erkrankungen sind jene Erkrankungen, die sich in organischen Beschwerden manifestieren, ohne eine organische Grundkrankheit zur Ursache zu haben.

Die letzten Untersuchungen haben ergeben, daß etwa 40 Prozent unseres Patientengutes psychosomatisch krank sind. Ursachen, denen die Organmedizin relativ hilflos gegenübersteht; es bleibt nichts anderes übrig, als Psychopharmaka zu geben. Wir kennen den Anstieg dieser Psychopharmaka, der Tranquillizers, der in letzter Zeit ja besonders stark feststellbar ist, wir wissen aber nicht, in welchen Bereichen die tatsächlichen tiefenpsychologischen und vegetativen Erscheinungen eigentlich ihre Ursachen haben. Wir glauben, daß sie in einem gesellschaftspolitischen Entwicklungsprozeß zu suchen sind. Ich glaube, daß hier ganz wesentliche Ansätze für die Gesundheitspolitik der nächsten Zeit zu suchen sind.

Denn eines, Herr Minister Dr. Steyrer, halte ich für zu wenig: Wenn wir versuchen, anstehende Gesetzesnovellen möglichst rasch über die Bühne zu bringen. Sosehr das im Detail auch notwendig ist, so ist es für eine wirkliche, umfassende Gesundheitspolitik, die wir in der jetzigen Zeit dringender denn je brauchen, notwendig, die Gesamtproblematik zu erkennen.

Wir haben die Möglichkeit, durch eine Reorganisation des Gesamtsystems das zu erreichen, was wir alle wollen: einen optimalen Einsatz der Mittel, maximaler Nutzen dieser materiellen Mittel, die wir in das System einfließen lassen, und auf der anderen Seite maximale Hilfe für die Betroffenen.

In dieser Reorganisation wird man von den zwei bisher bestehenden Säulen abgehen müssen: das missing link muß ersetzt werden, wir brauchen die Verbindung zwischen den niedergelassenen Ärzten und den Krankenhäusern in Form von Sozialstationen, im Sinne einer besseren Betreuung der Menschen, aber auch, daß wir ganz einfach im Hinblick auf die Kostenexplosion etwas tun müssen.

Hier bin ich jetzt bei den Kosten. Natürlich wird die Gesundheitspolitik nicht nach einer Kosten-Nutzen-Analyse, wie es vielleicht dem

Herrn Staatssekretär Seidel sehr geläufig ist, meßbar sein. Trotzdem müssen wir uns aber auch endlich dazu bequemen, im Gesundheitswesen den Einsatz der Mittel wirtschaftlich zu überprüfen, wobei die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft hier sicher nicht nahtlos zu übertragen sind, weil eben der Begriff „Markt“ hier nicht vorhanden ist.

Aber nicht nur die steigenden Kosten, die bis jetzt entstanden sind, mußten mit immer neuen Belastungen gedeckt werden, wir stehen heute wieder vor der Situation, daß die Gebietskrankenkassen etwa mit einem Abgang von 500 Millionen rechnen. Da schlägt natürlich die Gesundheitspolitik sehr stark auf die Finanzpolitik durch, denn ob ich jetzt Krankenkassenbeiträge erhöhe oder Steuererhöhungen vornehme oder beides, das ist eine Frage, die sicher nicht nur die Gesundheitspolitiker, sondern vor allem auch die Finanz- und Wirtschaftspolitiker beschäftigen muß. Die Spitalsfinanzierung ist nicht gegliedert. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben in den ersten Regierungserklärungen — ich darf Sie daran erinnern — in den Jahren 1970, 1971 und 1975 die Frage der Reorganisation des Gesundheitswesens, aber auch die Spitalsfinanzierung an die Spitze Ihrer gesundheitspolitischen Ausführungen gestellt, eine richtige Überlegung, nur im Ergebnis ist leider nicht das herausgekommen, was Sie erwartet haben und was auch wir gewollt haben.

Ich erinnere Sie an den Versuch der Spitalsfinanzierungsneuverteilung in den Jahren 1975/76, wobei jedoch kein praktisches Ergebnis herausgekommen ist. Es ist genau wieder das eingetreten, was ich erst angeführt habe, Herr Bundeskanzler: Sie haben eine Milliarde zugeführt, aber am System hat sich nichts geändert. Die Abgänge sind weiter gestiegen, die Einbremsung der Kosten, auf die wir damals so großen Wert gelegt haben, ist nicht gelungen. Unsere Aufgabe und unser Wollen muß es jetzt sein, weil es ja kein parteipolitisches, sondern zweifellos ein gesamtösterreichisches Anliegen ist, hier einen neuen Weg zu suchen. Eine Lösung, daß man mit den vorhandenen Mitteln eine maximale Leistung so erbringen kann, daß die Patienten letztlich auch damit zufrieden sind.

Ich glaube, daß wir doch zu jenem System übergehen müssen, das wir seit langem propagieren, daß wir zu Normkostenrechnungen kommen, daß es uns gelingt, ein leistungsbezogenes Zuschußsystem zu installieren, denn die Abgangsdeckung, von der wir alle überzeugt sind, daß sie schlecht ist, können wir uns ganz einfach nicht länger leisten. Wir können es uns ganz einfach nicht länger leisten, und es ist

Dr. Wiesinger

auch nicht sinnvoll, in der Weise fortzuschreiten.

Das zweite Hauptproblem, bei dem ich den Herrn Finanzminister als ersten apostrophieren möchte, bei dem ich aber den dringenden Wunsch der Opposition äußern möchte, daß sich auch der Herr Gesundheitsminister mit der Frage intensiv beschäftigen möge, ist die Problematik AKH. Ich spreche jetzt nicht die AKH-Problematik aller bisherigen Vorgänge, die im Untersuchungsausschuß behandelt werden, an. Ich spreche an die gesundheitspolitische Dimension des größten Klinikbaues unserer Geschichte, wo es uns doch um Gottes willen möglich sein muß, im Zusammenwirken aller Kräfte in diesem Land, uns vor der internationalen Öffentlichkeit nicht so zu blamieren, daß wir ganz einfach nicht imstande sind, ein funktionsfähiges Klinikum zu bauen. Das glaube ich ganz einfach nicht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nur wird es notwendig sein, daß man in der Frage der Mitarbeit, der Mitverantwortung natürlich auch die Frage der Mitsprache relevieren muß. Eine Zusammenarbeit auf dem Sektor der Gesundheitspolitik kann sicher nicht darin bestehen, daß wir bereit sind, sehr schwerwiegende Verantwortung auch mitzutragen, aber von jeder Mitentscheidung ausgeschlossen sind. Ein derartiger Weg ist natürlich für eine Opposition nicht gangbar. Das ist, glaube ich, ganz klar.

Auch im Bereich des AKH wird es in der gesundheitspolitischen Frage notwendig sein, zu überprüfen, wie der jetzige Zustand ist. Wir brauchen eine genaue wirtschaftliche Überprüfung, ob die jetzigen Baukosten tatsächlich so hoch steigen und die Betriebskosten ein derart gigantisches Ausmaß erreichen müssen, Riesensummen, die wir uns auch nicht leisten können.

Ich hatte vor kurzem Gelegenheit, zwei Tage an einer deutschen Krankenhaustagung teilzunehmen. Ich habe dort den Eindruck gewonnen, daß es sicher Wege gibt, auch bei uns eine Einbremsung der Kosten zu erreichen, wenn nur die Bereitschaft und der ehrliche Wille aller Beteiligten vorhanden ist. Darunter verstehe ich natürlich primär die politische Entscheidungsfähigkeit, darüber hinaus aber auch die Kooperation mit der Fakultät, also der Professoren, und die Zusammenarbeit mit den Architekten.

Eines muß aber auch klargestellt werden: Zwei philosophische Linien, die bis jetzt beim AKH dominant waren, können in Zukunft nicht weiter verfolgt werden. Die erste Philosophie der totalen Zentralisierung muß aufgegeben werden. Die zweite Philosophie des absoluten

Nutzerkonsenses ist auf die Dauer nicht durchhaltbar. Die Mitarbeit der Fakultät bis zu einem gewissen Zeitpunkt ist notwendig und ist Voraussetzung für ein gutes Funktionieren eines Klinikums. Aber ab einem gewissen Zeitpunkt muß Schluß sein. Es geht nicht an, daß ständige Umplanungen durch Wechsel in der Nutzerkompetenz entstehen.

Das sind die beiden großen Probleme, Herr Dr. Steyrer, mit denen wir uns zweifellos auseinandersetzen müssen: Frage der Spitalsfinanzierung und Frage des Allgemeinen Krankenhauses als kurzfristige Probleme.

Ich lege Wert darauf: Die gesamte langfristige Konzeption der Systemreform des Gesundheitswesens und die Ursachenerforschung des Anstiegs der psychosomatischen Erkrankungen erscheinen von unserer Warte aus als die wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Etwas leichter werden wir uns in der Frage der Vorsorgemedizin, der Arbeitsmedizin und des Arzneimittelgesetzes tun. Diese Bereiche sind sicher in einem relativ kurzen Diskussionsprozeß zu erledigen.

Ich komme jetzt zu einem anderen Bereich, der für Sie, aber auch für uns sehr wichtig ist. Das ist die Frage der Kompetenzen. Sie werden sagen: Dieses Problem der Kompetenzen kennen wir jetzt seit zehn Jahren schon von der Frau Minister Dr. Leodolter her. Jede Zeitung schreibt über die Kompetenzen: Der arme Gesundheitsminister kann ja nicht, weil er keine Kompetenzen hat.

Ich glaube, daß die Kompetenzen sicher eine wichtige Voraussetzung sind und daß Sie jetzt als neuer Beginner die Chance haben, sich auch gewisse Kompetenzen zu erkämpfen. Ich sehe aber die Kompetenzregelung nicht klein-kariert und sie dürfen nicht im juristischen Detail steckenbleiben. Ihr Vorgänger, Herr Dr. Salcher, versuchte durch juristische Maßnahmen die Einflußmöglichkeiten des Ministeriums zu verstärken; ein Weg, der in seiner fachlichen Kompetenz wahrscheinlich der gangbarste war. Als Mediziner tut man sich da sicher härter, und es wird Ihnen nicht anders gehen als mir. Ich glaube aber, daß man überhaupt ein komplettes Umdenken bei den Kompetenzen dieses Ministeriums machen muß.

Es gibt zwei Bereiche der gesellschaftlichen Aufgaben, die sehr eng mit der Gesundheitspolitik verquickt und verstrickt sind. Der erste Bereich ist die Familienpolitik. Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede heute die wichtige Aufgabe der Familienpolitik betont und damit die Existenz der Frau Staatssekretär Karl begründet. Nun, Herr Bundeskanzler, die Auszahlung der Kinderbeihilfen oder die Festsetzung deren Höhe sind nicht Familienpolitik.

6284

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Wiesinger

Das ist mir zu wenig. Wir brauchen eine Familienpolitik, die inkludiert, daß die Prägungselemente, die für den jungen, aber auch für den älteren Menschen in der Familie vor sich gehen, von ungeheurer gesundheitspolitischer Relevanz sind.

Jene Erkrankungen, die im kindlichen Alter auftreten, entstehen, wenn die Familie nicht funktioniert. Die psychosomatischen Erkrankungen haben sicher zum Teil ihre Ursache in schlechten Familienverhältnissen, seien sie seelischer oder materieller Natur. Daher glaube ich, daß gerade eine aktive Gesundheitspolitik sehr eng mit der Familienpolitik verbunden gehört. Wir haben ja auch entsprechende Beispiele aus dem Ausland. Ich plädiere für die Kompetenzzuteilung der Familienpolitik an das Gesundheitsministerium.

Der zweite Bereich ist die Frage des Sports. Der Sport hat in der Vergangenheit primär eine erzieherische Aufgabe gehabt. Es war die Zeit, als man durch Sport Selbstdisziplin, Körerktheit, Anstand, Fairneß lernen sollte. Ich glaube, in der heutigen Zeit, in der wir alle unter Bewegungsarmut leiden, in der wir wissen, daß viele Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparates dadurch entstehen, daß der Mensch zu wenig Bewegung macht, hat der Breitensport eine ungeheure gesundheitspolitische Aufgabe. Also die erzieherische Funktion des Sports tritt in der heutigen Zeit in den Hintergrund gegenüber der gesundheitspolitischen Funktion. Aus dieser Überlegung und Argumentation heraus würde ich es sehr begrüßen, wenn auch die Sportagenden im Gesundheitsministerium verankert würden.

Zur Frage des Umweltschutzes: Ich gebe zu, daß ich bis vor kurzem selbst der Meinung war, daß eine maximale Konzentrierung von Umweltschutzkompetenzen im Ministerium eine Verbesserung der Effizienz ermöglichen würde. Je länger man sich jedoch mit den Problemen beschäftigt und je tiefer man in die Materie eindringt — Sie bezeichnen das immer so schön als Annexmaterien in allen Gesetzen, ein bissel hat ja auch der Mediziner Lernfähigkeiten —, desto mehr sieht man, daß die zentrale Kompetenz zu einem derartigen Superministerium führen würde, das an sich nicht mehr verwaltbar wäre. Deshalb plädiere ich vielmehr auf der einen Seite für eine intensive Koordination der Länderkompetenzen im Umweltbereich mit dem Ministerium in Form von Staatsverträgen oder ähnlichen Konstruktionen, die uns die Verfassung bietet, und auf der anderen Seite dafür, daß jedes Gesetz, das in den Ministerrat kommt, einer Umweltüberprüfung durch den zuständigen Gesundheitsminister unterzogen wird.

Sie haben eine Kompetenz, Herr Minister

Dr. Steyrer, die Ihnen niemand nehmen kann, Sie haben bei dem Prinzip der Einstimmigkeit im Ministerrat jederzeit die Möglichkeit, einem Gesetz zu widersprechen, das Ihrer Meinung nach negative Umweltauswirkungen hat. Daher halte ich unserer Meinung nach die Konstruktion einer Koordination der legislativen Tätigkeit der Ministerien mit der Zusammenarbeit auf Staatsvertragsebene mit den Ländern jetzt als die bessere Lösung im Gegensatz zu massiven Kompetenzkonzentrationen im Ministerium. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun ein Thema, Herr Dr. Steyrer, das ich Ihnen nicht ersparen kann. Ich weiß, Sie haben damit keine Freude, aber es muß offen ausgesprochen werden. Die gesamte Zusammenarbeit, die uns in Zukunft vielleicht die Möglichkeit gibt, wichtige Probleme gemeinsam zu lösen, hängt von einer Voraussetzung ab: Die Frage des 100-Millionen-Dings der Frau Minister Leodolter muß einer Klärung zugeführt werden. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

Gerade Sie, der Sie überhaupt nie in die Sache involviert waren, der Sie nie damit etwas zu tun hatten, haben ebenso wie Minister Dr. Salcher die Möglichkeit, hier reinen Tisch zu machen. Dr. Salcher hat den ersten Schritt getan. Ich möchte das hier absolut anerkennend sagen. Dr. Salcher hat versucht, auch hier wieder über juristischem Weg den Dingen auf den Grund zu gehen. Nur ist bei Minister Salcher der Parteisoldat vor dem Juristen Salcher gestanden. Denn der Bericht, der uns zugegangen ist, zeigt das ehrliche Bemühen, die offenen Fragen zu klären, aber er kann nicht verhehlen, daß außer einem geringen Teil dieses 100-Millionen-Auftrages alles andere an Rechnungen vom Rechnungshof nicht überprüft und akzeptiert sind, daß darüber hinaus über einen sehr wesentlichen Betrag noch Gerichtsverfahren anhängig sind und daß ein Punkt in diesem Bericht überhaupt nicht aufscheint. Ich möchte hier in aller Form wiederholen: Wir wollen darüber Aufklärung!

Wir sind darüber informiert, daß Frau Minister Leodolter persönlich in die Auftragsvergabe eingegriffen hat, daß sie gegen den Ratsschlag maßgeblicher Beamten des Gesundheitsministeriums diese Auftragsvergabe als Ministerweisung durchgesetzt hat und daß sie sich darüber hinaus sogar nicht nur um die Auftragsvergabe gekümmert hat, sondern auch sehr peinlich darauf bedacht war, daß die Anweisung des Geldes immer rechtzeitig erfolgt ist. Eine derart starke Involvierung eines Ministers in eine dubiose Auftragsvergabe muß einer Klärung zugeführt werden. Das ist eine Voraussetzung für uns. (Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Wiesinger

Herr Minister Steyrer, ich kenne Ihre Einstellung. Ich weiß, wie Sie all diese Dinge persönlich belasten. Machen Sie reinen Tisch in der Form, daß Sie es ermöglichen, in Form eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses alle offenen Fragen aufzuklären. Dann sind Sie mit dieser Frage nicht mehr länger belastet. Sie sind auch nicht mehr länger zeitlich gebunden. Wenn ich mir überlege, welchen Zeitaufwand der Herr Dr. Salcher damit hatte, diese Dinge zu klären. Beleg für Beleg anzuschauen, wie er eben ehrlichen Willens versucht hat, alles aufzuklären, und wieviel gescheitere Dinge er in dieser Zeit machen hätte können, möchte ich nicht, daß Sie, Herr Dr. Steyrer, in die gleiche Situation kommen, das ganze Jahr nichts anderes zu machen, als Sitzungen vorzubereiten, wo Sie versuchen, gewisse Dinge zu erklären, die eben nicht erklärbar sind.

Deshalb unser Vorschlag: Sie spielen sich von diesen Dingen völlig frei, indem Sie dem Parlament die Möglichkeit geben, die Affäre zu untersuchen und jene Konsequenzen daraus zu ziehen, die in einer Demokratie und in einem Rechtsstaat erforderlich sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme zum Abschluß. Ich biete Ihnen in aller Form die „Koalition des guten Willens“ an. Wir hoffen, daß wir jene Vorgangswise, die wir bis jetzt im Gesundheitsausschuß gehabt haben, wo alle Vorlagen einstimmig genehmigt wurden, auch in Zukunft fortsetzen können, daß wir jenen Lichtblick einer parlamentarischen Diskussion in Zukunft wieder erleben dürfen, wie wir es bei der Beschlüffassung über die Suchtgiftgesetznovelle ermöglicht haben.

Gestatten Sie mir, daß ich als Oppositioneller das sage: Aus unserer Sicht haben wir zehn Jahre Gesundheitspolitik verloren. Versuchen wir, gemeinsam einen neuen Anfang zu machen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Wille. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nach einer Reihe von Gratulationen an die neuen Mitglieder der Bundesregierung hat sich das Hohe Haus vor allem mit Wirtschafts-, Gesundheits- und sonstigen wichtigen Fragen der Regierungspolitik befaßt, unter anderem auch in der Weise, daß immer wieder die Behauptung aufkommt und auftaucht, wieweit wir denn nicht die Wirtschaftspolitik nur gesundbetten und in Wirklichkeit gewisse Fakten überdecken, die aber genauso wichtig sind.

Auch in der „Presse“, in einer der jüngsten Ausgaben — ja sogar in der von heute, Mittwoch, dem 21. —, heißt es, daß nach einer Reihe von Fakten, die bestätigt werden können: Vollbeschäftigung — harter Schilling — Stabilität, es vor allem darum gehen müßte, neben den offiziellen Texten, die Leistungen des Wirtschaftsministers Androsch zu überprüfen und sozusagen die offenen Rechnungen zu suchen.

Ich habe heute versucht, diese offenen Rechnungen in den Ausführungen der Opposition zu finden, und was ich gehört habe, ist dann der Hinweis, daß es ein Budgetdefizit in der Größenordnung von netto zirka 2½ bis 3 Prozent des Nettodefizits gibt und wir ein Leistungsbilanzdefizit ungefähr in der gleichen Größenordnung, also von 30 Milliarden, haben.

Auf diese beiden Fakten: Budgetdefizit und Leistungsbilanzdefizit, und auch auf die Gründe, wieso es dazu kam, haben wir immer wieder hingewiesen. Die sozusagen versteckten Indikatoren, die wir alle noch nicht kennen, die werden auch in Zukunft nicht gefunden werden können. Ich bin fest davon überzeugt, daß unsere Regierung die Wirtschaft ordentlich geführt hat und daß wir die Schwächen, die wir haben, selbst kennen und diese Schwächen nicht verdrängen, sondern über sie reden, um mit den Problemen fertig zu werden.

Uns bestätigt ja neben dem Inland auch permanent das Ausland, daß das System der Wirtschaftsordnung in Österreich, wie es hier heißt, Sicherheit garantiert.

Das Manager-Magazin hat erst in der Jänner-Nummer 1981 225 Fachleute mit der Aufgabe betraut, sozusagen eine Radaranlage für Auslandsrisiken zu bilden, um festzustellen, wo Auslandsinvestitionen sicher sind, wo die sozialen Gegebenheiten Auslandsinvestitionen begünstigen und wo man annehmen kann, daß die wirtschaftliche Entwicklung eben entsprechend ist.

Auf die Frage, wo System und Wirtschaftsordnung Sicherheit garantieren, haben diese 225 Fachleute maximal 100 Punkte vergeben können. Österreich erhielt dabei 96 Punkte, und es sind nur zwei europäische Staaten vor Österreich in dieser deutschen Bewertung. (*Abg. Steinbauer: Das überrascht Sie!*) Nein! Mich nicht! Ich möchte Sie damit überraschen. Sie merken es aber nicht, daß sie überrascht sein sollten. Das ist meine Tragödie. (*Ruf: ... das ist wirklich eine Tragödie!*)

In einer anderen Fragestellung: Chancen und Risiken für Investoren und Exporteure, werden maximal 300 Punkte vergeben, Österreich steht an neunter Stelle mit 258 Punkten. Vor Österreich sind als europäische Staaten nur Norwegen und die Schweiz.

6286

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Wille

Ich glaube, daß derartige Indikatoren uns doch sagen müßten: In Österreich ist zwar nicht alles Gold, und wir sind keine Insel der Seligen, bei Gott nicht! Aber wir sollten endlich aufhören, auch wegen des Defizits in der Leistungsbilanz und im Budget unsere Wirtschaft krankzujammern! (*Beifall bei der SPÖ.*) Und das tun wir immer noch.

In diesem Zusammenhang nur einige Blätter aus der „Zürcher Zeitung“ der letzten Tage. Wenn man in der „Zürcher Zeitung“ der letzten Tage den Wirtschaftsteil durchblättert, liest man die Schlagzeilen: Umstrittene Schulden, Moratorium für Polen, Rote Zahlen im Bonner Haushalt, Verfehlte Planziele in der DDR, Absetzbewegungen Mitsubishi von Chrysler, Zu optimistische Defizitprognose — hier handelt es sich um die Vereinigten Staaten —, Mehr Regierungshilfe für den Chrysler-Konzern, Schlechte Kunde von Italiens Preisfront, Massiver Personalabbau, Weniger Aufträge für die deutsche Maschinenindustrie, und so geht das weiter.

Ich möchte sagen, daß unter anderem eine der Meldungen, nämlich die Meldung des letzten Blattes: Hannes Androsch im Kredit-Vorstand, geradezu zu den Lichtblicken der Meldungen im Wirtschaftsteil der Zürcher Zeitung zählt.

Man sollte sich also den Blick in die Welt nicht verstellen, wenn man darangeht, immer wieder die eigenen Verhältnisse zu beurteilen.

Und noch einmal oder wieder einmal zu den Grenzen des Steuerstaates. Wir haben immer die Meinung vertreten, wenn wir die Steuerquote oder die Staatsquote in Österreich beurteilen, sollten wir die Steuer- und Staatsquote der anderen Länder immer rechtzeitig zum Vergleich heranziehen. Es gibt nichts, was isoliert zu sehen ist.

Erst kürzlich, am 19. Dezember 1980, ist von Horst Knapp in den „Finanznachrichten“ wieder ein Artikel erschienen — wieder von einem unabhängigen Fachmann — über die Grenzen des Steuerstaates.

Was schreibt Horst Knapp in seinem Artikel?

90 Prozent der Bevölkerung lehnen den Defizitabbau über weitere Belastungen ab. Das hat eine Untersuchung des Finanzministeriums ergeben. Man ist also dagegen, daß weitere Belastungen, wie es immer wieder heißt, vom Staat kommen, und man meint dann aber immer den Bund und nie den Staat als die Summe der öffentlichen Hände. Man möchte also, daß der Staat mehr spart.

Horst Knapp geht wieder daran und schaut

nach: Ja wie hoch war denn der Steueranteil des Bundes? Und er sagt:

1970 waren es 14,7 Prozent, und 1979 waren es ebenso 14,7 Prozent der Nettoeingänge der öffentlichen Abgaben. Das heißt, der Anteil des Bundes an den Steuern hat sich in diesen neun Jahren überhaupt nicht verändert. Was gestiegen ist, das sind die Anteile von Ländern und Gemeinden um 1½ Prozentpunkte, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, und der Sozialversicherung mit 2 Prozentpunkten, gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

Wir können, glaube ich, vernünftigerweise über alle diese Entwicklungen reden und sollten sie in Frage stellen. Aber wir sollten nicht immer den Bund verdächtigen, wenn wir meinen, daß Steuern oder Abgaben gestiegen sind, wenn man längst wissen müßte, daß es eben Länder, Gemeinden und Sozialversicherungs träger waren, die davon profitiert haben.

Nun etwas zur Arbeitszeitverkürzung, weil die Arbeitszeit in der wirtschaftlichen Entwicklung sicher eine große Rolle spielt. Ich erlaube mir zuerst einleitend Rolf Dahrendorf zu zitieren, der auf Einladung von CA-Generaldirektor Treichl bei der 125-Jahr-Feier in Wien war. Und Dahrendorf ist der Meinung, die Wirtschaft soll wachsen, wenn sie wachsen kann. Aber das Wachstum wird für uns alle immer teurer werden. Und die Grenzen des Wachstums werden wir sehen und spüren. Wenn wir heute alle sagen, ganz Europa geht im Gleichschritt auf ein Nullwachstum zu, dann ist ja offensichtlich das bereits bestätigt, was überall an Diskussionen sichtbar wird.

Gleichzeitig befaßt er sich aber mit der Arbeitszeit, ein sicherlich liberaler Mann. Rolf Dahrendorf sagt dann schließlich:

„Millionen haben heute in ihrem Beruf nicht genug zu tun. Für manche Unternehmer erscheint das eher als Überbeschäftigung. Unsere Welt ist voll von berühmten Heizern, die auf Diesellokomotiven mitfahren. Aber wollte man alle solche Heizer entlassen, dann würde die Arbeitslosigkeit katastrophale Folgen annehmen.“

Das heißt, würde die Wirtschaft wirklich dazu übergehen, alle die Arbeitskräfte, die nach wirklich rationalen Überlegungen nicht notwendig sind, aus den Betrieben zu vertreiben, wie das immer wieder in Grenzfällen verlangt wird, dann hätten wir nach Dahrendorf die katastrophalen Ausmaße der Arbeitslosigkeit. Denn ohne diese Entwicklung haben wir sie offensichtlich nicht. Wir haben ja nur 8 Millionen in Europa und 18 bis voraussichtlich 20, 23 Millionen in den OECD-Staaten.

Wir finden uns ab mit einer Arbeitslosigkeit von annähernd 5 Prozent. Wir wissen aber alle,

Wille

daß Vollbeschäftigung nur gehalten werden kann — weil die Technologie wächst und nicht gestoppt werden soll und nicht gestoppt werden kann —, wenn die Wirtschaften wachsen. Aber jeder sagt uns, die Wirtschaften wachsen nicht! Und sie werden nicht wachsen!

Ich glaube, Herr Professor Seidel, wir bräuchten ein Wachstum von 3,5 Prozent, um Vollbeschäftigung zu garantieren. Es waren deutsche Nationalökonomien bei uns auf Besuch, und ihre Ausführungen lauteten: Wir bräuchten auch 3 bis 4 Prozent Wachstum, um denen, die in Arbeit sind, die Arbeit zu erhalten. Wollen wir aber die 5 Prozent Arbeitslosen auch eingliedern, dann brauchen wir ein Wachstum von 6 oder 8 Prozent. Ja wo soll denn dieses Wachstum herkommen? Dieses Wachstum ist völlig illusionistisch. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß dieses Wachstum möglich wäre, das heißt: Verkürzen wir die Arbeitszeit nicht, dann haben wir uns mit der Arbeitslosigkeit abgefunden! Das ist eine Selbstverständlichkeit wie das Amen im Gebet.

Und nun hat Kollege Mock — und da möchte ich eben zu einem speziellen Thema etwas sagen — die Auffassung vertreten, wenn der Wille von einer 30-Stunden-Woche redet und der Dallinger von einer 5-Wochen-Urlaubs-Regelung, dann ist das ein Problem der Koordination in der Regierung. Schon der Herr Bundeskanzler hat ihm gesagt, reden werden wir wohl noch dürfen oder diskutieren werden wir wohl noch dürfen, das sollte man doch der Opposition nicht erklären müssen. Aber da erinnere ich mich, daß einer der großen Kommunikationswissenschaftler Amerikas erst kürzlich in der „Presse“ zitiert wurde, wo er darauf hinweist, daß ein großer Konzern jährlich Milliardenverluste hat, weil sich die Führungskräfte nicht zuhören können. Jeder redet von etwas anderem. Einer versucht, eine Diskussion in Bewegung zu setzen, aber der, der ihm zuhören soll, redet schon mit seinen Gedanken weiter, ohne daß er weiß, wovon eigentlich geredet wird. Und genau das ist bei der 30-Stunden-Diskussion der Fall.

Der Generaldirektor der VOEST war der einzige, der so reagiert hat, wie ich es von der Bundeswirtschaftskammer erwartet hätte. Der hat nämlich gesagt, ich schicke dir den Leiter der Betriebswirtschaftsstelle, diskutiert diese Frage durch. Dieser wieder hat gesagt, es gibt nichts zu diskutieren. In jedem Betrieb, der die 30-Stunden-Woche einführt und dafür die Anlagen aber 60 Stunden nützt, also die Halbtagsarbeit einführt, werden die Arbeitskosten um 25 Prozent zunehmen, aber das Kapital steht 40 Prozent länger zur Verfügung. Das heißt, in jedem Fall, in dem die Kapitalkosten höher als die Arbeitsplatzkosten sind, ist diese Regelung

für das Unternehmen ein Gewinn. Dadurch ja auch die Überlegung der Schichtarbeit in so vielen Betrieben. Und es wäre höchst an der Zeit, daß Betriebe, die nicht in die Schichtarbeit ausgewichen sind, weil diese ein weiteres Problem ist, weil das die Menschen nicht wollen, weil aus diesem Grunde keine Arbeitskräfte zu bekommen sind, daß die einfach durchrechnen, was kostet diese Regelung denn tatsächlich.

Dabei muß natürlich nicht mehr produziert werden. Es wird davon ausgegangen, daß das gleiche produziert wird. Die nächste Folge wäre natürlich, daß die rentableren Unternehmen, die Unternehmen mit höherer Kapitalausstattung, in der Konkurrenz, in der Auseinandersetzung die Stärkeren wären. Es wäre eine weitere Folge der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur.

Die große Schwierigkeit ist natürlich: Wenn wir immer davon ausgehen, Arbeitszeit ist Arbeitszeit für alle Österreicher, ob das Beschäftigte im öffentlichen Dienst sind oder in der Industrie oder sonstwo, werden wir die größten Schwierigkeiten haben.

Wenn in der Bundesrepublik oder in einem großen Industriestaat tausende arbeitslos sind wie in der Stahlindustrie oder in der Automobilindustrie, dann frage ich mich, warum soll die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst reduziert werden, wenn der öffentliche Dienst kein Geld hat. Aber warum sollte man sie nicht dort verkürzen, wo tausende oder Millionen Menschen in Europa arbeitslos sind? Und daher, glaube ich, sollten wir über diese Fragen mehr nachdenken.

Als die deutschen Ökonomen vor wenigen Tagen da waren, haben sie uns mitgeteilt, die 5 Prozent Arbeitslosen — 20 Millionen Beschäftigte, 1 Million Arbeitslose —, kosten rund 24 Milliarden D-Mark, alles in allem. Ja das sind ja riesige Beträge! Arbeitslosigkeit ist die teuerste Form der Wirtschaftsentwicklung, wenn man sie zur Kenntnis nimmt.

Kollege Dallinger hat mir erst heute gesagt, 1 Prozent Arbeitslose kosten in Österreich auch 2,3 Milliarden Schilling. Und wenn das 2, 3 oder 4 Prozent zusätzlich sind, sind das Beträge, die wir uns eben nicht leisten sollen.

Mein Modell, die 30-Stunden-Woche für bestimmte kapitalintensive Bereiche, geht ja vor allem von der Überlegung aus, daß jede Verkürzung der Arbeitszeit, auch wenn der Urlaub verlängert wird, die Jahresarbeitszeit senkt. Professor Seicht rechnet uns erst jetzt, am 16. Jänner in der „Presse“ vor, daß der Österreicher, wenn man die Überstunden abzieht, im Jahr 1 640 Stunden arbeitet. Das Jahr hat aber, um die Uhr gerechnet,

6288

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Wille

8 760 Stunden. Das heißt, die Anlagen, die immer teurer werden, jeder Arbeitsplatz wird jährlich teurer, die sind jetzt nur zu 19 Prozent ausgelastet. Und da war ich der Meinung, daß man bei Arbeitsplätzen, die teuer sind und nicht besser ausgelastet werden, das Geld gleich zum Fenster hinausschmeißen kann, weil das die gleiche Produktivität hat.

Ein weiteres Problem ist die Einkommensgerechtigkeit, die im Zusammenhang mit der Veränderung im Vorstand der CA auch von der FPÖ aufgeworfen worden ist.

Ich habe wiederholt auch öffentlich erklärt, daß hier einfach einige Ungereimtheiten zu beobachten sind. Es ist sicher eine weitere Ungereimtheit, wenn die FPÖ glaubt, daß für Managerbezüge, ganz gleich wo in der Wirtschaft, der Bundespräsident ein geeigneter Index wäre. Der Bundespräsident hat mit der CA oder mit einem großen Industrieunternehmen sicher nichts zu tun, eher umgekehrt.

Ich meine, die Marktverhältnisse im ungeschützten Bereich sollten widerspiegeln, unter welchen Marktbedingungen Hilfsarbeiter, Facharbeiter, aber auch Manager zu arbeiten haben. Und die geschützten Bereiche — dazu zähle ich auch die Banken — haben sich daran zu orientieren.

Wenn man das dann genauer anschaut, bringt man den Eindruck nicht weg, daß die Bezüge in den Banken, gemessen an den Bezügen der Industrie, zu hoch sind. Jede Änderung in dieser Richtung wird sicher sinnvoll sein, und es wird gut sein, wenn man in Ruhe über die Spitzengehälter nachdenkt.

Dieses Nachdenken über Spitzeneinkommen hat, glaube ich, auch Professor Seidel gemeint, wenn er gefragt hat: Ja wie ist denn das mit dem 13. und mit dem 14. Monatsbezug? Soll der in alle Höhen hinauf steuerlich unangetastet bleiben? Er hat das nicht so genau gesagt, aber nachdenken wird man ja noch Gott sei Dank dürfen.

Wir sind auch der Meinung, daß man darüber nachdenken muß. Da gibt es ein Jahressechstel, das ist in Millionenhöhe. Ein Jahressechstel in Millionenhöhe wird in Österreich steuerfrei bezogen oder maximal mit 6 Prozent belastet! Ein Steuersechstel, das Millionenhöhe hat, wird maximal mit 6 Prozent belastet!

Ich weiß nicht, ob es das noch einmal irgendwo auf der Welt gibt. Ich glaube nicht, daß so ein Unsinn noch einmal auftritt.

Das Ergebnis ist natürlich, daß der kleine Mann, der seine 10 000 bis 15 000 S hat und etwas vom 13. und 14. Gehalt hört, gleich aufschreit und gar nicht weiß, daß er der Steigbügelhalter dessen ist, der eine Million steuerfrei kassiert.

Aus diesem Grund bringen wir auch folgenden Entschließungsantrag ein.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wille, Czettel, Mühlbacher, Teschl, Dr. Schmidt und Genossen betreffend Reform der Lohn- und Einkommensteuer und Milderung der Steuerprogression.

Da aus einer Reihe von Gründen davon auszugehen ist, daß noch in dieser Legislaturperiode eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer beschlossen werden soll, stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage für eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer so zeitgerecht vorzulegen, daß sie noch in dieser Gesetzgebungsperiode beschlossen werden kann.

Im Zuge dieser Steuerreform ist insbesondere eine Milderung der Steuerprogression für kleine und mittlere Einkommen sowie ein möglichst hohes Ausmaß an Steuergerechtigkeit und Steuervereinfachung anzustreben, wobei eine Sonderregelung für die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes in geeigneter Form beibehalten werden muß. (Abg. Dr. Zittmayr: Was ist mit dem 1. Jänner 1982? Der ist gestorben!)

Damit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, komme ich zum Ende und möchte am Schluß meiner Ausführungen nur noch darauf hinweisen, daß es heute einen schönen Artikel im „Kurier“ gibt, er heißt, Kollege Zittmayr, „Der Übergang zur Tagesordnung“.

In diesem Übergang zur Tagesordnung wird darauf hingewiesen, daß Professor Seidel an Ehrlichkeit nicht zu überbieten ist und daß die Geradlinigkeit und die Offenheit Charakterzüge sind, die allen neuen Mitgliedern der Bundesregierung gemeinsam sind. (Abg. Dr. Zittmayr: Nicht den alten!)

Der neue Finanzminister wird ein aufrechter Tiroler genannt, Kollege Steyrer wird frei von Arroganz und Allüren bezeichnet, und die Qualitäten des Unterrichtsministers und Vizekanzlers sind nach dieser Zeitung unbeschreiblich positiv, sie sind nicht näher ausgeführt.

Und dann erlaube ich mir noch auf den Artikel hinzuweisen, den Otto Schulmeister eben über Kreisky geschrieben hat. Schulmeister ist

Wille

wirklich einer, der vom Scheitel bis zur Sohle ein aufrechter Konservativer ist. Wenn er schreibt, daß das Gros der Österreicher sicher wünschen wird, daß uns ein Bundeskanzler wie Kreisky erhalten bleibt, weil der Österreicher in Kreisky geradezu den Zustand Österreichs erblickt, dann, glaube ich, kann man wirklich ohne Übertreibung sagen: Wir haben die Regierung umgebildet, und wir haben nun eine Regierung, die man gern haben kann. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Thalhammer: Der eingebrachte Entschließungsantrag der Abgeordneten Wille und Genossen ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Steinbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Steinbauer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Wer die heutige Regierungsumbildungssdebatte und die Wortmeldungen der Vertreter der Regierungspartei beobachtet, insbesondere die gerade abklingende des Kollegen Wille, der wird an ein Gedicht erinnert, wo vom Schlagen der trauerumflorten Trommeln die Rede ist: „Muffled drums are beating . . .“

Ein bißchen hat man den Eindruck, daß sich der Abgang des Hannes Androsch auf die Seele der Regierungssprecher gelegt hat, nicht nur im Tonfall des Kollegen Wille, sondern schon beginnend mit der einleitenden Erklärung des Klubobmannes. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es gibt auch eine Reihe von Überlegungen und Fragen, die man mit großer Nachdenklichkeit an diese Regierungsumbildung stellen muß. Diese Regierungsumbildung ist, so glaube ich, in vielerlei Hinsicht eine Zäsur in der österreichischen Innenpolitik.

Aus der Fülle der Fragen als Beobachter dieser Regierungsumbildung möchte ich nur drei Komplexe herausnehmen.

Den einen: Was bedeutet diese Regierungsumbildung für die Sozialdemokratie in diesem Land?

den zweiten: Was bedeutet diese Regierungsumbildung für den Zustand der FPÖ-Führung? und

drittens: Was bedeutet diese Regierungsumbildung für den Zustand der Regierung vor, während und nach der Umbildung?

Eine Fülle von Fragen, die ich in aller Ruhe zur Debatte stellen möchte. So kann man dem Gedanken der Konsensdemokratie des Klubobmanns Fischer durchaus entgegenkommen.

Zum ersten, zum Zustand der Sozialistischen Partei. Ich glaube, man muß in aller Deutlich-

keit und Klarheit festhalten, daß die Regierungsumbildung vom Jänner 1981 keine freiwillige, sondern eine durch die Umstände erzwungene ist. Das muß man ganz einfach festhalten, damit nicht das Gerücht entsteht, es hätte sich im Jänner 1981 der Bundeskanzler entschlossen, aus verschiedenen Überlegungen nunmehr zu einer anderen Regierungszusammensetzung zu kommen.

Nein, die Regierungsumbildung, die wir heute debattieren, ist der Schlußpunkt einer in einem Fall, im Falle Androsch, sogar über Jahre gehenden Auseinandersetzung, einer mühsamen Willensbildung innerhalb der SPÖ. So schwer, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben Sie es sich schon lange nicht mehr machen müssen.

Der Abgang Androschs ist das Ende einer mehrjährigen Auseinandersetzung. Ich glaube, das kann man in aller Ruhe festhalten. Er ist mutmaßlich für die sozialistische Bewegung nur mit dem Abgang Olahs zu vergleichen. Ein gewichtiger Faktor in der sozialistischen Bewegung wird aus einem bisherigen Machtzentrum verschoben, wird in eine ganz andere Konfiguration hineingeschoben und möglicherweise sogar aus seiner politischen Laufbahn herau gestoßen.

Ich bin mir nur nicht sicher, ob der Hannes Androsch nicht alle jene wieder beeindruckt, die jetzt glauben, daß sie ihn endgültig politisch losgeworden sind.

Insofern war es auch ein mühsamer Prozeß für die Geschichte der Arbeiterbewegung der siebziger Jahre. Ich glaube schon, daß das ein interessantes Phänomen ist, wie der Arbeitersohn aus Floridsdorf, wie der Sohn aus der Floridsdorfer Familie — Aufstieg und Entlassung des Hannes Androsch — aufgestiegen ist zu einer Position, die über viele Jahre eine Schlüsselrolle innerhalb der SPÖ darstellte. Bitte, der Mann war ja noch vor zwei Jahren unweigerlich der Kronprinz, und zwar nicht nur als einer, der unter vielen genannt wurde, sondern wenn es 1978, wenn es 1977, wenn es 1976 plötzlich zur Notwendigkeit gekommen wäre, den Vorsitzenden der SPÖ neu zu bestellen, bitte, es hätte niemand vom SPÖ-Klub dem Hannes Androsch den Zugriff auf die erste Position in Ihrer Partei nehmen können. Von da her gesehen ist die Wichtigkeit des heutigen Tages zu beurteilen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben diesen Hannes Androsch nicht freiwillig und nicht nach Ihren Konditionen schließlich entlassen, sondern Sie haben ihn unter dem Druck der öffentlichen Meinung entlassen müssen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Reinhart*) Auch das ist ganz einfach außer Streit zu stellen. Da mag der Kollege Reinhart

6290

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Steinbauer

nun rufen, was er will, die Wirklichkeit ist anders, Herr Kollege. Sie können das sicher in Wahrheit auch so beurteilen.

Es war interessant zu beobachten, welche inneren Auseinandersetzungen sich um Hannes Androsch innerhalb der SPÖ abgespielt haben. Da war ja der linke Flügel einerseits fasziniert von der Härte des Hannes, von der Kampfesentschlossenheit. Wir haben hier im Parlament oft die Härte, mit der er Vorwürfe weg gewischt hat — „Härte“ ist ein vornehmer Ausdruck —, erlebt. Aber der linke Flügel war auch wiederum angewidert — Sie können das im „Extrablatt“ nachlesen — von der Diskrepanz, vom Kapitalismus, was das Persönliche betrifft, und Finanzschuldenpolitik etwa, was den Staatshaushalt betroffen hat. Der linke Flügel war von der Diskrepanz, von der Schere, die sich bei der Person des Hannes Androsch aufgetan hat, vom Auseinanderlaufen von Lebensstil und Wirklichkeit negativ beeindruckt.

Es ist interessant, daß Heinz Fischer, der sich ja sonst als der erste Stilist im Lande fühlt, eigentlich nie, niemals ein Wort der Verteidigung für Hannes Androsch hier im Parlament zustande gebracht hat. Der große Stilist Heinz Fischer mit dem feinen Empfinden für die Dinge, wie er immer behauptet — von sich allerdings nur —, dieser Stilist Heinz Fischer hat eigentlich nie ein Wort der Verteidigung für Hannes Androsch aufgebracht. Ich nehme an, er hat uns im Grunde seines Herzens, wenn wir Hannes Androsch hier Vorwürfe gemacht haben, recht gegeben und recht geben müssen.

Es war ein anderer Stilist in diesem Lande, der in Wahrheit Seite an Seite mit der Opposition — und zwar mit der ÖVP, ich komme noch auf die Rolle der Freiheitlichen zurück — die Auseinandersetzung mit Hannes Androsch in den letzten zwei Jahren geführt hat, ein anderer und wirklicher Stilist: Dr. Kreisky. Er hat ja die Unzufriedenheit mit seinem Finanzminister, die Unzufriedenheit mit seinem Vizekanzler, die Unzufriedenheit mit seinem Nachfolger immer wieder aufs neue mit den Möglichkeiten der Diskretion, die in einer solchen Lage angebracht war, von sich gegeben. Denn es war natürlich offenkundig, daß dieser Dr. Kreisky seit zwei Jahren nicht davon abgelaßen hat, die Frage Androsch in Bewegung zu halten. Es war offenkundig sein Wille.

Ich glaube, es ist eine plumpen Erklärung, zu sagen, daß dies nur ein „Erbhofbauernstück“ war, das hier gespielt wurde. So plump ist Dr. Kreisky sicher nicht. Es ging darum, daß Dr. Kreisky frühzeitig erkannte, was sich hier mit seinem möglichen Nachfolger auch für die Bewegung, auch für die sozialistische Arbeiterbewegung abzeichnet. Und ich glaube, daß die-

ser Dr. Kreisky oftmals mehr sagen wollte, als er dann wirklich sagte, daß er mehr sagen wollte, weil er möglicherweise auch mehr gewußt hat.

Hier im Parlament ist in einem hohen Maß die Auseinandersetzung mit Dr. Androsch beendet. Aber eines, meine Damen und Herren von der SPÖ: Der Fall Androsch ist eine Büchse der Pandora, diese wird sich in der nächsten Zukunft immer neu öffnen. Kein Mensch kann Ihnen die Sicherheit geben, daß nicht noch mehr herauskommt. Nichts, auch keine Medienbeschimpfung, kann Sie davor bewahren, daß dies und jenes, das nun einmal geschehen ist, aufbricht in den Finanzstrafverfahren, in den Strafanzeigen, daß es aufbricht und nicht unter dem Deckel zu halten ist.

Manches wird sich ganz einfach schlicht dadurch ergeben, daß der Ausschuß für die AKH-Untersuchung hier im Plenum das sagt, was wahr ist, hier das sagt, was wirklich gewesen ist, hier das sagt, was Dr. Androsch so viele Jahre so heftig, so dezidiert und so absolut bestritten hat, was aber leider inzwischen aktenmäßig offenkundig geworden ist. Er hatte seine Verflechtungen mit dem AKH, und die Firma, die ihm gehörte, hatte ihre Blüte nicht zuletzt auch durch das AKH erreicht.

Ich sage das, nur damit Sie wissen, die Büchse der Pandora ist nicht damit allein zu schließen, daß man die politische Konsequenz zieht, sondern es droht möglicherweise noch dies und jenes, das wir alle miteinander nicht verhindern können.

Weil Dr. Fischer heute von der Notwendigkeit eines sensiblen Bereiches gesprochen hat: Ich glaube, daß sich Dr. Fischer die ganze Sache Androsch viel zu leicht gemacht hat. Er hat sie sich zu leicht gemacht, wenn er sie reduziert hat — und er ist eigentlich viel zu gescheit, um das wirklich zu können — auf eine persönliche, auf eine Auseinandersetzung um eine Person, auf eine Kopfjägerei.

Bitte, Dr. Fischer sollte überlegen, daß es allerhand sensible Bereiche gibt, darunter auch den sensiblen Bereich der Glaubwürdigkeit der Politik schlechthin, darunter auch den sensiblen Bereich, daß diese Glaubwürdigkeit von den führenden Personen einer Partei sehr wesentlich geprägt wird. Wenn der Verdacht und wenn die Beschuldigungen, wie sie gegen Dr. Androsch geäußert wurden, den Finanzminister, den offenkundigen Nachfolgekandidaten für den Parteivorsitzenden betreffen, dann waren das Dinge, die man aussprechen mußte. Hier ist sensibler Bereich nämlich die Verpflichtung für die Opposition, im Sinne des Staatswohls, im Sinne des Gesamten die Dinge beim Namen zu nennen. Sie hätten es sicher-

Steinbauer

lich gerne unter den Teppich gekehrt, aber es ist die Pflicht der Opposition gewesen, die Dinge beim Namen zu nennen.

Diese Pflicht wurde immer strenger für uns, je mehr Dr. Androsch hier eines gemacht hat, was ich ihm wirklich vorhalten möchte: Bei allem Respekt vor seiner Härte hat er die Härte doch zu weit getrieben, wenn es ums Dementieren ging. (*Beifall bei der ÖVP.*) Er hat ganz einfach zu viele Fakten als nicht geschehen hingestellt, zu viele Fakten, als daß es erträglich gewesen wäre.

Dr. Fischer sollte nachdenken, daß die Aufgabe der Opposition nicht durch Stilkorrekturen aus seinem Mund erleichtert wird, sondern daß die Aufgabe der Opposition etwa erleichtert wird, wenn man im Untersuchungsausschuß AKH nicht die Mehrheit bei Beweisanträgen gegen die Opposition einsetzt. Oder wenn man etwa die Sache Leodolter untersuchen läßt, statt Rochade um Rochade bei den Gesundheitsministern vorzunehmen.

Oder er sollte auch überlegen, ob nicht eben heute er selbst und später der Bundeskanzler einen gewissen drohenden Unterton bekamen, als sie plötzlich sagten: Da gibt es noch eine Reihe von Posten, da hat man nicht reden können, da wird es jetzt härter werden, weil ihr wart nicht wohlverhaltend, ihr habt nicht genügend Wohlverhalten gezeigt, da wehren wir uns ... und so weiter. Bitte, dies klang sowohl beim feinsinnigen Dr. Fischer als auch beim vielleicht weniger feinsinnigen Bundeskanzler durch. Er hat recht unverhüllt gedroht, daß man da jetzt mit uns nicht so kann, weil wir halt sehr unartig waren.

Dies, meine Damen und Herren von der Mehrheit, ist kein Umgang mit der Opposition! Wir lassen uns nicht drohen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber man kann sich schon denken — und damit bin ich beim zweiten Punkt —, warum der Regierung ein solcher Umgang mit der Opposition überhaupt in den Kopf kommt.

Da sind allerdings die Herren von der Freiheitlichen — zwar nicht alle, aber vor allem die Führung der Freiheitlichen Partei — nicht unschuldig. Denn eines ist auch klar: Der Mann, der die heutige Regierungsumbildung ermöglicht hat, war der, der über Auftrag Stegers, des Parteivorsitzenden, seine Stimme abgegeben hat.

Denn die Schlüsselpassage zur heutigen Debatte war ja der dezidierte, unabdingbare Wunsch des abgehenden Hannes Androsch, Zug um Zug von der einen Position in die andere zu gehen. Er wollte einen gedeckten Gang haben. Er wollte keine Frischluft zwischen dem Regie-

rungsamt und dem Bankdirektor, und mutmaßlich wäre ihm die Abgabe der Demissionsurkunde in der Kassenhalle seiner Großbank der liebste Ort für diesen Übergang gewesen.

Möglich hat alles das die Stimme des Dr. Steger gemacht, abgegeben durch seinen Kabas. Das muß man auch in aller Deutlichkeit hier herausstellen. Damit hat aber die Freiheitliche Partei in der Regierung eine Begierde und eine Einschätzung der Lage erweckt, was eine Opposition nicht tun sollte. Eine Opposition sollte in der Regierung nicht den Eindruck erwecken, daß man sie relativ billig haben kann — relativ billig —, denn die Österreicher fragen sich natürlich, was in Bad Gastein ausgehandelt wurde! (*Abg. Dkfm. Bauer: Das ist Ihr Stil: Verdächtigungen, Verleumdungen und sonst nichts!*) Wobei die Rolle der freiheitlichen Führung, vor allem des Dr. Steger ... (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Man kann die Wahrheit sagen! (*Der Präsident gibt das Glockenzeichen.*)

Es gibt ein ganz einfaches Mittel in der politischen Auseinandersetzung, das ist die Wahrheit, Herr Kollege! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Und die Wahrheit in diesem Fall ist (*Abg. Grabher-Meyer: Das ist Ihr Stil! Wir sind von Ihnen nichts anderes gewöhnt!*), daß zu den Verlierern des heutigen Tages natürlich auch der Dr. Steger zu zählen ist, denn er hat mit dem Abgang von Hannes Androsch eine über Jahre geführte Abwehrschlacht verloren. (*Zwischenruf des Abg. Staudinger.*) Er war zu Dr. Androsch möglicherweise schon 1978 in einer größeren Affinität als wir alle. Er hat ihm sicherlich im AKH-Ausschuß das Leben so leicht wie möglich gemacht, und er hat sicherlich eben auch dann durch die Steger-Stimme im CA-Aufsichtsrat dafür gesorgt, daß alles in Ordnung geht.

Denn eines kann mir der Rechtsanwalt Dr. Steger nicht erklären. Das konnte er der Öffentlichkeit erklären, er kann es aber mir nicht erklären: Welcher feine Unterschied aktienrechtlich darin besteht, daß einer Vorstand in einem Bankvorstand, Generaldirektor-Stellvertreter sein kann, daß er aber nicht Generaldirektor werden kann. Wo hat da aktienrechtlich der Herr Rechtsanwalt Dr. Steger die feinen Unterschiede gesehen?

Das mit den Gehältern, diese leistungsfreundliche Einstellung des Dr. Steger, wird ja wahrscheinlich nicht so heiß gegessen, wie es in Bad Gastein auch nicht einmal ausgemacht wurde.

Ich glaube, daß auch der Dr. Steger in eine sehr schwierige Position gekommen ist. Es ist halt immer schwierig, wenn man mit dem einen Finger noch auf die bösen Parteien zeigt

6292

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Steinbauer

und mit der anderen Hand schon dabei ist, das Arrangement zu treffen. (*Beifall bei der ÖVP.*
— Zwischenrufe bei der FPÖ.)

Diese Position, die in der bildenden Kunst am schönsten mit Laokoon dargestellt wurde, diese Position hat Dr. Steger auch heute nicht so leicht wegbekommen. Es war interessant und tiefenpsychologisch sogar sehr interessant, daß bei der sozialistischen Regierungsumbildung Dr. Steger einen ganz besonderen Einfall für seine Rede hatte, nämlich über die Person Dr. Steger lang und ausführlich hier zu reden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es fiel Dr. Steger bei SPÖ-Regierungsumbildungen Dr. Steger ein. Ich glaube, er hat sich keinen guten Dienst erwiesen. Ich glaube, er gehört heute zu den Verlierern, aber er wird schon versuchen, es zu korrigieren.

Wir wünschen uns im Sinne einer guten Oppositionspolitik auch, daß die kleine Opposition ebenfalls die Kritik an der Regierung voll aufnimmt, und wir hoffen, daß sie nicht gebunden ist durch Absprachen, die nicht zielführend sind. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Darin sehe ich auch die politische Bedeutung des Abgangs von Dr. Androsch. Ich glaube in der Tat, daß der Abgang von Dr. Androsch bedeutet, daß Absprachen, wie sie allenfalls etwa mit den freiheitlichen Freunden existierten, nun nicht mehr so direkt honoriert werden können.

Die Situation ist für Österreich wieder offener geworden. Ich begrüße das, zwei Jahre vor dem Wahltag ist dies ein guter Start für die Schlüßauseinandersetzungen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber manches andere — und damit bin ich beim dritten Bereich — ist nicht so gut, wenn man die Regierungsumbildung hinsichtlich der Qualität der Regierung ansieht.

Natürlich ist die Kronprinzenfrage weiterhin offen, aber das ist ein Problem der SPÖ. Denn Minister Sinowatz hat ja gesagt, er werde wenigen den Weg verstellen, und es ist auch tatsächlich noch kein Vizekanzler als Kanzler und mutmaßlich auch als Parteivorsitzender nachgefolgt.

Ich glaube, diese Frage ist noch offen, und wir werden uns noch allerhand damit herumstreiten müssen. Denn jenseits aller Jubelgesänge der nächsten Tage über die „70 Jahre Bruno Kreisky“ wird ja die Frage die Österreicher beschäftigen, wie es in den achtziger Jahren weitergeht, wie es zu Ende der achtziger Jahre aussehen wird.

Der Dr. Kreisky ist zwar imstande, seine Partei immer wieder neu mit einer Rücktrittsdro-

hung zu quälen, wobei dies in letzter Zeit geradezu inflationär geschieht. Jetzt ist er schon fast dabei, alle 14 Tage die Frage aufzuwerfen, ob er kandidieren wird. (Abg. *Staudinger*: Wie die Josephine Baker!)

Es wurde auf die Bittprozessionen hingewiesen, die dann immer wieder in aller Öffentlichkeit einsetzen. Aber es ist halt eine Frage, ob ein so ständiges Drohen — sicherlich kokett in sich, aber trotzdem —, ob ein so ständiges Drohen mit dem Rücktritt auch für die Österreicher ein wirklich beruhigendes Gefühl für den Zustand der politischen Situation darstellt, oder ob dies nicht eine Müdigkeit mit der Politik andeutet, ein Nicht-mehr-zufrieden-Sein mit dem Zustand — wir würden es verstehen nach zehn Jahren sozialistischer Regierung —, der den Österreichern nicht gerade Vertrauen in die Politik bringt.

Es ist nicht so unbedingt befriedigend, wenn der Westösterreicher Salcher Finanzminister wird. Da ist schon ein Hauch von Abzug aus einer heiklen Front auch dabei. Vom Gesundheitsminister, wo er seit November 1979 tätig war und nicht einmal die eine Sache, nämlich das 100 Millionen-Ding, wirklich aufklären konnte. Es reicht auch für den Finanzminister nicht, Westösterreicher zu sein. Ich verstehe vieles aus der inneren Position der Sozialisten und der Mandatswanderung nach Westösterreich, daß man da jetzt einen Westösterreicher mehr in die Auslage schiebt. Aber bitte, ist es nicht recht bedauerlich, wenn Hilfskonstruktionen gleich diesem Dr. Salcher in einem Ausmaß mitgegeben werden, wie es in Österreich eigentlich nicht üblich war?

Der Dr. Salcher marschiert in die Auseinandersetzung als Finanzminister nicht nur mit einer Krücke, sondern mit zwei Krücken. Ob gerade ein lahmender Finanzminister den Marsch in die achtziger Jahre wirtschaftspolitisch zustande bringt, das fragt man sich. Eine Krücke hat er schon: Die Frau Staatssekretär Karl — man muß immer nachdenken, wo sie jetzt gerade ist —, die zweite hat er feierlich mit dem weiteren Staatssekretär bekommen.

Daß in der Wirtschaftspolitik nicht alles so in Ordnung ist, haben gerade die Äußerungen des Kollegen Wille wieder gezeigt. Der Herr Kollege Wille hat heute zum Beispiel schwere Verstöße gegen die Solidarität der Arbeitnehmer sang- und klanglos vortragen können. Er hat bei der Arbeitszeitverkürzung auseinanderdividiert: Die Arbeitnehmer, sofern sie Arbeiter sind, und den öffentlichen Dienst und die Dienstleistungen diese Gruppen hat er sofort aus der Arbeitszeitverkürzung herausgenommen.

Herr Kollege Wille! Daran erkennt man

Steinbauer

schon die deroutierte Entwicklung der Wirtschaftspolitik. Aber bitte, man erkennt auch die deroutierte Situation der sozialistischen Wirtschaftspolitik, wenn man die Tätigkeiten der Kommissionen — die der Kommissionen, die entschlafen sind, die der Kommissionen, die tagen, und die wirtschaftspolitischen Gipfel — ansieht.

Vor einer Woche hat mich einer gefragt, wieso eigentlich jetzt die Sozialisten das wirtschaftspolitische Programm für die achtziger Jahre entwickeln, dies hätten sie doch schon im Wahlkampf 1979 der staunenden Öffentlichkeit vorgelegt.

In Wahrheit kochen in der sozialistischen Küche an der Wirtschaftspolitik derzeit eine Reihe von Menschen, von Benya und Kreisky am Hochaltar bis zu den Ministranten — ob Staatssekretäre oder sonstwie genannt —, Nowotny, Nussbaumer, Karl, Seidel und viele andere. Viele Köche verderben den Brei, das weiß sogar das Volkssprichwort. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wobei ich nicht glaube, daß diese Konstruktion überlegt wurde, denn eines ist schon seltsam: Welche Funktion wird Dkfm. Seidel haben?

Soll er, um militärtechnisch zu reden, Minenhund sein für schwierige Aufgaben? (*Heiterkeit.*) Wenn also Steuererhöhungen verkündet werden, dann wird dies über die „Pressestunde“ des Staatssekretärs geschehen, damit der Minister integer und intakt bleibt.

Oder soll er die bürgerliche Wirtschaftspolitik im Ministerrat durchsetzen? Dort darf er ja von der Verfassung her eigentlich nicht viel reden. (*Widerspruch des Bundeskanzlers Dr. Kreisky.*) Er darf den Mund aufmachen, Herr Bundeskanzler, aber zu reden hat er sicher nichts. (*Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Oder soll der Herr Staatssekretär, was ich leider fürchte, Herr Staatssekretär, der Paradebürgerliche sein, der immer dann sein Professorengutachtersignet hinhauen muß, wenn etwas unangenehm wird, daß man sich dann auf den Seidel berufen kann, damit es ein bissel harmloser wird? Das wäre eine der traurigsten Rollen, weil das ein bürgerliches Trauerspiel wäre. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Steger.*) Ich weiß schon, daß ich den Dr. Steger jetzt nicht fröhlich gestimmt habe, aber ich glaube, Sie waren nicht im Raume, Herr Doktor, als ich über Sie gesprochen habe. (*Abg. Dr. Steger: Mitgehört am Lautsprecher!*)

Die Frage der Staatssekretäre wird sehr kompliziert, wenn man überlegt, wie es sich kompetenzmäßig — Kompetenzen haben sie keine —, wie es sich aufgabenmäßig zwischen

den Staatssekretären wirklich abspielt. Ich will ihnen ersparen, was man vor Jahren hier im Parlament — vom Bundeskanzler abwärts — alles sagte, als das bürgerliche Denkmal Nussbaumer als Staatssekretär enthüllt wurde. Hier wurde damals gesagt, daß nun die konjunkturpolitische, wirtschaftspolitische Steuerungsfunktion von diesem Staatssekretär persönlich und und vorgenommen wird.

Bitte schön, dem Nussbaumer müßte man nun sagen, was alles ihm von diesen Kompetenzen weggenommen wird. Die Entwicklungshilfe hat ihm schon die Dohnal weggenommen, und die Verstaatlichte hat er nie bekommen, denn daran hat ihn der Gatscha nie herangelassen. Ich glaube, der Nussbaumer ist im Moment ein bißchen funktionslos. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Jedenfalls stellt sich die Frage, wie zwischen Nussbaumer und Seidel die Koordination läuft. Möglicherweise kann man es durch eine Kommission lösen, möglicherweise kann man es durch die Frau Staatssekretär Karl lösen, möglicherweise wird Herr Minister Salcher so viel zu tun haben, um die finanz- und wirtschaftspolitische Situation nach Androsch wieder in Schwung zu bringen, daß er gar keine Zeit hat, sich mit den Querelen seiner Staatssekretäre auseinanderzusetzen. Aber bitte, so schön ist das ja nicht.

Wir haben neun Staatssekretäre jetzt, die Stühle hier (*auf die Regierungsbank zeigend*) wurden schon schmäler genommen, damit man die Regierung noch hinbringt. Wir haben neun Staatssekretäre, und einige davon haben sogar deklarierte Koadjutorfunktion, deklarierte Koadjutorfunktion in einem Ausmaß, daß ich bereits zu sagen wage: Und der zehnte Staatssekretär wird auch schon angekündigt, denn ich höre gerücheweise, auch Pahr soll einen politischen Direktor Jankowitsch bekommen. Bitte, das ist dann nichts anderes als auch ein Staatssekretär für Pahr.

Die Frage ist: Sind so viele Staatssekretäre, Herr Bundeskanzler, bei einem sparsam geführten Regierungsstil in einem kleinen Land wirklich notwendig? Ich weiß schon, es schaut schöner aus, aber Sie werden langsam mehr Staatssekretäre als Minister haben, und das geht sicherlich zu weit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dazu kommt aber noch, daß im Zusammenhang mit den Staatssekretären ein seltsames Phänomen auftaucht. Sie bekommen ihre Gehälter, sie bekommen ihre Sekretäre, sie bekommen ihre Autos, sie bekommen ihren Aktionsspielraum, mehr oder weniger, aber nicht alle nützen nun die Tätigkeit wirklich zur

6294

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Steinbauer

Tätigkeit aus. Denn wenn man die Liste der Staatssekretäre so Revue passieren läßt, dann fällt einem das Märchen, das Musical Brigadoon ein. Das ist jenes verwunschene Dorf, in dem Menschen glücklich, fern von der Wirklichkeit, leben. Nur alle 100 Jahre tauchen sie auf und sehen die Welt an — das ist dann so, wie wenn hier die ganze Besetzung aufmarschiert —, dann schauen sie sich die Wirklichkeit an, während sie sonst in diesem verwunschenen Dorf dahindämmern leben und vor sich hin still glücklich sind.

Bitte, überlegen wir einmal, wann wir das letztemal der charmanten Frau Albrecht begegnet sind! Sie muß in Brigadoon leben. Oder: Wann ist man der Frau Staatssekretär Fast das letztemal begegnet?

Oder: Da gibt es noch eine Familienstaatssekretärin.

Und wahrscheinlich sitzt in diesem sozialistischen Brigadoon — es ist möglicherweise irgendwo in Favoriten, im Kernland der SPÖ — auch der Energieminister, von dem man bezüglich Energiepolitik auch schon lange nichts mehr gehört hat.

Herr Bundeskanzler! Was ich damit sagen möchte: Viele Regierungsmitglieder, aber wenig Tätigkeit! Viele Staatssekretäre, aber wenig Nutzen dieser Möglichkeiten. Das ist schon keine gute Bilanz anläßlich einer Regierungsumbildung. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Problem, das letzte Problem dieser Regierungsumbildung, ist nach meinem Dafürhalten, daß die nächste ja unweigerlich schon angekündigt ist. Es wurde heute schon zitiert, es war der Bundeskanzler selbst, daß die nächste Regierungsumbildung „wahrscheinlich nicht 1981“ stattfindet. Das gibt den armen Regierungsmitgliedern nicht einmal die Sicherheit, den ganzen Kalender 1981 auszuschreiben. (Heiterkeit.) „Wahrscheinlich 1981 nicht“!

Das heißt aber auch, daß das, was heute für die Regierungsumbildung aufgeboten wurde, nur das vorletzte Aufgebot und noch nicht das letzte ist.

Das heißt auch, daß der Regierungschef noch vor der Frage steht, wie er mit dem, was ich politisch als das „eiserne Dreieck in der Regierung“ ansehe, fertig wird, wie er fertig wird mit Firnberg, Broda, Staribacher, denn dies ist die nächste Regierungsumbildung. Alle angekündigt, alle schon markiert als auszuwechselnd, aber sie stehen noch, wobei die eisernen Ecken verschieden hart sind. Ich würde Frau Minister Hertha Firnberg als härter ansehen als etwa den Minister Staribacher. Ich würde aber auch die Standfestigkeit des Justizministers als gar nicht so einfach zu knacken ansehen.

Das heißt, der Bundeskanzler ist gerade fertig mit einer Regierungsumbildung und beginnt sich nun der nächsten Aufgabe zuzuwenden, und die heißt wiederum nicht regieren, sondern „Regierung umbilden“, nachzudenken, wie er es nun wirklich der „Grande Dame des Sozialismus“ beibringt, daß sie nicht mehr Wissenschaftsminister ist, oder wie er wirklich dem Minister Broda mit seinen fertilen Reformeinfällen beibringt, daß er nicht mehr alle hundert nächsten Reformen durchziehen kann als Minister, und wie er dem Minister Staribacher in aller Fröhlichkeit beibringt, daß halt ein Handelsminister auch Energiepolitik hätte machen sollen. (Abg. Dr. Staribacher: Wenn Sie das Wort „Energiepolitik“ verwenden, dann wenden Sie sich bitte auch an die Handelskammer!)

Es steht also der Bundeskanzler heute abend zwar erleichtert auf, weil er den Androsch losgeworden ist, aber er steht vor der großen Problematik, die nächste Regierungsumbildung in den nächsten zwölf Monaten zu bewältigen, denn es ist nach seiner Meinung selber nicht sicher, daß er es bis Ende 1981 auch wirklich schafft.

Ich wollte, bevor ich schließe, dem Herrn Bundeskanzler zwei Sachen noch sagen, denn anstelle einer tatsächlichen Berichtigung gibt es schönere Sachen, nämlich Kreisky selber zu zitieren.

Herr Bundeskanzler! Sie wußten sehr wohl, daß Sie eine Generalvollmacht irgendwann einmal in der Schlacht um Androsch erhalten haben. Sie haben sich — ich habe vor mir die „Zeit im Bild“ — sehr ausführlich selber kommentiert, vor allem mit einer koketten Einschränkung, aber trotzdem: „Ermächtigung heißt, daß man mir das Recht gibt, auf gewissen Gebieten rascher zu handeln, als es der Fall wäre ...“ und so weiter.

Sie haben heute die Generalvollmacht abgestritten, bitte, Sie haben sie wirklich gehabt. Offenkundig ist sie heute erloschen, denn sie war ja eigentlich eine Generalvollmacht, um Dr. Androsch loszuwerden.

Ein zweites: Herr Bundeskanzler! Sie haben heute so getan, als ob es keine Kommissionen in einem überdurchschnittlichen Ausmaß geben könnte. Bitte, es gibt in den Ministerien Kommissionen wie folgt:

- im BKA 56 Kommissionen,
- im BMI 1 Kommission,
- im BMF 9,
- im BMJ 4,
- im BMsV 8,

Steinbauer

im BMG 9,
im BMLF 10,
im BMH 62,
im BMB 10,
im BMLV 5,
im BMV 7,
im BMU 32 und
im BMW 26 Kommissionen.

Das sind nach einer Zählung, die wahrscheinlich inzwischen schon überholt ist, und zwar nach oben, 239 Kommissionen.

Herr Bundeskanzler! Dies ist nach Ihren Worten erweiterte Demokratie, nur haben Sie bei diesen Ausführungen eines vergessen: Daß bei diesen Kommissionen meistens Sie ernennen, wer die Demokraten sind, die nun erweiterte Demokratie spielen können. Und das, glaube ich, ist auch kein Ersatz für wirkliche Demokratie. (*Beifall bei der ÖVP.*)

So möchte ich mit dem Gedanken schließen, daß die Regierungsumbildung zwar einen Sieg der Opposition bringt, weil Dr. Androsch gegangen ist, daß sie sicherlich auch eine Erleichterung für den Bundeskanzler bringt, weil Dr. Androsch gegangen ist, daß Sie aber sicherlich viele offene Fragen nach wie vor vor sich haben, noch dazu Fragen, die lange auf dem Eis gelegen sind, nämlich wieder Politik zu machen, wieder in der Sache weiterzukommen.

Was da läuft, das hat Kollege Fischer nicht so gesehen, wie ich es sehe. Er hat nämlich von einem Stafettenwechsel gesprochen. Ja, ein Stafettenwechsel findet heute statt, nur manche Ihrer Minister, Herr Bundeskanzler, laufen leider in die falsche Richtung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident (der wieder die Verhandlungsleitung übernommen hat): Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ein großer Teil der heutigen Debatte befaßte sich mit dem Ausscheiden des Herrn Finanzministers Androsch aus der Regierung. Auch mein Vорredner, der Herr Abgeordnete Steinbauer, hat Androsch zum Hauptthema seiner Ausführungen gemacht. Er begann — und das hat mich überrascht — damit, daß er sagte, er wolle Fischers angebotener Konsenspolitik entgegenkommen. Es hat aber nicht lang gedauert, denn gleich darauf ist er wieder in seine unlautere politische Gangart verfallen und befaßte sich schon wieder mit Vermutungen und Verdächtigungen gegen den scheidenden Finanzminister Dr. Androsch.

Dazu lassen Sie sich folgendes sagen, verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei: Elf Jahre lang hat Dkfm. Dr. Hannes Androsch, Wirtschaftsprüfer von Beruf, der sozialistischen Regierung als Finanzminister und Vizekanzler angehört. Elf Jahre lang hat Dr. Androsch die Finanz- und Wirtschaftspolitik Österreichs wesentlich mitgestaltet.

Es ist verständlich, wenn in der heutigen Debatte die Arbeit und die Leistungen von Dr. Androsch für Österreich nochmals durchleuchtet wurden. Es ist auch verständlich, wenn die Opposition eine kritische Bilanz zieht. Ich kann jedoch feststellen, verehrte Damen und Herren, daß in diesen Jahren, in den siebziger Jahren, Österreich einen Aufstieg erlebte, von dem wir in den sechziger Jahren nur geträumt haben. Meine Parteidreunde haben bereits ausführlich darauf hingewiesen.

Diese Erfolge können Sie nicht verkleinern, es kann Ihnen auch gar nicht gelingen, denn der Österreicher weiß noch sehr genau, wie es ihm in den sechziger Jahren gegangen ist und wie es ihm heute geht. Ob Arbeiter, Angestellte, Selbständige oder Pensionisten, alle werden Ihnen bestätigen, daß wir heute im Wohlstand leben, obwohl — und das zu sagen wird gern vergessen — es uns die Weltwirtschaftslage in diesen Jahren nicht leicht gemacht hat. So ist Vollbeschäftigung keine Selbstverständlichkeit in Europa, doch uns ist es gelungen, in den letzten zehn Jahren 400 000 neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik der siebziger Jahre wurde weltweit anerkannt, es waren Jahre wirtschaftlichen Erfolges. Es war die Arbeit der sozialistischen Alleinregierung, und es war die Arbeit von Finanzminister Dr. Androsch. Die fachliche Qualifikation können Sie Androsch nicht absprechen; er war ein sehr guter Finanzminister.

Diese erfolgreiche Finanz- und Wirtschaftspolitik ist der Österreichischen Volkspartei ein Dorn im Auge. Hier ist sicherlich auch der Grund für die eingesetzte Aktivität der ÖVP-Politmanager oder politischen Direktoren gegen die Person Androsch zu finden. Es wurde von diesen Herren eine Aktivität entwickelt, deren Leitlinie ungefähr lautet: In der Politik ist alles erlaubt.

Kalt und brutal wurden Gerüchte verbreitet, Verdächtigungen, Verleumdungen, Beschuldigungen ausgesprochen, in das Privatleben eingegriffen, Angestellte zu Dienstverletzungen verleitet, Klagen geführt, Handlungen aller Art gesetzt, die wir auch in der Politik, wo angeblich andere Maßstäbe zu gelten haben, kategorisch ablehnen und uns nicht gefallen lassen,

6296

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Mühlbacher

verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei!

Diese ÖVP-Politmanager sind nun auch in das Hohe Haus eingezogen und setzen hier diesen Arbeitsstil fort. Wir finden sie zum Beispiel im AKH-Untersuchungsausschuß. Auch dort agieren sie nicht der Aufgabe entsprechend, sondern für sie gilt nur, dort eine Politshow zu veranstalten.

Wichtig für diese Herren ist nicht die sachliche Arbeit, sondern der politische Effekt. Vorrang hat für sie die Partei.

Der ÖVP-Parteiobmann hat heute ausgeführt — allerdings an unsere Adresse gerichtet —: Zu viel Vorrang der Partei, und die Interessen des Landes kommen zu kurz.

Verehrter Herr Parteiobmann der Österreichischen Volkspartei! Dieser Vorwurf war hier fehl am Platz. Richtiger wäre es gewesen, ihn in Ihrem Klub an Ihre Politmanager zu richten.

Mein Klubobmann hat heute bereits vom angemessenen politischen Klima gesprochen. Ich glaube, darauf nochmals hinweisen zu müssen, weil ich persönlich besonderen Wert auf konstruktive und kooperative Arbeit hier im Hause lege. Ich nehme an, daß dies auch im Sinne der Mehrheit der ÖVP-Abgeordneten ist.

Nur verwundert mich, daß man dieses Arbeitsklima so leicht aufs Spiel setzt und sich nicht gegen diese Politik der Herren Steinbauer und Bergmann, nämlich die Politik der verbrannten Erde einiger ÖVP-Mannen, die hier das Szepter übernommen haben, wehrt.

Auch hier ein Widerspruch in den Ausführungen des ÖVP-Parteiobmannes Mock. Er sagte: Die Sozialpartnerschaft zeigt den Weg, wie Konflikte ausgetragen werden, ein gutes System.

Aber glauben Sie, Herr Parteiobmann Dr. Mock, daß man einerseits diesen Weg gehen kann und andererseits einer der ÖVP-Flügel alle politischen Umgangsformen mißachtet? Ich sage Ihnen, so wird das kaum gehen. Lehnen Sie, Herr Parteiobmann, den von mir angesprochenen ÖVP-Mannen das Prinzip der Toleranz, von dem Sie heute gesprochen haben. Im Fall Androsch wurden alle ungeschriebenen Regeln verletzt, und es war daher verständlich, daß Dr. Androsch auf seinen Wunsch aus der Regierung ausschied.

Den Herren ÖVP-Akteuren kann ich nur sagen, daß sie damit ihrer Partei keine guten Dienst geleistet haben, denn die Öffentlichkeit hat dieses Politspiel längst durchschaut. Sie konnte auch die menschlichen Qualitäten Androschs nicht untergraben.

Verehrte Damen und Herren der Österreichi-

schen Volkspartei! Wir sind froh, daß wir diesen Fachmann Dr. Androsch in Hinkunft an einer Stelle wissen, wo er der österreichischen Wirtschaft wertvollen Dienst leisten kann. Wir glauben, daß seine fachlichen Kenntnisse auch dort gute Dienste leisten werden. Es erscheint mir notwendig, daß es auch in diesem Kreditinstitut wieder zum Besseren kommt. Wir wissen, und ich glaube das hier sagen zu können, daß es gerade um die Konzernunternehmungen dieses Unternehmens nicht gut bestellt ist und daß man in diesem Institut nicht gerade eine gute Hand bei der Bestellung von Managern hatte. Ich glaube, daß mit Dr. Androsch auch dort ein neues System eintreten wird und daß man dort auch in der nächsten Zeit Erfolge aufweisen wird können.

Ansonsten will ich nur noch sagen, daß ich den neuen Regierungsmitgliedern alles Gute wünsche für ihre Tätigkeit.

Dem neuen Finanzminister Dr. Salcher, von dem ich überzeugt bin, daß seine lange politische Laufbahn — neun Jahre als Gemeinderat, neun Jahre als Landtagsabgeordneter — ihm bereits die fachliche Qualifikation, die notwendig ist, gegeben hat.

Auch Staatssekretär Dkfm. Seidel, der eine Art von Konsulent der Bundesregierung darstellt, wird nunmehr in der Regierung Gelegenheit haben, sein großes Fachwissen einzusetzen. Er war ja schon bisher immer einer ihrer Berater.

Und mein Freund, der Abgeordnete Dr. Kurt Steyrer, den man direkt aus der Ordination in dieses Ministeramt geholt hat, glaube ich, ist der richtige Mann für die Gesundheitspolitik Österreichs.

Wir werden also mit diesen neuen Männern die Aufgaben, die auf uns zukommen, genauso gut meistern wie in den vergangenen Jahren. Für das Jahr 1981 und überhaupt für die achtzig Jahre ist damit weiterhin die Grundlage geschaffen für eine erfolgreiche wirtschaftliche Tätigkeit zum Wohlstand des österreichischen Volkes. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Grabher-Meyer.

Abgeordneter Grabher-Meyer (FPÖ): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses! Sowohl die Ausführungen des Abgeordneten Wille als auch die Ausführungen des Abgeordneten Steinbauer fordern mich zu einem Widerspruch heraus, aber der Anstand und die Form des Hohen Hauses gebieten mir, erst einer Verpflichtung nachzukommen, einer Verpflichtung, die für mich keine ist, sondern der ich von Herzen gerne nachkomme.

Grabher-Meyer

Ich möchte dem neubestellten Gesundheits- und Umweltschutzminister Dr. Steyrer zu seiner Bestellung herzlich gratulieren. Er wird nicht überrascht sein, daß er auch meine persönliche Sympathie in einem hohen Maße hat, denn er hat sie in einem viel größeren Ausmaß eigentlich von der ganzen Bevölkerung und von der Opposition gemeinhin und von seiner Partei in reichem Maße schon genossen.

Ich bin aber sicher, daß Dr. Steyrer in seiner Bescheidenheit weiß, daß diese Sympathie, die ihm von allen Seiten entgegengekommen ist, auch eine gewisse Verpflichtung ist, die mitunter auch zur Last werden kann.

Aber nun lassen Sie mich kurz eine Replik auf die Ausführungen des Herrn Kollegen Steinbauer machen. Ich nenne ihn in Zukunft nur noch den Herrn Großinquisitor von Österreich, und ich bin überzeugt, daß man mir diesen Titel für ihn hundertprozentig abnimmt, denn er ist in ganz Österreich für seine Art bekannt und hat mittlerweile eine, wie ich meine, traurige Berühmtheit gewonnen.

Herr Abgeordneter Steinbauer, der Herr Großinquisitor, hat geglaubt, daß er eine gewisse tiefenpsychologische Erkenntnis gewonnen hätte daraus, daß sich unser Bundesparteibmann Dr. Steger hier an diesem Pult rechtfertigen wollte — und es auch getan hat in einer geeigneten Form — vor Angriffen, die, wie ich hier behaupte, jedenfalls mit schwarzer Tinte geschrieben worden sind, ob das nun ein schwarzes Blatt ist oder nicht, und er hat geglaubt, daß die Erkenntnis darin zu suchen ist, daß eben Dr. Steger über Dr. Steger hier spricht.

Ich glaube, ich habe auch eine tiefenpsychologische Erkenntnis daraus gezogen, daß es der Abgeordnete Steinbauer nie wagen würde, hier an diesem Pult über den Abgeordneten Steinbauer zu sprechen in seiner Sache, weil er überzeugt davon ist, daß es gar keinen Wert hat, über seine Person zu sprechen, denn diese Person ist zu wenig wert. Und damit höre ich schon auf. Ich möchte mich auch nicht länger über seine Ausführungen auslassen, er hat sich damit selbst gerichtet.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich jetzt zu den Ausführungen des Kollegen Wille kommen, der durchaus aus seiner Sicht als Gewerkschaftsfunktionär glaubt, hier eine gute Meinung vertreten zu müssen.

Der Herr Präsident Graf hat mich heute schon darauf hingewiesen, daß man sich selbst nie zu wichtig nehmen soll, und man seine Grenzen erkennen soll. Ich glaube, ich habe das für meine Person immer getan und fühle mich nur aus einem Umstand verpflichtet und

zum Widerspruch herausgefordert nach den Ausführungen des Kollegen Wille, weil ich selbst in meiner Person ein Jahrzehnt lang Arbeitnehmer und Arbeitnehmervertreter in der Arbeiterkammer war und schon fast ein Jahrzehnt nun Unternehmer in einem bescheidenen Rahmen als Gewerbetreibender bin.

Ich glaube ganz einfach, man sollte Volkswirtschaft nicht nur aus einer Sicht heraus sehen. Man sollte Volkswirtschaft so verstehen, daß sie nicht nur aus der Arbeitnehmersicht gestaltet werden kann, sondern daß es eben zwei, drei oder mehrere Seiten gibt, um volkswirtschaftliche Aussagen zu machen und zu einer Erkenntnis zu kommen.

Man kann durchaus die Auffassung vertreten, aus der Sicht eines Gewerkschafters und aus der Sicht eines Arbeitnehmervertreters, daß es heutzutage opportun sei, daß es notwendig sei, die Arbeitszeit zu reduzieren. Aber dann darf man nicht nur die halbe Wahrheit sagen.

Man muß auch die Erkenntnis haben, daß, wenn es nur ein gewisses Arbeitsquantum gibt, es auch nur ein gewisses Ertragsquantum gibt. Und dieses Ertragsquantum hat man bisher aufgeteilt auf die Arbeitnehmer. Wenn man nun hergeht und sagt, man kann die Arbeitszeit verkürzen, damit mehr Arbeitnehmer beschäftigt und die Arbeitslosenrate hintangehalten werden könne, muß man dann aber auch sagen — so wie es Wille vorgeschlagen hat —: bei gleichbleibendem Lohn.

Nun frage ich mich: Wenn dieses Auftragsquantum nur ein gewisses Ertragsquantum ergeben hat, woher nehmen wir denn den Rest des Geldes, wenn wir mehr Arbeitnehmer beschäftigen wollen mit dem gleichbleibenden Lohn?

Ich bin selbst Ökonom genug, zwar kein studierter, aber das ist ja auch Kollege Wille nicht, er hat seine Erkenntnisse aus Gewerkschaftsvorträgen gewonnen, ich habe sie aus der Praxis gewonnen als Arbeitnehmer und als Unternehmer. Ich kann Ihnen sagen, ich war sowohl in meiner Arbeitnehmertätigkeit und als Arbeitnehmervertreter nicht der Auffassung, daß die damalige Reduzierung der Arbeitszeit so hundertprozentig ein Vorteil für den Arbeitnehmer ist, wie es eben alle anderen, auch sozialistische Arbeitnehmervertreter damals in der Kammer waren. Ich habe schon damals warnend meine Stimme erhoben und gesagt, man kann nicht sagen, wenn man die Arbeitszeit verkürzt, dann geht es dem Arbeitnehmer besser. Ergo, habe ich damals behauptet, geht es uns am besten, wenn wir gar nicht arbeiten. Ich bin auch schon zufrieden, wenn man mir eine absolute Grenze sagt, wo Schluß ist, wo sich dieses „besser gehen“ ins Gegenteil ver-

6298

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Grabher-Meyer

kehrt. Aber ich habe bis heute noch von keinem, auch nicht vom Kollegen Wille, gehört, daß sich das mit 30 Stunden, die er jetzt gefordert hat, dann vielleicht ins Gegenteil verkehren könnte.

Darum lassen Sie mich das noch in aller Bescheidenheit sagen, als, wie der Herr Kollege und Präsident Graf sagen würde, kleiner und durchaus unwichtiger Blauer und kleiner Unternehmer. Glauben Sie mir, man kann nicht Äpfel und Birnen mischen. Wenn man Volkswirtschaft betreibt, dann muß man eben alle Aspekte berücksichtigen. Ich glaube, der neue Herr Staatssekretär Professor Seidel konnte hier dem Herrn Kollegen Wille noch einige aufklärende Bemerkungen und Erklärungen geben. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber lassen Sie mich nach diesem kurzen Intermezzo in die Wirtschafts- und Finanzpolitik und auch in die CA-Politik, wie sie vom Herrn Kollegen Steinbauer betrieben wurde, zu meinem eigentlichen Zweck zurückkommen, weshalb ich heute hier ans Rednerpult komme.

Ich habe schon den neuen Bundesminister Dr. Steyrer zu seiner Bestellung, zu seinem hohen Amt, beglückwünscht.

Herr Bundesminister Steyrer! Sie sind ein, wie alle, wie ganz Österreich weiß, anerkannter Fachmann, ein anerkannter und beliebter Arzefunktionär gewesen, und ich glaube, gerade Ihre Bestellung wird das Gesundheits- und Umweltschutzministerium beleben. Es wird die Arbeit in diesem Ministerium beleben, und es wird vielleicht erstmals seit Installierung dieses Ministeriums dazu führen, daß wir vielleicht mit Ergebnissen aufwarten können, die etwas schneller kommen, als sie bisher gekommen sind.

Ich teile Ihre Auffassung nicht ganz, Herr Bundesminister, wenn Sie die Arbeit Ihres Vorgängers — aber ich kann es verstehen, daß Sie es getan haben — nicht abwerten. Ich selbst und die Freiheitliche Partei haben es in mehreren Bereichen immer wieder getan, nicht abgewertet, sondern kritisiert, weil es uns zu träge schien und weil einfach die alten Forderungen, die die Freiheitlichen an das Gesundheitsministerium schon seit 1972 gestellt haben, auch unter der Ära des Bundesministers Dr. Salcher nicht erfüllt wurden.

Es ist mir schon bewußt, daß natürlich gut ein Jahr Ministertätigkeit für ein Gesundheits- und Umweltschutzministerium nicht dazu führen kann, große Erfolge aufzuweisen.

Gerade das ist es, was mir zu denken gibt, wenn wir seit 1973 bereits den dritten Gesundheits- und Umweltschutzminister haben und ihn begrüßen können. Es freut mich, daß es Dr.

Steyrer ist, aber es freut mich eben nicht, daß anscheinend hier das Gesundheits- und Umweltschutzministerium entweder als Durchhaus oder als Sprungbrett nach oben oder nach unten missbraucht.

Ich will es nicht unterstellen, Herr derzeitiger und jetzt neuer Finanzminister Dr. Salcher, daß Sie das bewußt getan haben. Nur ist es geschehen. Sie sind mit solch großen Ankündigungen in das Gesundheitsministerium eingestiegen. Sie haben so viel versprochen, aber relativ wenig, weil halt auch die Zeit kurz war, ich gebe Ihnen recht, erreicht von dem Versprochenen.

Ich weiß, und ich hoffe, daß doch Dr. Steyrer dieses sein Amt nicht als Durchhaus, auch nicht als Sprungbrett benutzt.

Ich bin sicher, Dr. Steyrer wird dieses Amt mit seiner ganzen Kraft ausüben, und er hat auch die notwendige Fachqualifikation dazu. Er war niemals — nach meiner Einschätzung ein sturer Parteipolitiker, er war als Abgeordneter ein Mann des Konsenses und er wird diesen Weg, wie ich hoffe, und wie ich meine, auch als Bundesminister weitergehen. Er hat die fachliche Voraussetzung, um einmal die Analyse zu machen, die in der Gesundheits- und Umweltschutzpolitik schon seit langem notwendig wäre, eine Analyse, die die Notwendigkeit, das Erkennen der Notwendigkeiten im Gesundheits- und Umweltschutzbereich überhaupt ermöglichen. Eine Voraussetzung, die dafür notwendig ist, um auch dann in der Folge die Prioritäten zu setzen, die sich objektiv ergeben werden und nicht durch eine Parteibrille eventuell getrübt werden sollen. Für diese Objektivität und diese Notwendigkeit ist Dr. Steyrer bekannt, wie ich schon gesagt habe.

Aber damit man aus dieser Analyse und aus dieser Erkenntnis und der Setzung von Prioritäten dann auch die notwendigen Maßnahmen setzen kann, braucht ein Ministerium — und das ist eine alte freiheitliche Forderung — auch das notwendige Instrumentarium. Und das, meine Damen und Herren, hat eben das Gesundheits- und Umweltschutzministerium unter Minister Leodolter nicht gehabt, und hat es auch nicht erhalten unter der Ära des Bundesministers Salcher, der zwar großartig versprochen hat, wie er sich einsetzen wird und mit welcher Vehemenz er die notwendigen Kompetenzen von seinen Ministerkollegen fordern wird.

Man hätte uns früher sagen können, oder man hat es uns vielleicht immer unterstellt, daß diese Forderung der Freiheitlichen eine Meinung ist, die eben parteipolitisch zu sehen ist, und deshalb nicht diese Wirkung hat. Ich habe es nie bestritten, daß es vielleicht eine

Grabher-Meyer

parteipolitische Forderung der Freiheitlichen ist. Nur, ich könnte hier und ich werde es auch tun, eine Kritik oder eine Meinung nicht eines Freiheitlichen, sondern eines unpolitischen Mannes, der aber im Gesundheitsministerium eine nicht unwesentliche Position besetzt, zitierten.

Herr Sektionschef Pindur hat in der letzten Ausgabe der „Wochenpresse“ gesagt, ohne daß er von den Freiheitlichen irgendwo kontaktiert wurde — man kennt seine Meinung schon geraume Zeit —: Es gäbe viele Bundesminister, die Gesetzesaufträge im Umweltschutz zu vollziehen haben, fast alle, aber nur einer kann für sich eine Ausnahme in Anspruch nehmen, der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz.

Meine Damen und Herren! Es freut uns natürlich, wenn sich hier Fachleute wie Sektionschef Pindur der Meinung der Freiheitlichen anschließen. Es ist ganz einfach eine logische Entscheidung und eine logische Meinung, die Sektionschef Pindur vertritt, weil er es aus seinem Fach, aus seiner langjährigen Tätigkeit im Gesundheitsministerium, am besten beurteilen kann, wie schwer man sich tut, Gesundheits- und Umweltschutzpolitik zu machen, wenn man keine Kompetenz hat.

Sektionschef Pindur hat eine 150 Seiten lange Strategie für den österreichischen Umweltschutz entwickelt und geschrieben und meint darin — ich zitiere —:

„Leider war und ist dieses Bundesministerium für den Umweltschutz nicht zuständig. Und das ist nicht nur eine peinliche Ungereimtheit, sondern die Dokumentation einer geraudezu unverzeihlichen Inkonsistenz, weil mit der Errichtung des neuen Ministeriums der Beweis der Erkenntnis der Umweltproblematik unwiderlegbar erbracht wurde und von da weg die Unterlassung wirksamer konzentrierter Maßnahmen nicht einmal mehr mit der Pseudounschuld der Unwissenheit exkulpirt werden kann.“

Meine Damen und Herren! Man könnte jetzt hier aufhören und sagen, das genügt wohl. Ich tue es trotzdem nicht und wage es hier als kleiner Blauer zu sagen:

Herr Bundesminister Steyrer! Sie werden von Ihrem Charakter und von Ihrer Mentalität her glauben, die fehlende Kompetenz durch ein kollegiales Überzeugen Ihrer Regierungskollegen ersetzen zu können. Ich hoffe, es gelingt Ihnen auf diese Weise. Nur, ich glaube es nicht. Ich glaube es aus der Erfahrung nicht, aus der Erfahrung einer Ministerin Leodolter, aus der Erfahrung eines Bundesministers Salcher, die sich durchaus mit ihren Kräften bemüht

haben, hier eine Bereinigung der Kompetenzen herbeizuführen, und die gescheitert sind in fast zehn Jahren sozialistischer Umweltschutzpolitik. Ich glaube es auch deshalb nicht, weil ich weiß, daß es Ihnen eben nichts nützt, wenn nur der Gesundheitssprecher mit seiner Fraktion der ÖVP und der Gesundheitssprecher mit seiner Fraktion der FPÖ ihre Bereitschaft erklären. Ich weiß, es würde Ihnen gelingen, wenn Sie es nur mit uns, mit mir kleinem Blauen und dem kleinen schwarzen Wiesinger, zu tun hätten. Dort würde Ihnen Ihre Kollegialität und Konsensbereitschaft all das einbringen, was Sie brauchen, um effiziente Umweltschutzpolitik zu betreiben.

Ich glaube es deshalb nicht, weil Sie es mit Ministerkollegen zu tun haben, die sich neun Jahre lang erfolgreich gewehrt haben, auch nur eine Kompetenz Ihres Bereiches ans Gesundheits- und Umweltschutzministerium abzugeben, dorthin, wohin es gehört. Deshalb bin ich eben nicht der Meinung, daß es Ihnen mit Ihrem goodwill und mit Ihrer Mentalität gelingen wird, hier eine zufriedenstellende Bereinigung herbeizuführen. Aber ich lasse mich gerne eines Besseren überzeugen, Herr Bundesminister, ich hoffe und wünsche Ihnen, daß es gelingen wird.

Wenn ich sage und meine, daß Bundesminister Salcher nicht sehr erfolgreich war, weil er es auf Grund verschiedener Umstände nicht sein konnte, einmal der Widerstand seiner Ministerkollegen, zum anderen seine kurze Amtszeit, die er selbst jetzt wieder beendet hat, so glaube ich das deshalb, weil sich Ihr Programm, das Sie in ersten Stellungnahmen als wichtig erachtet und abgegeben haben, sehr wenig oder gar nicht von dem unterscheidet, was Ministerin Leodolter schon seit Jahren gefordert und angekündigt hat und was Bundesminister Salcher seit eineinhalb Jahren ebenso gefordert hat. Ich kann es Ihnen sagen und möchte es Ihnen aufzählen:

Die Vorsorgemedizin: Eine sehr wichtige Einrichtung für die österreichische Gesundheitspolitik, die durchaus zu begrüßen ist, Sie wissen das, sowohl Minister Salcher als auch Sie, Herr Bundesminister Steyrer, haben anerkennend gesagt, daß es in Vorarlberg ein taugliches Modell, und nicht erst in neuester Zeit, sondern schon seit langem, gibt. Sie hätten dieses Modell seit Jahren bundesweit übernehmen können. Es ist daran gescheitert, daß wahrscheinlich nicht überall das gleiche Verständnis ist, nämlich dort, wo die Kompetenzen liegen. Sie liegen halt zum Teil wieder beim Sozialminister. Sie haben hier sehr wenig zu sagen.

Weiters haben Sie angekündigt ebenfalls eine wichtige Einrichtung der Gesundheitspoli-

6300

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Grabher-Meyer

tik, den Ausbau der Arbeitsmedizin. Ich und wir alle sehen es ein, daß es wichtig ist, und Sie als Betriebsarzt haben das jahrelang erfahren, wie wichtig es ist, wie wichtig auch dieser Bereich der Vorsorgemedizin sein kann und auch ist. Nur: Auch dort werden Sie sich erst einmal mit Ihrem Sozialminister einigen müssen, wie vorzugehen ist und welche Mittel aus seinem Ressort dafür aufgewendet werden können.

Meine Damen und Herren! Weiterhin haben Sie, Herr Bundesminister, den Kampf gegen den Drogenmißbrauch angekündigt. Hier, wo es gelungen ist — durch nicht un wesentlichen Beitrag der freiheitlichen Fraktion, der Freiheitlichen hier im Parlament —, einen Kompromiß herbeizuführen, der aber, wie ich heute noch behaupte — ich möchte mich aber hier nicht zum Begründer dieser Theorie machen —, und wie ich glaube, auf Jahre alte freiheitliche Initiativen zurückzuführen ist und auf eine Kompromißbereitschaft in der Frage des Drogen mißbrauchs.

Sie haben, Herr Bundesminister Steyrer, weiterhin angekündigt, daß Sie die Aktion „Ohne Rauch geht's auch“, die vom Bundesminister Salcher lobenswerterweise, aber auch auf Initiative der Oppositionsparteien durchgeführt worden ist, diese Kampagne weiterführen werden. Ich hoffe nur, daß Sie jetzt mit dem neuen Finanzminister hier nicht übers Kreuz kommen, obwohl er von sich aus gesagt hat, daß er auf diese Einnahmen der Tabakregie verzichten könnte. Ihm geht es nicht darum, und ihn interessiert es sehr wenig, woher die Tabakregie ihr Geld nimmt. Ich meine nur, er ist halt auf der einen Seite auch angewiesen, über 3 Prozent der Steuereinnahmen aus der Tabaksteuer weiterhin verfügen zu können. Ich hoffe nur, daß Sie diese Aktion so fortsetzen und auch fortsetzen können, wie Sie es angekündigt haben, aber auch mit der zweiten Stufe, daß nämlich diese Kampagne „Ohne Rauch geht's auch“ nicht durch eine größere Kampagne der Austria-Tabakwerke wieder kompensiert und deshalb dann zunichte gemacht wird. (*Zustimmung bei der FPÖ.*) Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß sich diese Aktion „Ohne Rauch geht's auch“ schlußendlich nicht in Rauch auflösen wird.

Die Ausweitung des Mutter-Kind-Passes — heute schon vom Kollegen Wiesinger erwähnt — ist eine durchaus begrüßenswerte Aktion und wird von uns genauso unterstützt wie von den anderen hier im Hause vertretenen Parteien.

Aber es gibt hier noch weitere, und zwar schon seit langem ungelöste Probleme in der Gesundheitspolitik, eben die Umgestaltung des Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds, wie

Sie es angekündigt haben. Sie werden es jetzt vielleicht bewältigen, wenn es Minister Salcher auch nicht gelungen ist, obwohl er gesagt hat, daß es sehr schnell zu geschehen hätte und er damals noch als Landesrat in Tirol diesen Zusammenarbeitsfonds von seiten der Tiroler aufkündigen wollte.

Es ist eben nicht so einfach, etwas anzukündigen und dann in die Tat umzusetzen, wenn man sich mit Widerständen herumplagen muß, wie es eben sozialistische Gesundheits- und Umweltschutzminister bisher tun mußten, und zwar bei den eigenen Ministerkollegen und bei der eigenen Fraktion. Ich meine, Herr Bundesminister, daß wir uns wirklich Gedanken machen müssen, wie die Finanzierung des österreichischen Gesundheitswesens weiterhin aufrechterhalten werden kann. Nicht zu Unrecht hat die Bundeswirtschaftskammer in einer Aussendung gesagt, daß heurige Defizit werde ungefähr eine Milliarde Schilling ausmachen. Ich glaube, hier muß uns allen gemeinsam etwas einfallen, damit wir eine weitere Verschuldung des Gesundheitsressorts und eine weitere ineffiziente und nicht mehr finanzi erbare Gesundheitspolitik verhindern können. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß es mit dem, was Sie neuerdings angekündigt haben, nicht abgetan sein kann, daß man einfach hergeht und sagt, es wird in Zukunft ein Schnitt gezogen für einzelne Spitalsaufenthalte, für einzelne Krankheiten, wie lange die Aufenthaltsdauer im Schnitt sein darf, und nachher werden wir niedrigere Verpflegskosten einführen und deshalb nur noch niedrigere Verpflegskosten bewilligen.

Ich glaube, es ist eine gefährliche Entscheidung, wenn man auf einmal ohne Objektivierung einer einzelnen Krankheit feststellt, für einen Blinddarm darf man acht Tage, für eine Magenoperation 14 Tage im Krankenhaus sein, und nicht mehr auf den Menschen Rücksicht nimmt, der diese Krankheit hat und dessen Krankheitsverlauf durchaus unterschiedlich sein kann. Ich glaube vielmehr, daß es Ihnen als Arzt, Herr Bundesminister Steyrer, gelingen wird, was anderen Ministern vielleicht nicht gelingen konnte, weil sie nicht so anerkannt waren wie Sie als Arzt, an die Verantwortlichkeit der Ärzte und Spitalerhalter zu appellieren, daß sie eben Leute nur noch so lange im Krankenhaus belassen, als es ihr Krankheitsverlauf erfordert. Ich glaube, Ihnen als Bundesminister, als Arzt, und ich mute es Ihnen zu, wird es gelingen, eine vernünftige wirtschaftliche Gesundheitspolitik und Krankenhauspolitik zu betreiben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Die Forcierung

Grabher-Meyer

des Umweltschutzes hat Bundesminister Dr. Steyrer als eine seiner wesentlichsten Aufgaben bezeichnet. Ohne Zweifel, Herr Bundesminister, ist es keine Frage, daß wir diesen Umweltschutz forcieren müssen. Aber kein Zweifel besteht auch daran, daß Sie es mit der derzeitigen Kompetenzlage niemals schaffen werden, den Umweltschutz zu forcieren. Ich glaube ganz einfach, daß es Ihnen erstmals gelingen müßte, entgegen Ihrem Antrag, Herr Bundesminister, den Sie noch als Abgeordneter in der vorigen Legislaturperiode eingebracht haben, erstmals Ordnung zu schaffen in den Ministerien, also eine Bereinigung der Kompetenzlage, und daß es nicht so einfach ist, wie Sie es hier dargestellt haben, wo Sie schreiben, es ist leicht einzusehen, daß die Kompetenzverteilung auf der Bundesebene zweckmäßigerweise erst dann vorgenommen werden kann, wenn feststeht, über welche Kompetenzen der Bund überhaupt endgültig verfügt. Sie meinen deshalb, daß man erst einmal die Kompetenz zwischen Ländern und Bund regeln und dann erst an die Ministerien herantreten und eine Regelung vornehmen sollte.

Herr Bundesminister! Die Ministerkollegen müssen Ihnen näher sein, und sie sind Ihnen näher, und Ihnen mit Ihrem Charme, mit Ihrer Überzeugungskraft wird es vielleicht eher gelingen als dem Juristen Salcher, hier auf Ihre Weise die Bereinigung herbeizuführen. Ich weiß, wenn Sie das geschafft haben, werden Sie sich mit den Ländern leicht tun. Aber solange Sie das nicht geschafft haben, werden Sie es auch mit den Ländern nicht erreichen. Es ist eben für mich nicht so leicht einzusehen, daß man zuerst mit den Ländern reden müßte. Reden Sie zuerst mit Ihren Kollegen und dann mit den Ländern!

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich bin froh, daß ich dieses Zitat des neuen Gesundheitsminister Dr. Steyrer in der letzten Ausgabe des „profil“ gelesen habe, wo Sie, Herr Bundesminister, gesagt haben: „Die Gesundheitspolitik wird in Zukunft der Prüfstein sein, ob gemeinsame Innenpolitik überhaupt noch möglich ist.“

Herr Bundesminister! Wenn Sie mit „gemeinsam“ den Konsens zwischen den Parteien ansprechen, wenn Sie die Gemeinsamkeit im Kompromiß aller im Parlament vertretenen Parteien suchen, dann haben wir uns getroffen. Dann haben Sie die uneingeschränkte Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit uns Freiheitlichen und mit dem Gesundheitssprecher der Freiheitlichen Partei. (*Beifall bei der FPÖ*.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Keimel.

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe ja, daß bei einer Regierungsumbildung zumindest im Laufe der Zeit die betroffenen Herren, etwa der Bundeskanzler, zumindest vertreten durch seinen neuen Vizekanzler, wieder im Hohen Haus erscheinen und daß sich zumindest bei der ersten Sitzung, wo wir über Grundsatzprobleme sprechen, der neue Herr Finanzminister nicht bereits von seinem — wie Kanzler Kreisky es formulierte — Gehilfen vertreten läßt. Denn das wäre ein schlechter Einstieg, das würde ein gestörtes Verhältnis zu unserem Hohen Haus von Anfang an bedeuten. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Meine Damen und Herren! Eine kleine Regierungsumbildung — so haben wir es ja heute öfters gehört, aber natürlich in welch wesentlichen Bereichen —, zwingt... (*Bundesminister Dr. Salcher, auf der Regierungsbank Platz nehmend: Ich bin schon da!*) Jetzt sind Sie gekommen, Herr Minister, ich begrüße Sie sehr herzlich. Ich habe ja auch gesagt, ich hoffe, daß Sie noch kommen werden.

Eine solche kleine Regierungsumbildung, aber in diesen Bereichen, zwingt natürlich zu grundsätzlichen Überlegungen über die Wirtschaftspolitik.

Ich möchte eingangs die Laudatio des Abgeordneten Mühlbacher ins rechte Licht rücken. Er meinte etwa, die österreichische Bevölkerung kann sehr wohl die sechziger Jahre und die zehn Jahre sozialistischer Regierung beziehungsweise Wirtschaftspolitik miteinander vergleichen. Ich werde im Laufe meiner Ausführungen auch noch ein paarmal darauf zurückkommen.

Aber erst einmal, Herr Abgeordneter Mühlbacher, zitiere ich einen Wirtschaftswissenschaftler, den Professor Tichy, den immerhin Herr Finanzminister Dr. Androsch mit der Ausarbeitung einer Studie beauftragt hatte, der im September vorigen Jahres, also vor wenigen Monaten, einen Artikel, eine Studie über zehn Jahre sozialistischer Wirtschaftspolitik geschrieben hat.

Es wäre gut, wenn der Abgeordnete Mühlbacher und sehr viele von der sozialistischen Fraktion diese Ausführungen des Wirtschaftswissenschaftlers Tichy lesen würden, der zusammenfaßt unter der Überschrift „Die Hypothek für die achtziger Jahre“. Hier schreibt er wörtlich:

„Doch gilt es festzuhalten, daß die siebziger Jahre mehr Probleme hinterlassen, als sie von den sechziger Jahren übernommen haben.“

Das meint der Wirtschaftswissenschaftler,

6302

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Keimel

nicht irgendein böser Oppositioneller, und er schreibt folgendes abschließend ... (Abg. Dr. Schranz: Von welcher Partei kommt Professor Tichy?)

Ich nehme an, daß Ihnen Professor Tichy wert genug wäre, denn er hat eine Studie für den Finanzminister erstellt. Ich nehme schon an, daß Sie ihn als so neutral und objektiv in seiner Abhandlung als Professor und Wirtschaftswissenschaftler halten, daß er sich sehr wohl ein Urteil darüber bilden kann. Ich werde dann auch den Herrn Professor Seidel noch zitieren. Dann bitte ich gerne auch um Ihre Zwischenrufe. (Abg. Dr. Maderer: Aber die Weltsituation ist ja ganz anders!) Ich mute ihm hier sehr gerne die Objektivität zu.

Hören Sie vielleicht die zusammenfassende Schlußbemerkung des Professor Tichy genau in der Replik auf zehn Jahre Wirtschaftspolitik.

„Für die Beurteilung der Wirtschaftspolitik gilt es zu berücksichtigen, daß die Folgen wirtschaftspolitischer Maßnahmen meist erst lang verzögert auftreten. Für den meßbaren Erfolg der siebziger Jahre“ — also der von der sozialistischen Regierung vertretenen siebziger Jahre — „etwa dürfen die Grundlagen, die Maßnahmen der sechziger Jahre legten, wichtiger gewesen sein als irgendwelche Aktionen der siebziger Jahre selbst.“

Meine Damen und Herren! Tichy schließt:

„Umgekehrt werden die Struktur-, Zahlungsbilanz- und Budget-Staatsschuldenprobleme, die die siebziger Jahre hinterlassen, die Erfolgsbilanz der achtziger Jahre nachhaltig beeinflussen.“

Das ist am Vorabend seines Siebzigers für den Bundeskanzler, der auch diese zehn Jahre Wirtschaftspolitik zu vertreten hat, ein natürlich nicht sehr erfreuliches Geburtstagsgeschenk. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber, meine Damen und Herren, es geht eben auch um die besondere Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers Dr. Kreisky, der vor einigen Jahren in seltener Selbsterkenntnis einmal von sich sagte, er verstehe davon nichts, und er habe das Recht — er hat das damals so erklärt —, in seinem Alter davon nichts zu verstehen.

Jawohl, das sei ihm auch zugebilligt. Aber er sollte daraus natürlich dann auch die Konsequenz der Nichteinmischung ziehen.

Er hat aber das Gegenteil getan: Er übernahm seinerzeit den Vorsitz einer sogenannten Industriekommission. Das war 1975, Anfang 1976. Schauen wir uns die Entwicklung unserer Industrie seitdem an:

Seitdem hat die Industrie über

60 000 Arbeitsplätze verloren, und die kleinen und mittleren Betriebe haben sie aufgesogen.

Seitdem, meine Damen und Herren, steht die verstaatlichte Industrie, Eigentümer Republik Österreich, vertreten durch den Bundeskanzler, vor, wie ÖIAG-Generaldirektor Grünwald, ich glaube, vorige Woche erklärte, „einer grauslichen Wirklichkeit“, ich zitiere ihn.

Und wieder stellte Professor Tichy 1979 in seiner erwähnten Studie für den Finanzminister fest:

„Es besteht“ — wörtlich — „angesichts der Tendenz eines Schrumpfens des Industrianteiles doch die Gefahr einer vorzeitigen Vergrößerung der österreichischen Wirtschaft mit möglicherweise gefährlichen Folgen für den Beschäftigtengrad.“

Diese Probleme haben Sie nicht sofort in den Griff genommen. Was hat diese Industriekommission und was haben alle anderen Kommissionen, wie wir heute gehört haben, inzwischen getan? Nichts! Genau vor diesen angekündigten, vor zwei, drei und vier Jahren angekündigten Problemen. Die Maßnahmen wirken langsam. Wieder Tichy erst vor wenigen Monaten.

Jetzt Maßnahmen zu ergreifen, wird Wirksamkeit wieder erst mit einem Time lag von einiger Zeit haben. Das haben Sie versäumt in der Wirtschaftspolitik, und verantwortlich ist Bundeskanzler Kreisky als Vorsitzender dieser Kommission.

Er stand auch in ständigem Konflikt — in ständigem Konflikt! — mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Finanzministers Dr. Androsch, etwa schon vor längerer Zeit bezüglich der Hartwährungspolitik, der Sparbuchsteuer und so weiter.

1978, vor zwei Jahren, hat der Bundeskanzler persönlich — das, meine ich, war das größte Mißtrauen gegen den Finanzminister — den Vorsitz einer Budgetsanierungskommission übernommen und damit auch die Verantwortung für das desolate Budget.

Bundeskanzler Kreiskys Ankündigung also, er übernehme jetzt wieder den Vorsitz — gemeinsam allerdings mit Präsident Benya — über die Wirtschaftskommission der SPÖ, muß daher aus einer bitteren Erfahrung eigentlich geradezu als Drohung angesehen werden, denn solche sozialistische Kommissionen enden immer mit massiven Belastungen der österreichischen Bevölkerung oder mit massiven Belastungen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe.

Bundeskanzler Kreisky hat uns am 5. Oktober 1977, vor gut drei Jahren also, im Parlament sein Sanierungspaket als sogenanntes

Dr. Keimel

Sieben-Punkte-Programm vorgestellt: umfassend, wie er damals im Hohen Haus erklärte, budgetäre, monetäre, strukturpolitische, energiepolitische, handelspolitische, einkommenspolitische und sogenannte Bereitschaftsmaßnahmen, was immer das sein sollte.

Dieses Sieben-Punkte-Programm war vorerst und schlagartig ab Verkündigung mit einer jährlichen Mehrbelastung der österreichischen Bevölkerung von damals 14,5 Milliarden Schilling verbunden.

Im Mittelpunkt dieses damaligen Programms stand das berühmt-berüchtigte 2. Abgabenänderungsgesetz.

Meine Damen und Herren! Von wo habe ich diese Formulierung? Herr Präsident Kurt Mühlbacher schreibt im „Selbständigen“ in der letzten Ausgabe selbst:

„Denn Abgabenänderungsgesetze haben es nun einmal in sich. Wer an die Bestimmungen des berühmt-berüchtigten 2. Abgabenänderungsgesetzes von 1977 denkt, weiß Bescheid.“

Ich frage mich, warum der Herr Abgeordnete Mühlbacher, heute mit seiner Laudatio, damals nicht Bescheid wußte. Da hat er diesem berühmt-berüchtigten Abgabenänderungsgesetz, das insbesondere die kleinen und mittleren Betriebe härtest getroffen hat, voll die Zustimmung erteilt. Das ist keine wirtschaftspolitische Linie. (Beifall bei der ÖVP.)

Wo steht nun diese Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik? Wir stehen hier mit einem strukturellen Budgetdefizit, das auch in diesem Jahr 1981 mit angenommenen 50 Milliarden Schilling nicht haltbar sein wird. Das hat der neue Finanzminister Dr. Salcher bereits anklingen lassen. Wir stehen mit einem Budget vor diesen schwierigen Perioden, in dem — ich zitiere Professor Socher — „Beschäftigungsimpulse keinen Platz mehr haben“.

Wir stehen vor monetären Problemen aller Art, sei es die sogenannte Hartwährungspolitik, die ich voll vertrete, mit den flankierenden Maßnahmen natürlich, aber nicht, wenn sie, so wie in den letzten Jahren sehr oft, allein gelassen wurde ohne flankierende Maßnahmen und damit unseren Export geschädigt hat und den Import geradezu provoziert. Wir stehen vor den monetären Problemen der Hochzins- oder Sparförderungspolitik — alles Probleme, die überhaupt nicht gelöst sind, obwohl sie seit langem vor uns stehen.

Wir stehen vor großen Strukturproblemen, vor allem im verstaatlichten Industriebereich, denen Bundeskanzler Kreisky — wieder er persönlich — Milliarden an den Weltmulti General Motors und Drei-Jahresarbeitsplätze etwa im obersteirischen Raum gegenübergestellt.

Meine Damen und Herren! Die Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, Dauerarbeitsplätze zu schaffen, aber doch nicht Dreijahresarbeitsplätze, sondern Dauerarbeitsplätze, wie sie eben während der letzten Jahre die mittelständische Wirtschaft gewährleistet hat, die nicht den Bruchteil der Förderung der Staatsförderung erhalten hat, ja ganz im Gegenteil.

Handelspolitisch stehen wir da mit einem strukturellen Zahlungsbilanzdefizit, das zum größten Problem wurde und damit, über dieses Problem, die Stabilität und die Arbeitsplätze gefährdet, wobei gerade heute die Wirtschaftspolitiker und Wissenschaftler längst den innigen direkten Zusammenhang zwischen Budgetdefizit, zwischen einer pervertierten keynesianischen Politik und der Zahlungsbilanzmisere erkannt haben.

Und zur Energiepolitik kann man in ihrer zersplitterten, unkoordinierten Art, wie sie von der Regierung gehandhabt wird, ja nur mehr fragen: Quo vadis? Ich glaube, die Antwort darauf kann uns ohnehin keiner der Minister geben, am wenigsten der Energieminister.

Und einkommenspolitisch — das war ein Hauptpunkt, den Kreisky 1977 angeschnitten hat — hat diese sozialistische Regierung erstmals — erstmals, das ist allerdings eine Premiere — erreicht, daß die Realeinkommen nicht nur stagnieren, sondern nunmehr für Zehntausende eine reale Einbuße droht.

Meine Damen und Herren! Das sind also die „Erfolge“ von zehn Jahren sozialistischer Wirtschaftspolitik, wobei die Folgen als ungedeckte Wechsel auf die Zukunft, auf die Zukunft der jetzigen Generation, der herankommenden Jugend gezogen wurden, Schuldwechsel, Staatsverschuldung in explodierender Milliardenhöhe, was Professor Seidel, jetzt Staatssekretär, schon vor fast zwei Jahren scharf kritisiert hat, worauf ich dann noch komme.

Verbunden war nun Bundeskanzler Kreiskys Sieben-Punkte-Programm mit der Entlassung des damaligen Wirtschaftsstaatssekretärs Dr. Veselsky. Wie schnell man eigentlich alle diese Maßnahmen schon vergißt! Herr Dr. Veselsky, Sie waren in Ungnade gefallen, nachdem Sie den katastrophalen Wirtschaftskurs der Regierung, vor allem die Struktur- oder die Nichtstrukturpolitik, öffentlich und scharf kritisiert haben. Sie haben damals Mut bewiesen, allerdings, Herr Staatssekretär a. D. Dr. Veselsky, Sie sind damit eben aus der Regierung entfernt worden. Sie haben ja damals zum Budget gesagt: Aus nichts wird nichts! Oder was haben Sie zur mangelnden, zur fehlenden Strukturpolitik erklärt? „Wir haben die Arbeitsplätze im Ausland gesichert.“

6304

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Keimel

Aber was hat sich denn seitdem geändert? Es wurde ein neuer Staatssekretär mit Dr. Nussbaumer berufen, ein — ich zitiere wieder Bundeskanzler Kreisky — „Weggefährte der Sozialisten auf Zeit“, wie ja der Bundeskanzler alle jene nennt, die als Nichtsozialisten — wieder wörtlich — „am Aufbau des Sozialismus mitwirken“. Bis dieser dann als „vollendete Demokratie“ wohl alle Bereiche durchflutet hat, etwa die ehemaligen freien Universitäten, oder wie jetzt diese „vollendete Demokratie des Sozialismus“ offensichtlich auch die größte Bank dieses Landes, die Creditanstalt, durchfluten soll.

Meine Damen und Herren! Dabei müssen wir ja bedenken, und darum geht es in der ganzen Diskussion gerade auch um die Creditanstalt, um die größte österreichische Bank, daß wir in Österreich den größten verstaatlichten und paraverstaatlichten Bereich — also über diesen Bankenbereich und so weiter — in der gesamten westlichen Welt haben. Und hier hat es sehr wohl eine Auswirkung, wie diese Positionen besetzt werden, meine Damen und Herren. Sie haben hier im Hause keine demokratische Legitimation mit 51 Prozent, diese Funktionen im verstaatlichten und paraverstaatlichten Bereich, im Wirtschaftsbereich, im Kapitalbereich mit 90 und 95 Prozent zu besetzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich möchte hier schon auch noch etwas dazusagen als Obmann des Österreichischen Managementklubs. Das bin ich seit zehn Jahren, und wir haben ja einige tausend Führungskräfte der österreichischen Wirtschaft, viele Nichtparteimitglieder, die aus der Wirtschaft kommen, aber auch Manager aus der Verwaltung vereinigt. Wir verurteilen mit aller Entschiedenheit die — ich möchte das schon sehr stark sagen — geradezu perfide Herabsetzung des bisherigen Vorstandes der Creditanstalt, perfid deswegen, weil dieser Vorstand, zusammengesetzt etwa auch mit drei sozialistischen Vorständen, mit Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Vranitzky, der jährlich vom Hauptaktionär Bund hinsichtlich der Bilanz und der Geschäftsführung entlastet wurde, jetzt so herabgesetzt wird.

Meine Damen und Herren! Wir verurteilen die Umgehung aller im eigenen Management erfolgreich Wirkenden, nur um für Androsch eine Politposition zu schaffen (Beifall bei der ÖVP), die insgesamt den sozialistischen Einfluß auf die Wirtschaft verstärken soll, wie ich schon erwähnte, weit über die Grenzen der demokratischen Zustimmung der Bevölkerung hinaus.

Und da frage ich auch den Herrn Dr. Steger — nicht die Freiheitliche Partei, weil ja hier die Meinung quer durchgeht; ich habe mit vielen

Freiheitlichen während der letzten Wochen gesprochen, meine Damen und Herren, da frage ich schon den Herrn Dr. Steger —, welche Rolle er eigentlich hier spielt. Dr. Steger trägt die volle Verantwortung für eine radikale Machtausweitung der Sozialisten. Ich hatte bisher Achtung vor dem Parteiobermann der Freiheitlichen Dr. Steger. Für mich persönlich hat er das Recht verwirkt, „Saubermann“ in der Öffentlichkeit auch nur noch zu spielen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! „Professor“ kommt, wenn ich richtig informiert bin, von „profiteor“, das heißt „ich bekenne“. Ich nehme an, das stimmt so, Herr Professor. Und so werden Sie, Herr Professor Seidel, von allen österreichischen Bürgern, die gegen die Durchflutung unserer Gesellschaft mit Austromarxismus sind, gegen den totalen Machtanspruch der SPÖ, welche — wie erwiesen und Steger unterstützt — Alleinregierung zu oft mit Alleinherrschaft verwechselt, so werden Sie, Herr Professor Seidel beurteilt werden — das muß Ihnen auch klar sein — mit Annahme dieses Amtes. Denn, Herr Professor Seidel, vor einem Jahr, vor einem knappen Jahr, hat etwa Finanzminister Androsch in einem Vortrag wörtlich erklärt: „Natürlich gibt es eine sozialistische Steuerpolitik, die mit der nach sozialdemokratischen Grundwerten orientierten Politik korreliert.“ Also zum Beispiel einer Politik der „Überwindung“ der sozialen Marktwirtschaft und vieles andere, worauf ich jetzt nicht eingehen kann und möchte.

Herr Staatssekretär Seidel! Ich bedaure, daß Sie als bewährter und geachteter Chef des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts in die sozialistische Regierung gewechselt sind. Ich sage das ganz persönlich. Es wäre für Sie — aber das haben Sie selbst zu entscheiden — und für die österreichische Wirtschaft und Bevölkerung besser gewesen, ich glaube sogar, für die sozialistische Regierung, Sie wären Wifo-Chef geblieben, bereit, wie bisher kritisch, objektiv und ohne parteipolitische Zwänge Wirtschaftsforschung zu betreiben als Basis, als Grundlage politischer Entscheidungen gerade auch für diese sozialistische Regierung. (Beifall bei der ÖVP.) Aus unserer langen Bekanntschaft sage ich das persönlich: ich bedaure das. (Abg. Dr. Fischer: Eine verlustreiche Woche für die ÖVP, was Sie alles bedauern! Steger bedauern Sie! Seidel bedauern Sie!) Herr Dr. Fischer! Eine verlustreiche Woche nicht für die ÖVP, sondern für die österreichische Bevölkerung, das haben Sie anscheinend überhört. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil aber weder offensichtlich der Herr Bundeskanzler noch die Sozialistische Partei den neuen Finanzminister Dr. Salcher besondere

Dr. Keimel

Sach- und Fachkenntnisse für und in seinem neuen Ressort zutrauen und auch zumuten, haben Sie ihm mit Professor Seidel eben das Expertenhirn beigegeben.

Ich frage den Bundeskanzler: könnten Sie nicht jetzt als Sparsignal, als Signal, die Staatssekretäre Dr. Nussbaumer, von dem wir ohnehin nie mehr etwas hören und sehen in diesem Haus, und die Frau Karl entlassen?

Meine Damen und Herren! Wie soll denn diese Regierung eine koordinierte Wirtschaftspolitik in einer der schwierigsten weltpolitischen und wirtschaftspolitischen Perioden umfassend Finanzpolitik, Budget- und Steuerpolitik betreiben? Wie schon mein Kollege Steinbauer meinte: viele Köche können hier den Brei nur verderben und versalzen.

Im Mittelpunkt jedenfalls und als Grundlage sicherer Dauerarbeitsplätze, einer positiven Wirtschaftsentwicklung muß die Budgetsanierung und damit verbunden eine umfassende Steuerreform stehen, wobei allerdings die ersten Gehversuche des Herrn Dr. Salcher als Finanzminister sicherlich ein bissel hilfslose, schwankende, ich möchte mich vorsichtig ausdrücken, Gehversuche, Krabbler waren mit dem Mut, Herr Minister, sowohl zu höheren Budgetdefiziten als auch zu weiteren explodierenden Staatsschulden, mit der Kreisky-Verneigung, die unumgängliche Steueranpassung mit Schuldsscheinen abzugelten. Das waren nicht gerade erfolgversprechende erste öffentliche Gehversuche.

Da wird sich jetzt sein Staatssekretär Seidel durchsetzen müssen. An Ihren bisherigen Erkenntnissen, Herr Professor Seidel, an Ihren Taten werden wir Sie messen und dann auch an Ihrem Mut eventueller persönlicher Konsequenzen, auch der Durchsetzung der von der ÖVP vorgelegten Konzepte zur Budgetsanierung und zur Steuerpolitik, die Sie ja, Herr Professor Seidel, oft genug unterschrieben haben, voll unterschrieben haben, wie auch Ihre Pressestunde vom letzten Sonntag bewiesen hat.

Über weite Strecken der Pressestunde haben Sie ja geradezu die Konzepte der Österreichischen Volkspartei vertreten, etwa das Budgetkonzept der ÖVP aus 1978, welches die Sanierung über die Ausgabenseite vorsieht und mit vielen Details unterstreicht. An der Spitze ein Verschwendungsstopp, wobei als erster Erfolg sicherlich die von der ÖVP seinerzeit geforderte Unterlassung des Baus des UNO-Konferenzzentrums um 3,5 Milliarden Schilling steht.

Durchforsten Sie, Herr Finanzminister, Herr Staatssekretär, alle diese Projekte, wobei an vorderster Stelle aber bei dieser Sanierung über die Ausgabenseite die permanente Verwaltungsreform stehen muß mit einem radika-

len Bürokratieabbau, wie es uns als erste Maßnahme erfreulicherweise zum Beispiel der neue Präsident der Vereinigten Staaten Reagan vorgemacht hat. Herr Finanzminister! Herr Staatssekretär! Das sind Aufgaben, die zu bewältigen es gilt.

Meine Damen und Herren! Ein Budgetkonzept aber, welches auf der Einnahmeseite durch einen unabdingbaren Steuerstopp und damit zwangsläufig mit einer Steuerreform verbunden ist zu mehr Leistungs-, zu mehr Wirtschafts-, zu mehr Familienförderung. Sie, Herr Professor Seidel, haben vor wenigen Monaten, ich glaube, vor fünf Monaten erst, anlässlich einer Wirtschaftskonferenz erklärt, daß sich „bei einer Staats- und Steuerquote von über 40 Prozent eben die Grenzen des Steuerstaates abzuzeichnen beginnen“.

Diese Fragen müssen Sie in der nächsten Zeit entscheiden, nicht nur klären, entscheiden. Wie wollen und werden Sie diese Erkenntnisse in die politische Entscheidung umsetzen? Ich frage Sie, Herr Minister: Haben Sie hier bereits ein Konzept? Denn das Wirtschaftsforschungsinstitut noch unter Leitung von Professor Seidel hat ja etliche andere steuerpolitische Erkenntnisse geliefert, wie etwa zum gerade abgeschlossenen Budget 1980.

Herr Professor Seidel wörtlich: „Die Verschiebungen in der Steuerstruktur zu den Steuern von Einkommen und Vermögen dürften im kommenden Jahr jedenfalls die Merklichkeit der Besteuerung verstärken.“ Sie kennen die vorsichtige Professorensprache; „Merklichkeit“ heißt: Der Steuerdruck steigt, und die Antwort darauf war der Steuerwiderstand, meine Damen und Herren. Die Grenzen sind nicht nur erreicht, sie sind offensichtlich in weiten Bereichen bereits überschritten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und so schrieb auch das Wirtschaftsforschungsinstitut unter Seidel: „Die Zuschüsse zum Prämiensparen wurden verringert, auch für das Bausparen wurden die Zuschüsse reduziert, für das Wertpapiersparen überhaupt gestrichen.“ Und jetzt kommt der Satz: „Diese Maßnahmen schmälern allerdings nicht die Ausgaben, sondern erhöhen die Steuereinnahmen.“ Sie waren, meine Damen und Herren, also das Ventil gegen die automatische Progressionsverschärfung.

Wie sieht denn das zahlenmäßig für das Jahr 1981 aus? Die durchschnittliche Erhöhung der Lohneinkommen der Arbeitnehmer und die der Pensionisteneinkommen wird laut Wifo gegenüber dem Vorjahr um etwa 7 Prozent liegen. Die Steigerung aber der Lohnsteuereinnahmen liegt laut Budget 1981 bei fast 15 Prozent. Das ist also eine Steigerung um das Doppelte.

6306

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Keimel

Und, meine Damen und Herren, was sagt das Wifo dazu? Was sagt Dr. Lehner dazu? Die Verdoppelung resultiert daraus, daß faktisch nun alle Pensionisten unter die Lohnsteuer fallen und daß sich „der Großteil der Steuerpflichtigen in Progressionsstufen befinden, die ursprünglich nicht für sie gedacht waren“. Diese Erkenntnisse des Wirtschaftsforschungsinstituts bedürfen nun der Durchsetzung in der Regierung.

Daher, Herr Staatssekretär, waren und sind wir über Ihre Aussage als Fast-Staatssekretär anlässlich der Pressestunde so schockiert, als Sie meinten — und das ist fast untergegangen, das war der denkwürdige Satz Ihrer Aussage —: „Ich würde an sich glauben, daß die Möglichkeiten der direkten Besteuerung noch nicht ausgeschöpft sind.“

Diesen Satz muß man sich merken! Was soll denn das bedeuten? Haben Sie damit als Staatssekretär ankündigen wollen, daß Sie für eine Ausweitung der direkten Besteuerung sind? Meine Damen und Herren! Die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts wurde über Nachfrage ja nur als Beispiel von Ihnen genannt. Sie haben auch die Sparbuchsteuer in dieser Pressestunde wieder im Raum stehen lassen.

Meine Damen und Herren! Herausgerissen aus dem Gesamtzusammenhang ohne jedes Gesamtkonzept können solche Entscheidungen einfach nicht gemacht werden, werden sie von uns strikt abgelehnt! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber da hängt sich ja, meine Damen und Herren, sofort der Herr Sozialminister Dallinger dran und meint, daß man die volle Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts etwa ab einem Monatsbezug von 20 000 S überlegen könnte. Besonders interessant ist ja, daß das ausgerechnet der Obmann der Privatangestelltengewerkschaft meint. Früher begannen sogar bei den sozialistischen Gewerkschaftern die sogenannten Reichen wenigstens erst über der Höchstbeitragsgrundlage nach der Sozialversicherung. Jetzt macht man das schon darunter.

Meine Damen und Herren! Sie versuchen offensichtlich heute die Budgetsanierung über die härteste Besteuerung der Pensionisten, der Mindesteinkommensbezieher, der Führungskräfte unserer Wirtschaft und der Facharbeiter. Das lehnen wir ganz entschieden ab! (Beifall bei der ÖVP.)

Daher — ich sage dies vorweg, mein Kollege Vetter wird es dann begründen — werden wir Ihren Entschließungsantrag ablehnen, weil in diesem Entschließungsantrag alle diese Fällen miteingebaut sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich würde meinen, Herr Staatssekretär Seidel, lassen Sie sich ja nicht — ich meine das auch ganz persönlich — mit Ihrem hervorragenden Expertenimage als sogenannter Minenhund missbrauchen! Sie werden hinausgeschickt mit Expertentouch, man will mit Ihnen offensichtlich abwägen. Wie weit kann man gehen mit der Bevölkerung? Dann hat es halt der Seidel gesagt, und wir entscheiden dann bei 20 000 S oder irgendwo, wo die Schmerzgrenze gerade noch erreicht ist.

Meine Damen und Herren! Entweder sind Sie, Herr Staatssekretär, dafür vorgesehen oder diese Sozialistische Partei hat tatsächlich nicht mehr einen einzigen Fachmann mehr aus ihren eigenen Reihen oder aus den ehemaligen 1 400 Experten, die das ehemalige ökonomische Programm der SPÖ erstellten, gefunden.

Vor der Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Gemeinwirtschaft hat Seidel auch darauf hingewiesen — ich muß Ihnen das heute sagen, weil wir Ihnen gleich klar Ihre Linie vorlegen wollen, woran wir Sie messen werden —, daß die Nettodefizite aller öffentlichen Haushalte in Österreich bereits etwa 5,5 Prozent des Bruttonationalprodukts ausmachen, in den EG jedoch nur 4 Prozent. Sie sind also wesentlich höher in Österreich. Sie haben gewarnt. Sie haben wörtlich erklärt, Herr Professor Seidel: „Eine weitere Öffnung der Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben ist zumindest als längerfristige Strategie nicht oder jedenfalls nur unter unrealistischen Annahmen denkbar.“ Unter unrealistischen Annahmen!

Jetzt glaubt aber Ihr Finanzminister in seiner ersten Stellungnahme, er könne das Budgetdefizit weiter ausdehnen und die Schulden weiter erhöhen. In welchem Zusammenhang werden Sie das jetzt klären? Was ist das für eine koordinierte Wirtschaftspolitik, Herr Finanzminister, Herr Professor Seidel?

Eine solche — wie haben Sie es genannt? — „unrealistische Annahme“ ist aber offensichtlich die Idee, die unumgängliche Steueranpassung in Schuldspapieren des Staates abzugelten. Das wäre im Frieden nach Jahren größten Aufschwungs ein Zwangssparen ähnlich Kriegsanleihen, das wäre eine Bankrotterklärung Ihrer Finanz- und Steuerpolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Deshalb denkt Präsident Benya in seiner Pressestunde, deshalb denkt Staatssekretär Seidel auch in seiner Pressestunde und deshalb denkt Finanzminister Salcher, wie wir es gelesen haben, darüber nach, wie die unumgängliche Lohn- und Einkommensteueranpassung „finanziert“ werden könnte. Was soll denn das heißen? Es soll also

Dr. Keimel

zu gar keiner Steuerentlastung kommen, sondern im Gegenteil offensichtlich zu weiteren Erhöhungen der Steuerlastquote. Hier sind insbesondere, was wir bisher gehört haben, Steueranschläge auf die international im härtesten Wettbewerb stehenden österreichischen Betriebe zu befürchten.

Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister! Herr Staatssekretär! Sie sollten die Erkenntnisse Ihres Wirtschaftspolitikers und Denkers Professor Matzner zur Kenntnis nehmen, wonach — ich zitiere ihn wörtlich — das Steuersystem „kontraproduktiv“ ist, und der daher fordert, produktive Investitionen wieder profitabel zu machen. Dorthin sollten Sie Ihre Überlegungen in der Budget- und vor allem in der Steuerpolitik richten.

Sie sollten die Grenzen des Steuerstaates beachten. Wir bieten Ihnen, Herr Finanzminister, Herr Staatssekretär, den Dialog über das von der ÖVP vorgelegte Budgetkonzept ebenso an wie über unser Steuerkonzept mit den Schwerpunkten — natürlich beharren wir nicht und glauben, wir hätten jetzt die Patentlösung gefunden — des unabdingbaren Steuer- und Belastungsstopps zufolge der hohen Steuerlastquote. Das erfordert zwangsläufig ein neues Steuersystem, das wieder leistungsfreudlich, wirtschaftsfördernd und familienbewußt ist. Dieses neue Steuersystem muß wieder gerecht und für alle Bürger einfach und durchschaubar werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Diese Grundsätze wurden in zehn Jahren sozialistischer Steuerpolitik zerstört und vielfach ins Gegenteil verkehrt. Damit übernehmen Sie, Herr Finanzminister Dr. Salcher, ein sehr schweres Erbe. Von Tiroler zu Tiroler: Ich kann Ihnen zu diesem Amt eigentlich nicht gratulieren, ich müßte Ihnen als Landsmann eher mein Bedauern, mein Beileid ausdrücken. Aber es wird an Ihnen liegen, den angebotenen Dialog, die Diskussion aufzunehmen.

Wir schlagen Ihnen daher vor: Suchen Sie die Diskussion in dieser schwierigen Zeit auch mit uns sowie mit allen positiven Kräften, die mitdenken und mitwirken wollen für unser Vaterland, für unsere Wirtschaft. Verwirklichen Sie demgemäß die vielen guten Vorschläge des seinerzeitigen Chefs des Wirtschaftsforschungsinstitutes Seidel, von dem wir wieder das gleiche erwarten und nicht, daß er dieses Image zur Durchsetzung sozialistischer Finanz- und Steuerpolitik verleiht. In diesem Sinne erwarten wir neue Wege in der Wirtschaftspolitik, die wir stets an unseren Konzepten auf der Basis der Sozialen Marktwirtschaft messen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei hat heute in seinem einführenden Referat beziehungsweise in seiner einführenden Rede auch den Anlaß der Regierungsumbildung wahrgenommen, um die Frage der politischen Kultur stärker in den Vordergrund zu rücken. Ich kann das, was er gesagt hat, voll und ganz unterschreiben, da auch ich persönlich der Ansicht bin, daß die politische Kultur ein Wesenselement der Demokratie zu sein hat und daß dort, wo keine politische Kultur vorhanden ist, auch die Moralität der persönlichen Auseinandersetzung nicht mehr gewährleistet ist.

Ich möchte daher einen Appell an den Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei richten, dafür Sorge zu tragen, daß die politische Tischkultur in seiner eigenen Partei in Ordnung kommt und nicht ähnliche Unterstellungen und Verdächtigungen gegen unseren Bundesparteiobmann weitergeführt werden, wie sie vom Kollegen Steinbauer vorhin stattgefunden haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Steinbauer! Ich darf Ihnen einmal ganz ehrlich und offen etwas sagen: Was muß wirklich noch passieren, bis Sie zur Erkenntnis kommen, daß jemand, der in ein so dunkles Geschäft wie die Rabelbauer-Geschichte verwickelt ist, kein moralisches Recht hat, sich als Zensor aufzuspielen? (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Steinbauer: Ich habe nur die Wahrheit gesagt! — Abg. Dr. Blenk: Ihre Geschäfte sind viel, viel dunkler! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Das Schreiduell zeigt, daß Sie ein schlechtes Gewissen in dieser Sache haben, meine Damen und Herren. Zweifelsohne hat man hier eine empfindliche Stelle von Ihnen getroffen. Ich kann dem Kollegen Steinbauer nur eines sagen: Jeder kehre vor seiner eigenen Tür. (*Demonstrativer Beifall bei der ÖVP.*) Dann wäre er nicht herausgegangen und hätte Zensor gespielt. (*Abg. Fachleutner: Dem Peter müssen Sie das sagen!*)

Was erschreckt Sie so? Ich glaube, Sie sollten das unterstreichen, was Ihr Bundesparteiobmann gesagt hat. (*Ruf bei der ÖVP: Der Obermüller kommt!*) Wollen Sie wirklich, daß ich das ganze Sündenregister von ÖVP-Skandalen seit Ihrer Existenz hier aufzähle, meine Damen und Herren? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Wir sollten doch den Appell Ihres Bundesparteiobmannes zum Anlaß nehmen, einen anderen Stil zu pflegen. Deshalb habe ich dem

6308

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Jörg Haider

Herrn Kollegen Steinbauer gesagt, daß sein Ausrutscher vor unserem Bundesparteiobmann eigentlich gar nicht zur Grundaussage Ihres Bundesparteiobmannes gepaßt hat. Das wird man wohl im Hohen Haus noch feststellen dürfen. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Steinbauer: Kollege Haider, ich habe nur die Frage gestellt: Was hat der Steger bekommen?*)

Herr Kollege Steinbauer! Ich werde Ihnen jetzt darauf antworten. Wenn Sie nicht nachgehen, dann muß ich halt hier ein paar Dinge feststellen. Sie haben also gemeint... (*Zwischenruf des Abg. Steinbauer.*) Wollen Sie mir zuhören? (*Abg. Graf: Das wissen wir noch nicht, probieren Sie halt einmal!*) Es spricht „für“ jene von Mock bekundete Toleranz, daß Sie nicht einmal mehr das Argument abwarten, ehe Sie erwidern.

Steinbauer hat heute zum Beispiel gesagt, der Steger sei in einer schwierigen Situation gewesen, und Keimel hat dann noch gemeint, er habe das Recht verwirkt, ein Saubermann der Nation zu sein. Da muß ich Sie schon einmal fragen: Ist Ihnen bewußt, meine Damen und Herren, daß den Startschuß zum Revirement in der Creditanstalt Sie selbst als Österreichische Volkspartei gegeben haben (*Abg. Helga Wieser: Wieso?*), indem Sie zugesimmt haben, daß in der Länderbank — ich werde es Ihnen erklären — zwei Vorstandssitze mehr geschaffen wurden, damit Vranitzky und ein weiterer ÖVP-Vertreter dort einziehen können? Und dann ist erst Platz geworden für einen weiteren Kandidaten in der Creditanstalt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP. — Heftige Zwischenrufe des Abg. Peter.*) Sie wollen das nicht hören, meine Damen und Herren. (*Abg. Fachleutner: Von der SPÖ den Judaslohn möchten wir wissen!*)

Noch etwas. Man soll wirklich nicht schlafende Hunde wecken. Hier haben Sie jedenfalls die falsche Attacke geritten, denn jemand, der im Glashaus sitzt und so mit Steinen herumwirft wie Sie, der kann nur einen Trümmerhaufen seiner Politik ernten! Das kann ich Ihnen sagen. (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. Steinbauer: Haider, ich gebe Ihnen recht, daß schlafende Hunde nicht mit Steinen werfen!*)

Das nächste Argument, das noch ins Treffen geführt wurde, warum Steger als Saubermann der Nation nicht mehr in Frage käme, war jenes: er würde sozusagen die absolute Mehrheit der SPÖ in einer wichtigen Bank sicherstellen, er würde den totalen Machtanspruch der Sozialisten verwirklichen.

Darf ich Sie fragen, ob Ihnen schon einmal bewußt geworden ist, daß die Freiheitlichen mit ihrem Verhalten in der Creditanstalt bewirkt haben, daß bei der kommenden Hauptver-

sammlung der Creditanstalt auch Ihre ÖVP-Positionen erhalten bleiben? Und damit haben wir der SPÖ etwas vorenthalten, was sie machen könnte, und das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen! (*Beifall bei der FPÖ. — Zwischenrufe des Abg. Dr. Blenk.*) Lassen Sie mich doch das erklären, Herr Kollege! Sie sollten, glaube ich, fair genug sein, nicht zu sagen, es findet ein totaler SPÖ-Machtanspruch statt, wenn wir Freiheitlichen sichergestellt haben, daß das nicht passiert und sogar Ihre Positionen noch erhalten.

Meine Damen und Herren! Das kann man doch nicht in einer solchen Art und Weise abqualifizieren, wie das der Kollege Steinbauer getan hat.

Letztlich darf ich Ihnen auch noch etwas sagen. Wir verstehen die Aufregung nicht nur bei der Österreichischen Volkspartei, sondern auch in Teilen der Sozialistischen Partei, daß wir die Chance genutzt haben, nach 35 Jahren eines starren Proporzsystems in diesem verstaatlichten Bereich Ordnung zu machen, und ein bißchen mehr Freiheit für jene Menschen, die kein Parteibuch haben, geschaffen haben. Das ist der klare Erfolg dieser Politik! (*Beifall bei der FPÖ. — Abg. A. Schläger: Hat der Androsch kein Parteibuch?* — *Zwischenrufe des Abg. Mag. Höchtl.*) Ich habe das Gefühl, jetzt werde ich dem Kollegen Höchtl da einen Platz einräumen müssen. Er ist schon so begierig, hier mitzutun.

Aber wir sind jedenfalls einen Weg gegangen, meine Damen und Herren, der Österreich in einer ganz entscheidenden Weise im verstaatlichten Bereich verändern wird, wo wir das Proporzsystem tatsächlich aufbrechen werden. (*Na geh! — Rufe bei der ÖVP.*) Daß Sie natürlich keine Freude haben, die Sie jahrelang zwischen Rot und Schwarz gepackelt haben in dieser Frage, das verstehe ich natürlich, meine Damen und Herren. (*Abg. Fachleutner: Eure Parteimitglieder haben auch eine Freude mit euch!*)

Aber man wird auch noch die Wahrheit in diesem Hause hier sagen dürfen. Und das verstehen Sie und das vertragen Sie nicht. (*Abg. Fachleutner: Fragen Sie Ihre Parteimitglieder! Die sind anderer Meinung!*) Daher werde ich es so lange wiederholen, bis die letzten in Ihrer Fraktion auch das zur Kenntnis genommen haben, weil es sachlich begründet ist. (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Es ist auch noch ein weiteres Argument.

Ich verstehe nicht, daß Sie sich wirklich so ärgern, weil man Ihnen einmal die Wahrheit gesagt hat. (*Abg. Fachleutner: Eure Parteimitglieder draußen ärgern sich!*) Das, meine

Dr. Jörg Haider

Damen und Herren, werden Sie auch jetzt mit Zwischenrufen und mit Geschrei nicht besser machen. (*Ruf bei der SPÖ: So ist das!*) Ich glaube, man sollte hier wirklich zu dem Stil zurückkehren, den Mock bekundet hat, und auf den verstehen wir uns. Sie haben selbst frenetisch applaudiert, als der Bundesparteiobmann das gesagt hat.

Sie waren auch voll einverstanden, als er gesagt hat, es muß mehr Toleranz geben, meine Damen und Herren. Ich glaube halt, daß Toleranz letztlich dann auch den Zweck haben muß und das Ziel haben muß, daß man mit Unterstellungen gegenüber dem politisch Andersdenkenden aufhört. (*Ruf bei der SPÖ: Jawohl!*) Beweise sind da, um zu überzeugen. Unterstellungen, persönliche Haßgefühle aber haben, glaube ich, in der Politik nichts verloren. (*Ruf bei der SPÖ: Jawohl!*) Und wenn wir diesen Stil wieder im Hohen Hause finden, meine Damen und Herren, dann wird es auch uns Oppositionsparteien leichter sein, in der sachlichen Konfrontation diese zahllosen Schwachstellen dieser Regierung aufzuzeigen und auch der Öffentlichkeit gegenüber glaubwürdig zu demonstrieren, wie notwendig es ist, daß Sie in Ihrem Regierungsanspruch reduziert werden. (*Abg. Kraft: Fangen Sie damit an!*)

Um diese Bereitschaft wollen wir und möchten wir Sie ersuchen, meine Damen und Herren. Wir akzeptieren das, was Mock heute gesagt hat. Wir können und werden aber einen Stil, den Herr Steinbauer vorhin gepflogen hat, nicht akzeptieren können. Ich glaube, daß große Teile Ihrer Fraktion selbst ein Unbehagen haben, wenn in dieser Art und Weise bei uns politische Debatten abgeführt werden.

Es war natürlich auch diese Debatte insofern interessant, als ja die Regierung durch ihre Umbildung, die jetzt in einer größeren Form eineinhalb, fast zwei Jahre nach der letzten Nationalratswahl stattgefunden hat, eigentlich zugeben mußte, daß ihr Start mit einer neuen absoluten Mehrheit in die achtziger Jahre, wie sie ja so schön plakatiert hatte, mit einer Panne begonnen hat, denn man ist bis zum heutigen Tag offenbar damit beschäftigt gewesen, die Service- und Begleitmannschaft für dieses Regierungsschiff einzusetzen, und kann jetzt erst, wie man angekündigt hat, in See stechen.

Wenn der Tiroler Salcher sozusagen historische Parallelen wachruft, dann mußte man sagen, es handelt sich ums letzte Aufgebot. Aber ich will das keineswegs hier festhalten. Ich halte mich lieber an das historische Zeugnis von Klubobmann Fischer, der heute gemeint hat, endgültig sind die Weichen für die Sachpolitik gestellt worden.

Ja meine Damen und Herren, es ist interessant für eine Oppositionspartei, zur Kenntnis zu nehmen, daß die Regierung in fast zwei Jahren nach Wiedererringen der absoluten Mehrheit eigentlich in der Sachpolitik offenbar nichts getan hat, weil sie personalpolitisch in ihren Aktionen gelähmt war.

Fischer ist sogar noch weiter gegangen. Er hat gesagt: Ja sonst werden sich die Leute noch verlaufen!

Ich würde das ein bißchen korrigieren, Herr Klubobmann Fischer. Nicht die Leute werden sich verlaufen, denn wir als Opposition, zumindest was die Freiheitlichen betrifft, haben eine große Zahl sachlicher Initiativen angeregt, von der Schichtarbeiterfrage über das Karenzgeld für Bäuerinnen bis hin zum Schutz des mobilen Arbeitnehmers, die mit konkreten Anträgen, bitte, hier im Haus liegen, das müssen Sie uns zugestehen. Es werden sich daher nicht „die Leute“ verlaufen, sondern höchstens die Wähler der SPÖ werden sich verlaufen, wenn Sie Jahre brauchen, von der Personalpolitik zur Sachpolitik überwechseln zu können. Aber bitte schön, das ist Ihr persönliches Problem.

Immerhin ist es eine Zäsur, wenn ein Finanzminister, der ja doch die zentrale Stelle in der politischen Administration einer Regierung ist, ausgewechselt wird. Er wird deshalb ausgewechselt, weil offenbar jener Kurs, der vor zehn Jahren so großartig angekündigt worden ist, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht aufgegangen ist, sodaß das Unbehagen beim kleinen Mann draußen in einem wachsenden Maße ansteigt, weil er weiß, daß es nie zuvor in diesem Staat so viele verschiedenste Privilegien gegeben hat, daß man das Pulver, das man bräuchte, um in einer wirtschaftlich schwierigen Situation Arbeitsplätze zu sichern, verschossen hat, daß die Strukturprobleme der Wirtschaft jahrelang zwar diskutiert, aber nicht gelöst worden sind, und weil man von der Steuerpolitik her gesehen eigentlich den Leistungswillen ziemlich ruiniert hat.

Und das, meine Damen und Herren, forderte ein persönliches Opfer der Regierung in der Person des Finanzministers — so sehe ich das —, damit man nach außen hin tätige Reue üben und sagen kann: Wir wollen uns jetzt ohnedies auf eine andere Linie festlegen!

Das — gestatten Sie mir, das festzuhalten —, was man bisher sieht, na ja, das ist eigentlich nur die Tatsache, daß wir mehr Regierungsmitglieder bekommen haben. In der Sache hat sich nichts geändert. Mehr Minister, mehr Staatssekretäre, und somit ist also die Regierungsumbildung nichts anderes als die Vervielfältigung von Problemen durch die Einstellung von neuen Staatssekretären.

6310

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Jörg Haider

Was in der Sache herauskommen wird, scheint mir noch sehr unklar zu sein, denn die Liste der Probleme, die Sie zu lösen haben werden, meine Damen und Herren, die Sie in neue Regierungsfunktionen eingerückt sind, ist einigermaßen groß.

Ich will gar nicht den AKH-Skandal als größten Skandal der Zweiten Republik zitieren, aber allein die Frage der Arbeitsplätze, die Verschwendungen im Sozialversicherungsbereich durch eine Überbürokratisierung, die der Rechnungshof in einer ganz eindringlichen Weise gerügt hat und die die kleinen Versicherten draußen Millionen und Abermillionen Schilling kostet, die auf uns zukommende Lösung der Witwerpension, die in die Milliarden geht, das Scheitern der Familienpolitik, wo es Versprechungen der Regierung gibt, die seit Jahren nicht eingelöst werden. Letztlich aber auch solche Abenteuer, die durch Ungeschicklichkeiten zum Abfluß von 3 Milliarden Devisen aus den österreichischen Banken geführt haben, das ungelöste Wohnungsproblem für die junge Generation, das seit zehn Jahren keiner Lösung zugeführt wird, das Armutspolitik, das man gerade an der jüngsten Diskussion um die Sozialversicherung der Bauern einigermaßen deutlich nachvollziehen konnte.

Ganz besonders augenfällig ist ein fortgesetzter Weg in den Lohnsteuerstaat, der offenbar selbst bei den eigenen Kollegen in der Regierungsfraktion großes Unbehagen hervorgerufen hat.

Ich verweise nur darauf, daß 1955 die Steuerquote noch 30 Prozent betragen hat, 1979 ist sie auf 41 Prozent angestiegen; daß die Bruttoeinkommen von 1975 bis 1980 zwar um 45 Prozent angestiegen sind, daß aber die Lohnsteuer im selben Zeitraum doppelt so stark, nämlich um 97 Prozent, gestiegen ist und die Sozialversicherungsbeiträge im selben Zeitraum um 67 Prozent anstiegen. Das heißt, daß die Einkommensentwicklung nur halb so stark angezogen hat als die Entwicklung auf dem Steuer- und Beitragssektor.

Das, meine Damen und Herren, ist ein Alarmsignal für eine Regierungsumbildung gewesen und erfordert sicherlich klare und zukunftsorientierte Überlegungen vom verantwortlichen Finanzminister und seinem neuen Staatssekretär.

Denn wir sind im Bereich der Besteuerung, im Bereich der Abgabenwirtschaft zwar an der europäischen Spitze — wenn ich nur daran denke, daß wir die höchsten Sozialversicherungsbeiträge in ganz Europa zahlen —, wir sind aber mit den Europalöhnen noch weit von der Spitzenposition entfernt.

Genau das hat ja auch Ihr Klubkollege Veselsky in einem jüngsten Beitrag in der „Zukunft“ so schön hervorgehoben, wenn er sagt — und das scheint mir also sehr wesentlich zu sein —: „Nur in einer kleinen Minderheit von OECD-Staaten“ — schreibt Veselsky —, „und bei ihnen handelt es sich nur um wenig entwickelte, liegt das Schwergewicht des Steueraufkommens bei den indirekten Steuern. Zu diesen gehört Österreich.“

Es ist also ein vernichtendes Zeugnis, das ein eigener Fraktionskollege seiner Regierungspartei ausstellt, indem er sagt: Unter den unterentwickelten Staaten, wo die indirekte Steuer bereits ein Übermaß angenommen hat, befindet sich auch Österreich.

Daher erachten wir es, Herr Staatssekretär, als ein schlechtes Einstandsgeschenk für die Österreicher, insbesondere für die große Zahl der Arbeitnehmer, daß Sie — eher laut denkend, wie ich annehme — einen Luftballon haben steigen lassen, ob man denn nicht das 13. und 14. Monatsgehalt, somit das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld, einer stärkeren Besteuerung unterziehen könnte.

Ich habe mir das durchgerechnet, und es scheint mir so zu sein, daß allein im Einkommensbereich von 6 000 S steuerpflichtiges Monatseinkommen die Vollversteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes dazu führen würde, daß die Lohnsteuerbelastung um 40,5 Prozent zunimmt. Wollen Sie das verantworten, Herr Staatssekretär?

Bei einem Einkommen von 10 000 S — das ist ja bei heutigen Verhältnissen auch noch nicht sehr viel — würde die Lohnsteuerbelastung um 26,5 Prozent zunehmen, bei 20 000 S um 24,6 Prozent.

Ich halte daher diesen Vorstoß für absolut konfus, und ich halte es auch für falsch und unehrlich, wenn jetzt Krokodilstränen von Seiten der Bundesregierung und ihrer Mandatare vergossen werden, die da sagen: Wir wollen ja nur eine Höchstgrenze einführen, ab der eine begünstigte Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts nicht mehr möglich sein soll!

Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen ist es Ihnen darum gegangen, eine massive, neue, große Steuereinnahmequelle zu finden. Das sollten Sie auch zugeben. Es spricht für die Ehrlichkeit des Staatssekretärs, heiße Eisen anzufassen, es spricht aber nicht für ihn, daß er sich nicht damit auseinandergesetzt hat, welche Gruppen der Bevölkerung er damit treffen würde. Nämlich gerade die große Masse der Einkommensbezieher, die ohnedies schon sehr stark unter der Besteuerung und Abgabenlast zu leiden hat.

Dr. Jörg Haider

Unter diesem Aspekt haben auch wir Freiheitlichen in der Verhandlung über die Creditanstalt-Bankverein selbstverständlich auch das Problem der Privilegien im Spitzeneinkommensystem aufgegriffen, nachdem Sie als Regierungspartei zehn Jahre das Thema vertreten haben, aber nicht den Mut gefunden haben, hier einmal einen Schnitt zu machen.

Hier muß einmal darüber nachgedacht werden — und da gebe ich dem Kollegen Wille vollkommen recht —, wie es denn möglich sein kann, daß in risikolosen, also für den einzelnen nicht risikobehafteten Beschäftigungen, die höchsten Einkommen im staatlichen Bereich bezahlt werden, während in der Privatwirtschaft solche horrenden Einkommen, die mit Leistung und Risiko in keinem Verhältnis mehr stehen, bei weitem nie erreicht werden können.

Das ist ein Erfolg, den wir Freiheitlichen uns hier zurechnen, nach 35 Jahren einer unheiligen Allianz auch auf diesem Sektor der Privilegiengewirtschaft bei den Spitzengehältern zielführend den Kampf ansagen zu können. Wir werden hier versuchen, sachlich, aber mit aller gebotenen Härte, eine entsprechende Lösung herbeizuführen.

Denn es darf nicht so sein, wie es Schumperter in seinem Werk „Die Krise des Steuerstaates“ sehr anschaulich darstellt. Er schreibt nämlich dort:

„Der Steuerstaat darf den Leuten nicht so viel abfordern, daß sie das finanzielle Interesse an der Produktion verlieren oder doch aufhören, ihre besten Energien daranzusetzen.“

Meine Damen und Herren! Mit dem Vorstoß des Herrn Staatssekretärs sind wir drauf und dran, eine Entwicklung einzuschlagen, einer großen Zahl von fleißigen Österreicherinnen und Österreichern deutlich ihren Leistungswillen zu reduzieren. Denn wir wissen ganz genau, daß der sozialpolitische Grundgedanke des 13. und 14. Monatsgehals wohl der war, nicht zusätzlich ein Einkommen zu zahlen, sondern den Menschen neben der Besteitung ihrer Lebenskosten, die alltäglich anfallen, die Chance zu bieten, einmal auf Urlaub zu gehen oder sich zusätzlich etwas anzuschaffen. Das scheint mir eine vollkommen falsche Aktion gewesen zu sein, und ich würde es begrüßen, wenn der Herr Staatssekretär heute hier ein klarendes Wort sagte, damit die österreichische Öffentlichkeit weiß, woran sie ist.

Ich habe auch das Gefühl, daß gerade mit dieser Debatte, die hier über eine neue Steuereinnahmequelle auf Kosten der Masse der Einkommensbezieher gehen sollte, eigentlich taktisch ein Manöver so angelegt war, daß man die

Lohnsteuerreform, die die Regierung 1982 zu machen haben wird, vorfinanzieren wollte. Man wollte sich ein gewisses Körbergeld schaffen, um dann 1982 wie der Weihnachtsmann hinzutreten und zu sagen: So, jetzt machen wir die große Lohnsteuerreform, die wir den Menschen erarbeitet haben!

Ich richte daher aus Anlaß der Debatte um die Regierungsumbildung konkrete Fragen an den Herrn Bundesminister für Finanzen.

Erstens würde es meine Fraktion interessieren, wer künftig autorisiert ist, die Richtlinien der Regierungspolitik in Finanzsachen zu artikulieren. Wird es der Staatssekretär sein, wird es der Finanzminister sein, oder wer immer ist zuständig?

Zweitens. Wo sehen Sie, Herr Bundesminister, aus Ihrer Sicht die Grenzen der Belastbarkeit im Hinblick auf die jetzt wieder angelauften Diskussion? Sie müssen sich Gedanken darüber gemacht haben, denn Sie wissen genau, daß hier wachsende Einkommensverluste nicht ständig hingenommen werden können, weil sie — auf Sicht gesehen — zu einer ökonomischen Entmündigung der Menschen führen würden.

Drittens frage ich Sie: Sind Sie bereit zu erklären, daß unter Ihrer Administration ein Ausräumen und eine Plünderung des Familienlastenausgleichsfonds, wie sie von Ihrem Vorgänger vorgenommen worden ist, nicht mehr stattfinden wird?

Viertens. Sind Sie bereit, die Zusagen, die Bundeskanzler Kreisky in Absprache mit Frau Staatssekretär Karl und dem Finanzminister anlässlich der Debatte um die Familienbeihilfenerhöhungen vom Sommer des vergangenen Jahres über die Verbesserung der Situation der Familien gemacht hat, einzuhalten, und werden Sie Maßnahmen ergreifen, sie zu realisieren? (*Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.*)

Fünftens. Welche Überlegungen haben Sie hinsichtlich der Errichtung eines höheren Bundesbeitrages zur Pensionsfinanzierung? Ihr Ministerkollege Dallinger hat ja schon mehrfach hier vor dem Hohen Haus erklärt, er könne sich nicht mehr vorstellen, daß man mit einem derart niedrigen Bundesbeitrag in der Zukunft auskommen wird. Man wird also den Bundesbeitrag für die Pensionen erhöhen müssen.

Sechstens. Wie halten Sie, Herr Bundesminister, es mit der Quellensteuer? Ich meine, daß die Diskussion doch im Zusammenhang mit dem letzten Budget in jene Richtung gegangen

6312

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Jörg Haider

ist, daß es geheißen hat: Weg von der Quellensteuer. Eine Form der Quellensteuer ist die neue Bankensteuer. So habe ich den Herrn Bundeskanzler eigentlich in vielen und zahlreichen Äußerungen verstanden. Es scheint jetzt plötzlich wieder das Gespenst der Quellensteuer als Steuer des kleinen Mannes auf. Ich glaube, die Öffentlichkeit hat ein Anrecht, zu Beginn einer neuen Administration zu wissen, was sie erwartet.

Siebentens. Wann und wie wollen Sie die Lohnsteuersenkung finanzieren? Planen Sie, Vorleistungen einzuhaben, indem neue Steuern sozusagen die materiellen Voraussetzungen für ein späteres Zurückgeben dieser neuen Steuerbelastungen darstellen?

Ich glaube, daß es aus dem gebotenen Anlaß richtig ist, hier diese Fragen an Sie, Herr Bundesminister, zu richten, damit nicht nur über die Vergangenheit diskutiert wird, sondern der Österreicher auch weiß, was er in der Zukunft von einem neuen Finanzminister zu erwarten hat. Ich ersuche Sie daher, uns diese Fragen zu beantworten.

Wir werden dem Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei hinsichtlich des 13. und 14. Monatsgehalts beitreten. Wir werden aber dem Entschließungsantrag der SPÖ nicht beitreten, da er in einer sehr verwaschenen Form die Beibehaltung der begünstigten Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts vor sieht.

Ich halte es nicht für ehrlich, wenn wir der österreichischen Öffentlichkeit nicht klipp und klar sagen, was wir wollen.

Wir sagen es klar: daß das kein Diskussionsthema für uns ist. Wir können über eine Steuerreform verhandeln, wir können über den Privilegienabbau bei Steuerbegünstigungen verhandeln, wir können aber nicht über einen Weg verhandeln, wo neuerlich auf dem Rücken und auf Kosten der Masse der Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht werden sollen.

Das können Sie von uns nicht erwarten. Das werden auch Sie, meine Herren Abgeordneten von der Regierungspartei, aus innerster Überzeugung nicht mitvollziehen wollen. (*Beifall bei der FPÖ*)

Präsident Thalhammer: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Vetter. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Vetter (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Hohes Haus! Bevor ich auf den Tagesordnungspunkt direkt eingehe, vielleicht zwei Bemerkungen zu zwei meiner Vorredner.

Ich hoffe, ich habe den Herrn Abgeordneten Wille richtig verstanden. Er hat zum Problem der Arbeitszeitverkürzung festgestellt — so habe ich es im Gedächtnis —, man könnte eine Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Produktion sehr wohl einführen, weil es dort Probleme gibt, aber im öffentlichen Dienst gebe es eh keine Arbeitslosen, dort wäre eine Arbeitszeitverkürzung nicht notwendig.

Herr Abgeordneter Wille: Wenn Ihre Aussage so klar war, wie ich es jetzt wiederholt habe, dann bedeutet das die Zerstörung der Solidarität aller Arbeitnehmer Österreichs (*Beifall bei der ÖVP*), die seit 1945 mühsam, aber mit Erfolg aufgebaut werden konnte.

Ich hoffe, daß diese konkrete Äußerung für diesen Bereich nicht die offizielle Meinung des ÖGB oder gar des Herrn Präsidenten Benya ist. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. A. Schläger: Was sagt denn der Prechtl dazu?*)

Meine Damen und Herren! Die Regierungsumbildung war notwendig oder ist ermöglicht worden, weil Dr. Androsch als Vizekanzler und als Finanzminister nicht mehr tragbar gewesen ist, nicht mehr tragbar für diese Regierung, nicht mehr tragbar für die Partei, weil diese Affäre praktisch zur Lahmlegung der Regierung geführt hatte.

Das frivole Spiel Dr. Androsch — CA ist vorläufig beendet, aber die Bestellung bleibt trotzdem bedenklich.

Nun eine Äußerung noch zur Bestellung in Richtung Freiheitlicher Partei. Der Herr Abgeordnete Dr. Haider hat hier schwere Vorwürfe in Richtung ÖVP losgelassen. Herr Dr. Haider! Sie haben dann abgeschwächt und erklärt: Wir brauchen einen neuen Stil hier im Hohen Haus, in der Öffentlichkeit, in der Politik schlechthin.

Das ist der einzige Punkt, wo ich mit Ihnen selbstverständlich völlig konform gehe. Aber alle müssen sich bemühen. Sie haben einleitend bei Ihrer Wortmeldung heute kein gutes Beispiel dafür gegeben. Das steht auf jeden Fall fest. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Jörg Haider: Sagen Sie das dem Steinbauer!*)

Herr Abgeordneter! Ich bin hier völlig wertneutral, aber ich möchte Ihnen sagen, was Sie draußen beim Heurigen, im Gasthaus, vom Taxifahrer hören, wenn darüber gesprochen wird. (*Abg. Peter: Daß der Stil des Steinbauer die Vertrauens- und Gesprächsgrundlagen zer-*

Vetter

stört!) Das habe ich noch nicht gehört, Herr Abgeordneter Peter, sondern ich habe, als es um die CA-Bestellung gegangen ist, gehört, daß die Bevölkerung, die Wähler sehr wohl zur Kenntnis genommen haben, daß es im freiheitlichen Bereich starke Gegenströmungen gegeben hat: Landesgruppe Niederösterreich, Landesgruppe Steiermark, ich glaube, auch ein Bundesobmann der Jugend, daß aber die Bevölkerung letztlich dann doch zur Kenntnis nahm, daß scheinbar die Überlegung ausschlaggebend war, daß die Zustimmung der FPÖ auch ihren Preis hatte. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das fragen mich die Leute in meinen Versammlungen, das fragen mich die Leute im Taxi: Was hat die FPÖ bekommen?

Herr Abgeordneter! Ich konnte bis heute diese Frage nicht beantworten. Ich bin auch nicht dazu befugt, die Freiheitliche Partei zu verteidigen. (*Abg. Dkfm. Bauer: Wie der Schelm denkt, so ist er!*) Aber das ist die Meinung der Leute draußen, das ist die Meinung der Steuerzahler. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Abgeordneter Dkfm. Bauer! Wenn Sie sich so aufregen, muß ich sagen: Ich habe bei diesem Preis gar nicht an das Geld gedacht. Wenn Sie daran denken, sind Sie selbst der Schelm! (*Beifall bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Herr Dr. Haider! Lassen Sie mich ausreden. Sie haben Ihre Zustimmung mit Ihren Forderungen an die Regierungspartei verbunden und festgestellt, die FPÖ wäre die einzige Partei, die mehr Ordnung verlangt und nach mehr Freiheit schreit. Herr Abgeordneter! Darf ich das verdolmetschen, es so sagen, wie man es draußen versteht? Mehr Freiheitliche wollen Sie in gewissen Positionen haben. Dabei meine ich das gar nicht abwertend. Das ist völlig gerecht, das ist legitim. Aber daß es nicht überall geht, können Sie doch nicht der ÖVP vorhalten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Nun zum Thema. Die Quantität der Regierung ist seit 1979 gewaltig angestiegen, sicherlich auch die Kosten. Aber die Frage, ob damit auch die Qualität Schritt halten konnte, ist sicherlich noch nicht geklärt. Der Herr Bundeskanzler hat doch heute selbst einen sehr feinen Unterschied gemacht, als er sagte: Ich vertrete die Meinung, Österreich hat eine gute, ja ich möchte fast sagen — fast sagen — eine sehr gute Regierung.

Für mich ist nur die Frage offen: War die Regierung mit Androsch besser oder ist sie ohne Androsch besser, oder verhindern einige Regierungsmitglieder, daß das „fast“ fallen könnte. Denn dann wäre sie wirklich sehr gut. Diese Frage kann allerdings nur der Herr Bun-

deskanzler klären, aber wir werden ja sicherlich das alles noch erleben.

Es wäre schon ein großer Erfolg, wenn nach monatelangen Diskussionen um Personalprobleme, nach monatelanger Untätigkeit die Regierung endlich wieder zur Arbeit kommen könnte. Dazu ist die Regierung eigentlich da, und das hört man auch draußen immer stärker, diesen Vorwurf des Wählers, daß die Parteien nur streiten, daß die Regierung nicht zum Arbeiten kommt.

Es wäre wirklich höchste Zeit, wenn sich der Herr Bundeskanzler und mit ihm seine ganze Regierung den Problemen des Staates zuwenden könnten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

An den Herren Gesundheitsminister wurden heute schon die großen Probleme herangetragen, deren baldige Lösung man von ihm erwartet. Herr Bundesminister! Sie haben sicherlich auf Grund Ihrer Tätigkeit als Fachmann und als Abgeordneter einen gewissen Vertrauensvorschluß, den Ihnen die Öffentlichkeit vorgibt. Aber entscheidend werden Ihre Aktivitäten in der Richtung sein, ob die großen Probleme Krankenhausfinanzierung, AKH-Probleme in medizinischer Hinsicht, das 100-Millionen-Ding, bei dem sich Herr Dr. Salcher ja nicht gerade sehr angestrengt hat, ob all diese drei großen Probleme rasch, zügig gelöst werden können.

Von ganz besonderer Bedeutung ist die Veränderung im Finanzressort. Wenn man die in den letzten 15 Tagen erfolgten Äußerungen, die bekanntgewordenen Zielvorstellungen, die in die Öffentlichkeit gelangte Absichtserklärung verfolgt, dann konstatiert man nur Widersprüche, Gegensätzlichkeiten, und alles andere als koordiniert erscheint hier die Absicht der Bundesregierung, beziehungsweise falls es einheitliche Aussagen gibt, dann laufen sie in Richtung Fortsetzung der bisherigen Belastungspolitik auf dem Rücken des kleinen Steuerzahlers.

Das Finanzressort bekommt nun einen zweiten Staatssekretär. Aber es beginnt schon mit Problemen. Es gibt eine Reihe von Aussagen, von Vorstellungen abzugrenzen und zu koordinieren. Zum Beispiel sagte Dr. Salcher am 15. Jänner laut „SK“, die Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPÖ werde sich nicht ändern. Staatssekretär Professor Seidel sagte einige Tage später, ein Umdenken ist notwendig, bei den Ausgaben seien Einsparungen zu überlegen, das Budget 1981 sei den geänderten Erfordernissen anzupassen.

Ein gewaltiger Widerspruch, aber bitte zu klären von der Regierungsbankseite her und nicht von der Opposition.

Herr Bundesminister Dr. Salcher! Was heißt

6314

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Vetter

Fortsetzung der bisherigen Wirtschaftspolitik? Meinen Sie damit, daß alle Jahre 10, 14, 15, 16 Milliarden Schilling zusätzliche neue Belastungen kommen müssen, damit das Budget halbwegs im Rahmen gehalten werden kann? Ich will das jetzt nicht alles vorlesen, was ab 1. Jänner 1981, also seit 21 Tagen, der Steuerzahler mehr an Lasten hat. Wollen Sie diesen Weg wirklich fortsetzen? Heute holt sich der Staat von jedem Tausender, den der Österreicher verdient, 414 S, ein bißchen über 41 Prozent. Das ist genug, Herr Bundesminister! Diese sozialistische Bundesregierung ist allen Österreichern schon teuer genug gekommen. Hören Sie auf mit diesem Weg, ich glaube, das wäre das Richtige! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dabei gibt es viele, viele Äußerungen des Herrn Staatssekretärs Professor Seidel, ich nehme nur eine vom 16. Juni 1980 her, wo er in einem Symposium im Hilton-Hotel erklärte, die Aufkommenselastizität des Steuersystems sinkt, und selbst steuerpolitische Maßnahmen, die von den Bürgern als ungewöhnlich hart empfunden werden, bringen nur geringe Mehrerträge. Bei einer Staats- und Steuerquote von über 40 Prozent beginnen sich eben Grenzen des Steuerstaates abzuzeichnen.

Herr Finanzminister! Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie erklären könnten, ob Sie auch dieser Meinung beipflichten und daher Ihre Politik ändern.

Herr Bundesminister! Sie erhalten einen Staatssekretär, der bislang als Fachmann Ansehen und Autorität besaß und der unangefochten mit seiner Meinung war. Aber seine ersten Äußerungen haben bereits heftigste Kritik außerhalb der SPÖ, innerhalb der SPÖ, in allen möglichen Institutionen und Gremien gebracht, zum Beispiel die höhere Besteuerung des 13. und 14. Monatsbezuges. Man kann es wenden und drehen, wie man will, diese Äußerung läuft darauf hinaus, daß man überlegt, eine stärkere Besteuerung einzuführen.

Was aber dann die „AZ“ für einen Eiertanz aufführte, Hohes Haus, meine Damen und Herren, das ist schon der Gipelpunkt eines demagogischen Verhaltens. Beides am 20. Jänner 1981: Im Leitartikel schreibt Manfred Scheuch: „Was dagegen jetzt die beiden Oppositionsparteien mit dieser Diskussionsfrage aufführen, ist eine pure Demagogie.“ Und dann geht er auf ÖVP und FPÖ los, weil sie ein Schreckgespenst an die Wand malen wollen. Und in derselben Nummer derselben Zeitung, auch am 20. Jänner, stehen einige Äußerungen von Herrn Präsidenten Benya, Sozialminister Dallinger, Ex-Finanzminister Androsch und zum Beispiel auch: „Der oberösterreichische Landesparteivorstand der SPÖ warnte hingegen Montag vor Maßnahmen beim 13. und 14. . . .“ und so weiter

„und kündigte an, ein Antrag auf Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes würde auf den Widerstand der Landespartei Oberösterreichs stoßen.“

Meine Damen und Herren! Wie man da versucht, die Leser zu täuschen, im Leitartikel sich dagegen ausspricht, die Oppositionsparteien lächerlich macht, weil sie mit Schwarzmalerei argumentieren, und auf der nächsten Seite den Beschuß einer großen Landesorganisation bringt, der sicherlich auch zu beachten sein müßte in einer Sozialistischen Partei, das verstehe ich nicht ganz.

Auch andere Persönlichkeiten haben sich dagegen ausgesprochen. Der Herr Bundeskanzler hat erklärt, von einer stärkeren Besteuerung des 13. und 14. kann keine Rede sein. Unser Abgeordneter, SPÖ-Zentralbetriebsratsobmann Ruhaltinger: Es ist gar nicht einzusehen, weshalb alles auf Kosten der kleinen Arbeiter und Angestellten gehen soll, wir sind dagegen! Professor Seidel meint dann, er würde sich das Tonband vorspielen lassen. Herr Staatssekretär! Darf ich Sie ersuchen, spielen Sie sich das Tonband sehr häufig vor, und gehen Sie von der Idee ab, den 13. und 14. kräftig mehr besteuern zu wollen. Denn ich muß ja annehmen... (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich habe eine Zeitung, in diesem Fall die „Krone“ vom 20. Jänner 1981, zitiert.

Ich meine, Hohes Haus, meine Damen und Herren, daß Widersprüche über Widersprüche vorhanden sind, daß es in dieser Frage keine Koordination innerhalb der Regierung gibt und es mit Recht die Befürchtung gibt, daß der Steuerzahler Österreichs dafür die Zeche zu zahlen haben wird. Ich appelliere an den Herrn Bundeskanzler und meine, daß hier noch sehr viel Sand im Getriebe festzustellen ist, daß aber der Steuerzahler wirklich ein Recht hat, bald zu erfahren, was die Regierung in diesem Bereich vorhat. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Staatssekretär hat sich in seinem ersten Fernsehinterview auch mit der Progression beschäftigt und festgestellt, daß es vom Standpunkt der Arbeitnehmer hinreichend Grund gibt, diese Forderung auf den Tisch zu legen. (*Abg. Benya: Es wäre interessant, wenn Sie das ganze Zitat lesen könnten!*)

Bitte, Herr Präsident, selbstverständlich: „... auf den Tisch zu legen. Auf der anderen Seite muß man dann eben das Budget 1982 in seiner Problematik sehen.“ (*Abg. Benya: „Vom Standpunkt der Arbeitnehmer!“*) Ja! „Vom Standpunkt der Arbeitnehmer gibt es hinreichend Grund, diese Forderung auf den Tisch zu legen.“

Seit 1975 hat es keine Steuerreform mehr gegeben. Der Staatssekretär hat sehr richtig

Vetter

die grundsätzliche Notwendigkeit einer Steuersenkung anerkannt, aber jetzt gibt es plötzlich Widerstände aus den eigenen Reihen: den Herrn Finanzminister selbst! Ich verstehe einfach nicht, daß man auf die Idee kommt, mit einer Art von Kriegsanleihe dieses Problem zu lösen. Ich habe als Kind noch in Erinnerung, daß meine Großmutter einen eisernen Ring trug: „Gold gab ich für Eisen“, das war im Ersten Weltkrieg eine Aktion zur Unterstützung des Staates. Man wird doch um Himmels willen nicht auf solche ausgeleierte und für die Bevölkerung, für den Steuerzahler so empfindliche Maßnahmen zurückgreifen. Das ist doch unmöglich! Der Steuerzahler Österreichs muß sich doch wahrlich gefrozzelt fühlen, meine Damen und Herren. Seit Jahren verspricht man ihm zum 1. Jänner 1982 — und da gibt es genaue Aussagen, auch seitens des ÖGB — eine Steuerreform. Und jetzt auf einmal hört man die Diskussion, das wird nicht möglich sein, wird hinausgeschoben, dafür gibt es eine Art von Aktie oder Wertpapier.

Ich möchte nur wissen und stelle die Frage an den Herrn Finanzminister: Wer klärt diese Frage? Der Herr Staatssekretär? Der Herr Finanzminister? Der Herr Bundeskanzler? Die Steuerkommission? Der Österreichische Gewerkschaftsbund? Eine Antwort habe ich bis heute noch nicht bekommen. Und nun plötzlich kommt eine neue Idee, eine Idee, die wirklich sehr schockierend gewirkt hat, nämlich Ihr Antrag der Abgeordneten Wille, Czettel, Mühlbacher, Teschl, Dr. Schmidt und Genossen.

Meine Damen und Herren! Hier steht es schwarz auf weiß, daß Sie vom Termin einer Lohnsteuerreform 1. Jänner 1982 abgehen, denn es steht nämlich nur mehr hier: „in dieser Legislaturperiode“.

Herr Präsident des Gewerkschaftsbundes! Ich halte das persönlich für einen Gipfelpunkt der Unglaublichkeit. Ich glaube, daß es — ich erinnere mich zumindest — ganz klare konkrete Versprechungen gegeben hat. Und dann steht unten: „sowie ein möglichst hohes Ausmaß an Steuergerechtigkeit und Steuervereinigung . . . , wobei eine Sonderregelung für die Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehaltes in geeigneter Form beibehalten werden muß.“

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir haben schon Anträge eingebbracht, die liegen schon im Hohen Haus. Wir sind für die Milderung der Progression auch für kleine und mittlere Einkommen. Wir sind für die Berücksichtigung des erhöhten Aufwandes der Pendler, wir sind für die Berücksichtigung der Familien im Steuerrecht. Wir sind aber gegen jede Änderung der Versteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist ja unmöglich. (*Zwischenruf des Abg. Mondl.*) Sie auch,

Herr Abgeordneter Mondl? Dann können Sie bei dem Antrag heute nicht mitstimmen.

Dieser Antrag, Hohes Haus, ist ein Staatsbegräbnis erster Klasse für den Reformtermin 1. Jänner 1982 und ist ein Persilschein für den Herrn Finanzminister in Richtung verstärkter Besteuerung des 13. und 14. Monatsgehalts. Sie können nicht verlangen, daß wir mit diesem Antrag mitgehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Eine interessante Äußerung des Herrn Staatssekretärs Professor Seidel vom 19. Jänner. Er sagte wortwörtlich in der „AZ“ — ich zitiere ausdrücklich immer Ihr Parteiorgan, weil ich hoffe, daß das objektiv unterrichtet ist —: „Zur Abdeckung des Budgetdefizits müsse man aber verstärkte Ausgabenkürzungen überlegen.“

Herr Finanzminister! Herr Staatssekretär! Wer kann mir und dem Wähler Österreichs sagen: Wo wollen Sie sparen, wieviel wollen Sie sparen, wann wollen Sie mit dem Sparen beginnen? Auch das zu wissen, hat der österreichische Steuerzahler ein Recht, und er möchte es von Ihnen hören.

Herr Finanzminister! Es gibt von Ihnen Äußerungen, wo man sieht, daß Sie die Probleme im Wohnbau, im Straßenbau anerkennen. Es gibt in diesen Bereichen Gespräche, Diskussionen. Ich hoffe, daß Sie sich beteiligen, daß in diesen gewaltigen Bereichen, die auch auf die Beschäftigungspolitik große Auswirkungen haben, auch von Ihrer Seite her eine gewisse Hilfestellung kommt.

Auf eines noch möchte ich Sie ganz besonders persönlich ansprechen. Sie waren viele Jahre lang Landespolitiker, und man muß annehmen können, daß Sie Verständnis für die Sorgen und Probleme der Länder haben.

Spitalsfinanzierung: Die große Angst, Herr Finanzminister, besteht bei den Ländern für die Zukunft darin, daß das zu erwartende Milliardendefizit des AKH die Länderanteile wird schmälern müssen. Oder welche Vorstellungen haben Sie davon?

Es gibt heute bei Projekten im Straßenbau, im Telephonausbau, beim Bau von Kasernen, bei der Errichtung von Bundesgebäuden, ja selbst bei Bundesbahnprojekten Vorfinanzierungen der Länder. Das kann doch nicht sinnvoll sein, Herr Bundesminister, daß man ein Land gegen das andere ausspielt: Wer mehr beiträgt, kommt schneller dran mit seinem Projekt.

Ich glaube, daß der Grundsatz anerkannt werden muß: Bundesaufgaben sind vom Bund zu tragen und nicht von den Ländern vorfinanzieren zu lassen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Zwischenruf des Abg. Haas.*) Herr Abgeordneter Haas! Das berührt ja nicht das Problem, das ich

6316

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Vetter

angeschnitten habe. Das ist etwas ganz anderes, selbstverständlich.

Die Kompetenzen des Bundes sind klar aufgezählt, Sie können es nachlesen, Herr Abgeordneter. Ich weiß schon, daß es eine Frage des wenigen Geldes ist, daß die Länder vorfinanzieren. Aber es kann sich nicht als Allgemeinprinzip einbürgern, daß die Länder Aufgaben des Bundes vorfinanzieren, damit ihren eigenen Aufgaben nicht nachkommen können und vielleicht deswegen manchmal den Gemeinden weniger geben können, als ihnen vielleicht zustünde. Aber das ist ja ein Kreislauf. Man kann das nicht nur von einer Seite sehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Damit komme ich zum Schluß. Sie haben selbst erklärt und der Herr Staatssekretär auch, das Budget gehört saniert, in der Steuerpolitik ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich, ein Belastungsstopp wäre unausbleiblich. Ein Sparkonzept sieht Staatssekretär Professor Seidel selbst als notwendig an.

Der Einstand der neuen Regierungsmitglieder war von sehr unkoordinierten Umständen begleitet.

Ich möchte zum Abschluß die „Krone“ vom 20. Jänner zitieren:

„Der eine möchte, daß sich die Autofahrer nach einem einzigen Glas Bier nicht mehr ans Steuer setzen dürfen, der andere kann sich höhere Steuern für nikotinreiche Zigaretten vorstellen, der dritte wirft gar eine höhere Besteuerung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld in die Diskussion.“

Und jetzt kommt es! „In der Regierung wurde offensichtlich ein Ideenwettbewerb gestartet, wie man den Bürgern Geld aus der Tasche ziehen kann, indem man die letzten Steuervorteile streicht und neue Steuern erfindet.“

Wir haben heute in der gesamten Diskussion keine Antwort auf diese konkreten Fragen bekommen. Wir — und ich glaube auch, ein Großteil der österreichischen Steuerzahler — befürchten, daß in dieser sozialistischen Regierung alles möglich ist, wenn es um das Schröpfen des Steuerzahlers geht. Im Erfinden von Belastungen, Hohes Haus, war diese Regierung noch nie sehr kleinlich. Es wäre klar und deutlicher gewesen, wenn der Herr Finanzminister heute schon zu diesen Ungereimtheiten Stellung genommen hätte.

Ich leite davon ab — das ist mein persönlicher Eindruck —, daß diese Bundesregierung momentan nicht in der Lage ist, eine vernünftige, wirtschaftlich ausgewogene, die Interessen der Bevölkerung beachtende, die Leistung

anerkennende, auf das Gemeinwohl ausgerichtete und die Probleme erkennende Politik zu betreiben. Das ist Unsicherheit, das ist Uneinigkeit, das ist Unfähigkeit und Schwäche dieser Regierung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist mein derzeitiger persönlicher Eindruck. Ich kann nur hoffen, daß sich der von der Öffentlichkeit den neuen Regierungsmitgliedern gewährte Vertrauensvorschuß gerechtfertigt erweist und dazu führt, daß rasch an den Lösungen der Probleme gearbeitet wird. Ob es gelingt, wird man sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt feststellen, heute nicht. Zu groß ist die Uneinigkeit, zu groß die Unkoordiniertheit, zu groß sind die derzeitigen Widersprüche. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Thalhammer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich lasse abstimmen über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Graf und Genossen betreffend Beibehaltung der steuerlichen Begünstigung des 13. und 14. Monatsgehalts.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. A b g e l e h n t. (*Bewegung bei der ÖVP.*)

Ich lasse ferner abstimmen über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wille und Genossen betreffend Reform der Lohn- und Einkommensteuer und Milderung der Steuerprogression.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. A n g e n o m m e n.

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (474 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Nationalbankgesetz 1955 geändert wird (589 der Beilagen)

3. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (475 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Postsparkassengesetz 1969 geändert wird (Postsparkassengesetznovelle 1980) (605 der Beilagen)

Präsident Thalhammer: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 2 und 3, über die die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies

Präsident Thalhammer

Änderung des Nationalbankgesetzes 1955 und

Postsparkassengesetznovelle 1980.

Berichterstatter über Punkt 2 ist der Herr Abgeordnete Maderthaner. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Maderthaner**: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich erstatte den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (474 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Nationalbankgesetz 1955 geändert wird.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen verschiedene Änderungen im Nationalbankgesetz 1955 vorgenommen werden. Ich verweise auf die inhaltlichen Details des Ihnen vorliegenden Berichtes. (**Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.**)

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den erwähnten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 1980 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dr. Feuerstein und Dkfm. Bauer sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch beteiligten, wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (474 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Herr Präsident! Im Falle von Wortmeldungen beantrage ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Berichterstatter über Punkt 3 ist Herr Abgeordneter Dr. Nowotny. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Berichterstatter Dr. Nowotny: Herr Präsident! Hohes Haus! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll für die Österreichische Postsparkasse die einer Vielzahl von Kreditunternehmungen bereits zustehende Ermächtigung zur Ausgabe von festverzinslichen Wertpapieren geschaffen werden. Weiters soll der Österreichischen Postsparkasse zwecks einer flexiblen Haftungskapitalbildung das durch das Kreditwesengesetz in Österreich neu eingeführte Instrument des „nachrangigen Kapitals“ zugänglich gemacht werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den erwähnten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 16. Jänner 1981 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Dr. Veselsky, der einen Abänderungsantrag betreffend den Titeleingang sowie

Entfall des Art. II einbrachte, Peter, Pfeifer und Dkfm. DDr. König beteiligten, wurde der Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oberwähnten Abänderungsantrages mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke den Herren Berichterstattern.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Als erster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. Bauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses! Bei der gegenständlichen Vorlage handelt es sich um die Ermächtigung zur Ausgabe von festverzinslichen Wertpapieren für die Österreichische Postsparkasse. Damit ist eine Gleichstellung mit den meisten anderen Banken ins Auge gefaßt.

In diesem Zusammenhang muß allerdings darauf verwiesen werden, daß die Post über ein viel dichteres Filialnetz als die Banken verfügt und es aus diesem Grund zu einer gewissen Wettbewerbsverzerrung kommen könnte. Die anderen Bankinstitute befürchten — das sei auch angemerkt — eine Konkurrenzierung auf dem an sich stark umkämpften Kapitalmarkt.

Ich will mich hier aber nicht als Lobbyist der einen oder anderen Bank oder Bankorganisation produzieren, sondern auf einen anderen Umstand hinweisen: Wir vermissen im Zusammenhang mit dem sich ständig ausweitenden Geschäftsbereich der Österreichischen Postsparkasse, der sich ja zum Teil schon auf den Erwerb beziehungsweise die Gründung von Reinigungs- und Werbefirmen erstreckt, eine gleichzeitige entsprechende Ausweitung des Kontrollbereichs und der Kontrollrechte des Verwaltungsrates. Die Österreichische Arbeiterkammer verweist nicht zu Unrecht in diesem Zusammenhang auf die fehlenden Kontrollmöglichkeiten beim Erwerb und Verkauf, bei der Kreditvergabe und bei sonstigen Transaktionen von PSK-Tochterfirmen und PSK-Beteiligungsfirmen.

Die freiheitliche Fraktion dieses Hauses war und ist daher der Ansicht, daß es notwendig gewesen wäre, bevor wir zu einer weiteren Ausweitung des Geschäftsbereichs der Österreichi-

6318

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dkfm. Bauer

schen Postsparkasse kommen, auch darüber eingehend zu diskutieren und nach einer einvernehmlichen Lösung zu suchen. Dies war im Ausschuß leider nicht möglich, und wir sehen uns daher nicht in der Lage, dem vorliegenden Gesetzesantrag unsere Zustimmung zu erteilen.

Der Novellierung des Nationalbankgesetzes hingegen werden wir zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Schüssel. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schüssel (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich werde in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit sehr kurz zu den beiden Gesetzten Stellung nehmen.

Kurz zusammengefaßt: Dem Notenbankgesetz werden wir zustimmen, weil gewisse Dinge, wo ich gerne eine Kontroverse oder eine Diskussion auch mit einigen sozialistischen Abgeordneten hier geführt hätte, nicht drinnenstehen, etwa den § 41 betreffend, die ja von der Linken her beantragt wurden. Weil sie nicht drinnenstehen, werden wir sehr gerne dieser vorliegenden Novelle unsere Zustimmung geben.

Bei der Postsparkasse ist es nicht ganz so einfach. Diese Novelle lehnen wir ab, weil damit ein weiterer Schritt in Richtung einer Universalbank gegangen wird. Man sollte sich überlegen, ob es ein richtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

Die PSK hat eine besondere Stellung: Sie ist die Bank des Staates. Ihre Bediensteten sind Bundesbedienstete. Sie hat eine ganz spezielle Aufgabe, nämlich die Finanzierung des Bundes vorzunehmen, sie kann sich auf das Zweigstellenystem der Postämter stützen und ist eigentlich nicht vergleichbar mit anderen Instituten.

Daher ist sehr wohl die Frage zu stellen: Ist es ein richtiger Schritt, der hier gemacht wird, daß mit den vorliegenden Punkten, Erteilung des Emissionsrechtes und so weiter, die PSK noch stärker in Richtung Universalbank geht? Ich meine, Emissionsrecht, schön und gut. An sich hat ja der Bund das Emissionsrecht. Es erhebt sich die Frage, ob die PSK ein solches Emissionsrecht braucht, überdies noch in einer Situation, wo der Kapitalmarkt ohnedies recht angespannt ist. Besonders erfolgreich konnten ja die letzten Bundesanleihen nicht gerade untergebracht werden. Das heißt, das Emissionsrecht für die Postsparkasse bringt keine wirkliche Bereicherung, da ja in Wirklichkeit ohnedies nur Bund und Banken Anleihen ausgeben und in Wahrheit daher nur eine Umschichtung gemacht werden wird.

Hier setzt auch eine Kritik der Länder an, zum Beispiel von Tirol, Salzburg, Oberösterreich und interessanterweise auch von Wien. Die Wiener Landesregierung hat festgestellt, daß gerade dieses Emissionsrecht „in Ansehung einer unverkennbaren Sättigung dieses Marktes fragwürdig“ erscheint.

Der nächste Punkt in dieser Novelle, der Einstieg in das Garantiegeschäft und die Möglichkeit, Vereinbarungen über nachrangiges Kapital abzuschließen, deutet ja ebenfalls in diese Richtung.

Und bitte, meine Damen und Herren von der Linken: Man soll sich auch vor Augen halten, was man etwa rund um das Jahr 1969 — damals war, glaube ich, die letzte Novelle des Postsparkassengesetzes — eigentlich wollte. Der damalige Finanzminister Koren — heute sitzt er ja in anderer Funktion unter uns — hat damals wörtlich erklärt: „Eines bleibt der Postsparkasse verwehrt: das Kreditgeschäft.“ Man wollte ganz bewußt nicht haben, daß die PSK genau diese Entwicklung nimmt, die Sie offensichtlich jetzt vorantreiben wollen.

Das wurde dann später unterlaufen. Die PSK hat zum Beispiel eine Mehrheitsbeteiligung am Bankhaus Feichtner erworben, sie hat heute die PSK-Bank, die frühere Appell erworben, und es ist einfach die Frage, ob das dem seinerzeitigen ursprünglichen Sinn der Novelle entsprochen hat. Ich persönlich glaube es nicht. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der nächste Punkt, die Erhöhung von 40 auf 60 Prozent der Einlagen, die jetzt für Kredite an den Bund, die Gebietskörperschaften oder für Anleihenerwerb ausgegeben werden können. Das sind ungefähr 12 Milliarden Schilling.

Natürlich, eines — das kann ich schon sagen — wird dabei die Folge sein: Der Bund wird sich wahrscheinlich in Hinkunft ein bißchen leichter tun bei den Verhandlungen mit den anderen Kreditinstituten, weil er weiß, daß notfalls wahrscheinlich die PSK einspringen kann. Eine andere, reale Bedeutung messe ich diesem Punkt nicht bei, höchstens den, daß wieder eine psychologische Barriere, was die Bundesverschuldung betrifft, weg ist.

Und deshalb, zusammengefaßt, werden wir dieser Novelle nicht zustimmen.

Ich möchte aber den Anlaß „PSK-Gesetz und Notenbankgesetz“ auch noch nützen, um ganz kurz zu einem anderen, sehr ernsten Problem für uns Stellung zu nehmen. Der Anlaß, damit hier nicht vielleicht der Ruf zur Sache kommt, ist der, daß die PSK enorm geworben hat mit der Anonymität der Sparbucheinlagen und der Sparbücher. Und nun ist in jüngster Zeit fol-

Dr. Schüssel

gendes passiert, und ich glaube, darüber müßte man hier auch reden, denn ich halte es für besorgniserregend:

Ausgehend von sicherlich berechtigten Untersuchungen gegen Automatenhändler, Spielautomatenaufsteller und mögliche Schwarzgeldveranlagungen und Steuerhinterziehungen sind jetzt schlagartig Erhebungen gemacht worden im südlichen Niederösterreich, im Burgenland, auch in der Steiermark, gezielte Razzien, gestützt auf Strafverfahren, die vom Bezirksgesetz Wiener Neustadt ausgegangen sind. Und das hat sich dann folgendermaßen abgespielt:

Nachts um 2 Uhr wird der Institutsleiter herausgeläutet, 40, ja 50 Mann von der Erhebungstruppe und von der Gendarmerie stehen da und krepeln schlagartig das gesamte Kreditinstitut um. Es hat sich dabei herausgestellt, daß nicht nur bezüglich schon in Strafverfahren verwickelte Personen Untersuchungen gemacht oder Belege beschlagnahmt wurden, sondern schlicht und einfach gleich die kompletten Safes und Schließfächer ausgeräumt wurden, auch von überhaupt nicht mitinvolverten Personen. Es ist dabei sogar zu sehr deutlichen Drohungen gekommen. Bankdirektoren, die hier nicht mitgespielt haben, wurden vor die Alternative gestellt: Dann werdet ihr halt eingesperrt, oder wir schweißen den Tresor auf.

Meinem Gefühl nach haben da auch manche Direktoren nicht richtig reagiert: Sie haben dann einfach die Safes geöffnet, obwohl das ausdrücklich dem Kreditwesengesetz widerspricht.

Im Kreditwesengesetz steht ganz klar und einfach, für jeden nachzulesen: „Die Verpflichtung zur Wahrung des Bankgeheimnisses besteht nicht im Zusammenhang mit gerichtlichen Strafverfahren.“ Das heißt, es ist absolut unzulässig, mit einem Strafverfahren in der Hand, mit den entsprechenden Hausdurchsuchungsbefehlen und so weiter, hinzugehen, Safes zu öffnen und dann gleich Kontenbelege, Unterlagen über andere Kunden, die überhaupt nicht in Strafverfahren mitinvoltiert sind, mitzunehmen, um vielleicht dann auf Grund dieser Erhebungen neue Strafverfahren zu beantragen.

Meine Damen und Herren! Ich halte das für eine ganz gefährliche Vorgangsweise. Da geht es um sehr viel mehr als um das Bankgeheimnis des einen oder anderen vielleicht zu Recht untersuchten Spielautomatenaufstellers. Das ist eine grundsätzliche Frage des Bankgeheimnisses, eine grundsätzliche Frage der Erhebungsabteilung des Finanzministeriums.

Ich möchte dem Staatssekretär Professor

Seidel gleich mit auf den Weg geben: Er soll sich, bitte sehr, auch darum kümmern. Da sind in der Übergangsphase Androschs offensichtlich die Zügel schleifen gelassen worden. Ich würde dringend bitten, diese untragbaren Zustände abzustellen und die Zügel wiederum sehr straff in die Hand zu nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Veselsky. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Veselsky (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Parlament behandelt heute die Nationalbankgesetz-Novelle 1981. Es handelt sich dabei um die Reform eines Gesetzes aus 1955. Diese Reform hat die Oesterreichische Nationalbank zum Gegenstand.

Ich darf sagen, daß die meisten Journalisten den Fehler machen, wie auch viele andere, „Oesterreichische Nationalbank“ nicht richtig zu schreiben. Sie schreiben sie nämlich mit „Ö“. In Wirklichkeit schreibt sich die Oesterreichische Nationalbank mit „Oe“. Das ist das Ergebnis einer alten Tradition. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes hat vorgeschlagen, das zu ändern. Wir bleiben aber bei dieser Schreibweise, und das bringt die Traditionsverbundenheit zum Ausdruck.

Diese Traditionsverbundenheit ist vielleicht auch zu beleuchten mit der Tatsache, daß das Notenbankinstitut 1816 gegründet wurde und daß es von Anbeginn an eine Aktiengesellschaft war, bei der es einen prominenten Aktionär der ersten Stunde gegeben hat, niemand anderen als Ludwig van Beethoven.

Die Originalaktie ist leider vor kurzem ein Raub der Flammen geworden, aber es findet sich diese Aktie noch in der Geschichte der Nationalbank. Es ist eine Namensaktie aus dem Jahre 1819. Ludwig van Beethoven ist also einer der ersten Aktionäre der Nationalbank gewesen. Er hatte diese Aktie um 2 000 Gulden Wiener Währung plus 200 Gulden Konventionswährung erworben, das war ungefähr der Jahresbezug des damaligen Leiters der Notenbank. Das ist insofern interessant, als es auch zeigt, daß Ludwig van Beethoven gar nicht so schlecht verdient haben dürfte mit seiner Tätigkeit als Komponist.

Nun, die Geschichte der Notenbank — auf die ich hier nicht eingehen möchte, ich werde versuchen, ebenfalls sehr kurz zu sein wie Kollege Schüssel — ist auch Spiegelbild der Geschichte Österreichs und seiner Wirtschaft vom Ende der Napoleonischen Kriege über den Vormärz und den Österreichisch-Ungarischen Ausgleich bis zur Gründung der Ersten Republik, zur Weltwirtschaftskrise mit dem Zusammenbruch der Banken Boden-Creditanstalt und

6320

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dr. Veselsky

Creditanstalt und zur Zweiten Republik. Es gibt viele Elemente des Bleibenden in der Geschichte der Nationalbank: die Tatsache, daß die Nationalbank Aktiengesellschaft war von Beginn an, die Tatsache, daß man von Beginn an versuchte, Barrieren gegenüber der direkten Staatsfinanzierung aufzubauen, die Tatsache, daß man einen Staatskommissär einführte und daß man von Anbeginn an Konsenspolitik betrieb.

Aber es gab auch Elemente des Wandels in der Geschichte der Österreichischen Nationalbank: zum Beispiel die Eindämmung des ausländischen Einflusses auf die Nationalbank in den Zwischenkriegsjahren — damals hat es eine sehr starke Überfremdung gegeben —, die Berücksichtigung der wachsenden gesellschaftspolitischen Bedeutung der österreichischen Arbeitnehmerschaft — etwas, was der Zweiten Republik vorbehalten blieb —, die Berücksichtigung neuer wirtschaftspolitischer Erkenntnisse, den Um- und Ausbau des währungspolitischen Instrumentariums. Das waren die Elemente des Wandels.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, muß man die Nationalbankgesetz-Novelle 1981 sehen.

Wir haben bei dieser Novelle eine Korrektur betreffend das Inkrafttreten des Gesetzes vorzunehmen, und ich erlaube mir, diesbezüglich einen Abänderungsantrag einzubringen:

A b ä n d e r u n g s a n t r a g

der Abgeordneten Dr. Veselsky und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Nationalbankgesetz 1955 geändert wird (474 und 589 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Artikel III hat zu lauten:

„Dieses Bundesgesetz tritt am 1. März 1981 in Kraft.“

Das Nationalbankgesetz, das zur Novellierung vorliegt, stammt aus dem Staatsvertragsjahr 1955, und jetzt, im Jahre 1981, geht es darum, eine Nachrüstung vorzunehmen auf dem Gebiet des währungspolitischen Instrumentariums, ein unzeitgemäßes Berufungsverbot für Professoren der Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaften in den Generalrat zu beseitigen und überholte Dividendenbeschränkungen aufzuheben.

Die Qualität der Novelle selbst ist die einer kleinen und vorsichtigen Lösung. Sicher gab es wesentlich weitergehende Vorschläge, Überlegungen — Kollege Schüssel hat darauf angespielt —, insbesondere betreffend das Verhäl-

nis Notenbankpolitik — Kreditpolitik, beispielsweise das Problem, daß gegenwärtig vier Generalräte aus dem Kreditapparat kommen, beispielsweise, daß es gegenwärtig keinen Direkteskompte gibt, beispielsweise, daß die aktive Kreditkontrolle gegenwärtig Instrument der Kreditpolitik ist. Es ist also eine kleine Lösung, die Ausdruck der Traditionsvorbedenheit und der Konsensbereitschaft ist.

Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß bisher alle Notenbankpräsidenten Österreichs Persönlichkeiten der rechten Reichshälfte waren, auch der gegenwärtige Präsident der Nationalbank Professor Dr. Koren, und ich darf darauf hinweisen, daß Herr Professor Dr. Koren von der sozialistischen Bundesregierung vorgeschlagen wurde. Ich möchte das als Beweis dafür anführen, daß die SPÖ nicht von jenem Machtrausch erfaßt ist, den Sie uns unterstellen, meine Damen und Herren der rechten Reichshälfte. Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um die Bestellung Dr. Androschs in den Vorstand der CA verdient dies, glaube ich, Beachtung.

Nun, Nationalbankpräsident Professor Dr. Koren, der selbst anwesend ist, ist also ein lebendiges Beispiel für eine maßvolle Machtausübung der SPÖ. Er ist aber auch ein Zeuge für die beachtlichen Erfolge der österreichischen Wirtschafts- und Währungspolitik. Es spricht für seine Objektivität, daß er diese Tatsache auch in der Öffentlichkeit immer wieder unterstrichen hat.

Die modellhaften Erfolge Österreichs, meine Damen und Herren, im Bereich des Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung, der Preisstabilität waren nicht zuletzt deshalb möglich, weil man in Österreich nicht Rezepte falscher Propheten angewendet hat.

Man hat in Österreich eine erfolgreiche Kombination von nachfrage- und angebotsorientierter Wirtschaftspolitik betrieben und nicht jene einseitige Politik des Monetarismus eines Milton Friedman und einer Margaret Thatcher angewendet.

Meine Damen und Herren, die Rolle der Währungspolitik in Österreich ist eine wichtige, aber keine dominierende, so wie es das Nationalbankgesetz befiehlt. § 4 des Nationalbankgesetzes sagt, es wäre seitens der Notenbank auf die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Bedacht zu nehmen.

Die umfassenden Probleme wirtschaftlicher Art der achtziger Jahre, meine Damen und Herren, erfordern auch in Zukunft den Einsatz eines umfassenden wirtschaftspolitischen Instrumentariums und nicht jene Einseitigkeit, wie sie heute da und dort im Westen Mode ist, Monetarismus genannt.

Dr. Veselsky

Dennoch ist Österreich von diesem Monetarismus, der anderswo betrieben wird, betroffen, negativ betroffen. Die Hochzinspolitik von Weichwährungsländern führt zu Devisenabflüssen aus Ländern mit höherer Stabilität, wie der Bundesrepublik Deutschland und Österreich, und hat damit auch die Anhebung des Zinsniveaus in diesen Ländern der Stabilität notwendig gemacht.

Aber dennoch ist die prime rate in Österreich, meine Damen und Herren, mit gegenwärtig 12 Prozent noch immer deutlich niedriger als anderswo, als in den USA mit 21,5 Prozent, in Italien mit 21 Prozent, England mit 15 Prozent, Belgien mit 15,8 Prozent, Frankreich mit 13,4 Prozent und Kanada mit 14,5 Prozent.

Meine Damen und Herren! Der Hochzinswettlauf, der sich gegenwärtig in der Welt dokumentiert, ist vielleicht nicht weniger gefährlich als der Abwertungswettlauf der Zwischenkriegszeit.

Festgestellt muß werden, daß die Anhebung des österreichischen Zinsniveaus nicht hausgemacht war, sondern international erzwungen, sie brachte Probleme der Finanzierung von Investitionen und des Wohnbaus mit sich, aber auch positive Auswirkungen, nämlich im Bereich der Zahlungsbilanz, wenn auch gesagt werden muß, daß wir die vor uns liegenden Probleme der Leistungsbilanz damit nicht ohne weiteres bewältigen können.

Der Startschuß zu einem neuen Wirtschaftsprogramm der SPÖ, meine Damen und Herren, bringt nun eine wichtige wirtschaftspolitische Weichenstellung. Sie signalisiert die Bereitschaft der Regierungspartei, umfassende Antworten auf die umfassenden Probleme der achtziger Jahre zu geben.

Meine Damen und Herren! Noch ein Wort zum Postsparkassengesetz. Die Novelle des Postsparkassengesetzes war durch das Kreditwesengesetz notwendig geworden. Im Kreditwesengesetz haben wir dem Universalbankprinzip Rechnung getragen. Banken können auch Spargeschäfte betreiben, Sparkassen auch Bankgeschäfte. Warum soll die Postsparkasse nicht auch das Emissionsgeschäft betreiben können? Dazu braucht es allerdings eine gesetzliche Regelung, und die soll hier getroffen werden.

Die Ablehnung der Opposition ist nicht ganz verständlich, wenn wir überlegen, daß ja die beiden Oppositionsparteien dem KWG, dem Kreditwesengesetz, positiv gegenübergestanden sind. Heute und hier geht es nur um die Konsequenz aus dem KWG.

Meine Damen und Herren! Die SPÖ wird bei-

den Vorlagen ihre Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Abänderungsantrag der Abgeordneten Veselsky und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Debatte.

Die Herren Berichterstatter verzichten auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung, die ich über beide Gesetzentwürfe getrennt vornehme.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Entwurf, mit dem das Nationalbankgesetz 1955 geändert wird, in der von den Abgeordneten Dr. Veselsky und Genossen vorgeschlagenen Fassung, wonach das Gesetz am 1. März 1981 in Kraft treten soll, samt Titel und Eingang in 474 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Damit ist der Gesetzentwurf auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf der Postsparkassengesetznovelle 1980 samt Titel und Eingang in 605 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung ebenfalls mit Mehrheit angenommen.

4. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (499 der Beilagen): Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses an das Land Burgenland aus Anlaß der 60jährigen Zugehörigkeit zu Österreich (591 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Gewährung eines Bundeszuschusses an das Land Burgenland aus Anlaß der 60jährigen Zugehörigkeit zu Österreich.

6322

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Präsident Mag. Minkowitsch

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Babanitz, Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Babanitz: Herr Präsident! Hohes Haus! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf wird aus Anlaß der 60jährigen Zugehörigkeit zur Republik Österreich dem Land Burgenland aus Bundesmitteln ein einmaliger Zweckzuschuß im Betrage von 20 Millionen Schilling gewährt. Dieser Bundeszuschuß ist für besondere Vorhaben im Interesse der Festigung der Zugehörigkeit dieses Bundeslandes zur Republik Österreich zu verwenden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den erwähnten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 1980 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie der Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch beteiligten, wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (499 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Koller. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Koller (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Am 25. Jänner 1921 beschloß der österreichische Nationalrat das Bundesverfassungsgesetz, mit dem Deutsch-Westungarn als eigenes Bundesland Burgenland ein Teil der Republik Österreich wurde. Der Anschluß des Burgenlandes an Österreich war damit rechtlich vollzogen.

Hohes Haus! Anlässlich des 60jährigen Jubiläums wendet sich das Interesse der burgenländischen Bevölkerung jenen Ereignissen zu, in deren Verlauf das Burgenland der Republik Österreich angegliedert wurde. Es gedenkt in besonderer Dankbarkeit heute jenes Mannes, den die Burgenländer, meine Damen und Herren, als den Vater unseres Bundeslandes bezeichnen, an Dr. Karl Renner. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Wie ich den Stenographischen Protokollen der Sitzung des Nationalrates am 25. Jänner

1921 entnehmen konnte, hat neben dem Berichterstatter und einem Abgeordneten sowie dem damaligen Bundeskanzler auch Dr. Karl Renner das Wort ergriffen und zu diesem Gesetz ausführlich Stellung genommen.

Ich möchte aber nicht aus dieser Rede zitieren, sondern gestatten Sie mir nur einen Satz, meine Damen und Herren, aus seinen „Erinnerungen“ zu zitieren. Dr. Karl Renner schreibt:

„Daß es mir vergönnt war, vom ersten Tag der Begründung unserer Republik in Schrift und Tat um das Burgenland mitzukämpfen und es von den Verhandlungen von Saint-Germain heimzubringen, ist der Stolz meines Lebens. Ein Quentchen Trost in der Tonne der Enttäuschungen.“

Hohes Haus! Wir wissen heute aus der Geschichte, daß unser heutiges Burgenland als politische Größe nur eine Möglichkeit unter vielen war.

Die diplomatischen Vorstöße der Entente und der Nachfolgestaaten des Donauraums auf Grund der machtpolitischen Verhältnisse damals ließen natürlich auch andere Möglichkeiten offen.

Wir wissen heute, daß damals ein Korridor zwischen Nord- und Südslawen im Gespräch war, im Gespräch war ein eigener Staat Deutsch-Westungarn als Pufferstaat zwischen Österreich und Ungarn, und nicht zuletzt hätte natürlich dieses Bundesland auch bei Ungarn bleiben können.

Es wäre aber sicher falsch, meine Damen und Herren, wollte man den Anschluß des Burgenlandes an Österreich als eine Selbstverständlichkeit ansehen, die sich aus der Natur der geschichtlichen Ereignisse nach dem Ersten Weltkrieg ergab. Wir wissen, daß die Jahre 1918 bis 1921 in diesem Raum Jahre des Irrsens, der Extreme und der Intrigen waren.

Hohes Haus! Wir haben heute gegen niemanden Ressentiments oder gegen rückwärts gewendete Kritik. Das Verhältnis zu den Nachbarstaaten, vor allem zu Ungarn, ist in Ordnung, es ist konfliktlos, auch zu Jugoslawien, und von gegenseitiger Achtung getragen.

Wir Burgenländer wollen aber anlässlich dieses Jubiläums, meine Damen und Herren, nicht so sehr die Herauslösung aus dem früheren Staatsverband zum Leitgedanken machen als die abgeschlossene Integration des Landes in die Republik Österreich. Diese Integration, meine Damen und Herren, ist abgeschlossen, dieses Bundesland ist heute fest verbunden mit dieser Republik Österreich, und wir verspüren ihr pulsierendes Leben bis in unsere kleinsten Gemeinden unseres Landes. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Koller

Hohes Haus! Dieses Bundesland hat sich emporgearbeitet und präsentiert sich heute der Öffentlichkeit mit beachtlichem Fortschritt auf allen Gebieten. Wie sah denn dieses Land früher aus? Es war sicher einer der ärmsten Landstriche hier im Herzen Europas. Die Industrialisierung im vorigen Jahrhundert ist hier spurlos vorübergegangen. Wer sollte auch Interesse daran gehabt haben? Nicht die politischen Verantwortlichen, dieses Landproletariat, meine Damen und Herren, brauchte man damals auf den Guts- und Meierhöfen in Ungarn und in Niederösterreich.

Wie sah denn die Angliederung aus? Die Hauptorte blieben bei Ungarn. Verkehrswege, soweit sie überhaupt vorhanden waren, verliefen in Ost-West-Richtung, und wollte man von dem südlichsten Bezirk in den nördlichsten, mußte man, wenn man nicht über Niederösterreich fuhr, einige Male ungarisches Gebiet befahren.

Das Schulwesen. Meine Damen und Herren! Bei uns war bis 1938 die Privatschule die Regel und die Staatsschule die Ausnahme. Wenn man ein bißchen in der Geschichte blättert und nachsieht und diese Plakate betrachtet, die damals die Ungarn herausbrachten, um für Ungarn zu werben, so stand darauf: Geht nicht nach Österreich, dort müßt ihr acht Jahre in die Schule gehen, bei uns nur sechs Jahre, so sollte man nicht glauben, daß das erst 60 Jahre zurückliegt.

Das Land konnte auch, meine Damen und Herren, natürlich seine Menschen nicht ernähren, und für die Söhne der burgenländischen Klein- und Kleinstbauern gab es keine Arbeitsplätze im Land. Hunderttausende gingen ins Ausland, vor allem nach Übersee.

Und bei dem Begriff „Heimat“, meine Damen und Herren, verband der Burgenländer das Heimatgefühl nur mit seinem Dorf. Das Komitat war für ihn keine politische Ordnung und schon gar kein Heimatsbegriff. Und die neue politische Ordnung — das Bundesland Burgenland wurde dann von den Burgenländern nicht mehr wie früher das ungarische Komitat als fremd empfunden. Burgenland war jetzt für die Menschen nicht nur ein geographischer Begriff, sondern wurde auch zum Heimatland.

Meine Damen und Herren! Die abgelaufenen Jahrzehnte haben dieses Bundesland trotz aller äußerer und widrigen Umstände, denen es von Anbeginn gegenübergestellt war, zu einem gleichberechtigten Bundesland im Reigen der übrigen Bundesländer gemacht. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir waren, Hohes Haus, immer mit einer

historischen Stiefkindrolle belastet und aus vielen Entwicklungen ausgeschlossen. Unsere Randlage hat uns nicht begünstigt, und diese Grenze wiegt nun einmal schwerer als andere Staatsgrenzen in Europa. Doch wir empfanden, meine Damen und Herren, diese Randlage nie als eine Tragödie.

Man kann sich heute umsehen in diesem Land, und man wird feststellen, daß dieses Land ein neues Antlitz hat durch den Fleiß der oft sehr hart geprüften Bevölkerung in diesem Grenzland. Es war der besondere Fleiß der Bevölkerung, das war die Grundlage dafür, daß wir auf fast allen Gebieten den Anschluß an die übrigen Bundesländer gefunden haben, in der Wirtschaft, im Verkehrswesen, im Schulwesen.

In diesem Bundesland, meine Damen und Herren, wird heute durch eine gute Zusammenarbeit eine gute dynamische Politik betrieben, deren Ziel es ist, den Menschen zu dienen und ihnen dieses Land lebenswert zu machen. Wir haben in den abgelaufenen Jahrzehnten Tausende Wohnungen neu errichtet, modernste Straßen gebaut, neue Schulen und moderne Krankenhäuser stehen der Bevölkerung zur Verfügung. Ich glaube, meine Damen und Herren, die Österreicher verstehen unseren bescheidenen Stolz, den wir heute alle empfinden.

Hohes Haus! Dieses Bundesland ist heute nicht mehr für den Großteil der Österreicher ein unbekannter und vom Hörensagen vernachlässigter Grenzstreifen im Osten der Republik, sondern ein blühendes gleichberechtigtes Bundesland dieses Staates. (Beifall bei der SPÖ.)

Hohes Haus! Dieses Land hat natürlich auch seine Eigenheiten. In diesem Bundesland, wie Sie wissen, wird nicht nur deutsch gesprochen, es gibt auch kroatisch und ungarisch sprechende Burgenländer, und das empfinden wir Burgenländer nicht als irgendeinen Nachteil, sondern im Gegenteil, wir finden das als eine Bereicherung unserer Heimat. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Wir wollen in diesem Jubiläumsjahr das übernationale Denken unserer Bevölkerung weiter stärken und der übrigen Welt weiter ein Beispiel geben, wie man zusammenleben kann, auch wenn man verschiedene Sprachen spricht. Ich darf hier sagen, das Burgenland könnte ein Musterbeispiel für viele sein.

Vielleicht ist die Toleranz und die gegenseitige Achtung und das Verstehen deshalb so groß, weil wir es immer ein bißchen schwerer in unserer Geschichte gehabt haben. Die Geschichte hat uns nichts geschenkt. Eine Sternstunde allerdings war, meine Damen und Herren, der Anschluß an Österreich. (Beifall bei der SPÖ.)

6324

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Koller

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich folgendes sagen, damit es auch hier festgehalten wird. In der ersten Sitzung des burgenländischen Landtages am 11. November 1921 wurde in Anwesenheit des damaligen Bundespräsidenten festgehalten, daß nicht Verträge allein, sondern Herz und Wille des Volkes das Burgenland zu Österreich gebracht haben. Der Wille zu Österreich war für die Menschen dieses westungarischen Grenzraumes nichts anderes als ein Wille zur Freiheit, zur Demokratie und zum Fortschritt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte als Burgenländer der Bundesregierung danken, daß sie diese Vorlage eingebracht hat, und in der Annahme, daß alle Fraktionen zustimmen werden, auch dem Hohen Haus für die Zustimmung herzlichen Dank sagen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist Abgeordneter Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Graf (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Man sollte Gelegenheiten, sich zu bedanken, nie versäumen, auch wenn die Zeit drängt.

Ich möchte Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, über alle Fraktionsgrenzen hinweg danken, wenn Sie sich in wenigen Minuten von den Sitzen erheben und unserem Heimatland diese Zuwendung widmen werden.

Ich möchte mich aber nicht nur bedanken. Ich möchte für unsere Landsleute sagen, daß mir mit dem 60jährigen Zugehörigkeit zu Österreich ein burgenländischer Integrationsprozeß in allen Richtungen als abgeschlossen erscheint.

Lassen Sie mich auch bitte sagen, daß ich glaube, daß es unsere Landsleute durch ihre Arbeit verdient haben, daß wir die Zuneigung und das Vertrauen der anderen Österreicher erworben, erarbeitet haben. In diesem Sinne möchte ich unseren Landsleuten für ihren Fleiß und für all das danken, was in den letzten 60 Jahren geschehen ist.

Und lassen Sie mich von einem anderen Aspekt noch in ein oder zwei Minuten etwas sagen. In der relativ kurzen Zeit der Geschichte unseres Heimatlandes ist ja — für mich — der negativ bedeutendste Punkt mit dem Jahre 1938 geschehen, als Österreich am 13. März 1938 zu leben aufhörte. Da hatten wir Burgenländer eine zusätzliche Erschwerung des Schicksals. Man nahm uns die Identität des Burgenländers weg, indem man unser Land als geographischen Begriff auslöschte und es aufteilte.

Aus dieser bitteren Erfahrung heraus würde ich doch auch glauben, daß ein besonderer Aspekt — für den ich und wahrscheinlich viele meiner Landsleute dankbar sind — der folgende ist: Als 1945 dieses Österreich wieder erstand, muß man besonders würdigen, daß die damaligen führenden Leute der politischen Parteien in Österreich, in einem viergeteilten Land, Zeit hatten, jene Burgenländer anzuhören, in einer allgemein unvorstellbaren Not, für den Wunsch der burgenländischen Patrioten aller Parteien, die da kamen und sagten: Errichtet dieses Burgenland wieder!

Hohes Haus! Was heute eine Selbstverständlichkeit ist, war damals eine ungeheure additive Leistung jener Leute, von denen man glauben hätte können, sie hätten andere Sorgen gehabt.

Das sind die zwei Aspekte, die ich in gebotener Kürze, aber ohne ihre historische Bedeutung deshalb nicht gewürdigt zu haben, herausheben möchte.

Zwei Sätze lassen Sie mich zum Schluß sagen. Es mag vielleicht für viele, die das Burgenland nicht kennen und ihre Leute, die dort Politik betreiben, hie und da unbegreiflich sein, daß burgenländische Politiker aller Fraktionen einen starken Hang zur Zusammenarbeit entwickelt haben. Das ist nicht einer Laune entsprungen. Jeder Burgenländer, der in den letzten 60 Jahren in der Politik tätig war — wann und wo immer —, konnte und mußte erkennen, daß das Blühen dieses Landes immer dann verstärkt vorhanden war, wenn Zusammenarbeit und der Wunsch, gemeinsam für die Bevölkerung alles zu tun, vorgeherrscht hat. Es gab immer Leute, als es drohte, nicht mehr vorhanden zu sein, die dieses erkannten und im Interesse aller Landsleute das dann wieder ins Lot gebracht haben.

Meine Damen und Herren, die Sie aus anderen Bundesländern Österreichs kommen! Sie werden uns in der Liebe zu Österreich sicherlich einholen, Sie werden uns aber nicht übertreffen! (*Beifall bei ÖVP und SPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 499 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Präsident Mag. Minkowitsch

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Damit ist dieser Gesetzentwurf auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (437 der Beilagen): Bundesgesetz betreffend entgeltliche Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen (588 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz betreffend entgeltliche Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Schlager. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Josef Schlager: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Bundesregierung hat am 21. August 1980 die obgenannte Regierungsvorlage im Nationalrat eingebracht, durch welche der Bundesminister für Finanzen zur Verfügung über unbewegliches Bundesvermögen in Niederösterreich ermächtigt werden soll. Die beabsichtigte Verfügung ist in den Erläuterungen der Regierungsvorlage ausführlich dargestellt beziehungsweise begründet.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den erwähnten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. Dezember 1980 in Verhandlung genommen. Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (437 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 437 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

6. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (542 der Beilagen): Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen (606 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hirscher. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Hirscher: Herr Präsident! Hohes Haus! Die Bundesregierung hat am 18. November 1980 die obgenannte Regierungsvorlage im Nationalrat eingebracht, durch welche der Bundesminister für Finanzen zu Verfügungen über unbewegliches Bundesvermögen in Oberösterreich, Salzburg, Steiermark und Tirol ermächtigt werden soll. Die beabsichtigten Verfügungen sind in den Erläuterungen der Regierungsvorlage ausführlich dargestellt und begründet.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (542 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Sollten Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 542 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist

6326

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Präsident Mag. Minkowitsch

somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

7. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (434 der Beilagen): Bundesgesetz über die Leistung eines sechsten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) (607 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen zum 7. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Leistung eines sechsten zusätzlichen Beitrages zur Internationalen Entwicklungsorganisation (IDA).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Hirscher. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Hirscher: Herr Präsident! Hohes Haus! Die im Jahre 1959 als Tochterinstitut der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gegründete Internationale Entwicklungsorganisation hat die Aufgabe, die Wirtschaft in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Krediten zu fördern.

Zum Zwecke einer Wiederauffüllung dieser Mittel wurden Verhandlungen mit den Gebietsländern aufgenommen. Diese Länder kamen überein, der IDA neue Mittel in Höhe von 12 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen.

Österreichischerseits wurde vorbehaltlich der parlamentarischen Genehmigung eine Beteiligung im Ausmaß von ungefähr 0,68 Prozent in Aussicht gestellt, das sind 81,6 Millionen US-Dollar oder umgerechnet 1 034 200 000 S.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (434 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Sollten Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort ist niemand gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 434 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

8. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (549 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird (608 der Beilagen)

9. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 51/A (II-922 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird (596 der Beilagen)

Präsident Mag. Minkowitsch: Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 8 und 9 der heutigen Tagesordnung, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird.

Es sind dies:

Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird, und

Antrag 51/A der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird.

Berichterstatter über beide Punkte ist der Herr Abgeordnete Pfeifer. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Pfeifer: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe zunächst den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (549 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird.

Durch den vorliegenden Gesetzentwurf soll eine dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes entsprechende Regelung der Gebühr für Darlehensverträge und Kreditverträge geschaffen und die Bestimmung über das Entstehen der Gebührenschuld bei Errichtung von Urkunden im Ausland geändert werden. Darüber hinaus soll einer Reihe von Änderungswünschen entsprochen und einige Bestimmungen, die unterschiedlich ausgelegt werden, zum Zwecke der Klarstellung neugefaßt werden. Soweit mit Rücksicht auf den durch den Verfassungsgerichtshof gesetzten Zeitpunkt einer Neufassung der Bestimmungen für Darlehens- und Kreditverträge Anregungen der Steuerreform-

Pfeifer

kommission entsprochen werden konnte, finden auch diese bereits im vorliegenden Entwurf ihren Niederschlag.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den erwähnten Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 16. Jänner 1981 in Verhandlung genommen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Peter, Dr. Veselsky, Koppensteiner und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie Staatssekretär Elfriede Karl beteiligten, wurde der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (549 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich bringe weiters den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag der Abgeordneten Dr. Broesigke und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird.

Die mit 1. April 1980 in Kraft getretene beträchtliche Erhöhung des Zinsniveaus erfordert im Interesse der Arbeitsplatzsicherung und der Preisstabilität dringend Maßnahmen zur Senkung der hohen Kreditkosten. Aus diesem Grund sieht der vorliegende Antrag eine Aufhebung der Gebühren für Kredite, Darlehen und Hypothekarverschreibungen vor.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat diesen Initiativantrag in seiner Sitzung am 12. Dezember 1980 in Verhandlung gezogen. Als Berichterstatter fungierte Abgeordneter Dkfm. Bauer. In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Dr. Pelikan, Pfeifer und Dkfm. Bauer das Wort.

Bei der Abstimmung fand der Initiativantrag nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Soweit die beiden Berichte.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Mag. Minkowitsch: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Koppensteiner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Koppensteiner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Trotz vorgesetzter Stunde erscheint es mir wichtig, zu einem

Gesetz Stellung zu nehmen, das die österreichische Bevölkerung in einem nicht unerheblichen Ausmaß belastet. Um hier die Dinge klarzustellen, darf ich ausführen, daß die Eingänge an Gebühren im Jahre 1979 3,4 Milliarden Schilling betragen haben. Im Jahr 1980 waren es 3,74 Milliarden Schilling, und im Jahr 1981 werden laut Bundesvoranschlag Einnahmen in Höhe von 4,4 Milliarden Schilling erwartet.

Ich glaube, das sind Belastungen, die die Bevölkerung treffen werden. In einer Zeit, wo feststeht, daß mit einem Wirtschaftswachstum in einem Ausmaß, wie es zur Zeit der Budgeterstellung noch prognostiziert wurde, nicht zu rechnen sein wird, wo schwere Zeiten auf uns zukommen werden und wo man daran denken sollte, ein schlingerndes Schiff nicht noch mehr zu belasten, sondern eher stabilisierende Maßnahmen zu setzen.

Es erscheint mir auch nicht unwesentlich, darauf hinzuweisen, daß die Ursache für die heutige Behandlung dieser Materie Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes sind, die einzelne Passagen dieses Gesetzes wegen Verfassungswidrigkeit aufgehoben haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierungspartei! Das ist kein gutes Zeugnis für die Sorgfalt, mit der Sie Gesetzesvorlagen vorbereiten und uns hier zur Abstimmung im Hohen Hause vorlegen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich glaube, auch hier haben parteipolitische Interessen Vorrang gehabt vor verfassungsmäßigen Bestimmungen, die zu beachten gewesen wären.

Was uns an diesem Gesetz besonders stört, sind Kreditgebühren. Wir wissen sehr wohl, daß in wirtschaftlich schweren Zeiten Kredite unumgänglich notwendig sind, um, wenn auch in bescheidenem Rahmen, die Investitionstätigkeit fortzuführen und um eine Verschlechterung der Zahlungsmoral durch laufende Kredite auszugleichen. Sie scheuen sich nicht, bei Kreditsätzen, die heute bereits bis zu 14 Prozent betragen, an dieser Vergebührung der Kreditverträge festzuhalten.

Es ist davon aber nicht nur die Wirtschaft betroffen, sondern auch der Wohnbau. Der Wohnbau ist heute bereits nahezu unerschwinglich geworden. Das wurde heute schon ausgeführt. Wir sollten uns davor bewahren, Zustände wie etwa in Deutschland herbeizuführen, wo auf der einen Seite Wohnungen leerstehen, weil sie zu teuer sind, und auf der anderen Seite Häuser von Wohnungssuchenden gestürmt werden. Ich glaube, es wäre unsere gemeinsame Aufgabe, hier Maßnahmen zu treffen, die dem entgegenwirken. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich hätte eigentlich erwartet, daß sowohl der

6328

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Koppensteiner

neue Finanzminister als auch der ihm zugeteilte Staatssekretär das Gebührengesetz zum Anlaß nehmen würden, Signalwirkungen zu setzen. In der Begründung zum Gesetz wurde zwar auf die Steuerreformkommission hingewiesen, aber ich betrachte dies als einen Alibi-hinweis.

Die Steuerreformkommission schlug unter anderem vor — bis jetzt vergeblich —, zunächst einmal den Gebührendschungel weitgehend zu durchforsten. So sollte die Gebühr für Dienstverträge endlich aufgehoben werden. Außergerichtliche Vergleiche sollten zur Entlastung der Gerichte von den Gerichtsgebühren befreit werden. Zeugnisse sollten endlich der umständlichen durch zahllose Ausnahmeregelungen ohnehin bereits durchlöcherten und völlig unübersichtlichen Vergebührungsplikth entheben und die lästige Eingabengebühr auf wenige überschaubare Fälle beschränkt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Davon ist in dieser Novelle nichts enthalten. Ich glaube, die Vertreter der Österreichischen Volkspartei waren gut beraten, aus dieser Steuerreformkommission auszuscheiden, die sich wie so viele andere Kommissionen — das wurde heute auch schon gesagt — als nichts anderes herausstellte als ein Alibiapparat der Bundesregierung, um der Bevölkerung Aktivitäten vorzumachen, die von den Mitgliedern der Kommissionen auch gesetzt wurden; das möchte ich auch sagen. Die Leute haben sich bemüht, dort mitzuarbeiten, aber ihre Mitarbeit war vergeblich, denn was hier Niederschlag gefunden hat, ist minimal.

Ich möchte auf ein weiteres Problem eingehen, nämlich auf die Doppelbelastung. Gebühren sind heute wesentliche Kostenfaktoren in der Wirtschaft, aber auch im privaten Bereich. Soweit es die Wirtschaft betrifft, sind diese Kostenfaktoren in voller Höhe Bemessungsgrundlage für die ohnehin schon unerträglich hohe Mehrwertsteuer. Ich glaube, hier wäre es richtig, zumindest Möglichkeiten zu schaffen, Gebühren, soweit sie Kostenfaktoren sind, gegen die Mehrwertsteuer in irgendeiner Form aufzurechnen. Das wäre ein konstruktiver Vorschlag. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Last not least die Auswirkungen auf Gemeinden und Länder. Hier werden Gebühren eingehoben für Leistungen, die Gebietskörperschaften erbringen, für die Gebietskörperschaften den Aufwand tragen und für die Mandatare der Gebietskörperschaften die politische Verantwortung tragen. Kassieren aber tut der Bund.

Dazu einige Zahlen: Von den gemeinschaftlichen Bundesabgaben hat der Bund laut Vorschlag 1980 61,01 Prozent kassiert und 1981 61,53 Prozent. Die Gemeinden kassierten im

Jahr 1980 13,36 Prozent und im Jahr 1981 13,04 Prozent. Das ist eine deutliche Verschiebung von Einnahmen auf die Bundeseite zu Lasten der Gemeinden, die mit immer höheren Aufgaben konfrontiert werden. Ich habe es bereits im Ausschuß getan und möchte auch hier das Ersuchen an Sie stellen, bei künftigen Finanzausgleichsverhandlungen darauf Rücksicht zu nehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz gewisser positiver Ansätze, die in anschließenden gemeinsamen Anträgen ihren Niederschlag finden werden, wird die Österreichische Volkspartei dieses Gesetz ablehnen, weil es Belastungen zu einer Zeit bringt, in der die Wirtschaft und die Bevölkerung entlastet werden müßten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Nowotny. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Nowotny (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Gebührenrecht ist ja nicht gerade ein sensationsträchtiger Bereich der Finanzpolitik. Ich möchte mich daher kurz halten, speziell an diesem Tag.

Die Abänderung des Gebührengesetzes, die uns heute vorliegt, erfolgt auf Grund von Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes, wo es einerseits um die Unterscheidung zwischen Darlehens- und Kreditverträgen und andererseits um Probleme, wo Urkunden im Ausland errichtet wurden, um damit Gebühren zu sparen, gegangen ist. In beiden Fällen waren die Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes nicht auf materielle, sondern auf formale Aspekte begründet. Der vorliegende Entwurf soll nun hier auch die formal einwandfreie Grundlage schaffen.

Gleichzeitig sind im Entwurf einige Änderungen enthalten, die der Klärung und Vereinfachung dienen und die zum Teil auch Verbesserungen bringen, etwa bei der Errichtung von Stempelgebühren; zweitens haben wir hier Gebührenerleichterungen für die Anmeldung von Patenten vorgesehen. Es wird auch noch ein Antrag kommen, der Gebührenerleichterungen bei Patentverträgen vorsieht, was sicherlich einen gewissen, wenn auch nur kleinen, aber eben doch einen gewissen Beitrag zu einer Technologiepolitik darstellt. Wir haben weiters Gebührenbefreiungen für Krankenpflegerschulen, die in dieser Hinsicht denselben Status wie öffentliche Schulen erhalten, Gebührenbefreiungen für Ursprungszeugnisse auch bei Importen und einige weitere Detailregelungen.

Dabei wurden vielfach Anregungen der Steuerreformkommission aufgenommen, aber

Dr. Nowotny

selbstverständlich — und das muß ich meinem Vorredner sagen — konnten nicht alle Anrengungen der Steuerreformkommission berücksichtigt werden, weil eben leider die Steuerreformkommission auch in der Gruppe Gebühren sowie in anderen Gruppen nicht das Postulat der Aufkommensneutralität berücksichtigt hat. Daher ist es selbstverständlich, daß eine Vorlage nicht auf sämtliche Vorstellungen eingehen kann, wenn sie eben nicht vom Postulat der Aufkommensneutralität ausgeht.

Diese Vorlage hier bringt per saldo weder zusätzliche Einnahmen noch Einnahmensverluste, sie ist also aufkommensneutral. Von einer Mehrbelastung, wie vorher gesprochen wurde, kann hier sicherlich keine Rede sein.

Gebühren sind in vieler Hinsicht für den einzelnen nicht angenehm, aber es ist zu berücksichtigen, daß die Bedeutung des Gebührenhaushalts gerade für den Bund in Österreich relativ klein ist. So sind im Voranschlag 1981 an Stempel- und Rechtsgebühren insgesamt 4,4 Milliarden S vorgesehen, das sind 2,7 Prozent der Nettoeinnahmen, während es im Jahr 1977 noch 3,3 Prozent waren. Es ist also hier vergleichsweise eine Verringerung der Bedeutung für den gesamten Bundeshaushalt eingetreten.

Insgesamt glaube ich, Hohes Haus, daß es sich bei dieser Vorlage um eine sinnvolle Form der Staatsfinanzierung handelt. Wir werden daher unsere Zustimmung geben. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dkfm. DDr. König. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe zwei Abänderungsanträge zur Regierungsvorlage einzubringen.

A b ä n d e r u n g s a n t r a g

der Abgeordneten Dkfm. DDr. König und Genossen zur Regierungsvorlage 549 d. B. betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird, in der Fassung des Ausschußberichtes (608 d. B.)

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Artikel I hat die Z. 10 zu lauten:

„10. Im § 14 TP 6 Abs. 5 Z. 11 hat an die Stelle eines Punktes ein Strichpunkt zu treten. Folgende Z. 12 bis 14 sind anzufügen:

,12. Eingaben von Personen, die nicht durch berufsmäßige Parteienvertreter vertre-

ten sind, um Anleitung zur Vornahme von Verfahrensverhandlungen während eines Verfahrens;

13. Eingaben von Zeugen und Auskunfts Personen zur Erlangung der gesetzlich vorgesehenen Zeugengebühren;

14. Eingaben um Zuteilung von Bewilligungen ausländischer Staaten für Personen- oder Güterbeförderungen im grenzüberschreitenden Verkehr auf Grund von zwischenstaatlichen Vereinbarungen.“

Dieser Punkt 14 des Antrages ist neu, ist eine Hinzufügung zum Punkt 10 der Regierungsvorlage, und ich muß sagen, es ist besonders bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, über diese Bestimmung Einvernehmen mit der Mehrheitsfraktion herbeizuführen.

Ich möchte anerkennend feststellen, daß wir bei den Abgeordneten Dr. Veselsky und Mühlbacher Verständnis für die Argumente gefunden haben, daß aber offensichtlich das Finanzressort nicht bereit war, von der Möglichkeit abzugehen, zusätzliche Einnahmen zu erschließen. Ganz besonders bedauerlich ist, daß das offenbar auch auf einem Irrtum der Regierungspartei basiert, weil Abgeordneter Nowotny offensichtlich einem Irrtum unterlegen ist, wie er jetzt in seiner Wortmeldung bewiesen hat, wenn er gesagt hat, diese Bestimmung sei aufkommensneutral und führe zu keinen Mehreinnahmen. Das haben Sie mißverstanden, Herr Dr. Nowotny, wie ich Ihnen jetzt beweisen werde. Es ist bedauerlich, daß auf Grund eines solchen Mißverständnisses eine ganze wesentliche Branche unseres Landes diskriminiert wird.

Es handelt sich dabei darum, daß im Rahmen zwischenstaatlicher Kontingente mit anderen Staaten Bewilligungen für den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr gegenseitig ausgetauscht werden. Nun kann jeder Staat im Rahmen dieses Kontingents seinen eigenen Frätern für den grenzüberschreitenden Verkehr Bewilligungen zuteilen.

Bislang gab es mit vielen Staaten Dauerbewilligungen. Man hat einmal eingereicht und einmal eine Gebühr bezahlt. Man hat nun festgestellt, daß die Oststaaten das vielfach mißbraucht haben, indem man über die Grenze gefahren ist, kurz darauf gehalten hat, die Dauerbewilligung wieder über die Grenze zurückgebracht hat und mit derselben Dauerbewilligung wieder eingereist ist. Das können natürlich nur Unternehmen machen, die als Staats handelsunternehmen einem großen Verband angehören. In der freien Wirtschaft mit vielen differierenden unterschiedlichen Unternehmen ist das ja nicht möglich.

6330

Nationalrat XV. GP — 63. Sitzung — 21. Jänner 1981

Dkfm. DDr. König

Daher hat man aus verkehrspolitischer Überlegung sehr richtig diese Dauergenehmigungen abgeschafft und auf Einzelgenehmigungen umgestellt. Aber das bedeutet, daß man anstelle einer Dauergenehmigung jetzt um eine ganze Menge Einzelgenehmigungen anuchen muß. Und für jede dieser Einzelgenehmigungen, Herr Abgeordneter Nowotny, muß jetzt die Gebühr bezahlt werden. Das heißt, der Staat verlangt viel mehr an Gebühren als bisher; von Aufkommensneutralität kann überhaupt keine Rede sein.

Jetzt muß man sehen, daß das eine Gruppe von Gewerbetreibenden trifft, die sehr nachhaltig dazu beitragen, daß einige Milliarden an Devisen aus diesem Dienstleistungsverkehr nach Österreich fließen. Man bestraft gerade jene, die diese so dringend notwendigen Devisen zur Verbesserung unserer Leistungsbilanz ins Land bringen. Nicht nur, daß es ohnehin schon schwierig genug ist für einen Unternehmer, der oft der Konkurrenz von Staatshändlern gegenübersteht, die nicht kalkulieren, sondern einfach nur aus Devisengründen ihre Preise erstellen, daß es oft genug schwierig für ihn ist, einen Auftrag zu bekommen, hat er noch die Schwierigkeit, daß er dann auch noch die Bewilligungen bekommen muß, die nur beschränkt zur Verfügung stehen. Da haben diese Leute vielfach Aufträge und können sie nicht ausführen, weil sie die Bewilligung nicht bekommen. Und wenn sie sie bekommen, dann schröpf sie in Zukunft der Staat noch zusätzlich durch weitere Gebühren, die hier vorgeschrieben werden und für jede einzelne Bestätigung kassiert werden.

Herr Dr. Nowotny! Wenn Sie das nicht gewußt haben, dann ist es ein bedauerlicher Irrtum, denn eine ganze Branche in Österreich wird zum Leidtragenden dieses Ihres Unwissens. Das ist wirklich bedauerlich. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Wenn Sie es aber gewußt haben und dennoch getan haben, dann, muß ich Ihnen sagen, haben Sie hier wider die besseren Interessen Österreichs und der österreichischen Wirtschaft gehandelt und wahrscheinlich unwillentlich anderen Vorschub geleistet, mit denen diese österreichischen Frächter, die in Österreich Steuern zahlen und österreichische Arbeitnehmer beschäftigen, in hartem Konkurrenzkampf stehen. Wenn das eine patriotische Leistung ist, dann frage ich mich, wozu eigentlich diese Regierungspartei in diesem Lande fähig ist, wenn man nicht erkennt, daß man hier eine schwer ringende Branche Zug um Zug, Schritt um Schritt weiter diskriminiert. Das ist keine Arbeitsplatzsicherung, meine Herren, das muß ich Ihnen sehr deutlich sagen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich habe schon gesagt, wir haben Verständnis gefunden bei den Abgeordneten Veselsky und Mühlbacher. Aber das hat leider nicht gereicht, die Zustimmung der Regierungspartei zu bekommen. Umsomehr möchte ich anerkennen, daß es wenigstens gelungen ist, in einem anderen Fall einen gemeinsamen Antrag zustande zu bringen, ich darf ihn verlesen:

A b ä n d e r u n g s a n t r a g

der Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dr. Nowotny und Genossen zur Regierungsvorlage betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird (549 d. B.), in der Fassung des Ausschußberichtes (608 d. B.)

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

Im Art. I ist nach Z. 22 folgende Z. 22 a einzufügen:

22 a. § 33 TP 5 Abs. 4 Z. 2 hat zu lauten:

„2. Werknutzungsverträge sowie Patent-, Marken- und Musterlizenzverträge;“

Ich freue mich, daß es wenigstens in diesem Fall gelungen ist, der wirtschaftlichen Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Da aber, wie Abgeordneter Koppensteiner schon gesagt hat, das gesamte Gesetz auf die Vorschläge der Steuerreformkommission in keiner Weise Rücksicht genommen hat, werden wir der Vorlage nicht unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. König und Genossen sowie der Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. König, Dr. Nowotny und Genossen sind genügend unterstützt und stehen mit zur Debatte.

Als nächster zum Wort gemeldet ist Dkfm. Bauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dkfm. Bauer (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der vorliegenden Änderung des Gebührengesetzes soll Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes und der Steuerreformkommission Rechnung getragen werden.

Ich will es kurz machen: Wir vermissen bei dieser Regierungsvorlage ein echtes Reformbemühen insgesamt. Das Gebührengesetz bleibt unserer Meinung nach unübersichtlich und für den normalen Bürger unverständlich. Eine Reihe von Rechtsunsicherheiten werden nicht beseitigt, unserer Meinung nach wird das Gesetz an so manchen Stellen sogar noch unübersichtlicher. Die Behebung von Verfassungswidrigkeiten wird teilweise dazu benutzt, um die Gebühren „hinaufzuschnalzen“. Mit einem Wort, die vorliegende Änderung ist nicht

Dkfm. Bauer

geeignet, in der von uns gewünschten und aufgezeigten Richtung tätig zu werden.

Der gleichzeitig zur Verhandlung stehende Antrag 51/A der freiheitlichen Fraktion sieht, wie bereits berichtet, eine Aufhebung der Gebühren für Darlehens- und Kreditverträge vor. Das wäre, glaube ich, angesichts des hohen Kreditniveaus zurzeit ein Gebot der Stunde.

Hier sehen wir ganz deutlich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, daß Sie auf Grund des zerrütteten Budgets konjunkturpolitisch richtige Maßnahmen, über die es wohl auch in Ihren Reihen keine Diskussion geben wird, ganz einfach nicht setzen können, weil Sie auf Grund der budgetmäßigen Situation dazu nicht in der Lage sind.

Wir glauben, daß darüber hinaus die vorliegende Änderung auch dazu benutzt hätte werden sollen, die Gebührenpflicht für Dienstzeugnisse oder Zeugnisse der Volkshochschulen abzuschaffen.

Der langen Rede kurzer Sinn ist: Die freiheitliche Fraktion sieht sich nicht in der Lage, den beiden vorliegenden Anträgen die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. Minkowitsch: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Gegenstände getrennt vornehme.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Entwurf, mit dem das Gebührengesetz 1957 geändert wird. Da Abänderungs- und Zusatzanträge vorliegen, lasse ich getrennt abstimmen.

Wir kommen zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich Ziffer 9 in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Zu Artikel I Ziffer 10 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. König und Genossen vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung dieses Abänderungsantrages Dr. König zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Ziffer 10 in der Fassung der Regierungsvorlage.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse nunmehr über Artikel I Ziffern 11 bis einschließlich 22 in der Fassung der Regierungsvorlage abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es liegt nun ein Zusatzantrag der Abgeordneten Dr. König, Dr. Nowotny und Genossen auf Einfügung einer neuen Ziffer 22 a vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Zusatzantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Ich lasse nunmehr über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung der Regierungsvorlage 549 der Beilagen abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Damit ist die zweite Lesung beendet.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Damit ist dieser Gesetzentwurf auch in dritter Lesung mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse nunmehr über den Antrag des Ausschusses abstimmen, seinen Bericht 596 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 935/J bis 939/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 25. Februar, in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 50 Minuten